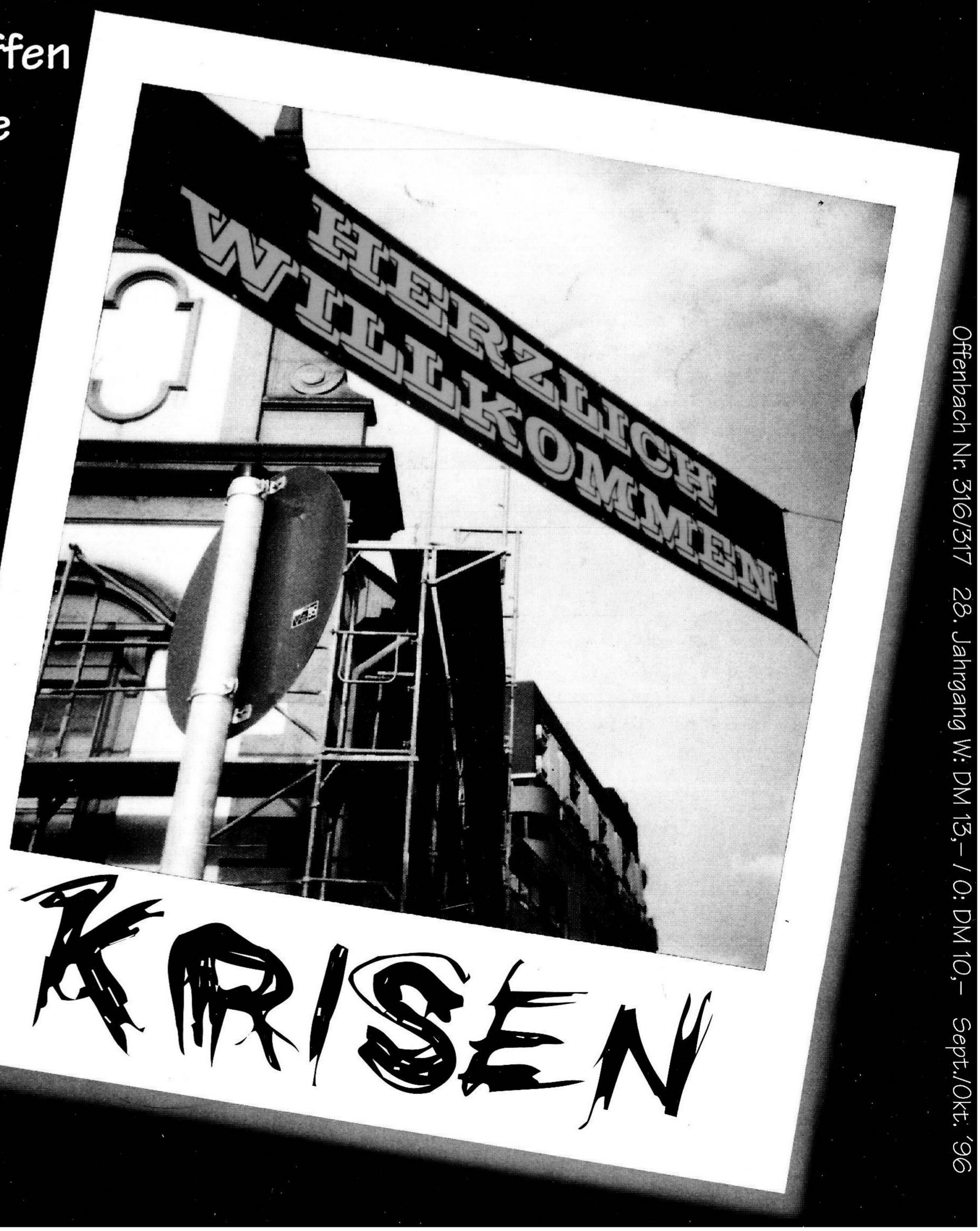
links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Geschichtsstunde
Guerilla-Treffen
Gefängnisse



Offenbach Nr. 316/317 28. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– Sept./Okt. '96

editorial

links 9/10 96

Nicht schwer ist es, in der BRD als kriminelle Vereinigung abgestempelt zu werden. Eine solche sei, laut Bundesanwaltschaft beispielsweise eine Zeitung, die nicht am Kiosk verkauft werde, kein ordentliches Impressum habe, keine öffentlichen Redaktionstreffen veranstalte und über keine transparenten Vertriebswege verfüge. Weit gefehlt der Gedanke, Rolf Hannich, der Sprecher der BAW wollte mit der Verkündung der Verfolgungskritierien des Staatsschutzes die versammelte Fernsehgemeinde zur nächsten Redaktionssitzung von *Bild*, *Focus* oder *Spiegel* einladen. Diese Media-Watch-Aktion ist selbstverständlich für eine ganz bestimmte Zeitschrift zusammengebastelt worden, soll doch erstmals ein großer Lauschangriff – ein Abfallprodukt gescheiterter RAF-Observationen – vor Gericht verwendet werden. Das Abhörprotokoll eines vermeintlichen *radikal*-Diskussionstreffen schlummert in amtlichen Archiven und schreit schon allein wegen des immensen Aufwandes, der betrieben wurde, nach Verwendung.

In diesem, aber auch in anderen laufenden Verfahren kann die BAW auf einen prallen Erfahrungsschatz von 40 Jahren zurückgreifen. Als am 17. August 1956 die zum damaligen Zeitpunkt im Bundestag vertretene KPD verboten wurde, begann sich die staatstragende Ideologie des Antikommunismus massiv in Verbots- und Verfolgungsbemühungen umzusetzen. Knapp fünf Jahre ließen sich die Gerichte Zeit, dem Verbotsantrag der Bundesregierung stattzugeben. Genug Zeit, um vorzubereiten, was dann 1956 als „Aktion Karabiner" über die Bühne ging. Ritter Hans von Lex, Leiter der Prozeßvertretung der Regierung Adenauer und 1933 einer der Abgeordneten, die dem sogenannten Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, begründet den Verbotsantrag: „Sie [die KPD] ist ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der Bundesrepublik sendet." Das BVG gibt schließlich bekannt, die ausdrückliche Billigung des aktiven Widerstandes gegen die Remilitarisierung der BRD der KPD-Bundestagsabgeordneten sei als verfassungswidriges Verhalten zu werten. Am Vormittag des 17. August werden daraufhin Düsseldorfer Parteizentrale und die zahlreichen Büros einer Partei von Bereitschaftspolizei gestürmt, die doch nur im Kampf mit „allen deutschen Patrioten" die „amerikanischen Imperialisten aus Westdeutschland" rausschmeißen wollte. Während die Bundesregierung ihr eigenes „Amis raus"-Programm mit der Schaffung der Wehrmachtsnachfolgerin Bundeswehr noch im selben Jahr umsetzte, sahen sich bis heute nahezu ein halbe Mill. Menschen getreu der Binsenweisheit von den lügenden Politikern – am Tag der Verbotsverfügung verkündete Innenminister Gerhard Schröder, es seinen keine „Verhaftungswellen" geplant: „Hier gibt es keine Hexenjagd" – der Verfolgung durch die politische Justiz ausgesetzt. Die Organe des besseren, weil freieren Deutschlands befanden es bis heute nicht für notwendig Entschuldigungen oder gar Rehabilitationen auszusprechen.

„Für ein besseres Amerika" sind derzeit anderenorts zwei Recken unterwegs, genug der Manövriermasse Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Bob Dole, Jack Kemp und die versammelte Rebublikanische Partei der USA beteten im Chor mit ihren AnhängerInnen im nur wenige Meilen vom Eisernen Vorhang zu Mexiko entfernten Kongreßzentrum von San Diego ihren Wertekanon herunter. Mokieren sich bundesdeutsche Tageszeitungen noch über die geschlossene Rednerliste und die Themenvorgabe für Wortbeiträge durch die Parteileitung, was, so etwa die *FR*, Erinnerungen an den Realsozialismus aufkommen lasse, so braust in San Diego und an den Fernsehschirmen der Applaus der „einfachen Leute" angesichts des Anti-Abtreibungs, Anti-Gleichberechtigungs und Anti-Sozialleistungsgeseieres alter weißer Männer und Frauen auf. Sogar einen Colin Powell, der mit seiner liberal-konservativen, um Nuancen vom reaktionären Partei-Mainstream abweichenden Rede vorführte, was Adorno einmal mit der „Glorifizierung bloßer Meinung" beschrieben hat, verträgt das „große Zelt" der Partei.
Die Wahlforschung räumt dem Gespann Dole/Kemp zur Wahl am 5. November keine große Chance ein. Es wäre jedoch falsch, den Erfolg des konservativen Backlash an Wahlerfolgen zu messen, geht es doch um den Kampf um Hegemonie in einer Gesellschaft, welcher der Antikommunismus als Kitt fehlt, wie keiner anderen in der ehemaligen sogenannten westlichen Welt.

In eigener Sache: Das „postautonome" und undogmatisch marxistische Spektrum im linksradikalen Blätterwald der BRD scheint die *links* zu entdecken. In kurzer Reihenfolge erschienen Besprechungen der *Sozialistischen Zeitung* aus Offenbach in *17°C*, *Spex*, *Spezial* und *junge Welt*. Daß nicht alle unsere Einschätzungen und Analysen auf Gegenliebe stoßen würden, war zu erwarten. Wohl noch immer die *links* mit dem Ruf des SB assoziierend, schöpften manche RezensentInnen aus ihrem Wissen über vergangene Zeiten. Um uns als „Trittbrettfahrer" kritisieren zu können, machten andere gleich die ganze Zeitschrift zu einem Organ der „Poplinken" (was immer das auch sein mag). Neben dem Schmunzeln, welches die eine oder andere Kritik bei der Lektüre hervorrief, freut uns, daß die *links* wohl wieder mehr wahrgenommen wird.
In Zeiten, in denen Redaktionen linker Zeitschriften oft nahezu auf sich alleine gestellt sind, ist es jedoch weitaus wichtiger, Diskussionsprozesse voranzubringen, statt kleine Sticheleien in Kurzrezensionen zu verteilen. Wir hoffen, die *links* wird dem Anspruch gerecht, nicht fertige Positionen zu präsentieren, sondern vielmehr überhaupt erst das Terrain vorzubereiten, in dem es angesichts der veränderten Verhältnisse möglich wird, Fragen der Gesellschaftsanalyse und der politischen Praxis neu zu denken.
Eine große Rolle spielen bei einem solchen Konzept die LeserInnen, die wir nach der Sommerpause hiermit wieder zur Heftkritik einladen. Am *Donnerstag, den 26. September um 19.30 Uhr* stehen im Frankfurter Club Voltaire (1. Stock), Kleine Hochstraße 5, sowohl das Juli/August Heft, als auch die vorliegende Nummer zur Debatte. Die Redaktion freut sich auf rege Diskussionen.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Roland Hamel, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Robert Detobel (Frankfurt), Colectivo *La Guillotina* (Mexico),Rosi Karges (Berlin), Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider (Frankfurt)

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Gestaltung: Gunnar Lieb

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Nov./Dez.-Ausgabe: 17. Oktober 1996

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.
Abbestellungen müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Bürgerliche Chaostheorie
Ordnungstage in Hannover und Bremen. Ein Kommentar von Thomas Kunz

5 Encuentro Intercontinental
Ulrich Brand über das „Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus“ in Chiapas/Mexiko

7 Ausgrenzung
Ein Redebeitrag der Frankfurter Gruppe „Kein Friede“ aus Chiapas/Mexiko

11 Botschaften an die organisierten Herzen der Welt
Stefan Armborst über die gesammelten Texte des Subcomandante Marcos

16 Sommeruniversität im Nordwesten Mexikos
Wie der Professor H. Reinicke ins Gefängnis kam. Von Annette Ohme

16 Weiße Gräber
Marion Werner über den Hungerstreik in türkischen Gefängnissen

K R I S E N

20 Krisen
Redaktionelle Vorbemerkungen zum Schwerpunkt

22 Die Versuchungen des Positiven
Sozialwissenschaften und ihre intellektuellen Moralpredigten. Von Heinz Steinert

25 „Wo integriert wird, sind auch die Eliten nicht weit.“
Bernd Röttger über politische Intellektuelle und die Konstitution neoliberaler Hegemonie

28 Eliten für das Große und Ganze
Tomke Böhnisch über den Nutzen, der Allgemeinheit zu dienen und abgeschottet zu leben

31 Der Wahn von Sinn und Selbst
Alfred Schobert über die Hinwendung zu Esoterik und New Age

34 Momentaufnahme
Alternative Ökonomie 1996. Von Rolf Schwendter

37 *tellerwäscher*
❶ Brandspuren ❷ Buchclub Grün-Weiß ❸ Faschismus von A bis W ❹ Gedenkzeit ❺ Anrufungstag ❻ Breitbeinig ❼ Gullivers Reisen ❽ Neue Welle gegen den Main-Stream ❾ Bluedays ❿ Sommerfest ⓫ Marx Kolloquium ⓬ Gramsci Tagung ⓭ Aufbaustudium

45 Lesen und Schreiben
20 Jahre *radikal.* Von Gottfried Oy

48 Traum der Unsterblichkeit
Alexandra Manzei über die „Rohstoffquelle“ Fötus

50 Gegen den neoliberalen Betrug
Das Kollektiv „Antwort aufs Weissbuch“ über Pläne Schweizer Industrieller

53 Der Mythos Friedensprozeß
Teil II: Das Abkommen Oslo II. Von Sabah J. Mohamed

56 Der Begriff der Macht und die Zapatistas
John Holloway über die politische Theorie der EZLN

THOMAS KUNZ

Bürgerliche Chaostheorie

Die diesjährigen Ordnungs-Tage in Hannover und Bremen

Seit nun schon einem Jahr, genauer gesagt: seit den sogenannten „Chaos-Tagen" von Hannover 1995, bemühten sich die Polizeistaatsstrategen der niedersächsischen Landes- und Kommunalpolitik vor allem (aber nicht nur) vordergründig darum, auch, oder besser: wenigstens die ebenfalls für 1996 von „gewaltbereiten Punks" angekündigten „Chaos-Tage" „entschieden" zu verhindern. Polizeigesetze wurden eigens aus diesem Anlaß geändert und das heißt in diesem Lande selbstredend verschärft. Eingestimmt wurde man auf die bevorstehende gefahrvolle Zeit durch unmißverständliche Ankündigungen aus der „Punk-Szene", die durch „äußeres Erscheinungsbild", „typische Verhaltensweisen" und spezifische, vor allem „profitdesorientierte Musikgruppen" zu charakterisieren sei.

Für durchschnittliche MedienrezipientInnen stellte es sich allerdings so dar, daß vielmehr allzeit staatsgewaltbereite Ordnungshüter das „Chaos" sein schändliches Haupt erheben sahen, denn vornehmlich hochrangige Polizeioffiziere verlautbarten in düsteren Presseerklärungen und Verbotsverfügungen, daß das ebensolche drohe und boten in erster Linie ihre Lesart von Internet-Seiten feil, in dem sie so ziemlich jeden schlechten Witz für bierernst nahmen. Von der bevorstehenden „Provokation systemtreuer Bürger" oder gleich gar der „Gesellschaft" an sich war folglich zu hören. Was nicht heißen soll, daß die polizeilichen (Un)Ordnungsvorstellungen von ihren Funktionären unzulässig verallgemeinert wurden. Sicherlich teilt ein Großteil der Bevölkerung die Einschätzung „ihrer" Polizei. In den behördlichen Ängstigungsversuchen manifestierte sich jedoch vor allem ein sattsam bekanntes Phänomen: eben diejenigen, welche sich als Retter in der Not anbiedern, sind zugleich die lautesten Schreier, wenn es darum geht, den Notstand auszurufen. Zu eben diesem Sachverhalt ist das Notwendige gleichwohl bereits gesagt worden. Die Anlässe scheinen beliebig. Ob's die böse PKK, die „Organisierte Kriminalität" im besonderen, „das Verbrechen" ganz im allgemeinen oder mal „die Punk-Szene" ist – die Polizei verschafft sich selbst immer noch am besten ihre Legitimation, muß sie ja auch. Auch dieses Jahr, so war zu lesen und zu hören, kam es zu massenhaften „Platzverweisen" und „Ingewahrsamnahmen", wie die veramtlichte Form der Freiheitsberaubung gelegentlich heißt. Die Daten einiger Tausend kontrollierter „Verdächtiger" wurden in eine Sammeldatei aufgenommen. In Bremen wurde, nach Informationen des dortigen Anti-Rassismus Büros, ein „Langhaariger" absichtlich von einem Polizeiwagen angefahren und überrollt. Ungenannt bleiben die unzähligen Einschüchterungen und Schikanen durch Beamte, die nicht spektakulär genug erscheinen, um zur Tagesschlagzeile aufgewertet zu werden.

Was bei KritikerInnen und BefürworterInnen des polizeilichen Vorgehens ins Auge sticht, ist die Neigung, das Wort „Jugend" im Kontext der beschriebenen Ereignisse auffallend häufig zu verwenden. Die Konsequenzen, die jeweils daraus gezogen werden, mögen unterschiedlich sein: Forderungen nach mehr Polizei und weniger jugendlichem „Werteverlust" auf der einen, weniger gewalteskalierende Polizeieinsätze und mehr Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze auf der anderen Seite. Aber in einem scheinen sich alle Fraktionen einig zu sein: bei „Punks" und „Chaos-Tagen" handelt es sich um Jugendphänomene – bereits diese Sichtweise verdiente besonderer Kritik.

Müßig, bezüglich der angesprochenen Ereignisse auf die Äußerungen derer zurückzukommen, die ein „hartes Eingreifen" der Polizei auch noch begrüßen. Stattdessen verdienen die KritikerInnen größere Beachtung.

Landauf, landab beklagten linksliberale und bürgerbewegte KommentatorInnen in Artikeln und Leserbriefen diese Geschehnisse, bezweifelten die Rechtsstaatlichkeit des polizeilichen Vorgehens und vor allem dessen Unverhältnismäßigkeit. Hieran lassen sich einige Fragen aufwerfen, die darauf verweisen, daß der Polizei bei ihren Legitimationsbemühungen selbst und größtenteils ungewollt jene zuarbeiten, die sich eigentlich ihrer Kritik verschrieben haben.

Wer sich in den Streit um Unverhältnismäßigkeit einseitig verstrickt, hat immer schon verloren, weil man die staatliche Gewalt, die sonst so trefflich zu kritisieren ist, immer lobhudelt, nämlich solange sie nur verhältnismäßig ist. Es bleibt danach zu fragen, was die KritikerInnen der Unverhältnismäßigkeit nun eigentlich zu gewinnen trachten bzw. geltend machen möchten, wenn sie ihre argumentative Niederlage im Handgemenge gutgemeinter Kritik nicht erkennen mögen?

Deren Motivation speist sich maßgeblich aus der Wahrnehmung, die kritisierten, schlechten Zustände hätten ihre Ursache vor allem in einer mangelnden Kontrolle der Polizei, d.h. deren Überschreiten ihr bereits gesteckter rechtlicher Grenzen. Folglich gelte es, den polizeilichen Einfluß quasi zivilgesellschaftlich einzudämmen und zurückzudrängen. Die Forderung nach einer sogenannten „bürgernahen Polizei" wird als Ausweg angeboten.

Die polizeilich-bürgerlichen Ordnungsvorstellungen lassen sich indes nicht zu gut-bürgerlichen läutern. Recht wollen und die (Staats)Gewalt schmähen kommt einer Quadratur des Kreises nahe. Der Versuch, gegen die Unverhältnismäßigkeit der Polizei-, d.h. der Staatsgewalt Widerstand zu leisten, muß daher von Anfang an berücksichtigen, daß zur Institution des bürgerlichen Rechtsstaates eben auch die Polizeigewalt gehört, und daher eben auch die unverhältnismäßige. Das heißt mitnichten, achselzuckend zu sagen, so wie's ist, ist's nun mal. Natürlich kann man die bestehenden Widersprüche und bürgerlichen (Grund)Rechtsideale gegen die Wirkungsmacht sogenannter polizeilicher „Übergriffe" ausspielen und das Gebälk dadurch zum Teil auch gehörig zum ächzen bringen. Jedoch wird eine weitergehende Kritik dadurch nicht obsolet. Auch und gerade weil die herrschenden Kräfteverhältnisse radikalere Forderungen nicht nur als nicht durchsetzbar, sondern bereits als nicht einmal artikulierbar erscheinen lassen, bleibt daran festzuhalten. Es heißt also, das Verwobensein von Rechtsstaat und der Institution Polizei im Auge zu behalten und die 'rechtsstaatliche Überholspur' zu verlassen. Anzuzetteln ist eine überfällige Diskussion um die Überflüssigkeit der Polizei nicht im besonderen, sondern im allgemeinen. Wen wundert's wenn dieser vage anmutende Gedanke umgehend ins allzu bequeme Reich utopistischer Phantastereien entsorgt wird, wenn nicht versucht wird, ihn fortzuentwickeln. Warum nicht? Weil's der expertelnden Etikette und der Anbindung ans KritikerInnen-Establishment nicht dienlich ist. Mitreden zu dürfen heißt halt' immer auch, mit den anderen zu reden. Und so quängeln nicht nur manche, sondern die meisten: „Ich will eine gute Polizei", statt auch mal zu sagen: „Ich will gar keine". ●

ULRICH BRAND

Encuentro Intercontinental

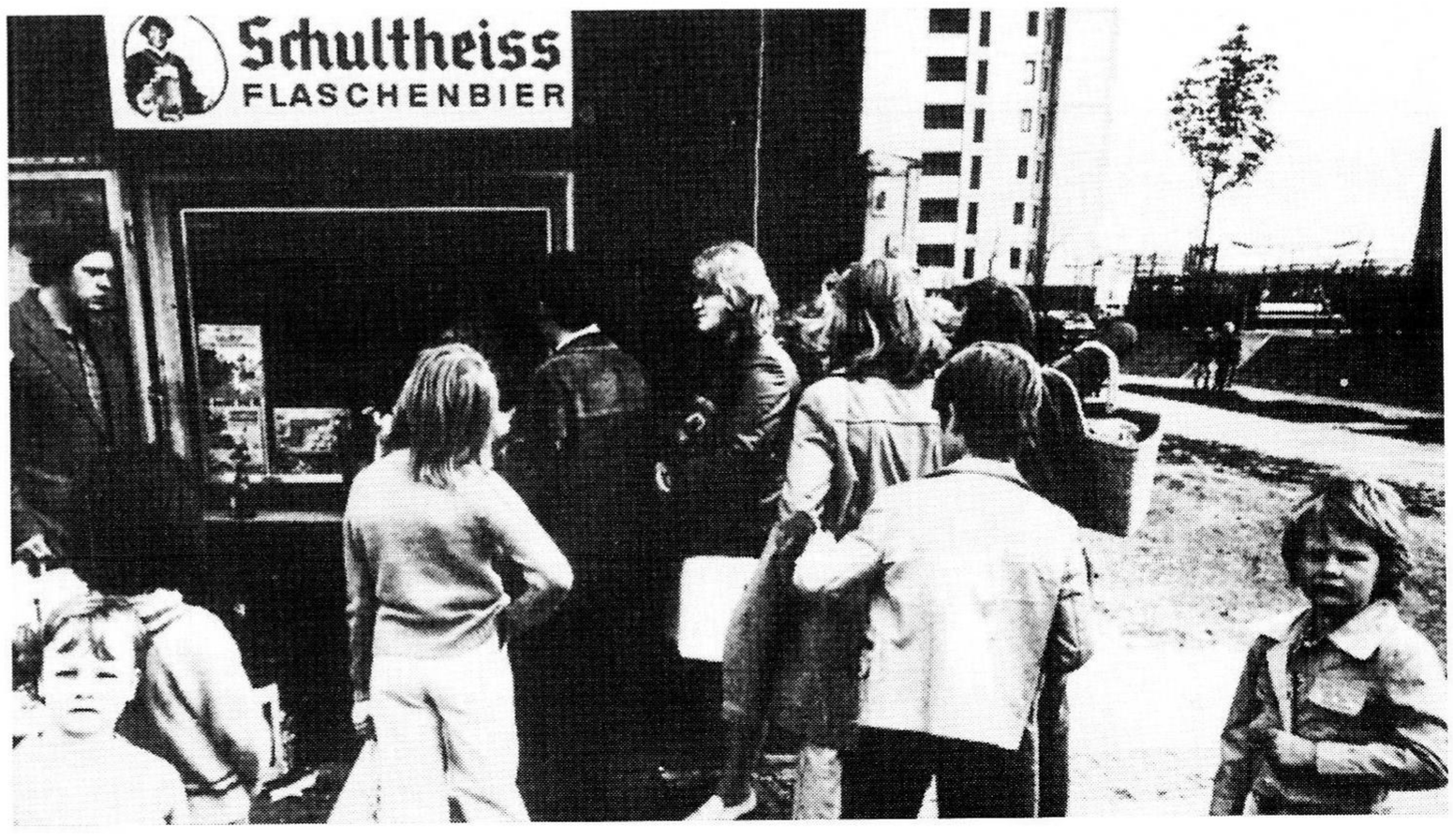
Vom 27.6 - 3.8.1996 fand das „Erste interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus“ im südmexikanischen Chiapas statt. Die EZLN hatte zu Beginn des Jahres zu dem Treffen eingeladen; am Rande des Regenwaldes trafen sich knapp 3.000 Menschen.
Zwei wichtige Funktionen hatte das „Encuentro Intercontinental“ zu erfüllen: zum einen sollte die internationale Öffentlichkeit auf den Kampf der Zapatisten aufmerksam gemacht werden. Mit Zapatisten sind in Chiapas neben der EZLN-Truppe die Milizen und die zapatistischen Gemeinden, die sogenannten bases de apoyo, gemeint. Die mexikanische Regierung und die lokale Bourgeoisie führen immer noch Krieg gegen sie und eine neue Offensive durch die Regierungsarmee ist vorstellbar. Die zweite Funktion des Treffens bestand darin, soziale, politische, ökonomische und kulturelle Aspekte zu diskutieren, was bedeutet das Leben in einer neoliberalen Zeit? Wie kann gegen den Neoliberalismus widerstanden werden und welche Alternativen gibt es?

Obwohl das Militär und die Migrationsbehörden sich gegenüber den TeilnehmerInnen zurückhielten, war die Militarisierung dennoch an vielen Ort in Chiapas sichtbar. In der Nähe aller fünf Aguascalientes befanden sich Militärposten.

Es gab zahlreiche Diskussionen, von denen hier nur einige hervorgehoben werden können. Erstens: Am deutlichsten und politisch relevant sind die Differenzen bei der Frage, was denn überhaupt der Neoliberalismus ist. Für die einen ist er einfach der Inbegriff alles Schlechten, das zu bekämpfen sei. Der gemeinsame Feind scheint klar definiert zu sein. Andere verstehen unter neoliberaler Politik durchaus Strategien, die umkämpft sind, und die in verschiedenen Ländern oder Regionen trotz gemeinsamer Merkmale sich unterschiedlich ausformen. Nach der Krise des Kapitalismus in den siebziger Jahren wird versucht, seine Restrukturierung in seinen verschiedenen sozialen Verhältnissen (Kapital – Arbeit; Geschlechterverhältnis, Naturverhältnis u.a.) voranzutreiben. Einige wenige andere verstehen darunter weniger ein umkämpftes Gesellschaftsprojekt als vielmehr eine staatliche Wirtschaftpolitik, die – so schimmert durch – durch eine andere, „bessere“ Wirtschaftspolitik ersetzt werden kann. Zweitens: Wenn es um die Kräfte für eine radikale gesellschaftliche Veränderung ging, bezogen sich fast alle Sprecher auf ein vereinheitlichendes „Wir“. Widersprüche jenseits des gesellschaftlichen „Oben“ (Großkapital, Regierende) und „Unten“ – beispielsweise das dazu in vieler Hinsicht quer liegende Geschlechterverhältnis – wurden mehr oder weniger ausgeblendet. Das gleiche gilt für die Ambivalenzen des Nationalismus: viele TeilnehmerInnen verwiesen auf die Notwendigkeit eines Befreiungsnationalismus – mit Blick auf die EZLN und Mexiko. Die Grautöne zwischen „Oben“ und „Unten“ und die damit verbundenen komplexen Probleme für emanzipatorische Politik wurden kaum angesprochen. Auch die modernen, d.h. die nach dem westlichen Muster eingerichteten gesellschaftlichen Naturverhältnisse, wurde nur dann erwähnt, wenn die Natur eben auch noch vom Kapitalismus zerstört wird oder wenn ein indigenes Naturverständnis als besser dargestellt wurde. Analyse hier? Null. Drittens: Wohl niemand vertrat die These, daß der Kampf um Demokratie bereit im voraus verloren sei, da es sich bei dieser schon immer um ein Instrument der Herrschenden handelt. Ganz im Gegenteil: der Kampf um Demokratie als Strategie gegen die heute herrschenden Verhältnisse wurde ins Zentrum gerückt. Was das aber genau heißt, darüber müßte noch mehr gestritten werden, als in Chiapas möglich war.

„Viele TeilnehmerInnen legten eine absolut unkritische Haltung gegenüber der EZLN an den Tag. Das Skandieren von ‘EZLN’ und ‘Viva Zapata’ schien die fehlende Distanz zur zapatistischen Bewegung auszudrücken.“

Die inhaltlichen Diskussionen verliefen sehr unterschiedlich und das lag nicht nur an der fehlenden Zeit, den Sprachproblemen, langen Anfahrtswegen usw. sondern auch an dem noch immer weit verbreiteten Politikverständnis, erst einmal die eigene „Wahrheit“ verbreiten zu müssen. Auch Subcomandante Marcos verwirklichte nicht die eigenen verbal hohen Standards, als er höchstpersönlich einen französischen



„Vereinheitlichendes Wir“

DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt die Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten in unserem Land gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf die Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in Richtung auf schwarzbraune Koalitionen angeschoben wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Für 20,- DM, bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann DER RECHTE RAND abonniert werden: Postfach 1324
30013 Hannover.

Leseprobe (3 ältere Hefte) für 5,- DM (bar oder in Briefmarken).

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

Die Beute
Politik und Verbrechen

Neoliberalismus und Klassenkampf
Heft 10/Sommer 1996

144 Seiten, Fadenheftung, 16,– DM, im Abonnement 14,– DM

Klassenkampf und Postmoderne. Maurizio Lazzarato analysiert die utopischen Momente der sozialen Kämpfe in Frankreich • Neoliberalismus? Kurt Hübner über den Begriff des Neoliberalismus • Die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems. Joachim Hirsch zu den globalen ökonomischen und sozialen Entwicklungen nach 1989

Revue Populaire: Roberto Ohrt und Hans-Christian Dany über Fernsehkommissare • Tobias Nagl über Buju Banton, Dancehall und neuen Rastafarismus • Res Strehle und Daniel Stern über den schweizer Populisten Blocher • Heiner Möller über Expansiven Nationalismus • Wieso kamen die Elefanten grau zurück? Eine Erzählung von Paul Beatty • Interviews mit David Toop und Bikini Kill • u.a.

Berlin – Moskau – Kolyma und zurück
Nathan Steinberger im Gespräch
mit Barbara Broggini über Stalinismus
und Antisemitismus
Mit einem Vorwort von Jakob Moneta

gebunden, 144 Seiten, 24,– DM

**Backslash, Hack-tic,
Jansen & Janssen, Keine Panik**
Der kleine Abhörratgeber
Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone
Mit einem Nachwort von Otto Diederichs

140 Seiten, + Diskette mit PGP, 20,– DM

▲ Edition ID-Archiv • Postfach 360205 • 10972 Berlin ▲

Journalisten auslud, der sich kritisch mit der EZLN auseinandersetzte. Auch viele TeilnehmerInnen legten eine absolut unkritische Haltung gegen-über der EZLN an den Tag. Das Skandieren von „EZLN" und „Viva Zapata" schien die fehlende Distanz zur zapatistischen Bewegung auszudrücken. Gefährlich wird das, wenn permanent auf ein vereinheitlichendes Wir rekurriert wird, das es in Wahrheit gar nicht gibt.

So hatte am Ende von den beiden anfangs genannten Funktionen die Herstellung von Öffentlichkeit, das klare Übergewicht, allerdings um den Preis, daß inhaltliche Diskussionen und die Möglichkeiten zum Austausch zu kurz kamen. Die EZLN stellte sich auf der Auftaktveranstaltung in Oventic breit selbst dar, aber dadurch fiel ein ganzer Tag für mögliche inhaltliche Arbeit und zum Kennenlernen weg.

Für die Zapatisten steht die Debatte um den Neoliberalismus nicht an erster Stelle. Dafür spricht, daß es in Mexiko – aus Sicht der EZLN, der indigenen Gemeinden und der Opposition gegen die Staatspartei PRI – viel konkretere Debatten gibt. Beispielsweise jene um die Staatsreform, bei der eine schrittweise Demokratisierung des politischen Systems angestrebt wird. Die EZLN vertritt in dieser Debatte ein viel umfassenderes Demokratiekonzept als die Oppositionsparteien, da sie nicht ihre Wahlchancen verbessern möchte. Dennoch läßt sie sich auf die mühevolle Diskussion über den Umbau staatlicher Institution ein.

Setzt man die Kriterien nicht zu hoch an, so war das Treffen erfolgreich. Es machte deutlich, daß radikale Politik trotz der Globalisierung des Kapitalismus sich vor allem auf konkrete regionale und nationale Verhältnisse bezieht: auf historische Erfahrungen beispielsweise. Zudem planen linke mexikanische Intellektuelle, unter anderem John Holloway, eine Art „intellektuelles Aguascalientes", um in verschiedenen Ländern unter anderem die Bedeutung des zapatistischen Aufstandes international zu diskutieren (Kontakt über den Autoren dieses Beitrags). Dies ist ganz im Sinne der Abschlußerklärung der EZLN zum Treffen, die die Schaffung alternativer internationaler Kommunikationsnetze anregte.

Der zweite Vorschlag, der uns in Europa noch beschäftigen wird, betrifft die Durchführung des zweiten interkontinentalen Treffens im kommenden Jahr in Europa, zu dem die EZLN bereits die persönliche Teilnahme führender Comandantes (und zumindest eines Subcomandantes) angekündigt hat. Und drittens soll es nach Vorstellungen der EZLN in der ersten Dezemberhälfte eine internationale Befragung geben, um die „Zweite Deklaration von La Realidad für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus" zu diskutieren und von möglichst vielen Menschen unterschreiben zu lassen. „Verpuffen" wird das Treffen also nicht ohne weiteres. ●

GRUPPE „KEIN FRIEDE“

Ausgrenzung

– nur ein anderes Wort für soziale Vernichtung

Die *links* dokumentiert nachfolgend einen Redebeitrag der Frankfurter Gruppe „Kein Friede“. Er wurde auf dem „Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus“ gehalten, das vom 28. Juli bis zum 3. August in Chiapas, im Südosten Mexikos stattfand. Der Abdruck des in der Redaktion umstrittenen Textes soll sowohl als Provokation wie auch als Anregung für eine Diskussion in der *links* um die Perspektiven linksradikaler (Solidaritäts-)Politik dienen. Die Red.

Versuchen wir also eine Antwort auf die Frage zu geben „Welche Gesellschaft ist oder ist nicht zivil?“, oder genauer, ist unser Land, ist Deutschland also, ist letztlich Europa „zivil“?

Vor über 500 Jahren brachten drei spanische Schiffe die Technik des europäischen Massenmordes nach Amerika. Vor über 200 Jahren wurde das französische Königshaus gestürzt. Auch ihren Kolonien überbrachte die französische Revolution die Deklaration der Menschenrechte. Auf den ersten Schiffen, auf denen der Geist der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in die Kolonien reiste, gab es eine weitere Erfindung: Die Guillotine. Ein äußerst effektives Instrument, konstruiert von einem französischen Arzt, das vor allem schnell tötete. Im Zuge der bürgerlichen Revolution ermöglichte sie das qualvolle wie zeitaufwendige Hängen oder Köpfen der Opfer zugunsten einer zivileren Form des Tötens aufzugeben.

Was damals die Guillotine in noch nie dagewesener Schnelligkeit erledigte, das Töten und Hinrichten, erscheint lapidar gegenüber den heutigen Opfern, die hinter den jährlichen Statistiken der Weltbank stehen. Mehr als 500 Millionen Arme hungern weltweit. 1,6 Milliarden Menschen leben heute schlechter als vor 15 Jahren, gesteht ein neuester Bericht der UN. Der kapitalistische Weltmarkt ist also ein einziger sozialer Kriegszustand. Und seine genauen Todeszahlen sind nicht einmal bekannt.

Was kennzeichnet also das Leben in unserem Land? Einem Land, welches nach zwei Weltkriegen wieder auf dem Weg zur Weltmacht ist. Einem Land, das demokratisch die eigene Außengrenze und die der NATO nach Osten verschiebt. Einem der reichsten Länder dieser Welt, das von jedem Contrakrieg und jeder Hungersnot profitiert. Sind die Menschen glücklich bei uns? Haben sie alles was sie brauchen? Warum reden wir, wo alles im Überfluß vorhanden ist, wo ziviles Recht und eine mehr oder weniger funktionierende Gewaltenteilung existieren, von der Notwendigkeit des Widerstands, von der Notwendigkeit der Revolution?

Unser Land ist eine Welt des Marktes und seiner unaufhörlichen Expansion. Es ist eine Welt, in der der Konsum die Bedürfnisse, den Geschmack, die Mentalität und die Moral der Menschen beherrscht. Eine Welt, in der niemals zuvor in der Geschichte ein derartiger schöpferischer Reichtum der Produktionsverhältnisse und seiner technischen Möglichkeiten entfaltet wurde. Es ist eine Welt der Ware, in der die kapitalistische Eroberung total ist. Sie ist umfassend und eine alle Tätigkeiten und Bedürfnisse durchdringende Umklammerung. Auf den ersten Blick könnte man denken, es ist die Phantasie vom Schlaraffenland, dem Ort wo Milch und Honig fließen. Aber es ist eine Gesellschaft, ein System, in dem sich gegen die Menschen und ihre Bedürfnisse eine Welt erhebt, in der alles Erdenkliche käuflich ist, angeblich sogar das Glück. Es ist aber zugleich eine Welt, deren freier Zugang durch die Macht der Kaufkraft und der richtigen Hautfarbe hermetisch reglementiert ist. Es ist ein geradezu wahnsinnig machender Gegensatz, dessen Realität und drohende Verheißung jeder Spaziergang durch eine der unzähligen Konsumtempel und Einkaufstraßen unseres Landes beweist.

Es ist das, was den spezifischen Widerspruch der Metropole ausmacht: Alles haben, aber fast nichts bekommen zu können. Eine verwirrende Welt, in der der Wunsch nach Glück, nach Veränderung bei gleichzeitiger Wiederholung der Gründe des eigenen Unglücks, einen Zustand innerer Zerstörung schafft, der sich tief ins Bewußtsein der Menschen frißt. Er produziert die Passivität, die Hingebung an ein Schicksal, weil alle zugleich Opfer und Träger dieser Beziehungen und Verhältnisse sind, unter denen sie leiden.

Ein wirklicher Ausbruch aus diesem Gitter ohne Stahl ist schwer. Ein Ausbruch, der nur das individuelle Glück sucht, bleibt im Markt und seiner Verheißung gefangen. Scheinbar können wir nicht entkommen. Selbst unsere Rebellionen gegen die bestehenden Verhältnisse, unsere Formen der Kommunikation, der Sprache, Mode und Musik begreift der kapitalistische Markt als eine mögliche Quelle seiner Erneuerung.

Gleichzeitig wird jeder Grenzübertritt, jeder Schritt der durch seinen Inhalt, seine Forderungen und seine Mittel eine Feindschaft gegenüber dieser Welt formuliert, ohne Gnade sanktioniert. Dann ergänzt das Arsenal der Repression und Selektion den Krieg der Warenideologie.

Jenseits der Mauern des Konsums liegt die Ausgrenzung, abgestuft nach Rastern, sei es das Irrenhaus oder das Gefängnis. Die Zelle aus Gummi für die „Verrückten“, der Container für die „Fremden“, der Sarg der Isolation aus Stahl und Beton für die „Terroristen und Kriminellen“. Das ist nicht nur die Strafe, sie soll auch der Masse signalisieren: bleibt brav, ihr seit normal.

Natürlich ist diese Normalität alles andere als normal. Sie ist ein einziges Trauma der Gewalt. Es ist die Gewalt in der Familie, in der Schule und auf der Arbeit. Es sind die Drogen, die Heilsbringer und esoterischen Sekten, die vielen „kleinen Mörder“, die Vergewaltigungen, der „finale Rettungsschuß“ als letzte Handbewegung der Polizei.

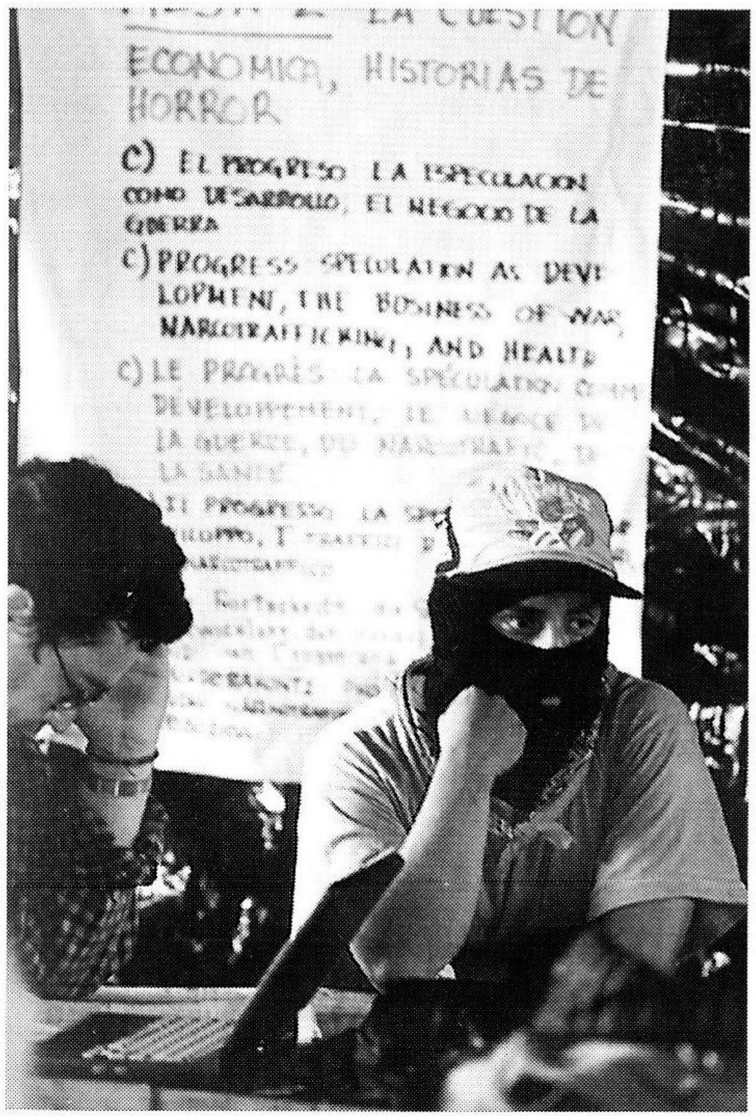
All das macht uns diesen Verhältnissen gegenüber fremd und feindlich. Aber es hält uns zugleich auch immer wieder fest. Die allermeisten Menschen hindert es, über das bestehende System hinausdenken.

Ist diese Gesellschaft, aus der wir kommen also „zivil“? Sie ist es vielleicht in ihrer Methode der Herrschaft im Verhältnis zur offenen militärischen Diktatur, aber in ihrem Wesen, in ihrer Zerstörungskraft ist sie es nicht. Und es spricht rein gar nichts dafür, daß so etwas wie politische Vernunft oder soziale Gerechtigkeit die Maxime ist. Für keine bürgerliche Regierung in Deutschland. Überhaupt sind Reform und Repression in Deutschland sich ergänzende oder ablösende, in jedem Fall staatsmachtsichernde Varianten der Macht gewesen. In Deutschland ist zur Zeit nicht einmal eine bürgerliche Reformbewegung in Sicht. Wir können deshalb nur mit Bauchschmerzen von einer „Zivilgesellschaft“ in Deutschland sprechen.

Ohne die Tatsache der Versklavung, der grausamsten Folter und des großen Hungers funktionieren die u.a. in Deutschland angewandten differenzierten Formen der Unterdrückung nicht. Ohne den Knüppel kommt kein Gesetz aus. Ohne das Elend in den Ländern im, von Westeuropa aus gesehen, Süden und Osten, gibt es keinen Reichtum bei uns. Die Slums und die versteppten Regionen ermöglichen die blühenden Gärten. Das ist so, überall auf der Welt, also nicht nur von Süden nach Norden, sondern auch innerhalb der Gesellschaften im Norden wie im Süden.

Wegen dieses Zusammenhanges werden wir nicht aufhören von Imperialismus zu sprechen. Ob offen kriegerisch oder durch die Weltbank: Ziel und Zweck imperialistischer Politik ist immer noch die erweiterte Reproduktion dessen, was es an Reichtumsproduktion und gesellschaftlicher Organisierung hervorgebracht hat. Das ist die Existenzweise des Kapitals. Sie ist nur möglich durch die Ausdehnung der kapitalistischen Sphäre, in der extensiven und intensiven Ausweitung der Ausbeutung. Das ist die Erste in der Dritten Welt, und die Dritte in der Ersten Welt.

Im Kapitalismus haben die Zentren, oder wie wir sagen, die Metropolen, Avantgardefunktion. Sie sind zentral für die Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Herrschaft des Kapitals weltweit, für die Expansion des Marktes und für die Zurichtung der Welt als Fabrik. Die sich wiederholende Eroberung der globalen Herrschaft als „Neuordnung der Weltwirtschaft“ hat in den Zentren ihren Ausgangspunkt. Dort sind die Produktivkräfte am weitesten entwickelt und ist die Gesellschaft am tiefsten vom Kapital durchdrungen.



Mesa 2: La Cuestion Economica, Historias de Horror **Foto: Bärbel Högner**

Unsere Frage war und ist, ob die Widerstandsbewegungen und die Kämpfe in unseren Ländern sich auf der Höhe dieser Entwicklung bewegen? Letztlich: ob sie so avantgardistisch sind wie die hier geschaffenen Verhältnisse?

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein Befreiungskampf in unseren Ländern erst dann systemsprengend werden kann, wenn er diese zentrale Bedeutung aufgreift. Das wird oft nur als Hypothek und Belastung gesehen. Auch moralisch, sehr gut gemeint natürlich, als Schuld, die wir aus 500 Jahren weißer und patriarchaler Vorherrschaft abzutragen haben. Wir sehen darin aber die einzige Möglichkeit der Befreiung überhaupt: Eine Emanzipation aus den Zwangsverhältnissen der internationalen Warenproduktion, und nicht die begrenzte Änderung politischer Verhältnisse. Es ist eine Chance, fundamental andere gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Die bisher unendliche Geschichte der Zerstörung setzt auch das Kriterium der Revolution, des Umsturzes dieser Verhältnisse: Die Vernunft und die Verantwortung. Die Zerstörung der materiellen Grundlagen der menschlichen Existenz durch das Kapital ist unvernünftig. Wer dabei tatenlos zuschaut handelt unvernünftig. Wie aber können sich Menschen verständigen, wenn sie nicht verständig sind?

Weil der Reichtum unserer westeuropäischen Länder auf der Armut und Unterdrückung der Völker basiert, ist dies ein Ausgangspunkt für jede radikale Politik. Und das nicht nur von der objektiven Seite her. Wie könnten wir denn „im Herzen der Bestie“ kämpfen, ohne uns mit euch strategisch und taktisch zu verständigen?

Unsere Länder sind Inseln des Wohlstandes. Aber wir essen nicht das Brot, sondern die Reklame. Damit sind wir immer noch besser dran, als die Mehrheit der Menschen. Aber, Genossinnen und Genossen, das ist auch ein Elend, weil es Hunger macht, der nicht durch Konsum befriedigt werden kann. Ein Hunger, der eine Leere im Kopf läßt bei ein bißchen gefülltem Bauch.

Natürlich ist dieses Elend in den Zentren der Kapitalakkumulation materiell. Es ist kein Kulturpessimismus, daß wir davon reden, keine luxuriöse Spielerei reicher Weißer aus Deutschland. Eine Agitation aber, wie schlecht es uns in den materiellen Dingen des Lebens geht, verfängt bei uns allerdings nicht. Das ist längst nur Wasser auf die Mühlen faschistischer Volkstümler. Natürlich, der neoliberale Angriff auf die „Sozialstaat“ genannte kapitalistische Demokratie auch in Deutschland, setzt Hunderttausende auf die Straße und zwingt die ganze menschliche Anstrengung zur Sache eines Überlebenskampfes, auch bei uns zuweilen ums tägliche Brot.

Aber glaubt denn irgendwer, daß in unseren Ländern, nach diesen Jahrhunderten der Zurichtung zum Objekt des Kapitals, jemand aufsteht und rebelliert für die Schaffung vernünftiger Verhältnisse im Weltmaßstab, nur weil man mit dem bißchen Geld nicht hinkommt? Wir gehen

„Weil der Reichtum unserer westeuropäischen Länder auf der Armut und Unterdrückung der Völker basiert, ist dies ein Ausgangspunkt für jede radikale Politik.“

nicht davon aus. In unseren Ländern entsteht erst dann wieder eine revolutionäre Kraft, wenn es uns gelingt, Energien der Revolte gegen die Erniedrigung zum Objekt freizusetzen. Erst dann, wenn der Betrug, den wir erfahren, begriffen wird, daß uns nicht nur der Mehrwert aus unserer Arbeit gestohlen ist, sondern damit auch die Möglichkeit, aus diesen von uns geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum mehr zu machen, als die bloße Existenzsicherung: Die Möglichkeit Subjekt zu sein, die Perspektive Kommunismus.

Diese Perspektive ist, auch wenn es uns fast niemand glaubt, zum Greifen nahe. Aber genau das ist das Problem, daß die materiellen Voraussetzungen vorhanden sind, aber die produktivste Kraft nicht: Die sich von der bürgerlichen Ordnung und Moral, von der kapitalistischen Produktionsweise und Herrschaft emanzipierende Bewegung der Unterdrückten. Wir reden von der subjektiven Seite der objektiven Bedingungen und Möglichkeiten. In diesem Widerspruch bewegt sich bei uns alles. Deswegen, Genossinnen und Genossen, belästigen wir euch und auch die Leute bei uns nicht mit der hundertsten Aufzählung und akribischen Beweisführung, wie schlimm Ausbeutung und Unterdrückung bei uns sind. Deswegen lassen wir es uns auch gerne gefallen, des Subjektivismus gescholten zu werden. Aber, Genossinnen und Genossen, der Ausgangspunkt ist die Handlung, in den Bergen oder Städten. In den Zentren allemal die materiellste Sache der Welt: Wie, verdammt noch mal, kommt die Lunte ran?

Und das ist ein weiterer Ausgangspunkt revolutionärer Politik in den Metropolen. Weil wir letztlich nur die Verpackung essen

und nicht das Brot, brauchen wir auch keinen anderen Grund. Es ist ganz offensichtlich so, daß die Verhältnisse eine andere Gesellschaftsordnung nicht nur notwendig, sondern auch möglich machen. Deswegen die Frage: Ist das nicht der entscheidende Widerspruch, wenn gleichzeitig unsere Fähigkeit, „uns", die unterdrückten Menschen, überhaupt als Subjekt zu denken, gebrochen ist?

Die Aneignung des Lebens ist gegen Staat und Kapital der unauflösbare Widerspruch. Da entfalten sich Kreativität und Energien. Ruhig und befriedet scheint es bei uns nur auf der Oberfläche zu sein. Aber fast nie gelingt es den daraus entstehenden Kämpfen sich aus der Einkreisung von Repression und Konsumideologie zu befreien. Es stimmt einfach, es ist verflucht schwer, die objektiv rebellische Wirklichkeit freizukämpfen von dem, was unsere Bedürfnisse und Hoffnungen, unsere Subjektivität in Fesseln legt und aufsaugt. Entfremdung, ein zentraler Begriff in unserer Diskussion, ist auch das Auseinanderklaffen von objektiver und subjektiver Reife der Situation. Es ist genau das, was in jeder Unfallsituation wiederzufinden ist: alle gaffen hin, aber kaum ein Mensch ergreift die notwendigen Handlungen um zu helfen.

Vor allem deswegen ist für uns revolutionäre Strategie nichts anderes, als „nur" die Vorstellung der Organisierung der subjektiven Seite des Widerspruchs: wohin, mit wem und wie. Denn die Orte des Kampfes sind längst ausgemacht. Es sind die sozialen und politischen Verhältnisse in denen wir leben. Immer dort, wo die Widersprüche gebrochen werden in der Totalität der von der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise ausgehenden Macht. Es ist die Organisierung des sozialen Krieges gegen die Bourgeoisie, ein unmittelbarer Kampf für die soziale Revolution. Und daher liegt die Lösung auch nicht in der Sache, sondern im Subjekt, in uns selbst und in den Händen all derer, die ebenso die Schnauze voll haben.

Vor 150 Jahren erschien bei uns eine kleine Flugschrift. In ihr wurde den Menschen vorgerechnet, wer an ihrem Elend verdient, wem es nützt, daß sie sich plagen und mühen. All das ließ nur eine Schlußfolgerung zu: Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Das ist es! Nicht das Lamento, daß die Paläste auch was gutes fürs Volk wären. Nein. Krieg! Nicht, führt mit den Herrschenden einen Dialog, seid nicht so störrisch, schließt doch Kompromisse, nein, Krieg!

Das hat für uns heute immer noch Gültigkeit. Aber wir sagen auch: No Justice – No Peace, denn ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben. In allen sozialen Kämpfen ist dies enthalten. Wo begonnen wird, die unmittelbare Bedürfnisse und Interessen der unteren Klassen einzufordern, kann dies als antagonistischer Widerspruch in die Gesellschaft gesetzt werden. Die Regierenden reagieren darauf nur mit einer verschleierten Ausmerzung. Für sie sind die so formulierten Bedürfnisse nichts anderes als ein Hindernis in der Reproduktion der bestehenden Ordnung. Bei uns stellen selbst reformistische Vereine und Lobbygruppen die zunehmende Brutalität und Systematisierung der Ausgrenzung fest. Und Ausgrenzung ist nur ein anderes Wort für soziale Vernichtung.

Wir sprechen also aus der eigenen Erfahrung, daß es nicht einfach ist, die imperialen Schweine zum Teufel zu jagen. Die Niederlagen schmerzen und unsere toten Genossinnen und Genossen fehlen uns. Wir müssen das so nüchtern feststellen: Es ist nicht gelungen, die mannigfaltigen Aufbrüche und Rebellionen in den Metropolen gegen die herrschende Normalität in eine soziale und kulturelle Autonomie und Identität einer „Gesellschaft von unten" zu entwickeln. Viele waren wir gemessen am

Eröffnung des „Encuentro Intercontinental", Chiapas, Mexiko Foto: Bärbel Högner

Trotzdem: die objektive gesellschaftliche Ausgangslage für radikale Kämpfe und Forderungen ist nicht schlecht. Wir haben aber keine Illusionen. Quer durch alle Schichten und Klassen spiegelt sich die reaktionäre Entwicklung. An jedem Punkt schlagen wir uns mit dem Widerspruch herum, daß der Pesthauch des „weißen Mannes" selbst die Kämpfe um unmittelbare Bedürfnisse und Ziele der Unterdrückten vergiftet. Und trotzdem gibt es keine Alternative, als im Volk und mit dem Volk darum zu kämpfen, die eigenen Sachen auch in die eigenen Hände zu nehmen. Wie sonst und mit wem sonst?

Aber wir haben kein Programm. Niemand hat es bei uns zur Zeit. Alles, was in unserem Land in den letzten 20 Jahren den Geist der Revolte und des Kampfes verkörperte, und es ist letztlich auch all das, was die bürgerliche Macht abgesehen von den Nazis unter den Begriffen Terrorismus oder Anarchismus subsumierte, von der Stadtguerilla bis zur Hausbesetzung, von der Massenmilitanz bis zum zivilen Ungehorsam, liegt darnieder.

Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nie, heute sind wir noch weniger. Trotzdem kann man nicht aufgeben. Auch deswegen sind wir hierher gekommen.

Wir sagen es daher für unser Land eher grundsätzlich und vielleicht klingt es für andere auch abstrakt: Der Kampf der nächsten Jahre muß auf unterschiedlichsten Ebenen geführt werden, die in sich verbunden sind und zugleich eine Beziehung zu jedem emanzipatorischen Prozeß, der im Entstehen ist, herstellen. Der „Ort", wo dieser Begriff entstehen und wachsen kann, ist die Bewegung der Gesamtheit der Widersprüche im Imperialismus, also des Kampfes. Revolutionäre Identität ohne diese internationalistische Position kippt früher oder später immer wieder in populistische oder reformistische Politik.

Die gesellschaftlichen Zustände sind bei uns zugespitzt. Das autoritäre Regime und der ausländerfeindliche Chauvinismus von unten markieren die reaktionäre Entwicklung. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau machen den „Standort

Deutschland“ fit. Das ist der Preis des Sieges über den staatlichen Sozialismus. Die Mauer durch Berlin und Deutschland ist gefallen. Aber der Beton, der dort abgetragen wurde, wird als Festungswall um Europa hochgezogen. Das sind die Kosten der Freiheit. Sieben Jahre nach der auch geographischen Expansion des deutschen Imperialismus ist Deutschland in Europa unbeschränkte Macht. Deutschland darf wieder mit Panzern und Raketen in die Geschicke der Völker eingreifen, zur Sicherung der Rohstoffe und der Absatzmärkte. Mit der Europäischen Union ist ein Machtblock entstanden, der schon jetzt hegemonial bis in den Fernen Osten reicht. Innerhalb von wenigen Jahren wurde die Ökonomie des ehemals „sozialistischen Wirtschaftsraumes“ völlig ausradiert. Wo die zerstörende Wirkung der Marktgesetze nicht ausreicht, erledigen die Gesetze des Krieges, wie in Jugoslawien, den Rest. An jedem dieser nationalen Gemetzel, trägt die deutsche Regierung die Mitverantwortung, weil sie abhängige Staaten im Südosten und Osten Europas braucht.

Das sind die Errungenschaften der Demokratie. In diesem Land, um zum Anfang zurückzukommen, leben wir also. Aber ausgemacht ist nicht, daß Unzufriedenheit nicht doch zu radikalen Kämpfen an all den unendlichen Brennpunkten führt. „Kein Land in Sicht“ sagen diejenigen, für die am Ufer kein Empfangskomitee bereit steht.

Friede den Hütten, aber kein Frieden den Palästen. Wir zumindest müssen, um diesen Krieg erklären zu können, die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zurückerobern. Da liegt noch ein Weg vor uns. Wir sind nicht irre. Also behaupten wir auch nicht, daß wir oder noch irgendein Grüppchen der radikalen Linken in Deutschland das Problem der fehlenden strategischen Vorstellung des Kampfes lösen könnte. Wir werden sicherlich die Lösung auch nicht in den Lakandonischen Urwäldern finden. Deswegen sind wir nicht hier. Aber wir wollen Fragen, die sich aus der Situation in unseren Ländern ergeben, diskutieren, Fragen des Kampfes, der Aussichten und Perspektiven.

Die Zapatisten haben anders als die meisten Befreiungsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte den bewaffneten Kampf nicht mit dem Ziel aufgenommen, die Macht zu erobern.

Da wir uns in Deutschland dem Spektrum zuordnen, für das die Auseinandersetzung mit internationalen revolutionären Entwicklungen immer eine große Rolle gespielt hat, können wir die strategisch-taktische Differenz einschätzen. In unserem Kampf hatte die Frage des bewaffneten Kampfes strategische Relevanz. Die Frage der Macht auch, aber nicht die der unmittelbaren Machteroberung. Hier sehen wir Überschneidungen, vielleicht Übereinstimmungen. Der politische und soziale Zweck bestimmt die Mittel.

In unserem Land sind die bewaffneten Gruppen der Linken mit der Behauptung angetreten, daß die Frage der eigenen Macht, der roten Macht des Volkes, der Gegenmacht mehr sein muß als die taktische Variante, den Unterdrückten eine Stimme zu geben. Gegenüber der Einkreisung der unteren Klassen durch Staat und bürgerliche Ideologie ist die Bedeutung der auch gewaltsam durchgesetzten Autonomie und Selbstständigkeit zentral geworden.

„Gegenüber der Einkreisung der unteren Klassen durch Staat und bürgerliche Ideologie ist die Bedeutung der auch gewaltsam durchgesetzten Autonomie und Selbstständigkeit zentral geworden.“

Was ist den Zentren der Kapitals geschehen? Die Zerstörung des kollektiven Bewußtseins der Ausgebeuteten wie der kollektiv erfahrenen, in ihrer gelebten gemeinsamen Situation, ist die Zerstörung des Ortes jeder Gemeinschaft. Der Markt als warenvermittelte Bedürfnisbefriedigung und Identitätswerdung schafft Verhältnisse, in denen alles Markt ist, auch die Organisierung der eigenen Interessen. Befreiungskampf fängt also dort an, wo der Ort und der Raum geschaffen wird, eigene Interessen, Solidarität und Gemeinsamkeit zu entwickeln. Konstituierung ist ein Schlüsselwort.

In unserem Land ist kennzeichnend, daß schon die leiseste Erahnung von befreiten Verhältnissen eng verzahnt ist mit der Frage von Macht und Gegenmacht. Das ist bedingt durch unsere Geschichte, der wiederholten Niederlage der Arbeiter(innen)bewegung als Ausgangspunkt zweier imperialistischer Weltkriege. Aber es ergibt sich auch aus der Durchdringung und Verstaatlichung der sozialen Verhältnisse. Wir behaupten, das ist typisch für den heutigen Kapitalismus. Und genau aus diesem Zusammenhang heraus, stellen sich für emanzipatorische Kräfte in den Kapitalzentren immer wieder die Fragen, wie die Einkreisung durchbrochen, wie der Raum frei gekämpft werden muß, in dem sich eine radikale, die eigenen Ketten abwerfende Klasse entfalten kann. Die Sprengkraft ist da, sie steckt in den Verhältnissen, aber die Lunte will nicht anfangen zu glimmen.

Wir sehen, die Frage der Macht und so herum der Gewalt, der Konfrontation, auch des bewaffneten Kampfes, hat in unseren Ländern, ernstgemeint, nie die Machteroberung, die Machtübernahme als unmittelbaren Zweck setzen können. Genau das aber ist auch der Grund, warum sie nur taktisch sein kann in den Mitteln, nicht aber in ihren Zielen.

Und eins ist uns wichtig in diesem Zusammenhang: Wir sind die Gewaltfrage leid! Das ist oft ein lähmender Streit, bevor überhaupt eine Verständigung über die eigenen Ziele gelingt. Revolutionen sind gewalttätig, aber sie sind kein Problem der Geometrie. An Mitteln und Formen des Kampfes orientieren wir uns nicht. Wir schreiben sie auch nicht anderen vor. Der zukünftige Rahmen emanzipatorischer Kämpfe in Deutschland ist, so viel wissen wir, nicht in der dogmatischen Frage für oder wider Militanz zu finden. Er muß an den Koordinaten Befreiung oder Niederlage jedes emanzipatorischen Aufbruchs der Menschen entlang entwickelt werden. Denn alles andere ist Ideologie.

Dieser Prozeß wird nicht morgen schon brauchbare Ergebnisse hervorbringen. Auch vollmundige Bekundungen für die Revolution an sich und überhaupt, beschleunigen ihn nicht. Es wird ein zähes Ringen um Verständigung, um Vorstellungen und die notwendige Praxis sein. Dabei verlangen wir von uns und anderen, sich immer wieder klar zu machen, auf welcher Seite wir stehen. Sind wir wirklich bei denen, die nach gemeinsamen Lösungen „von unten“ suchen und weder die Menschen bei uns noch weltweit aufgeben. Ein ruhiges Plätzchen ist das nicht. Das war es nie und wird es in harten Zeiten erst recht nicht sein. Aber das allein reicht natürlich nicht, um die Gewalt aufzuhalten.

Wir sind also nicht im Frieden mit den Zuständen in unserem Land. Daher heißt unsere Gruppe „Kein Friede“. Aber das soll nicht falsch verstanden werden. Weder begreifen wir uns als Abenteurer, noch als dogmatische Militaristen. Aber unser Verständnis von Frieden ist dem Frieden derjenigen, die für Ausbeutung und Unterdrückung stehen, grundlegend entgegengesetzt. Sie wollen eine Gesellschaft, in der ihr Frieden die Bedingung für kapitalistische Sklavenarbeit, Vereinzelung und Unterwerfung ist. Frieden für uns bedeutet, alle Verhältnisse die zum Krieg führen, umzuwerfen. Frieden verlangt, alle Ursachen des Krieges zu beseitigen. Dafür muß man kämpfen. Da haben wir keine andere Wahl. Und deshalb sagen wir auch: Kein Friede mit diesen Verhältnissen. (...) ●

STEFAN ARMBORST

Botschaften an die organisierten Herzen der Welt

Das literarische Werk des Subcomandante.Marcos

Zum ersten Mal ist in Buchform eine Auswahl von ins Deutsche übersetzten Texten und Briefen von Marcos, dem Subcomandante des mexikanischen „Ejército Zapatista de Liberación Nacional“ (EZLN), erschienen.* Dabei handelt es sich um die wichtigsten, vom ihm selbst gezeichneten „Botschaften“ aus den ersten zwanzig Monaten des am 1. Januar 1994 begonnenen Aufstandes und nicht um offizielle Kommuniqués der Guerilla.

Es ist das eigentlich schriftstellerische Werk desjenigen, der sich als Brücke versteht zwischen dem Kampf der chiapanekischen Campesinos und dem, was wohl in Ermangelung eines besseren Begriffes als nationale und internationale Zivilgesellschaft bezeichnet wird.

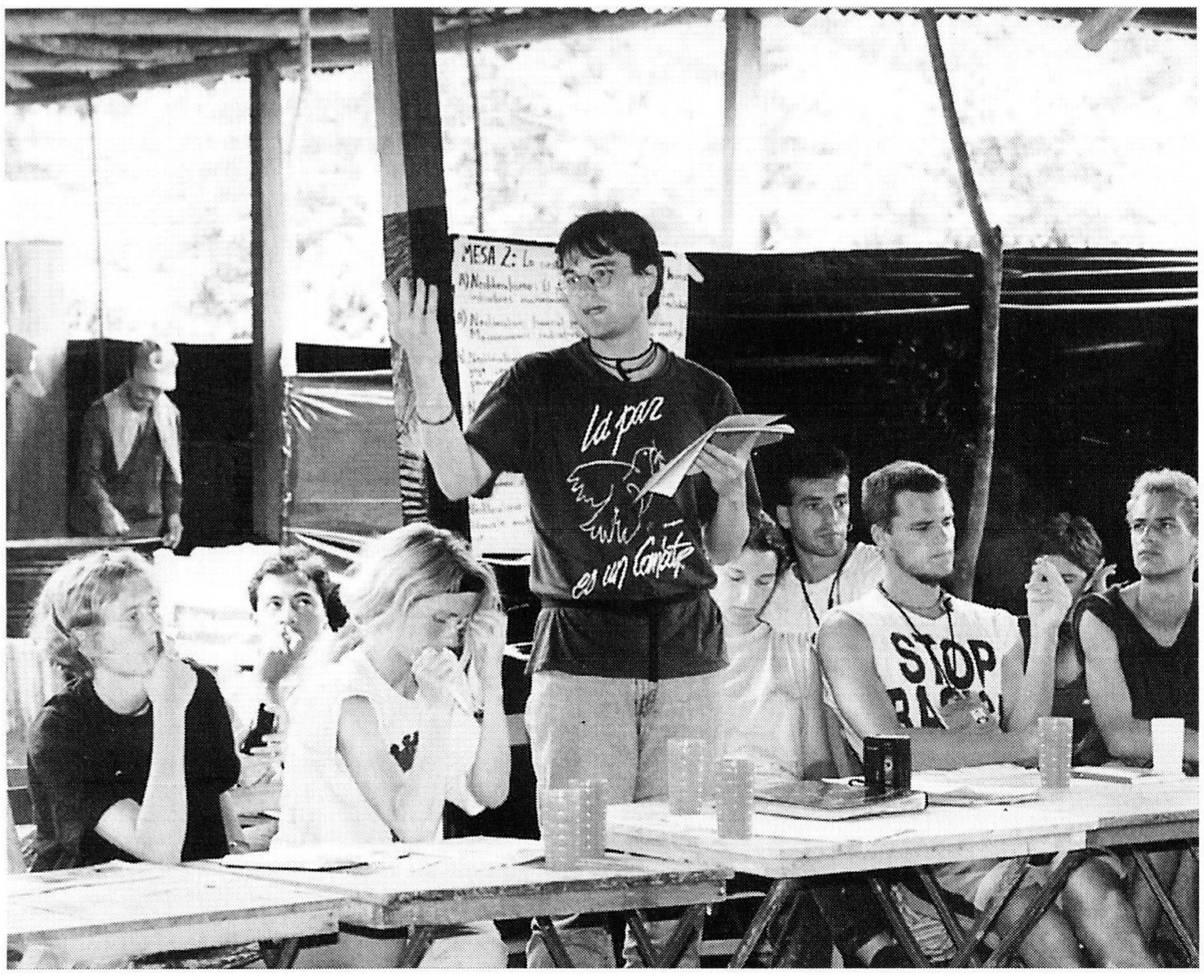
Eines vorweg: Meist hinken die Vergleiche mit Größen aus der Literaturgeschichte. Marcos als Autor würde sich wohl nicht als „Shakespeare des Lakandonischen Urwalds“ bezeichnen, wie es der Rückentext des Buches etwas reißerisch verkündet, obwohl er nach eigenen Aussagen gern Sonette schreiben würde. Manches in Erzählstil und Inhalt verweist mehr auf Miguel de Cervantes, auf die verrückten Abenteuer des Don Quijote de la Mancha. Es ist die Einsamkeit, die „schmerzt wie ein scharfes Messer“ – so eines der eingeschobenen Bilder und Zitate aus jenem Werk –, die Marcos dazu treibt, zum Schildknappen des gelehrten und welterfahrenen Käfers und Neoliberalismus-Analytikers Don Durito de la Lacandona auserkoren zu werden.

Wie lassen sich die unter der Parole „Jetzt oder vielleicht nie...“ verfaßten Zeilen, die vielfältige Prosa des „SUP“ nun am besten charakterisieren? Es sind politische Streitschriften – Pamphlete im besten Sinne des Wortes –, „Krieg der Worte“, der „Hütten gegen die Paläste“, im Stil Georg Büchners – mit beißendem Sarkasmus für die Arroganz und Dummheit der Macht, aber auch mit tiefsinniger Ironie nicht zuletzt gegenüber sich selbst. Es ist „Philosophie der Praxis“ durch die Verbindung indigener Kollektivsymbolik und Kosmogenese mit der Kritik nationaler und globaler, neoliberaler und kapitalistischer Herrschaft.

Und es ist ein Versuch, andere Worte zu finden auf dem Weg hin zu einer befreiten Zukunft der „organisierten Herzen derjenigen, die nichts haben als Würde und rebellischen Geist“. Eben weil seine Sicht der Verhältnisse anknüpft an die Geschichte und „Geschichten“ der Menschen in einer Region (dem vergessenen Südosten Mexikos), in einem Land mit einem noch lebendigen Bewußtsein eigener revolutionärer Traditionen, hat er allen etwas zu sagen, die weltweit um eine neue Sprache und Praxis der Befreiung ringen.

Marcos schreibt viel des Nachts – vor allem nach dem Einmarsch des mexikanischen Bundesheeres in die zapatistisch befreiten Zonen in Chiapas, welcher im Februar 1996 die EZLN zusammen mit vielen Dorfgemeinschaften zum Rückzug in den Urwald bewegte. Das Konzert der Grillen, die ständigen Regenschauer und die Kälte des Morgens sind seine ständigen Begleiter in einer Einsamkeit, die er nur mit seinem Mitkämpfer Camilo und seinem (meist skeptischen) „anderen Ich“ teilt. In ständiger Erwartung des Entdecktwerdens, des kommenden Todes schärft er seine Beobachtungsgabe für die kleinsten Dinge, räumt er die „Taschen der eigenen Seele“ leer – ein nicht enden wollendes Unterfangen –, sucht er danach, „alte und verschlissene Worte“ dem allmächtig scheinenden Gegner und seiner Orwell'schen Sprachverdrehung zu entreißen. Für Mexiko, aber auch für Europa und insbesondere Deutschland gilt: „Ein Land, daß seine Vergangenheit vergißt, kann keine Zukunft haben.“

In den Texten des Subcomandante verknüpfen sich die vielfältigsten Erzählperspektiven, Textarten, Stilmittel sowie erzählerische und rhetorische Strategien. Eines der gelungensten Beispiele ist eine Beschreibung der vergangenen und gegenwärtigen Ausplünderung des mexikanischen Südostens im Stil Eduardo Galeanos und seiner „Offenen Adern Lateinamerikas“. Die 3,5 Millionen ChiapanekInnen erhalten bis heute ökologische Zerstörung, Landvertreibung, Hyperinflation, Alkoholismus, Prostitution, Armut und Tod im Tausch für den aus der Region geschafften Reichtum. Doch diese Wirklichkeit kleidet sich in den ironischen Vortragsstil eines imaginären Reiseleiters, der den (Lese-)



Deutsche Delegation auf dem „Encuentro Intercontinental“, Chiapas, Mexiko
Foto: Bärbel Högner

Aus allen umliegenden Communidades kamen Leute, um die internationalen Delegationen zu empfangen. Foto: Bärbel Högner

TouristInnen einer ebenso imaginären Reise in die brutale Wirklichkeit diese eben nicht (!) als Reiseziel empfiehlt. Genauso wie die Menschen in Chiapas erst ihr Gesicht verdecken mußten, um wahrgenommen zu werden, muß erst eine neue Sprache gefunden werden, um Wirklichkeit als solche erst kenntlich zu machen.

„Geschichte" besteht in vielen Texten der Antologie zunächst einmal aus einer Vielzahl von „Geschichten": alltägliche, zunächst unscheinbar erscheinende Episoden des Alltags, wundersame Begebenheiten, die ins Unwirkliche hinübergleiten (die „wunderbare Wirklichkeit" der lateinamerikanischen Boom-Literatur läßt grüßen). Immer haben diese Geschichten auch eine tiefere Bedeutung für den kollektiven Kampf und knüpfen dabei an die Erzähltraditionen der Dorfgemeinschaften an.

Oftmals sind sie Ausdruck einer tiefen Tragik und Trauer, aber auch der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auf eine Menschlichkeit und Würde, ohne die die bloße Denunziation und das Wehklagen über die Verhältnisse hohl und wirkungslos bleiben.

„Es ist ein Versuch, andere Worte zu finden auf dem Weg hin zu einer befreiten Zukunft der 'organisierten Herzen derjenigen, die nichts haben als Würde und rebellischen Geist'."

So in der Parabel, in der mit Hilfe des Bildes einer Kordel, die nicht in der Luft stehen bleiben will, die „Nicht-Meßbarkeit" des menschlichen Lebens erklärt wird; oder in der verzweifelten Wut und Entschlossenheit eines fünfjährigen Mädchens, das, ihre beim Einmarsch der Soldaten zerstörte Teetasse reparierend, erwachsen wird. Dazu gehört auch das gemeinsame Fest und der Tanz – z.B. die scheinbare „Unbesonnenheit", die darin besteht, daß auf dem Weg ins Urwaldversteck die BewohnerInnen eines Dorfes ihre sperrige Marimba (ein traditionelles Musikinstrument) mitnehmen, um das Feiern nicht zu verlernen.

Marcos versteht sich als Vermittler derjenigen, die erst durch die Unterstützung der mit ihnen weltweit solidarischen Menschen einen Namen bekommen, „benannt" werden und so dem Tod des Vergessens entrinnen. Nur dadurch erhält auch der Tod (und damit das Leben) Würde und Sinn. In einem fiktiven Protokoll der Vernehmung vor dem „Sonderstaatsanwalt für den Fall des SUP" bezeichnet sich dieser als „Sohn des alten Antonio und Doña Juanita", als Onkel von „Toñita Beta, Eva und Heriberto" – all dies sind Figuren, die stellvertretend für die Menschen in Chiapas in seinen Erzählungen beheimat sind – und als solcher ist seine erzählerische und politische Identität an die der EZLN, an die Campesinos/as in Chiapas und anderswo geknüpft, an alle, die für Wahrheiten kämpfen, „die dem Menschen zu eigen" sind: „Wir haben bereits einen Ort im Herzen der Brüder und Schwestern, ihr, und einen kleinen Winkel in der Geschichte, die tatsächlich zählt, die die erkämpft wird."

Geschichte wird gemacht durch die Geschichte(n) der Menschen, die sich von der Geschichte der Macht unterscheiden, die Wort und Tat, Theorie und Praxis, Vergangenheit und Zukunft neu zusammenbringen, die dafür auch Kollektivsymbole erfinden bzw. sich neu aneignen. Nicht zuletzt deshalb beginnt einer der programmatischsten Teile des Buches – die Analyse globaler neoliberaler Herrschaft und Ideologie sowie die Vorstellungen möglicher Befreiung auf der Grundlage der „Geschichte der Spiegel(ungen)" – mit einer von Antonio, dem „Ältesten der Alten", vorgetragenen indianischen Erzählung von der Entstehung des (im spanischen weiblichen) Mondes.

Und dieser Teil endet mit der Vision eines „Schiffs der Hoffnung" mit Namen „Aguascalientes" – dem Ort, an dem sich 1914 die beiden Revolutionsführer Zapata und Villa trafen –, das auf dem smaragdgrünen Himmels-Meer die Gestalt einer Meeresschnecke als Maya-Symbol für menschlichen Austausch und Kommunikation annimmt. Auguascalientes nannten die Zapatistas auch den Ort, an dem sich im August 1994 der erste Nationale Demokratische Konvent (CND) versammelte, ein inzwischen mehr oder weniger gescheiterter Versuch der Bündelung alle mexikanischen Oppositionskräfte. Und Aguascalientes hießen auch die fünf Orte, an denen Ende Juli das Interkontinentale Treffen für die Menscheit und gegen den Neoliberalismus stattfand. Gründe genug, damit dem Vielschreiber Marcos nicht die Feder austrocknet... ●

** Subcomandante Insurgente Marcos, Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald. Über den Zapatistischen Aufstand in Mexiko, Edition Nautilus, Hamburg 1996, 250 S., DM 29,90.*

ANNETTE OHME

Sommeruniversität im Nordwesten Mexikos

Am 6. September 1995 wurde der deutsche Professor Dr. H. Reinicke nach vierwöchiger Haft aus dem Hochsicherheitsgefängnis entlassen. „Besitz von Kriegswaffen" lautete die Anklage – in Mexiko.
In Mexikali, der nördlichsten Stadt am Rio Colorado wird im August 1995 ein neuer Hitzerekord gemessen: 53 Grad im Schatten. Will man der Hitze entkommen und das Meer erreichen, so muß man eine Autofahrt antreten, die oftmals tödlich endet. Um die Berge der Sierra Madre zu überqueren gibt es nur eine schmale Straße an steilen Abhängen ohne Seitenbefestigung. Die Strecke ist äußerst gefährlich, ein unkonzentrierter Augenblick kann tödliche Folgen haben.

Auch hinter der Sierra Madre, neben der Grenze zu den USA, ist man vor Überraschungen nicht gefeit. Wir geraten zum dritten Mal innerhalb einer Woche, in eine Polizeisperre. Ein paar schwarzgekleidete Männer stehen mitten auf der Straße, und als wir schon fast vorbeigefahren sind, nehmen wir wahr, daß sie uns zornig bedeuten, anzuhalten. Zwei kleine Kinder in Windeln und Unterhose, zwei Erwachsene und zwei große Hunde klettern aus dem 25 Jahre alten Buick mit amerikanischem Kennzeichnen. Routiniert inspizieren die Polizisten oberflächlich unser Auto und finden zwischen Büchern und Manuskripten ein paar Jagdpatronen. Wo denn die dazugehörigen Waffen wären, wollen sie wissen. Und während einer der Polizisten Lutscher an die Kinder verteilt, wird ein Kasten mit zwei Jagdgewehren aus dem Kofferraum befördert. Ob dies hier unsere Waffen wären, wollten die Polizisten wissen, und daß es in Mexiko verboten sei, Gewehre bei sich zu haben, erklären sie uns. „Ja, natürlich sind das unsere Jagdgewehre. Sie sind für ein Forschungsprojekt in Nordamerika bestimmt. Dort ist es üblich, Gewehre bei sich zu haben. Jeder Jäger läuft damit herum. In Alaska gibt es sogar eine Vorschrift, die sagt, Gewehre sind zum Schutz gegen Bären mitzuführen.

Hier sind die Papiere für den Drilling und den Stutzen", antworten wir brav. Wir erklären den Polizisten, daß sich H. Reinicke als deutscher Universitätsprofessor und Forscher mit den Problemen verschiedenster Ureinwohner beschäftigt und darüber diverse Bücher und Aufsätze veröffentlichte. Es sei auch keineswegs das erste mal, daß wir mit den Gewehren in Amerika wären. Auch habe uns bei der Einreise nach Mexiko niemand nach Gewehren gefragt. Sollte es aber irgendwelche Probleme geben, so könnte man ja einfach ein Siegel auf den Kasten kleben bis wir das Land verlassen, schlagen wir vor und rechnen obendrein mit einer Geldstrafe. Die Polizisten, offenbar bemüht, kein großes Aufsehen zu erregen, sind auch der Meinung, man müsse das Problem im Büro klären. Dort sei auch der Chef und mit dem sollten wir alles weitere besprechen. Ein Zivilfahrzeug geleitet uns ins zehn Kilometer entfernte Tecate – einen Steinwurf von den USA entfernt – und bald parken wir vor dem Büro der „Policia Federal", der Bundespolizei, das sich im ersten Stock eines Wohnhauses befindet.

Bei der Polizei

Er könne doch nicht eine ganze Familie dabehalten, noch dazu mit zwei großen Hunden, flucht einer der im Büro beschäftigten Polizisten. Und ich wundere mich, wie schlecht mein Spanisch ist, als ich verstehe, daß sich die Polizisten darüber unterhalten, in welche Zelle man uns alle sperren könnte – eine ganze Familie mitsamt zwei Hunden. Also warten wir auf den Chef, der Klärung bringen soll. Doch statt dessen kommt vier Stunden später ein Arzt. Mit weit aufgerissenen Augen fragt er leise und bestimmt, ob man uns geschlagen oder mißhandelt habe. „Nein". Aber wir könnten es ihm ruhig sagen, fordert er uns auf, auch sollten wir keine Angst vor Repressalien haben. Er sei Arzt, unabhängig und wolle uns helfen. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen hätten erst vor kurzer Zeit durchgesetzt, daß in Mexiko nach Festnahmen ein Arzt hinzugezogen werden muß, um Mißhandlungen durch die Polizei anzuzeigen und zu vermeiden. „Wir sind nicht geschlagen worden", antworten wir ihm, aber ob er vielleicht wüßte, wann wir wieder gehen könnten. „Gehen?", fragt er erstaunt, „überhaupt nicht mehr. Erstens einmal bringt man euch nach Tijuna. Das ist 30 Kilometer entfernt. Dort ist ein Richter. Aber wieviele Jahre ihr im Gefängnis bleiben müßt, das weiß ich auch nicht." Ich werde sehr zornig und erkläre der Polizei, daß wir nun im Begriff seien, unsere Reise fortzusetzen. Der Chef sei schließlich immer noch nicht da, die Kinder wären müde und es sei schon sehr spät. Eine kleine dicke Polizistin, die uns als rechtskundig vorgestellt wird, sieht die Kinder an und zeigt sich einsichtig. Sie bereitet eine Erklärung vor, die ich unterschreiben soll. H. Reinicke wird inzwischen in eine Zelle gesperrt. Nach einer Stunde präsentiert mir die Polizistin einen Text, in dem es heißt, wir seien gemäß der Vorschrift nach Paragraph 172 und 173 über unsere Rechte informiert worden und hätten die Möglichkeit gehabt, mit einem Anwalt zu sprechen. „Es tut mir leid, Señora, aber diese Erklärung kann ich nicht unterschreiben. Sie entspricht nicht der Wahrheit", antworte ich. Aber das Geschriebene sei nur zu meinen Gunsten, würde ich nicht unterschreiben, dann könnte sie die Kinder und mich nicht entlassen, entgegnet die Polizistin. Ob denn das die Alternative ist in Mexiko: die Wahrheit oder die Freiheit, frage ich. Die Polizistin sieht weg, verläßt den Raum. Wenig später kann ich mit den Kindern gehen. H. Reinicke ist festgenommen. Es ist spät nachts. Die Polizistin bietet mir an, mich mit zwei Kollegen zu einem Motel zu fahren. Die Vorstellung, in Lateinamerika nachts mit drei schwarzgekleideten Polizisten in einem Auto zu fahren, während niemand weiß, wo wir sind, weckt üble Assoziationen. Auf der Straße angekommen, lehne ich das Angebot ohne Begründung ab und laufe. „Was ist los?", ruft einer der Polizisten über die Straße seiner Kollegin zu. „Sie will nicht mit uns fahren. Sie hat Angst", erklärt die Frau. Die Polizistin scheint zu wissen, wovon sie spricht. Sie kennt ihre Truppe.

H. Reinicke wird am nächsten Tag nach Tijuana gebracht. Tijuana, bekannt geworden, nachdem dort Anfang 1994 der reformorientierte Präsidentschaftskandidat auf offener Straße erschossen wurde, liegt direkt neben San Diego. Es ist die Stadt, die weltweit die meisten legalen Grenzübertritte zu verzeichnen hat. Außerdem überklettern täglich 25.000 Men-

Neuerscheinung im VERLAG 2000

»Von Spanien bis Nicaragua«

Solidarität zwischen antifaschistischem Kampf und Entwicklungshilfe

Autorin: **Rosemarie Karges**
Herausgeber:
TIE-Bildungswerk e.V. und Monimbó e.V.

Die Nicaragua-Solidarität zählte zu den größten, kontinuierlichsten und breitenwirksamsten Solidaritätsbewegungen seit Bestehen der Bundesrepublik. Ihrem Selbstverständnis nach reihte sich die Bewegung in die Tradition der Internationalen Solidaritätsbewegung ein und verstand sich explizit als politische Bewegung. Anders als vorangegangene „Dritte-Welt"-Bewegungen griff die Nicaragua-Solidarität mit konkreten entwicklungspolitischen Maßnahmen aktiv in das Leben in Nicaragua ein. Im ersten Teil der Broschüre werden Konzeptionen internationaler Solidarität untersucht: vom antifaschistischen Kampf im Spanischen Bürgerkrieg bis zur Entwicklungshilfe in Nicaragua. Im zweiten Teil wird das Spannungsfeld zwischen „politischer Solidarität" und „Entwicklungshilfe" am Beispiel der Nicaragua-Solidaritätsbewegung untersucht. Grundlage sind die Ergebnisse einer dreijährigen Untersuchungsarbeit. In diesem Rahmen wurden über 1000 Interviews mit NicaraguanerInnen durchgeführt, die die Projektarbeit der Solidaritätsbewegung beurteilten. Mit dieser Broschüre wollen wir zur Diskussion um Zielsetzungen politischer Solidarität beitragen.

Verlag 2000 – Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06, Fax: 069 / 82 11 16
ISBN 3-88534-125-5
60 Seiten, farbige Abbildungen, DM 10,– zzgl. Porto

schen den Wellblechzaun in die USA. Sie stammen aus ganz Lateinamerika. 20.000 werden gefaßt und zurückgebracht, 5.000 schaffen es und verdingen sich später als illegale Arbeiter in den USA. Hier, zwischen San Diego und Tijuana verläuft die Grenze zwischen Nord und Süd. Und während die NAFTA, die Freihandelszone von Kanada bis Mexiko ausgerufen wurde, startete die amerikanische Regierung zugleich das bisher teuerste Projekt, um die mexikanische Grenze zu kontrollieren. Seit Februar 1994 wurden die Grenzpatrouilien verdoppelt und die Grenzanlagen mit neuen Technologien, wie Nachtsichtgeräten, Sensoren und Computer ausgestattet. Maßnahmen, die – wie die *New York Times* berichtete – den Flüchtlingsstrom nicht schmälern konnten. Die Armut ist zu groß. Wie das „Collegio de la Frontera del Norte" erklärt, wird obendrein der Zustrom illegaler Arbeiter durch die amerikanische Polizei entsprechend des Bedarfes vor allem kalifornischer Großgrundbesitzer reguliert: Während der Erntezeit werden mehr Menschen in die USA gelassen, später schiebt man sie wieder ab. Zugleich ziehen die billigen mexikanischen Arbeitskräfte und die Nähe zu den USA vor allem amerikanische Unternehmen an, die hier fertigen lassen. Sie zahlen hier etwa ein Zehntel des amerikanischen Lohns, was immerhin weit über dem mexikanischen Durchschnitt liegt. Hier in Tijuana, einer Stadt, die in nur 100 Jahren auf knapp drei Millionen Einwohner wuchs, mischt sich die Illusion vom besseren Leben „drüben" mit der Hoffnungslosigkeit derer, die, buchstäblich auf der Strecke blieben, die Hürde in die USA nicht nehmen konnten. Dazu kommt die alltägliche Gelegenheitskriminalität, sowie die Vergnügungsgelüste vorwiegend amerikanischer Touristen, die das Wochenende hier verbringen, um billig zu Essen und zu Trinken. In Tijuana brodelt es.

Im Gefängnis

Das Hochsicherheitsgefängnis, mitten in der Innenstadt, beherbergt einige Arbeitsmigranten, arme Indios sowie entweder solche Gefangene, die als zu gefährlich gelten, um sie in einem „normalen" Gefängnis unterzubringen oder solche, die man vor der Erfahrung mit der mexikanischen Vollzugsrealität bewahren möchte. Sei es, weil sie diese nicht überleben würden, sei es aus Furcht vor Veröffentlichung. So ist hier jener Killer untergebracht, der Ende der 80er Jahre einen französischen Journalisten erschoß, der über das Netz der Mafia recherchierte oder auch der berühmte Jeuy, dem es gelang, einen noch berühmten Schützen als er es selber ist, allein zur Strecke zu bringen.

Die Zellen des Gefängnisses messen Einenmeterundneunzig mal drei Meter. Es gibt darin keine Sitzgelegenheit oder gar einen Tisch. Die gesamte Habe der Gefangenen, Essen und die Toilette befindet sich auf diesem engen Raum. Bis zu zehn Gefangene sind in einer Zelle untergebracht.

„Im allgemeinen gilt, daß man besser keine Forderungen an die Wächter stellt, denn wer hier den geringsten Versuch unternimmt, irgendwelche Rechte einzuklagen oder gar zu widersprechen, der wird verprügelt."

So schlafen zum Beispiel drei Häftlinge gleichzeitig auf einem der sechs Betten, die nur aus Eisen bestehen. Wenn die Glieder zu schmerzen beginnen, drehen sie sich zu selben Zeit von einer auf die andere Seite. Den Gefangenen wird nach der Festnahme die Gürtel abgenommen. 20 Taiwanesen sind hier untergebracht, die zusammen mit 30 anderen auf dem Weg in die USA gefangengenommen wurden. Eingepfercht warten sie seit einem Jahr auf ihre Abschiebung. Menschen, deren Schicksal niemand kümmert und von dem auch die staatlich kontrollierten Menschenrechtsorganisationen keine Notiz mehr nehmen. Die Nahrung im Gefängnis besteht aus zwei Suppen, Tortillas und Wasser. Wer mehr will und es bezahlen kann, der schickt seine Familienangehörigen. Den ganzen Tag über sieht man vorwiegend Frauen Tüten und Kartons gefüllt mit Essen am Eingangstor des Gefängnisses abgeben. Wer keine Angehörigen hier hat, der geht leer aus. Zwar werden Lebensmittel gespendet, von kirchlichen Organisationen zum Beispiel, doch das Essen nehmen meist die Kalfaktoren mit nach Hause. Ihr Job ist schlecht bezahlt, Armut und Korruption stecken überall. Zugleich bestimmen Drogenbanden die Gefängnishierarchie.

In Mexiko wird hart mit Gefängnis bestraft, wer mehr als zwei Gramm Marihuana bei sich hat. Hier in den Zellen wird unter den Augen der Kalfaktoren geraucht, die meisten Wächter werden ohnehin von Gefangenen bezahlt. Hier dröhnen den ganzen Tag die „Corridos", Lieder und Gesänge der Drogendealer aus den Kasset-

tenrecordern. Der Drogenhandel, er ist weit mehr als ein Geschäft. Als Mittelpunkt einer Subkultur ist er gerade im Gefängnis zur identitätsstiftenden Lebensform geworden. Deren Nährboden und Begründung liegt in der Armut und der politischen Korruption des Landes. Die Balladen durchdringen und überwinden für kurze Zeit jedes Gitter mexikanischer Gefängnisse. Um als Gefangener etwas zu erreichen, muß man bezahlen. Wer mit einem Anwalt oder Familienangehörigen telefonieren will, besticht gewöhnlich mit ein paar Pesos. Im allgemeinen gilt, daß man besser keine Forderungen an die Wächter stellt, denn wer hier den geringsten Versuch unternimmt, irgendwelche Rechte einzuklagen oder gar zu widersprechen, der wird verprügelt.

„Kammer des Stöhnens" nennt man den kleinen Raum im Gefängnis, in dem gewöhnlich geschlagen wird. Auch diese Kammer befindet sich wie die Zellen im Innern des Schachthofes. Drei verschiedene Kommandos der Polizei wechseln sich im 24 Stunden-Rhytmus mit der Aufsicht über die Gefangenen ab. Besonders gefürchtet ist die Truppe des Señor Carasco.

H. Reinicke wird aus dem Schlaf gerissen, als vier bis fünf Polizisten nacheinander jeweils einen Gefangenen aus der Zelle holen und im Innern des Gefängnisses mit Schlägen maltretieren. Einem Gefangenen wird auf dem Weg zur Treppe die Hose heruntergezogen, so daß er nicht mehr laufen kann. Er wird von allen Seiten getreten, vor allem mit der Ferse ins Gesicht. Der Mann muß in die Kammer hineingehen, die Hände erheben und die Arme an die Wand lehnen. Er wird in die Nieren geschlagen bis er zusammenbricht. Ein anderer Gefangener übergibt sich nach Schlägen in den Magen mitten im Innenhof. Ein Stöhnen und Röcheln ist die ganze Nacht über zu hören. An einem anderen Tag kommt ein Geschlagener aus dem Raum heraus, gekrümmt und gebeugt kann er nicht mehr laufen. Einer der Kalfaktoren schrubbt währenddessen das Blut in der Kammer weg. Geprügelt wird, je nach Polizeikommando, fast täglich. Die Schlägereien und die Prügeleien erzeugen aggressive Wut gegen die Wächter. Auch heute noch werden Gefangene einstweilen an den Handgelenken aufgehängt, während jeder anwesende Polizist 25 mal mit einem Holzstock auf die Genitalien oder andere Körperteile des Gefangenen schlägt. Diese Methode der Bestrafung wird unter anderem im Gefängnis von Mexikali sowie in Tijuanas größtem Gefängnis „La Pinta" angewandt. Mitgefangene weisen H. Reinicke mehrfach darauf hin, ruhig zu bleiben, nicht an der Türe zu rütteln oder zu rufen. Die Prügeleien seien nicht zuletzt als Abschreckung anderer Gefangener gedacht.

„Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er so weiß nicht ist wie ihr?"

Diavortrag über Rassismus im Kinder- und Jugendbuch

Am Beispiel Afrikas zeigen die Referentinnen der AKTION 3.WELT Saar, wie Kinder und Jugendbücher die herrschenden Werte einer Gesellschaft vermitteln und den Blick auf das "Fremde" prägen. Der Vortrag beginnt mit einem historischen Rückblick von der Kolonialzeit über die NS-Zeit bis heute und stellt positive wie negative Beispiele vor. Ein Vortrag nicht nur für ErzieherInnen und Eltern.

Termin und Honorarabsprachen:

AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchenerstr.24
66674 Losheim
Tel 06872/6982 Fax 7826

Eine Plakatvorlage steht zur Verfügung.

Häftlinge, die die Zustände nicht ertragen betäuben sich normalerweise mit Drogen. Davon gibt es hier in Tijuana außer dem gängigen Marihuana drei weitere Formen: Kokain, Heroin und schwere Schlaftabletten, die teuer gehandelt werden. Zu den „Beruhigungsmitteln" gehören auch die weiblichen Gefangenen, vorwiegend Drogenhändlerinnen oder Imigrantinnen. Sie verschaffen sich Ausgang aus den Zellen, indem sie sich prostituieren. Die Wächter öffnen mitunter nachts die Türen und man hört die Frauen dann die Treppen herunterwandeln, während die Männer in den Zellen bleiben.

Im Falle H. Reinickes nimmt das juristische Procedere seinen bürokratischen Lauf: Nachdem zahlreiche Telegramme verschiedener Universitäten und Institutionen aus Deutschland sowie den USA an den Richter eingegangen sind, die bestätigen, daß H. Reinicke ein bekannter Wissenschaftler und Forscher ist, wittern die Behörden einen komplizierten Fall. Offenbar um diplomatische Verwicklungen zu vermeiden, werden die offiziellen Protokolle geändert. H. Reinicke ist nun nicht mehr der Einfuhr schwerer Kriegswaffen beschuldigt, sondern nur noch des Besitzes. Er habe die Gewehre am Strand gekauft, von irgendeinem dunkelhäutigen Mann, ist zu lesen. Waffenschein und Besitzurkunden verschwinden unter den Augen von Polizei und Richter in den Schubladen der Ämter. Der Staatsanwalt fordert im Prozeß fünf Jahre Haft und entschuldigt sich sogleich: Er habe nicht anders handeln können.

Von diplomatischer Seite wird uns erklärt, das umständliche Verfahren gegen H. Reinicke sei durch die komplizierte politische Situation Mexikos verursacht: Erst im August 1995 sei zum zweiten Mal nach über sechzigjähriger Regierungszeit der PRI, der Partei der institutionalisierten Revolution, die Oppositionspartei PAN hier im nördlichen Bundesstaat wiedergewählt worden. Und es finde zum ersten Mal ein echter politischer Machtkampf statt, der im Norden des Landes seinen Anfang genommen habe. Nicht zuletzt aufgrund der starken Präsenz amerikanischer Unternehmen in der Region befinde sich das Land in einem Demokratisierungsprozeß und man bemühe sich, die Korruption abzuschaffen. Nachdem es erstmals Verhaftungen prominenter Richter gegeben habe, seien Polizei, Richter und andere Verwaltungsangestellte verunsichert und hätten Angst, der Korruption verdächtigt zu werden. So würde gegenwärtig jede Formalität genauestens eingehalten.

Auch ein kleiner Blechkasten gehört zu den Demokratisierungsversuchen. Er hängt an der Eingangstür zum Hochsicherheitsgefängnis von Tijuana, ist verziert mit dem lächelnden Gesicht des Gouverneurs und trägt die Aufschrift „Gente que participan", „Menschen, die teilnehmen". Der Kasten ist für Beschwerdebriefe über die Zustände im Gefängnis gedacht. Doch unter den Gefangenen warnt man davor, auf Mißstände hinzuweisen oder Protest zu erheben. Denn jeder weiß, daß dieser mit den Tritten der Polizeikommandos beantwortet wird: Der Kasten wird leer bleiben – solange wie Gefangene geprügelt werden. ●

Im Herbst erscheint im Verlag Edition ID-Archiv: Helmut Reinicke: Verdammtes Mexiko! Notizen aus dem Gefängnis. Ca. 144 Seiten, ca. DM 24,–.

MARION WERNER

Weiße Gräber

Zwölf tote politische Gefangene nach 69 Tagen Hungerstreik in der Türkei

Der große Hungerstreikkampf tausender politischer Gefangener verschiedener linker Organisationen, der in seiner Endphase, als die ersten starben, auch in Europa eine gewisse Aufmerksamkeit bekam, endete in der Nacht vom 69. auf den 70. Tag des Streiks mit einer Vereinbarung, die von VertreterInnen der Hungerstreikenden, Vermittlern und Vermittlerinnen sowie im Beisein verschiedenster StaatsvertreterInnen, die ihre Zustimmung erklärten, unterzeichnet wurde. Diese Vereinbarung ist allerdings derart allgemein gehalten, daß sie schon zum Zeitpunkt ihres Abschlusses erahnen ließ, wie sich die Situation nach dem Hungerstreikabbruch entwickeln würde. Die schriftlich formulierten zwei Punkte der Vermittlung lauten: 1. Gefangene, gegen die Untersuchungshaft verhängt wird, werden in einem Gefängnis innerhalb des Regierungsbezirks inhaftiert, in dem auch ihr Gerichtsverfahren stattfinden wird. 2. Bezüglich der berechtigten menschlichen und rechtlichen Forderungen der Gefangenen werden in kürzester Zeit die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung in die Praxis getroffen. Zwölf Menschen haben für ihre Überzeugung, mit diesem Streik eine tatsächliche und eventuell dauerhafte Verbesserung der Haftbedingungen erkämpfen zu können, ihr Leben gelassen. Was charakterisiert die aktuelle Situation. jetzt, nachdem auch in den Medien wieder das große Schweigen begonnen hat?

Ende 1995 waren nach Berichten des Menschenrechtsvereins der Türkei, IHD, 615 Gefängnisse in Betrieb, in denen insgesamt 49.000 Gefangene (Straf- wie Untersuchungshaftgefangene) einsaßen. Hiervon zählen 8.750 Gefangene als politische Gefangene aus dem linken Spektrum. In dem Zeitraum nach dem Militärputsch von 1981 bis 1995 starben 40 Gefangene unter „unnatürlichen" Umständen während der Haft, davon laut Regierungsangaben 15 Gefangene in Hungerstreiks. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1996 verloren 15 Gefangene ihr Leben, davon 12 im letzten großen Hungerstreik. Die Anlässe, die immer wieder zum Hungerstreik als letztem Mittel des Protestes und Widerstands in der Haft führen, sind stets gleichbleibend: Mißhandlungen, Überfälle der Jandarma – der für die „äußere Sicherheit" zuständigen Soldaten der türkischen Armee – und des Gefängnispersonals, brutale Übergriffe während der Transporte von und zu den Gefängnissen, oft mit dem Ziel, die Gefangenen mit Gewalt noch im letzten Moment zum „Abschwören" zu bewegen und sie zur Annahme der Vergünstigungen des „Reuegesetzes" zu zwingen. Die Mißhandlungen auf dem Transport führen nicht selten zur Verhandlungsunfähigkeit, so daß die angesetzten Gerichtsverfahren nicht stattfinden können, d.h. neue Termine angesetzt werden, ein erneuter Transport stattfindet. Willkürliche Schikane bis hin zu körperlichen Übergriffen gegen Angehörige und BesucherInnen, Einschränkung und Vorenthaltung ärztlicher und rechtsanwältlicher Hilfe, ungenießbare und absichtlich verdreckte Nahrung, mangelnde Hygiene etc. gehören ebenfalls zu diesen Anlässen.

Die Ordnung der Haftanstalten unterliegt der inneren, zivilen Haftverwaltung, die dem Justizministerium unterstellt ist. Sie ist z.T. an Rundschreiben und Anordnungen des Ministeriums gebunden. Einklagbare und gerichtlich überprüfbare Rechte der Gefangenen existieren nicht, was jeglichen Willkürakten entscheidenden Vorschub leistet. Die meisten Gefängnisse, in denen politische Gefangene sitzen, sind nach dem „Gemeinschaftszellenprinzip" strukturiert, d.h. Gefangene verschiedener Organisationen sind jeweils zusammen in Gemeinschaftszellen oder ganzen Trakten untergebracht. Isolation in Einzelzellen erfolgt in diesen Gefängnissen meist nur als „Disziplinarstrafe". Die neueren Haftanstalten, so das berüchtigte Eskisehir-Gefängnis sind nach „westlichem", heißt im allgemein üblichen Sprachgebrauch „demokratischem", Vorbild als Isolationshaftanstalten errichtet. Eskisehir mußte daher auch aufgrund breiter Proteste gegen die Isolationspolitik der Regierung zunächst gleich nach der Eröffnung wieder geschlossen werden. Mit Amtsantritt des neuen Justizministers Mehmet Agar, der als ehemaliger Polizeipräsident der gesamten türkischen Republik für unzählige Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, wurde unter der Regierung Ciller-Yilmaz dieses Isolationsgefängnis erneut in Betrieb genommen. Die erste erneute Verlegungswelle in die „weißen Gräber", wie die Isolationszellen in Eskisehir von den Gefangenen genannt werden, war somit auch einer der auslösenden Momente für die Beteiligung von Gefangenen aus nahezu allen linken Organisationen an dem Hungerstreikkampf.

Der Massenstreik

Am 25. April traten Gefangene der PKK im Spezialgefängnis von Diyarbakir in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie forderten insbesondere die rechtliche Verankerung und Garantie von Mindestrechten, die Beendigung der gewalttätigen Übergiffe auf sich und ihre Angehörigen, das Ende jeglicher Mißhandlung und jeglichen Zwangs, um Geständnisse zu erpressen. Zugleich forderten sie ihre politische Anerkennung und Behandlung als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention (die die PKK als eine der kriegsführenden Parteien 1995 unterzeichnet und für sich als bindend erklärt hatte), den Rücktritt des berüchtigten Justizministers Mehmet Agar, sowie ein Eingehen der Regierung auf den einseitig von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand.

Mit den Mai-Verordnungen verfügte Justizminister Agar die Verlegung von mehr als 450 politischen Gefangenen in verschiedene, über die Republik verteilte Haftanstalten, insbesondere in das erneut eröffnete Isolationsgefängnis Eskisehir. Die Folge war u.a., daß Gefangene über hunderte Kilometer entfernt vom Ort ihrer Festnahme und Gerichtsverhandlung nicht nur untereinander, sondern auch von ihren RechtsanwältInnen, Angehörigen und FreundInnen isoliert wurden. Damit wurde nicht nur eine Vorbereitung auf die Gerichtsverhandlungen verunmöglicht, auch die lebenswichtige „Kontrolle" der Situation der

Gefangenen durch Kontakte zu Vertrauenspersonen wurde dadurch verhindert. Teilweise fanden etwa Gerichtsverhandlungen aufgrund mangelnder Transportmöglichkeiten in Abwesenheit der Gefangenen statt. Im Vorfeld dieser Maßnahme war bereits damit begonnen worden, Angehörige und FreundInnen nach den Besuchen massenweise festzunehmen und zum Teil durch Anwendung von Gewalt dazu zu bewegen, Aussagen gegen die Gefangenen zu machen. Jeder Besuch wurde so zur Tortur.

Bezeichnend ist aber auch, daß die Bestimmung des Haftortes für rechtsextreme Gefangene anders geregelt wurde. Sie sind am Ort ihres „Aufenthaltes" (welcher letztlich der Verhandlungsort ist) innerhalb des Regierungsbezirkes unterzubringen.

Dieser Maßnahmenkatalog war der Auslöser dafür, daß sich der Hungerstreik ausgehend von „lokalen", auf bestimmte Knäste orientierte Forderungen und Kämpfe über das ganze Land ausdehnte. Anfang Juni befanden sich über 2.000 Gefangene in über 50 Gefängnissen im unbefristeten Streik. Beteiligt waren Gefangene aus allen linken Organisationen u.a. TKP/ML (Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten), DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front, aus Devrimci Sol hervorgegangen), TIKKO (Befreiungsarmee der Arbeiter und Bauern der Türkei), MLKP, TKEP/Leninist, TKP(ML), TIKB, TDP und Direnis Hareketi.

Ihre Forderungen lauteten zusammengefaßt: Aufhebung der Verlegungsanordnungen, Schließung der Isolationsgefängnisse. / Verbesserungen der Lebensbedingungen in den Gefängnissen (u.a. bessere Ernährung und medizinische Versorgung, Erlaubnis von Schreibmaschinen und dem Bezug von legalen Zeitungen). / Keine Behinderung der Verteidigungsrechte. / Keine Gewaltanwendung auf den Transporten, keine Zwangsmaßnahmen, um Gefangene zu Aussagen zu bewegen. / Beendigung der Mißhandlungen und Übergriffe gegen Angehörige und BesucherInnen. / Anerkennung der Gefangenenräte in der Kommunikation zwischen Anstaltsleitung und Gefangenen.

Die Eskalation

Am 29. Mai startete in Diyarbakir die Jandarma im dortigen E-Typ-Gefängnis (d.h. höchste Sicherheitstufe) eine Operation, in deren Verlauf mehrere PKK-Gefangene mit Gewalt in das Krankenhaus von Diyarbakir und nach Gaziantep verlegt wurden. Aus Protest dagegen begingen zwei Gefangene Selbstverbrennungen und wurden verletzt gerettet. Der Justizminister äußerte gegenüber der Presse, die Ereignisse in Diyarbakir seien nicht so wichtig, wie die Presse annehme und wenn Gefangene meinen sich selbst anzünden zu müssen, so sei das deren Problem.

Alle anderen politischen Gefangenen in Diyabakir gingen daraufhin vom unbefristeten Hungerstreik in ein „Todesfasten" über. Der Unterschied besteht darin, daß beim Todesfasten kein Zucker oder Mineralien mehr in das Trinkwasser gegeben werden.

Anfang Juli wandelten auch die Gefangenen der anderen Organisationen in unterschiedlicher Anzahl und in zeitlichen Abständen ihren unbefristeten Hungerstreik in ein Todesfasten um, so daß sich am 8. Juli in 16 Knästen 150 Gefangene, 217 Gefangene am 17.7. und ab dem 24. Juli 269 Gefangene im Todesfasten befanden, während alle anderen Gefangenen den unbefristeten Hungerstreik fortführten.

„In Deutschland blieb der Protest gegen die Haltung der türkischen Regierung und die Solidarität mit den Gefangenen fast ausschließlich auf TürkInnen und KurdInnen beschränkt."

Am 2. Juli wurden fünf soziale kurdische Gefangene, die einen Solidaritätshungerstreik begonnen hatten, von faschistischen Mitgefangenen im Knast Usak im Schlaf ermordet. Dem Mord sind nach Augenzeugenberichten heftige Diskussionen über die kurdische Frage und den Hungerstreik vorausgegangen. Deshalb hatten die Gefangenen bereits aus Angst um ihr Leben ihre Verlegung beantragt. Ihr wurde nicht zugestimmt. Die Gendarmerie, ansonsten alles andere als zimperlich, wenn es darum geht, in die Zellen von Gefangenen einzudringen, behauptete nach den Morden, die Täter hätten ihre Zellen von innen verbarrikadiert, so daß es ihnen nicht möglich gewesen wäre, das Gemetzel zu verhindern.

Am 9. Juli erreichten die PKK-Gefangenen in Diyarbakir einige Zusagen durch den dort zuständigen Generalstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts. Sie brachen daraufhin ihr Todesfasten ab und gingen in einen Solidaritätshungerstreik in einem Fünf-Tages-Rhythmus mit den übrigen politischen Gefangenen über.

Der neue Justizminister

Ende Mai trat die Regierungskoalition von islamistischer Refah-Partei und Cillers Partei des Rechten Weges (DYP) ihr Amt an. Neuer Justizminister wurde Sevket Kazan von Refah. Kazan wurde als Rechtsanwalt im „Sivas-Prozeß" bekannt. In Sivas waren im Sommer 1993 im Rahmen des Pir Sultan Abdal Festes 37 bekannte Intellektuelle ums Leben gekommen, nachdem eine von islamistisch-fundamentalistischen Einpeitschern aufgestachelte Menge von ca. 10.000 Menschen das Hotel in Brand setzte, in dem eine der Veranstaltungen anläßlich des Festes stattfand. Die Sicherheitskräfte beobachteten das blutige Treiben. Kazan verteidigte damals einige der Rädelsführer dieses Pogroms. Nachdem Kazan kurz nach seinem Amtsantritt als Justizminister in Gesprächen mit AngehörigenvertreterInnen und RechtsanwältInnen signalisiert hatte, er würde alles tun, um zu einer Beendigung des Hungerstreiks beizutragen, erklärte er am 5. Juli die Forderungen der Gefangenen seien unakzeptabel, da sie in den Gefängnissen ihre „Organisationsaktivitäten" fortsetzen würden.

In einer Anweisung vom 9. Juli hob er die sog. Mai-Anordnungen des ehemaligen Justizministers Agar auf und verfügte stattdessen einen neuen Erlaß, der teilweise Rücküberführungen vorsah und bestimmte, daß zukünftig Festgenommene möglichst in einem Gefängnis aufgenommen werden, das sich „nah" am Ort der Gerichtsverhandlung befindet. Desweiteren wurden bezüglich der Haftbedingungen einige sehr allgemein formulierte Klauseln verfügt. Etwa: „Sowohl innerhalb als

TERRE DES FEMMES

Soeben erschienen:
Menschenrechte für die Frau 2/96
Die Zeitschrift von TERRE DES FEMMES
mit den Themen:
- Neuregelung des § 177 (Vergewaltigung in der Ehe)
- Dokumente vom Hearing zum Thema Vergewaltigung
- Frauen in der Textilindustrie
- Kurdische Frauen in der Türkei
- Genitalverstümmelung in Deutschland

außerhalb der Haftanstalten sind alle Mißhandlungen zu unterlassen, die in der Lage sind, die Würde der Gefangenen zu verletzten. Gegen jeden, der dem zuwiderhandelt, sind die notwendigen rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen."

Von Menschenrechtskreisen, demokratischen Organisationen und den Gefangenen selber wurde dieser Schritt als Augenwischerei und als nicht geeignet angesehen, ein Mindestmaß an Humanität und Schutz in den Knästen zu gewährleisten. Die Gefangenen setzten ihren Streik fort. Nach kürzester Zeit war offensichtlich, daß der Staat zu keinerlei weiteren Verhandlungen und Zusagen bereit war und sich damit begnügte, die Hungerstreikenden zum Abbruch aufzurufen. Justizminister Kazan äußerte sich mit jedem weiteren Tag des Streiks in der Öffentlichkeit den Gefangenen gegenüber diffamierender. So sagte er beispielsweise in Interviews, er glaube nicht daran, daß es Tote geben würde, da die Gefangenen Lebensmitteldepots angelegt hätten und heimlich essen würden. Und diejenigen, die im Todesfasten seien, wären von ihren jeweiligen Organisationen zum „Selbstmord auf Raten" gezwungen worden, gezielt wären von den „Anführern" etwaige „Abweichler" zum Sterben ausgesucht worden.

Die Situation schien endgültig festgefahren. Parallel zu der harten Haltung der Regierung wurde der Streik von außen durch eine breite Welle von Solidaritätsbekundungen und Vermittlungsversuchen unterstützt. Demokratische Vereinigungen, Menschenrechtskreise, Gewerkschaften, Oppositionsparteien und insbesondere die Angehörigen ließen keinen Tag ohne Protestaktionen vergehen. In bestimmten Vierteln, vor allem in Istanbul, in denen die linken Organisationen traditionell eine Basis haben, fanden illegale Demonstrationen statt, brannten Barrikaden und wurden Sicherheitskräfte angegriffen. Aber auch in einzelnen kleineren und mittleren Betrieben begannen die Belegschaften aus Solidarität mit den Forderungen der Gefangenen mit Arbeitsniederlegungen.

Der erste Tote

Am 21. Juli starb Aygün Ugur (Mitglied von TKP/ML, 25 Jahre alt) als erster Gefangener im Todesfasten. Über 1.000 Gefangene der PKK erklärten daraufhin, daß sie aus Solidarität erneut in den unbefristeten Hungerstreik treten.

Die Reaktion der Regierung war eine Diskussion um den etwaigen Einsatz von Zwangsernährung, sowie die möglichen Folgen eines Versuches, die Hungerstreikenden mit Gewalt aus den Trakten zu holen, die in einzelnen Gefängnissen bereits zum Schutz vor der Zwangsernährung und anderen Überfällen versucht wurden zu sichern. Ein quasi militärischer Angriff auf die Sammelzellen in den Gefängnissen wurde im Nationalen Sicherheitsrat, dem höchsten Entscheidungsgremium der Türkei (dort sitzen u.a. die Kommandierenden des Heers, der Staats- und Ministerpräsident, der Außen-, Innen- und Justizminister) diskutiert und die daraufhin veröffentlichte Stellungnahme des Justizministers war eindeutig: „Ich warne ein letztes Mal und fordere zum Abbruch des Hungerstreiks auf. Sollten wir zum Eingreifen gezwungen werden, wird es sehr viel mehr Tote geben". Soweit zu beobachten war, wurden in den letzten zwei Tagen vor der Einigung die Gendarmerie und verschiedene Krankenhäuser in Alarmbereitschaft versetzt. Für die Samstagnacht vom 27. auf den 28. Juli, in der die Vereinbarung erzielt wurde, erwarteten viele den befürchteten blutigen Einsatz der Gendarmerie.

So erklärte denn auch tatsächlich der Justizminister am 29. Juli nach der Beendigung des Streiks, daß der Staat sich auf keinerlei Kompromisse eingelassen hätte, sondern daß die Gefangenen vielmehr von sich aus eingesehen hätten, daß es besser sei, den Hungerstreik abzubrechen, als ein Eingreifen der Sicherheitskräfte herauszufordern. Diese Haltung vertritt Kazan auch heute noch. Er löste damit wiederum eine breite Protestwelle aus und die an den Verhandlungen über die Vereinbarung maßgeblich Beteiligten, u.a. RechtsanwältInnen, Mitglieder des Menschenrechtsvereins sowie die beiden bekannten öffentlichen Persönlichkeiten Yasar Kemal und Zülfi Livanelli, erklärten auf einer Pressekonferenz, daß in den stundenlangen Gesprächen, die der Einigung im Gefängnis von Bayrampasa vorausgegangen waren, sowohl die Anstaltsleitung, die Staatsanwaltschaft, aber auch Regierungsvertreter beteiligt waren.

Im Hungerstreik und Todesfasten starben nach Aygün Ugur am 63. Tag: Altan Berdan Kerimgiller (DHKP-C, 28 Jahre); am 65. Tag: Ilginc Özkeskin (DHKP-C, 35); am 66. Tag: Hüseyin Demircioglu (MLKP, 36), Ali Ayata (TKP/ML, 31) und Müjdat Yanat (DHKP-C); am 67. Tag: Tahsin Yilmaz (TIKB, 37) und Ayse Idil Erkmen (DHKP-C, 22); am 68. Tag: Hicabi Kücük (TIKB), Yemliha Kaya (DHKP-C) sowie Osman Akgül (TIKB); am 69. Tag. Hayati Can (TKP/ML, 25) starb am ersten Tag nach der Vereinbarung im Krankenhaus.

Nach der Vereinbarung

Nach dem unmittelbaren Ende des Streiks führten die Behandlungsmethoden zu zahlreichen neuen Beschwerden. Gefangene, die sich teilweise völlig entkräftet am Rande des Todes befanden, wurden auf dem Transport ins Krankenhaus und auch in den Krankenhäusern weiter schikaniert. Im Krankenhaus angekommen wurden sie, obwohl aufgrund ihrer Entkräftung völlig bewegungsunfähig, an die Betten gefesselt, die notwendige Frischluftzufuhr wurde durch das Schließen von Fenstern behindert. Die Gefangenen befürchteten während der Behandlung still und heimlich „beseitigt" zu werden, da auch die von Seiten der Ärztekammer aufgestellten Richtlinien zur Behandlung der völlig geschwächten Überlebenden teilweise nicht eingehalten bzw. bewußt unterlaufen wurden. In einigen Krankenhäusern, besonders außerhalb Istanbuls, wurden bestimmte Medikamente als „zu teuer" verweigert oder deren Verabreichung verzögert. Zudem wurden Angehörigen keine Auskunft über den Gesundheitszustand der Gefangenen mitgeteilt, Besuche wurden verhindert, auch RechtsanwältInnen wurden zeitweise nicht zugelassen, so daß es in den ersten Tagen nach dem Abbruch des Streikes unmöglich war, klare Auskünfte über den Zustand der Überlebenden zu bekommen. Noch immer befanden sich am 10. August zehn Gefangene in einer äußerst kritischen, lebensbedrohlichen Lage. Die Langzeitfolgen des Streiks werden sich bei Hunderten wohl erst im Laufe der nächsten Wochen herausstellen.

„Einige der konzeptionellen Vorbilder für die neuen Isolationsgefängnisse der Türkei, der sog. weißen Gräber, stehen in Deutschland. Sie heißen Köln-Ossendorf und Stammheim."

Was die Umsetzung der humanitären Punkte der Abmachung betrifft, so kann ohne große Untertreibung behauptet werden, das bis auf die Forderung der Rückverlegung aus dem Isolationsgefängnis Eskisehir in Istanbuler Knäste die bisherigen Konsequenzen gleich null sind. Des weiteren wurden bisher nur einige erwartete Umverlegungen in die Nähe des Verhandlungsortes vorgenommen.

Die Situation am 12. August war folgende:

Die Gefangenen des Gefängnisses in Diyabarkir haben zur Entsendung einer BeobachterInnendelegation aufgerufen, da alle erzielten Abmachungen rückgängig

gemacht wurden. So seien erst am 5. August zwanzig Gefangene auf dem Rücktransport von einem Verhör fünf Stunden durch die Gendarmerie und andere Militärs gefoltert worden. Am 6. August sind unter Aufsicht der Anstaltsleitung die Zellen durch hunderte von Soldaten, die zusätzlich mit Knüppeln bewaffnet waren, durchsucht und verwüstet worden.

Im Gefängnis Erzurum (der zweitgrößte Knast mit PKK-Gefangenen) befinden sich ca. 84 Gefangene bereits seit 58 Tagen im unbefristeten Hungerstreik aufgrund der dortigen unhaltbaren Zustände. Ebenso sind ca. 40 PKK-Gefangene in Nazili im Hungerstreik. Vor ca. zwei Wochen erklärten mehrere weibliche Gefangene einer islamischen Organisation die Aufnahme eines unbefristeten Hungerstreiks aufgrund der inhumanen Haftbedingungen.

Die Regierung hat die Gefängnisse Bayrampasa (Istanbul), Buca (Izmir) und Ankara zum Verkauf ausgeschrieben. Allesamt Knäste in denen besonders viele politische Gefangene sind und die als „schwer kontrollierbar" gelten. In Bayrampasa sitzt u.a. auch der durch VertreterInnen der jeweiligen Organisationen zusammengesetzte Leitungsrat der Gefangenen, der auch im Todesfasten die Verhandlungen führte. Die Gefangenen dieser Knäste sollen in neu errichtete Gefängnisse nach „westlichem" Vorbild untergebracht werden, die zum Teil bereits in Bau sind. Absehbar ist allerdings, daß spätestens die dann anfallenden erneuten Verlegungen erneut zu heftigem Widerstand führen werden.

Am 9. August äußerte sich der Justizminister zur Haltung des Westens: „Seit jeher interessierte sich der Westen immer dann, wenn bestimmte Personenkreise festgenommen und in Haft gesteckt wurden. All die Leute hier, die das Interesse des Westens fanden, sind solche, die sich von ihren Vorstellungen her in einem engen Verhältnis zu den entsprechenden Vereinen und Gruppierungen im Westen befinden (Damit sind linke türkische und kurdische Organisationen gemeint, die gerade in der BRD z.T. auch verboten sind, Anm.). Es wird sich für die Verfahren vor den Staatssicherheitsgerichten interessiert. Und der Westen machte sich zum Verteidiger dieser Personen. Aber nie wurde sich mit allgemeinen Ungerechtigkeiten auseinandergesetzt. Aus diesem Grund brauchen uns die Vorstellungen und Überlegungen des Westens zu diesem Thema auch nicht zu interessieren".

Westliches Vorbild

Solange sich an der grundlegenden Struktur des Strafvollzugs in der Türkei nichts ändert, werden auch so schwerwiegende Hungerstreiks wie der letzte im Ergebnis lediglich zu vorrübergehenden Mäßigungen der Brutalität führen. Seit jeher wurden selbst die geringsten Verbesserungen nur unter hohen Opfern der Gefangenen erkämpft. Dieser Kreislauf setzt sich fort, solange es nicht zu einer grundlegenden, konkreten Regelung der Rechte der Gefangenen kommt, die diese bei Zuwiderhandlung gegebenfalls auch gerichtlich einklagen können. Das meint nicht, daß eine derartig gesetzliche Regelung die faktischen Zustände auf Anhieb ändern würde, mehr als eine Mindestvoraussetzung wäre sie nicht, sie würde allerdings den bis heute per Definition völlig „rechtsfreien" Raum der Polizeihaft und der Gefängnisse zumindest auf dem Papier aufheben.

Es ist davon auszugehen, daß in absehbarer Zukunft die Tendenz „weg vom Gemeinschaftszellenprinzip hin zur Isolationshaft der Gefangenen" in neuen, nach „westlichem" Vorbild erbauten Knästen zunehmen wird. Inwieweit sich dies bei den tausenden von politischen Gefangenen umsetzen läßt, wird sich zeigen. Der Staat verwendet jedoch zur Rechtfertigung dieser „Umstrukturierung" schon jetzt das Argument, die neuen Anstalten entsprächen vollends den Standards, die einer modernen, demokratisch verfaßten Gesellschaft angemessen seien. Aus Deutschland ist uns sehr wohl bekannt, welche verheerenden Folgen insbesondere die Langzeitisolation auf Physis und Psyche hat. Es ist bezeichnend, daß in den äußerst spärlichen öffentlichen Protesten und der allgemeinen Berichterstattung der Medien über die Toten des Hungerstreikkampfes der politischen Gefangenen in der Türkei zwar über die blutige Brutalität in den türkischen Gefängnissen einige Worte verloren wurden, aber zu keinem Zeitpunkt der Zusammenhang zwischen einem der Hauptgründe des Hungerstreikes, nämlich des aktuellen Exportes und der versuchten Durchsetzung der Isolationshaft in der Türkei auf Grundlage ihres jahrzehntelangen Vollzugs gegen politische Gefangene in Westeuropa hergestellt wurde.

In der Türkei sind die Umstände einer solchen Isolation jedoch andere: So sind z.B. Gefangene, die aus den 15-tägigen Verhören der Polizeireviere und „Anti-Terror-Abteilungen" unter systematischer Folter kommen, auf die direkte Mithilfe anderer Gefangener angewiesen, um die Folgen der Folter etwas abzumildern. So gibt es etwa gegen das stundenlange Aufhängen an verdrehten Armen (eine gängige, mit gezielten Schlägen und Elektroschocks kombinierte Form der Folter) nur die Chance eines sofortigen gymnastischen Trainings unter Mithilfe von bereits damit „erfahrenen" Gefangenen, um die ansonsten mit Sicherheit auftretenden anhaltenden Lähmungen abschwächen oder vermeiden zu können. Aber auch ungeachtet dieser gewalttätigen Umstände der Isolation, zielt das Programm der Isolationshaft auf die unfreiwillige Veränderung und damit Zerstörung der dem einzelnen Menschen eigenen Gedanken- und Gefühlswelt und wird im speziellen gegen politische Gefangene eingesetzt.

In Deutschland blieb der Protest gegen die Haltung der türkischen Regierung und die Solidarität mit den Gefangenen fast ausschließlich auf TürkInnen und KurdInnen beschränkt. Dabei setzten sich die Gefangenen in der Türkei für etwas ein, für das in Deutschland die Gefangenen linker Organisationen und Gruppen über 20 Jahre immer wieder kämpften (und ebenso auch starben): für die Zusammenlegung und das Gemeinschaftszellenprinzip.

Einige der konzeptionellen Vorbilder für die neuen Isolationsgefängnisse der Türkei, der sog. weißen Gräber, stehen in Deutschland. Sie heißen Köln-Ossendorf und Stammheim. ●

Eine Broschüre über
- **Flüchtlingsarbeit auf dem Bau, in der Gastronomie, im Putzgewerbe etc.**
- **mit Interviews und Hintergrundtexten, Widersprüchen und Forderungen**
- **für Menschen in der Asyl-, Flüchtlings- und Gewerkschaftsarbeit**

+ mit Beilage "Arbeitsrecht für Flüchtlinge" der Gruppe ABC (Köln)

Bestellungen gegen Überweisung oder Briefmarken (Preis incl. Porto)
1 Ex. 7 DM; 5 Ex. 20 DM; 10 Ex. 35 DM
größere Mengen nach Absprache
Adresse: ZAK, Belthlestr.40 72070 Tübingen
Tel: 07072/80298
Konto: P.Seitz / ZAK, KSK Tübingen
Nr.: 155 87 26 BLZ 641 500 20

Krisen sind überall. Nach den Finanzen, den Parteien, dem (Wohlfahrts- und Sozial-)Staat, der Linken etc. ist nun auch die Krisendiagnose in die Krise gekommen. Wo nichts mehr normal zu sein scheint, nichts mehr seinen vertrauten Gang geht, da wird das Unvertraute vertraut, das Beunruhigende normal. Wo etablierte Institutionen umgebaut und mächtigen Interessen oder vermeintlichen Sachzwängen angepaßt werden, wo alte soziale Ungleichheiten zunehmen und neue Ausgrenzungsprozesse durchgesetzt werden, wo Herrschaft sich immer alternativloser geriert, da kommt auch die Krisenrhetorik unter Verdacht, einem interessegeleiteten Umbau der Gesellschaft Vorschub zu leisten.

Tatsächlich hat der neoliberale Umbau ein Stadium erreicht, von dem sogar seine Protagonisten vor Jahren nicht geglaubt hätten, es jemals erreichen zu können. Unter den Stichworten „Flexibilisierung", „Wettbewerbsfähigkeit" sowie „Abbau von Besitzständen" vollzieht sich eine „passive Revolution", bei deren Durchsetzung das Krisengerede gute Dienste leistet. Wo alles bedroht ist und nichts mehr beim Alten bleiben kann, da läßt sich die Anpassung an die sich globalisierenden Verwertungsbedingungen des Kapitals nur umso einfacher durchsetzen.

Gleichzeitig hat es den Anschein, als ob sich mit der Festschreibung eines nationalen Betriebsmodells des „Wachstums ohne Beschäftigung" – trotz der sich verschärfenden alten und entstehenden neuen Spaltungen und Ungleichheiten – ein neuer gesellschaftlicher Konsens herausbildet: „in" ist die konsequente Verfolgung von Eigeninteressen auf den verschiedenen Märkten, ein erzwungenes oder verinnerlichtes Leistungsethos und ein aggressiver Hang zur Selbstverwirklichung; „out" ist alles, was schon sprachlich an Solidarität, Umverteilung oder gar soziale Gerechtigkeit erinnert.

Auch in der abgespeckten Version der Zweidrittel-Gesellschaft bleibt die Beteiligung am Massenkonsum eines der stabilsten und dominantesten Muster kapitalistischer Alltagsreligion. Zum individuellen Erfolg gehört das „Fit-Sein"; Body-Shaping, um den sanktionierten Schönheitsnormen zu genügen und sich „wohl zu fühlen"; Körpertraining, um das Leistungsniveau zu halten; ständige Arbeit am Outfit, um Ausstrahlung und Attraktivität zu erhöhen.

Fortan heißt es für alle Arbeitsplatzbesitzenden, für alle SozialhilfeempfängerInnen, sich „fit für den Weltmarkt" zu halten oder auch nur für die tägliche Unterwerfungsgeste auf dem Sozialamt. Doch solche Verärgerungen geben Anlaß zu neuen Sorgen. Wenn nun der von den hegemonialen gesellschaftlichen Instanzen verhimmelte Konkurrenzindividualismus sozialem Verhalten erst das ideologische Gütezeichen verleiht, dann meldet sich gleich der Zweifel, ob denn eine Vergesellschaftung allein über den Markt nicht den sozialen Zusammenhang brüchig werden läßt. Daß solche Zweifel längst nicht mehr nur auf konservative und kommunitaristische Kreise beschränkt sind, war jüngst auch im Memorandum des Frankfurter Instituts für Sozialforschung zu lesen (s. dazu die *links* vom März/April und vom Mai/Juni 1996). In den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftsanalyse stellte das Institut nicht etwa die Veränderungen von Herrschaft und Ausbeutung angesichts kapitalistischer Globalisierung und der Transformation des Nationalstaats, sondern die „Krisen der Integration". Die „Differenzierung von Lebensformen", die „Erosion traditioneller Loyalitäten", sowie die „Entkoppelung von Wohlfahrtsstaat und Demokratie" machen demnach den Zusammenhalt der bundesrepublikanischen Gesellschaft unsicherer, prekärer – eine „Krisenerfahrung, die es in dieser Weise nur Ende der 20er Jahre gegeben hat", so das Frankfurter Institut.

Was aber durch diese Krisendiagnose hindurch-

scheint, daß ist die alte bürgerliche Angst vor der Unordnung, die Hobbe'sche Angst vor dem „Naturzustand" des „Kriegs Aller gegen Alle". Nur daß im Gegensatz zu Hobbes nun nicht der Staat sondern die „Zivilgesellschaft" als ordnungstiftende Instanz propagiert wird. Einst als Gegeninstitution gegen die zentralisierte „militärische" Macht des Staatssozialismus entdeckt, wird sie nun in Dienst genommen für die Zwecke der Herrschaft, denn ausgerechnet sie soll nun Verantwortung dafür übernehmen, die neuen gesellschaftlichen Spaltungen, Brüche und Konflikte hegemonial zu deuten, diskursiv zu entschärfen und mit der herrschenden Ordnung zu verklammern, das „Unbehagen in der Kultur" für anstehende Modernisierungsaufgaben produktiv zu (ver)nutzen.

Am Beispiel der aktuell verstärkten sozialwissenschaftlichen Suche nach wirksamen Hebeln gesellschaftlicher Moralisierung und Vergemeinschaftung, an der ebenso in jüngster Zeit entfachten Diskussion um Rolle und Aufgaben der Führungseliten in der BRD, am Esoterik-Boom sowie der Alternativ-Ökonomie setzt dieser Schwerpunkt auseinander, wie sehr solch „positives Denken" Bestandteil und zugleich Voraussetzung herrschender Machtverhältnisse ist – gerade weil es sich an den herrschenden Marktzwängen und den sich daraus ergebenden vielfältigen Folgen sozialer Enteignung, Fremdbestimmung und Ungleichheit orientiert.

Der Beitrag von Heinz Steinert orientiert sich an der in der Soziologie gängigen Unterscheidung zwischen Ordnungs- und Befreiungstheorien. Nicht das Nachsinnen über die Abschaffung von Herrschaft, sondern die Klage um zu wenig oder zu wenig effektive Herrschaft ist für die zu beobachtende Moralisierung sozialer Verhältnisse maßgeblich – womit sich die Soziologie zugleich als Ort sozialer Sinngebung verkaufen möchte.

Bernd Röttgers Artikel zielt in die gleiche argumentative Richtung, wenn er das diskursive Feld des „besseren Regierens", der angeblichen Wiederbelebung von Gemeinschaft als die andere Seite marktliberaler Deregulierung darstellt. Ausgehend von Gramsci's Konzept des „Transformismus" beschreibt er, wie die systemgefährenden Elemente der Forderungen nach sozialer Solidarität in einen globalen neoliberalen Herrschaftskonsens eingebunden und so entschärft werden.

Auch die in letzter Zeit entfachte Diskussion über Definition und Aufgaben der sogenannten „Leistungselite" kann als eine Reaktion auf die „Krise der Integration" angesehen werden, wobei letztlich die Probleme von Herrschaft und gesellschaftlichen Konflikten auf das Verhalten von Individuen und deren Ethik reduziert werden. Der diesbezügliche Beitrag von Tomke Böhnisch beschäftigt sich darüber hinaus auch mit den Lebensverhältnissen dieser abgeschotteten Kreise. Vielleicht können sie nur deshalb ihre sogenannte Vorbildfunktion erfüllen, weil ihr sozialer Ort in der Gesellschaft merkwürdigerweise leer bleibt.

Alfred Schobert analysiert die Suche nach Sinn, „ganzheitlicher" Zufriedenheit und „emotionaler Ausgeglichenheit". Gesellschaft zu begreifen oder sie gar zu verändern, ist bei dieser Suche nicht nur nicht vorgesehen, sondern unmöglich. In ihr besitzen weder das Soziale noch das Politische einen adäquaten Platz. Mehr noch: sie können solch einen Platz gar nicht einnehmen. Vielmehr erweist sich der Versuch, Esoterik und radikale Gesellschaftskritik miteinander auszusöhnen, als Abschied von letzterer. Die esoterische Welt- und vor allem Selbst-Deutung ist somit schließlich allenfalls ein „Ausweg": einer aus der Krise der Identität. Sie ist in diesem Sinne Identitätspolitik, stützt und erzeugt im Kern autoritäre und ausgrenzende Denk- und Verhaltensmuster. Die Krise der Identität und die Antwort darauf, die Esoterik, erweisen sich als die „andere Seite" der Krisen-Medaille. Der Esoterik-Boom vermengt Markt und Magie, individuelle Sinnkompensation und Bauchnabelethik zu einem systemstabilisierenden Faktor.

Schließlich gibt Rolf Schwendter einen Überblick über die Vielfältigkeit bundesrepublikanischer Alternativ-Ökonomie, die in Hochzeiten sozialer Bewegungen in ihrer Ablehnung des bürgerlichen Konkurrenz- und Leistungsprinzips eine teilweise Vorwegnahme utopischer Vorstellungen sah. Der Autor versucht eine Antwort auf die Frage, inwieweit nun im Gegenteil gerade auch dieser Bereich der Ökonomie der Modernisierung des Kapitalismus zuträglich sein konnte. Über das Prinzip der Selbstausbeutung angesichts des generell niedrigen Produktivitätsniveau hat sich gerade angesichts des Fehlens formalrechtlicher Regulierung das Konkurrenz- und Leistungsprinzip in dieser Nischen-Ökonomie durch die Hintertür eingeschlichen. Nicht zuletzt sind dem neoliberalen Umbau aus diesem Bereich der Ökonomie wichtige personelle Ressourcen und neue flexiblere Unternehmertypen zugeflossen.

die Red.

HEINZ STEINERT

Die Versuchungen des Positiven

„Krisen", so waren wir es gewöhnt, sind Anzeichen für den bevorstehenden Untergang von Produktionsweise und Gesellschaftsverfassung oder wenigstens der Staatsform oder doch zumindest der jeweiligen Regierung. Nach vielen „Krisen", in denen das alles nicht eingetreten ist, müssen wir heute erleben, daß die „Krisen" von den Regierungen selbst ausgerufen und von ihnen dazu verwendet werden, uns Rücknahmen von staatlichen Transfers bei zumindest gleichbleibender Abgabenbelastung plausibel zu machen und uns zu Bescheidenheit und Leistung, kurz: zu „Moral" anzuhalten. Das ist als politisches Manöver gar nicht unschlau. Schwieriger ist es, nachzuvollziehen, daß auch die Intellektuellen, nicht zuletzt die Soziologen, dazu übergehen, uns statt Gesellschaftskritik Moralpredigten zu liefern. Das will erklärt sein.

Wer über „soziale Kontrolle" forscht und dadurch auch Erfahrung mit Polizisten gemacht hat, dem ist eine Denkfigur folgender Art gut vertraut: Wir (Polizisten) haben eine völlig aussichtslose Aufgabe, weil Kriminalität auf einem Verfall der Werte, der gegenseitigen Verpflichtungen und der Rücksicht aufs Große und Ganze beruht, den man mit polizeilichen Mitteln weder kompensieren noch auch nur aufhalten kann. Als Ursache dafür wird der Niedergang der Familien/das Verschwinden der Mütterlichkeit/der Abbau väterlicher Autorität, aber auch Konkurrenz und Egoismus in der kapitalistischen Erwerbsgesellschaft und hier besonders das schlechte Vorbild der Reichen und Mächtigen gesehen.

Wer es sich antut, gelegentlich die Feuilletons zu lesen, kennt die Klagen der Gräfin Dönhoff und die Häme oft ungenannter *Spiegel*-Redakteure darüber, daß dieser Gesellschaft, zumal ihrer Jugend, die Zukunftshoffnungen und die Moral abhanden gekommen seien, daß sich alles auf autistische Vergnügungen oder hemmungslos egoistische Konkurrenz reduziere und daß das nicht mehr lang gut gehen könne – oder ohnehin längst in den Welt-Bürgerkrieg gekippt sei. Mit Ursachen-Angaben ist das Feuilleton zurückhaltender als meine Gesprächspartner bei der Polizei, aber der Verfall der Familie und das Versagen der Eliten lugen auch hier immer wieder hervor.

Zu wenig Moral

Daß uns die Politiker dauernd damit belästigen, uns Moral beibringen zu wollen, statt daran mitzuarbeiten, eine gesellschaftliche Situation herzustellen, in der keine besondere Moral nötig ist, daran haben wir uns gewöhnt. Daß einzelne uns nicht einmal beim Fußball damit in Ruhe lassen und auch noch so schiefe Vergleiche wählen wie den zwischen einem gemeinen Arbeitslosen und dem Spitzenverdiener-Gladiator, ging allerdings ein bißchen weit, so sehr die Kohlschen Realsatiren sonst als Beiträge zur Unterhaltung der Nation zu schätzen sind.

Wer so vorgeschädigt die sich gesellschaftskritisch gebenden und vom Feuilleton akzeptierten Anteile sozialwissenschaftlichen Räsonierens liest, hat Déjà-vu-Erlebnisse: Die „Individualisierung", die von Beck ausgehend den soziologischen Jargon erobert hat, ist leicht als die egoistisch-bindungslose Konkurrenz zu erkennen, Schulzes Erlebnisorientierung als der Verzicht auf übergreifende Verpflichtungen; die Sorge um die Normen und Werte der Solidarität und der Gemeinschaft ist nicht nur bei den Kommunitaristen verbreitet, wenn auch bei ihnen am expliziten; die Denkfigur, der Kapitalismus brauche seine vor- und außerkapitalistischen Wertegrundlagen auf und erzeuge so ein entsprechendes Vakuum, wird von Feministinnen wie von Demokratietheoretikern vertreten; wer sich die jeweilige Gegenwart gern als „Krise" nach einem vorher (irgendwann) stabilen Zustand verstehbar macht, neigt dieser Tage zur Diagnose einer Werte- oder Moral-Krise; wer über Integration nachdenkt, ist in Gefahr, die Gesellschaft, wie sie ist, nur toleranter und offener für Neuankömmlinge, haben zu wollen. Daß diese selben Zeitdiagnostiker dann keine Klassen mehr kennen wollen, paßt nur dazu.

Das alles läuft auf einen simplen Befund hinaus: Die Öffentlichkeit ohnehin, aber auch die Soziologie ist wieder einmal mit Ordnungstheorien beschäftigt, befreiungstheoretische Ansätze sind zur Zeit nicht gefragt und nicht plausibel. Mit anderen Worten: Wir suchen nach der „guten Herrschaft", nicht nach der Aufhebung von Herrschaft.

Nach diesem Gegensatzpaar „Ordnungs- vs. Befreiungstheorie" kann man bekanntlich die ganze Geschichte des Nachdenkens über Gesellschaft und Staat ordnen – und die Soziologie war und ist, im Gegensatz zu populären Vorstellungen, im größten Teil ihrer Geschichte solid auf der Seite des ordnungstheoretischen Denkens gestanden. Das ist also nicht so unerhört, wenn das jetzt auch gerade der Fall sein sollte. Trotzdem ist es eine Überlegung wert: Was sind heute die Bedingungen, die Ordnungstheorien fördern? Man kann das auch so fragen: Was bringt die Intellektuellen heute zu der Grundannahme, sie seien nicht von übermäßiger, sondern von zu wenig und von zu wenig effektiver Herrschaft bedroht? Warum sehen sie nicht Unterdrückung, sondern moralischen Verfall? Oder ist es eher die andere mögliche Herrschaftshaltung, die sich einfach um die Beherrschten nicht so viel kümmern will (die sollen arbeiten, Steuern zahlen und – in jedem Sinn – Ruhe bewahren)?

Drei Arten der Wegdefinition von Herrschaft

Der erste Schritt ist schon vor längerer Zeit getan und 1986, im Jahr von Tschernobyl, von Ulrich Beck sensibel und zur allgemeinen Zufriedenheit auf die Formel „Risiko" gebracht worden: Unsere wirklichen Probleme sind Menschheits-, nicht Klassenprobleme. Für Beck war damals eher wichtig zu behaupten, daß wir uns durch gesellschaftliche Privilegien den Problemen nicht entziehen können (wie das die besseren Kreise früher – in welchem Ausmaß? – konnten). Seine Position läßt sich aber auch dafür verwenden, aus diesen Problemen nationalistisch zugespitzte Konflikte zu machen: „Wir" müssen dann die Brasilianer dazu bringen, „unsere" Regenwälder pfleglicher zu behandeln, die ehemals kommunistischen Staaten dazu, nicht nur

unsere Demokratie und unsere Freie Marktwirtschaft, sondern auch unsere Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke zu übernehmen (durchaus auch im Sinn von „käuflich erwerben"); und selbstverständlich geht es bei der Durchsetzung unseres Modells von Toleranz, Minderheiten- und Menschenrechten gegen „Fundamentalisten" aller Art und vor allem ihre staatlichen Ambitionen. Indem die Problemlagen „universalisiert" werden, werden sie zugleich „nationalisiert": Sie sind keine innergesellschaftliche (Herrschafts-)Frage mehr, sondern konstituieren internationale Konflikte zwischen nationalstaatlich (damit zusammenhängend kulturell bis rassistisch) bestimmten Akteuren.

Im zweiten Schritt kommen dazu die Eigendynamiken der Kulturindustrie, von der weltweit und national Öffentlichkeit organisiert und bestimmt wird:

Es gibt im öffentlichen Nachdenken über den Zustand der Gesellschaft zwei gleich auffallende Haltungen: auf der einen Seite eine hochgespannte *Katastrophenrhetorik* (die aber zugleich eine unerträgliche Leichtigkeit des Tons hat, der signalisiert, man dürfe das alles nicht so wörtlich nehmen) – auf der anderen ein moralisch hochstehendes und moralisierendes *Predigt*-Format (in dem politische Korrektheit der SchreiberInnen wie der LeserInnen am wichtigsten ist, die sich zusammentun sollen, um auch dem Rest der Gesellschaft die korrekte Moral beizubringen). Häufig findet man beide zusammen und in unmittelbarer Abfolge. Beide deuten auch auf Hilflosigkeit hin: Die Katastrophenvisionen lassen keinen Ausweg und das Moralisieren setzt immer dann ein, wenn uns politisch nichts mehr einfällt und es mehr um die Zuweisung von Schuld geht.

Der Widerspruch liegt in den Signalen, daß das alles doch nicht so schlimm sei. Sie entstehen wohl daraus, daß alle Beteiligten ihre Kulturindustrie gut kennen und daher wissen, daß man in ihr halt ein bißchen dick auftragen muß. Der gewisse Unernst entsteht ferner aus der Abstumpfung durch die vielen vergangenen Katastrophenmeldungen (die schier endlose Reihe der Nahrungsmittelkatastrophen, die AIDS-Katastrophe, die Klima-Katastrophe, usw. usf.), die alle nach kurzer Aufregung doch keine praktischen Auswirkungen hatten, irgendwann langweilig und schließlich vergessen wurden. Er rührt aber auch daher, daß es dem Kritiker persönlich nicht so schlecht geht – das macht die praktische Veränderung weniger dringlich. Der Widerspruch gerät auch dadurch in den Text, daß in dem Typus von zeitdiagnostischem Denken, den ich hier meine, die eigene Position in der Gesellschaft und die dafür spezifischen Probleme zu den Krisen-Charakteristika der Gesamtgesellschaft gemacht werden: Beck und Schulze beschreiben die Situation der breiter gewordenen gebildeten Schicht, die „individualisierte" Konkurrenz genau an diesem sozialen Ort und das dort gepflegte (leicht herablassende) Verhältnis zu den Erfolglosen und sonstigen Versagern.

Damit kommen wir im dritten Schritt doch noch einmal zu einem innergesellschaftlichen Konflikt, der wegdefiniert wird: Die Theoretiker universalisieren ihre eigene, spezifische Position, machen aus ihren eigenen Problemen und Interessen die Probleme der Gesamtgesellschaft. Das impliziert aber und hat als Grundlage, daß diese Lebensweise der Gebildeten, Tüchtigen, Artikulationsfähigen als beispielhaft behauptet wird, daß sie sich zur hegemonialen Lebensweise macht. Umgekehrt wird damit die Lebensweise der Arbeiterschaft abgelehnt: Diese einmal hochgeschätzte Haltung zur Welt, in der praktische Probleme handfest angegangen werden, in der man sich in der Arbeit (körperlich) verausgabt, in der alle grundsätzlich gleich sind, allenfalls nach dem Maß ihrer Leistung und ihrer Durchsetzungsfähigkeit ein bißchen abgestuft werden, in der man direkt und offen mit einander umgeht, diese Haltung, das alles gilt nicht mehr als vorbildlich und als die Zukunft, sondern vielmehr als unmodern, grob und roh, zurückgeblieben, als gefährlich und reaktionär dort, wo es sich noch einmal im Ressentiment organisieren läßt. Diese Lebensweisen müssen daher (wieder einmal) moralisch reformiert werden. Dazu werden sie erst einmal abgewertet: als Macho-Männlichkeit, als Gewalttätigkeit, als öko-blinder Produktivismus, als Fremdenfeindlichkeit.

Von der Arbeiterklasse zurück zum Philosophenkönig

Diese Verschiebung im Verhältnis der Intellektuellen zur Arbeiterschaft ist dramatisch: Das (kurze) Jahrhundert des Sozialismus war auch das einer festen Koalition zwischen jenen beiden. Daraus wurde die Politik der Demokratisierung, der sozialen Sicherung, des Wohlfahrtsstaates, der Arbeiterbildung und des Bildungsaufstiegs, der Geradheit und Lässigkeit im Umgang, der (ambivalenten) Ablehnung von Bürgerlichkeit in der Kultur, der Hoffnung auf Überwindung von Kapitalismus durch und zu mehr Solidarität. Der „Abschied vom Proletariat" geschah zu verschiedenen Zeiten und fiel unterschiedlich schwer: bei Adorno/Horkheimer schon vor dem Faschismus; bei George Orwell als Ernüchterung über den Stalinismus im Spanischen Bürgerkrieg; bei anderen verhinderte der Kampf gegen den Faschismus die praktische Konsequenz aus der Kritik am Stalinismus immer wieder, aber nach Budapest und Prag war jedenfalls bei Linken der Sowjetkommunismus endgültig erledigt. Die dogmatischen Fraktionen der zerfallenen Studentenbewegung stellten in verschiedenen mehr oder weniger exotischen Varianten die Verbindung zwischen Intel-

„(...) der Niedergang der Familien/das Verschwinden der Mütterlichkeit/der Abbau väterlicher Autorität (...) aber auch Konkurrenz und Egoismus in der kapitalistischen Erwerbsgesellschaft": **„Katastrophenrhetorik" im „Predigt-Format"**

lektuellen und einem imaginären Proletariat als Farce noch einmal nach. Mit den Grünen organisierte sich diese Trennung auch innerhalb des etablierten Spektrums der Berufspolitik. Die jetzt auch (ehemals) „linken" Soziologen, die keine Klassen mehr kennen, die Meinungsforschung und sogar Sozialstrukturanalyse unter Ausklammerung der Ausländer (und mit Statuszuweisungen nach dem Haushaltsvorstand, also gewöhnlich dem Mann) betreiben, die an der Armut besonders ihren im Lebenslauf episodischen Charakter hervorheben (den es schon auch geben wird, aber ebenso gibt es das verfestigte Leben von einer Notsituation zur nächsten), vollziehen diesen Abschied stillschweigend in Begrifflichkeit und Theorie.

Mit der Trennung vom Proletariat wird aber ein Element freigesetzt, das in diesem Verhältnis die Haltung der Intellektuellen bestimmt hat: das Besserwissen. Retrospektiv wird sichtbar, wie sehr die Intellektuellen in dieser Koalition beanspruchten, die Richtung angeben zu können. Daß ihnen das häufig genug nicht gelungen ist, ist eine andere Sache. Jetzt, wo die Berufung auf die Macht und die große Zahl, wo der Bezug auf eine machtvolle (oder so phantasierte) Bewegung abhanden gekommen ist, bleibt das freiflutende Besserwissen übrig – und muß anders gerechtfertigt werden, z.B. moralphilosophisch.

Dieses Manöver ist widersprüchlich: Einerseits dokumentiert sich darin immerhin das Bedürfnis, die eigene Kritik an der Gesellschaft zu rechtfertigen und sie damit zu universalisieren. (Das ist mehr, als die Soziologen tun, die die Probleme ihrer eigenen sozialen Position blind verallgemeinern.) Andererseits wird in diesem Schwenk von der Geschichts- zur Moralphilosophie doch der Philosoph (anstelle der Arbeiterklasse) zum Subjekt von Geschichte und Politik gemacht. Seit diesem Schwenk beschreiben wir nicht mehr die Mechanismen und Methoden von Warenförmigkeit, Entfremdung, Ausbeutung, auch nicht die Irrationalität und Demoralisierung der herrschenden Klasse. Vielmehr stellen wir gelingende Kommunikation, Anerkennung oder Gemeinschaft als positive Beispiele auf, suchen womöglich empirisch nach solchen Beispielen in Lebenswelt, Familie und Kommune und fordern die Leute auf, sich zusammenzunehmen, um diesen Aufforderungen nachzukommen. Aus der Moralphilosophie wird die Moralpredigt.

Verleugnete Entbehrlichkeit

In der *Zeit* fand in der ersten Hälfte 1996 als Fortsetzungsroman ein „Streit um die Soziologie" statt, ausgelöst durch einen Angriff von Dettling, vorangetrieben unter Beteiligung namhafter Apologeten des Fachs, abgeschlossen mit einem Beitrag des Frankfurter Ehrendoktors Bourdieu. Der Argument-Versuch von Dettling war rasch erledigt: Daß der Soziologie ihr Gegenstand verschwinde, weil es nur mehr individualisierte Individuen gebe, ist einerseits ein krudes Mißverständnis der Vergesellschaftungsform „Individualität" und stellt als Aussage einen Selbstwiderspruch dar, indem diese sich auf einen soziologischen Befund stützt. Schon in der ersten Replik (von Käsler) wurde das gesagt, die Scheinkontroverse hätte damit erledigt sein können. Was die Soziologen aber weiter in Trab hielt, war die von allen als zutreffend anerkannte Behauptung, die Soziologie habe keine öffentliche Bedeutung mehr.

Dieser Befund wurde in den Artikeln nur ausnahmsweise und nebenbei darauf zurückgeführt, daß die Soziologie heute verbreitet ihr Thema – Ungleichheit und Befreiung – verfehlt und daher nichts von öffentlichem Belang zu sagen hat. Statt dessen wird immer wieder zu öffentlicher Stellungnahme und engagierter Parteilichkeit aufgefordert, „die Soziologie" also von ihren Vertretern unter moralischen Druck gesetzt.

Mit starken Sätzen wird nicht gespart

Es geht darum, „daß auch die Soziologie sich um eine Therapie der durch Sinnkrisen orientierungslos gewordenen Menschen in Gesellschaften bemüht". (Käsler)

„Wir brauchen (...) auch diejenigen, die sich um die gute Gesellschaft Gedanken machen. Ob sie Soziologen sind, ist ziemlich unwichtig." (Dahrendorf)

„Eine zukunftsfähige Soziologie, die nicht den Verlust ihres Gegenstandes betrauert, sondern sich beherzt den neuen Gegenständen zuwendet, wird daher folgende zentrale Fragen in Angriff nehmen und mit zu beantworten suchen: die politökonomische Frage der Globalisierung und der notwendigen Paßform zwischen Kapital, Arbeit und politischer Gemeinschaft; (...) (erfolgen sechs weitere 'Fragen' ähnlicher Größenordnung) (...); die Medienfrage und die Konstruktion multipler und virtueller Realitäten." (Müller)

„Aber nach dem Ende der Gewißheiten beginnt die Verständigung in und über die soziale Welt neu. Eine Soziologie, die dies erkennt, würde schon gebraucht." (Wagner)

„(...) die Banalität (...), daß Soziologie erst interessant wird, wenn sie in realen Konflikten Partei ergreift, vergessene Probleme aufdeckt und verschwommene Ziele klärt – diese Banalität muß als soziologische Denkvoraussetzung erst einmal richtig gewürdigt werden." (Schulze)

„Nicht die Soziologie, sondern die Politikwissenschaft ist es, die sich mit den Voraussetzungen effektiver Problemlösungen in verflochtenen Entscheidungsstrukturen beschäftigt, wie sie heute im Zeichen von Europäisierung und Internationalisierung immer wichtiger werden." (Mayntz)

„Wenn sie tiefgehend und konsequent ist, begnügt sich die Soziologie einfach nicht mit bloßer Feststellung (...) Sie kann realistische Mittel anbieten, um den der Gesellschaftsordnung immanenten Tendenzen entgegenzuwirken." (Bourdieu)

Die Soziologie, so kann man feststellen, leidet nicht gerade an Bescheidenheit der Ansprüche an sich selbst. Aber es ist zugleich gespenstisch, wie durch diese nicht erfüllten Ansprüche die übereinstimmend konstatierte Bedeutungslosigkeit überwunden werden soll. Die Soziologen schwanken zwischen Zerknirschung und Größenwahn. Auf den Vorwurf, nicht oft genug für die *Zeit*, also für die gehobene Kulturindustrie Verwertbares zu produzieren, reagieren sie mit Aufzählungen der großen Fragen, die sie alle zu beantworten beabsichtigen – aber derzeit nicht können. Sie reagieren, als hätten sie es mit einem Auftraggeber zu tun, der ihnen einen Forschungsauftrag geben und bezahlen soll. Tatsächlich will die gehobene Kulturindustrie, die sich „intellektuelle Öffentlichkeit" oder „seriöses Feuilleton" (ein Widerspruch in sich) nennt, von uns gratis bedient werden.

Ansonsten manifestiert sich hier ein Widerspruch, mit dem wir es dauernd zu tun haben: Diese Wissenschaft will von öffentlichen Geldern und auch von einzelnen Forschungsaufträgen leben. Daher muß sie Leistungen in Aussicht stellen, die den dort beheimateten Interessen attraktiv sind – technokratisch Brauchbares im Normalfall. Zugleich kann sie selbst diese Leistung nur seriös erbringen, wenn sie reflektierter ist als diese expliziten und impliziten Auftraggeber, wenn sie sich nicht an deren bornierte Interessen ausliefert. Im Eifer des Verkaufsgesprächs kann man offenbar vergessen, daß es schon mittelfristig nicht klug ist, das nicht mitzuteilen: Der Auftraggeber muß wissen, daß er keinen Datenknecht vor sich hat. und keinen bezahlten Schön- oder Kühnredner, sondern eine Form des Wissens, die ihm, wenn es gut geht, die Reflexion seiner Interessen und ihre Einordnung in die weitere Landschaft der Konflikte, Kämpfe, Kompromisse und Koalitionen ermöglichen kann.

Der Versuch des Positiven besteht zuletzt darin, daß wir uns dem allgemeinen „sales talk" anpassen und uns von der Notwendigkeit, unsere Wissenschaft in einer bedrängten Situation „verkaufen" zu müssen, weit unter das Reflexionsniveau drücken lassen, das einzig dieser Wissenschaft ihre Berechtigung gibt. ●

BERND RÖTTGER

„Wo integriert wird, sind auch die Eliten nicht weit."

Politische Intellektuelle und die Konstitution neoliberaler Hegemonie

Die Kritik des Kapitalismus tönt neuerdings moralisch. Aus dem Geist eines „besseren Regierens" geboren, nimmt sie als „Recompositions"-Denken linke Gestalt an. Tatsächlich aber erweist sich die verbreitete Klage der politischen Intellektuellen über die Krise der sozialen Integration im globalen Kapitalismus als Bestandteil einer vielfach mißverstandenen neoliberalen Hegemonie, die sich erst über eine „Pluralität bürgerlich politischer Formen" (Etienne Balibar) zu konstituieren vermag. Die in ihrer Phase postkommunistischer Globalisierung eine Strategie des „Transformismus" (Antonio Gramsci) hervorbringt, durch die die Idee solidarischer Gesellschaftlichkeit neu aufgeworfen, neoliberal-hegemonial bearbeitet und letztlich absorbiert wird. Wie Theodor W. Adorno treffend notierte, sind, „wo integriert wird, (...) auch Eliten nicht weit". Höchste Zeit also, die Frage nach den Intellektuellen im neoliberalen Weltkapitalismus neu zu stellen und auf das Problem der Entwicklung einer „organischen" Gesellschaftskritik des globalen Kapitalismus zuzuspitzen.

Es ist kaum zwanzig Jahre her, als die eurokommunistische Forderung nach der Entwicklung einer „Kultur des Regierens" in Westeuropa eine breite Theorie- und Strategiediskussion einleitete, die darauf zielte, die vorherrschende „Kultur der Opposition" zu überwinden und die analytische Kritik herrschender Verhältnisse eng an die Frage ihrer Überwindung zu koppeln. Auf diesem Wege sollte sowohl dem neoliberalen Gesellschaftsmodell eine geschichtsmächtige Alternative entgegengesetzt wie die Idee des „Dritten Weges" als ein westeuropäisches Projekt neu profiliert werden.

Spätestens aber mit der Konsolidierung neoliberaler Hegemonie in den nationalstaatlichen Machtblöcken und dem Durchbruch zur kapitalistischen Globalisierung Europas wurden diese gesellschaftlichen Verhältnisse der Kritik umgewälzt. Eine „Kultur der Opposition" war wieder gefordert, um zunächst einen Begriff von der neoliberalen „passiven Revolution" des Kapitals (Gramsci) zu entwickeln, um so eine tragfähige Grundlage für eine neue Dialektik des Widerstands zu erhalten.

Es kam aber ganz anders. Die politökonomisch und gesellschaftstheoretisch inspirierte Kritik des Kapitalismus kam in die Krise, nicht zuletzt weil sich die sozialen Krisentendenzen des Neoliberalismus nicht zu einem „Aufstand der Marginalisierten" verdichteten. Obwohl sich das mit dem „Sachzwang Weltmarkt" technokratisch gefütterte neoliberale Credo eines „trickle-down"-Effektes, der die materiellen Segnungen auch irgendwann in die unteren Stufen der Einkommenshierarchie fließen läßt, immer noch trefflich aushalten und abwarten läßt, solange man selber auf den oberen Stufenleitern der Hierarchie residiert, bekommt es erste Risse, indem die „Grenzen der Globalisierung" politisch thematisiert werden und die Marktrationalität zunehmend in Frage gestellt wird. Es entsteht ein diskursives Feld, in dem die Kritik des Kapitalismus aus dem Geist eines „besseren Regierens" neu entsteht. Weniger die „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten" (Marx) als die fortwährende Klage über den Verlust wirkungsmächtiger Strukturen sozialer Integration bestimmt deren Inhalte.

Rekonstruktion der Intellektuellen und „soziale Integration"

Die kulturelle Hegemonie platitüder neoliberalistischer Marktbeschwörungen des „autoritären Technokratismus" der Wirtschaftswissenschaften (Pierre Bourdieu), der sich zu einem transnationalen Elitepakt zusammengefunden und von den Strukturen der Öffentlichkeit weitgehend verabschiedet hat, bröckelt. Der „Global Competitiveness Report" des Davoser „World Economic Forum" dürfte bei einem Verkaufspreis von 685 US-Dollar nur noch innerhalb der Eliten zirkulieren, die sich an der beständigen Wiederholung und der ökonometrischen Untermauerung neoliberaler Gemeinplätze laben können.

In das entstandene Vakuum ideeller Vergesellschaftung stoßen nun hektisch umtriebene Sozialwissenschaftler, die die Gunst der Stunde wittern, um ihrer gesellschaftlichen Belanglosigkeit zu entfliehen. Der französische Soziologe Alain Touraine erhebt die „Recomposition" der Gesellschaften (bzw. „der Welt") zur eigentlichen Aufgabe einer erneuerten Linken; Kommunitaristen aller Welt fordern gegen den neoliberalen Wirtschaftsindividualismus wertorientierte Konstruktionen von Gemeinschaft ein, die notfalls auch über den repressiven Staatsapparat erzwungen werden sollen; der deutsche Soziologe Wolf Lepenius fordert „dauerhafte Bindungskräfte" der Gesellschaft, die vom Markt nicht ausgebildet werden können, ohne die aber demokratische Ordnungen nicht zu haben seien; in den USA formuliert Michael Lind Grundelemente eines liberal-chauvinistischen „neuen Nationalismus".

Ein buntes Sammelsurium von intellektuellen Klagen über die Krise der sozialen Integration und Konzepten der Re-Integration verbreitet sich über die in die kapitalistische Globalisierung eingelagerte neoliberale Verallgemeinerung. Was durch diese Klagen zunächst gelingt, ist aber nicht die Rekonstruktion solidarischer Gesellschaftlichkeit sondern zuvorderst die Wiederherstellung intellektueller Selbstwertigkeit auf der Grundlage eines selbstgewissen, überholten demokratietheoretisch-verankerten Universalismus, durch den die Intellektuellen ihre tradierte Rolle als „Nachfolger der Priester" (Niels Kadritzke) und als Geburtshelfer nationaler Integration wieder einnehmen können.

Neu ist indes, daß nun im politischen Projekt sozialer Integration, das keine Klassen mehr kennt, „lechts und rings vel-wechsert" werden (Ernst Jandl) und kapitalistische Globalisierung und soziale Inklusion zu einem Projekt der Versöhnung verschmelzen können – ein Projekt, das durch die Vorschläge einer „freischwebenden Intelligenz" (Karl Mannheim), die scheinbar bar jeglicher Interessen einen Standort des „Optimums an Wahrheit" erklimmen kann, zur „effizienteren", „intelligenteren" oder schlichweg „besseren" Form des Regierens realisiert wird.

Die Produktionsbedingungen von Wissenschaft werden freilich systematisch aus-

geblendet, die gesellschaftliche Verortung der Ideologien ausgetrieben und die Funktion von Ideologie erst gar nicht thematisiert. Marx und Engels haben in der „Deutschen Ideologie" darauf hingewiesen, daß jede Klasse gezwungen ist, „ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen", also die Ideologien nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Kassen zu verhandeln. Gramsci hat die entscheidende Bedeutung der organischen Intellektuellen im Kampf um hegemoniale Positionen der gesellschaftlichen Klassen betont und damit die gesellschaftliche Funktion der Intellektuellen betont; Foucault schließlich hat darauf insistiert, daß der Kern intellektueller Praxisformen darin besteht, nicht nur „zu sagen, was wir heute sind", sondern auch zu reflektieren, „was es jetzt bedeutet, das zu sagen, was wir sagen". Eine solche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse intellektueller Praxisformen im neoliberalen Weltkapitalismus steht jedoch aus.

Intellektuelle Praxisformen und neoliberaler „Transformismus"

Von Karl Polanyi kann man zunächst lernen, daß die Herrschaft des Marktes eine reine Fiktion bleiben muß und daß die liberale Inszenierung des Marktes eine Dialektik von Akkumulation und Regulation bewirkt. Tatsächlich bezeichnet auch der Neoliberalismus keine monolitische Strategie, sondern einen politischen Verallgemeinerungs- und gesellschaftlichen Durchdringungsprozeß. Neoliberale Hegemonie kann nicht auf das Hirngespinst einer wirtschaftswissenschaftlichen Elite reduziert, sondern muß als Prozeß gesamtgesellschaftlicher Transformation verstanden werden. Das neoliberale Weltmarktkonzert, das sukzessive infolge der „neoliberalen Konterrevolution" der 70er Jahre und neu formierter nationaler Machtblöcke intoniert werden konnte, hat inzwischen eine politische und gesellschaftliche Regulation gefunden, die die „passive Revolution" des Kapitals in einen Herrschafts- und Vergesellschaftungszusammenhang einbindet.

Der über die Nationalstaaten vorangetriebenen neoliberalen Umgestaltung der (fordistischen) Gesellschaften kam zunächst die Funktion zu, die tradierten Formen der Regulation auszuhöhlen und den Weltmarkt in die Position einer strukturalen Macht zu katapultieren. Diese Phase neoliberaler Restrukturierung aber mündete in qualitativ neue Formen der politischen Formierung, die Etienne Balibar treffend als „Pluralität der bürgerlich politischen Formen" charakterisierte und die sowohl die Konstitution transnationaler Kapitalfraktionen zu politischen Gewalten und die Herausbildung eines transnationalen Machtblocks umfaßt wie sie die Rückbindung an nationalstaatliche Formen „autoritärer Regierungsinterventionen" impliziert. Was dabei herauskommt ist eine Pluralität der Formen postfordistischer Vergesellschaftung, die sich zwischen „betriebsinternen Wohlfahrtsstaaten" (Gösta Esping-Anderson) sowie transnationalen und nationalstaatlichen Machtblöcken einspielt und über die sich erst der Neoliberalismus zu einem Herrschaftsprojekt konstituiert. Erst hierdurch gewinnt er als gesellschaftliches Projekt Gestalt. Es sind „Netzwerke der Macht", die die hegemoniale Verknüpfung von verschiedenen Ebenen und Kräften der gesellschaftlichen Totalität herstellen, sie herrschaftsverwendend umwälzen und so die neoliberale Umgestaltung verstetigen.

Indem sich in der postkommunistischen Globalisierung die Tendenzen sozialer Exklusion global-kapitalistischer Akkumulation verschärfen, entstehen Theorien sozialer Re-Integration, intellektuelle Praxisformen also, die das etablierte „Netzwerk der Macht" erst gar nicht zur Disposition stellen, sondern zur Voraussetzung ihrer Neukonzeptualisierungen sozialer Integration erheben: in der infolge der Krise fordistischer National- und Sozialstaatlichkeit entfesselten Zivilgesellschaft, in einer durch „non-decisions" charakterisierten „Vergesellschaftung der Politik" in „dynamischen Mehrebenensystemen" transnationaler Politikverflechtung oder in den Formen der Renationalisierung der Politik infolge der „Grenzen der Globalisierung". Die Wiedergeburt des politischen Intellektuellen erfolgt in Gestalt des Positivismus des Geschäftsführers. Indem die Intellektuellen nämlich den Staat oder die Gesellschaft *voraussetzungslos* neu erfinden, trifft sie der gleiche Vorwurf, den Theodor W. Adorno für die Wissenssoziologie Karl Mannheims formuliert hat: „Während die Wissenssoziologie von neuen akademischen Arbeitsgebieten träumt, dient sie ahnungslos denen, die keinen Augenblick zögern, die Arbeitsgebiete zu kassieren."

„Die Wiedergeburt des politischen Intellektuellen erfolgt in Gestalt des Positivismus des Geschäftsführers": Geschäftsführer

Das aber ist der gesellschaftliche Kern eines Prozesses, den Antonio Gramsci als „Transformismus" bezeichnete, eine spezifische Form der „passiven Revolution" des Kapitals nämlich, durch die potentiell gegenhegemoniale Ideen absorbiert werden und die bürgerliche Hegemonie gefestigt wird. Durch den „Transformismus" wird die Bildung einer auf Klassen basierenden, organisierten Opposition gegenüber den Kräften gesellschaftlicher und politischer Macht verhindert. Was sich etabliert, ist die Gewalt eines „Totalitarismus der Mitte" (Gilbert Ziebura), durch den die „Radikalität des Denkens in den Bereich der Kultur" verwiesen wird. Es setzt sich ein Umbruch „ideologischer Formen" (Marx/Engels) durch, die nicht nur Denkformen sondern Kampfformen bezeichnen, in denen die gesellschaftlichen Konflikte bewußt gemacht und ausgetragen werden. Indem die solidarische Gesellschaftlichkeit in der Ära kapitalistischer Globalisierung positivistisch neu erfunden wird, tendiert sie dazu, soziale Solidarität in betriebsinterne, nationale oder klassenselektive zu verwandeln. Es werden so politisch-ideologische Bedingungen hergestellt, unter denen die postfordistisch-gewendeten Sozialdemokratien und Gewerkschaften in das neoliberale Netzwerk der Macht eingebunden werden.

„Organische" Kritik des globalen Kapitalismus

Von Gramsci kann man zunächst lernen, daß Kritik dort beginnt, wo affirmative Konzepte ansetzen: bei der voraussetzungslosen nationalstaatlichen Politik und zivilgesellschaftlichen Entfaltung. Es handelt sich bei ihnen, wie Gramsci eindring-

lich zeigen konnnte, um herrschaftlich organisierte Arenen des gesellschaftlichen Konfliktes und somit um Orte, auf denen Hegemonie errungen wird. Im Kampf um die Hegemonie der subalternen Klassen wird die Kritik entwickelt.

Tatsächlich aber steht es um diesen Kampf schlecht. Selbst in einer Zeitschrift, die den Titel *Zeitschrift für kritische Theorie* trägt, kann der Aufruf verbreitet werden, „den lächerlich gewordenen Kampf um die Hegemonie aufzugeben (...) und sich statt dessen am vielstimmigen Diskurs über eine bessere 'Zukunft' zu beteiligen" (Hauke Brunkhorst). Damit würden allerdings sämtliche Segel der Rekonstruktion der Linken gestrichen. Tatsächlich entwickelte sich die Kritik des Kapitalismus aber stets in Abhängigkeit von der Entfaltung der Arbeiterklasse, als „organische" Kritik. In der Arbeiterklasse wurde das Subjekt der Geschichte und die reale Möglichkeit der Befreiung von allen gesellschaftlichen Zwangsverhältnissen erblickt. Friedrich Engels formulierte die These vom „geschichtlichen Beruf des Proletariats", wobei der Theorie die Funktion zufalle, dies zu Bewußtsein zu bringen. Die quasi teleologische Gewißheit der Kritik der Politischen Ökonomie, mittels nationaler Klassenauseinandersetzungen und nationaler „Erweiterungen" des Staates (Gramsci) die sozialistische Umgestaltung der „fortgeschrittenen Staaten" auf den Weg zu bringen, ist aber mit der kapitalistischen Globalisierung gebrochen. Schonungslos muß sich die Linke der Tatsache stellen, daß weder Organisationsformen noch Handlungsspielräume innerhalb der herrschenden politökonomischen Konfiguration für die Durchsetzung revolutionärer oder reformistischer Strategien zur Verfügung stehen. So kann auch das, was die „organischen Intellektuellen" der Linken immer ausgezeichnet hat, nämlich die Gewißheit einer bereits vorhandenen Organisationsform der antagonistischen Kräfte (für Gramsci die norditalienischen Fabrikräte), nicht mehr vorausgesetzt werden. Was das bedeutet, ist bisher kaum angedacht.

Immerhin haben Pietro Ingrao und Rossana Rossanda haben in ihrem Buch *Verabredungen zum Jahrhundertende* (VSA 1996) die „Arbeit an der eigenen Verstaatlichung" als Kern der Krise der Linken eindringlich aufgezeigt und die elementare Bedeutung einer schonungslosen Theoriearbeit für die Rekonstruktion einer kapitalismuskritischen Subjektivität hervorgehoben. Theoriearbeit als Bestandteil eines politischen Projekts der Linken kommt die schwierige Aufgabe zu, die theoretischen Kategorien und die gesellschaftlichen Verhältnisse der Kritik neu erfinden zu müssen, um so „organisch" die antagonistischen Kräfte der kapitalistischen Weltgesellschaft erst thematisieren zu können und die Bedingungen der Entfaltung einer transnationale Bewegung zu stärken, die überhaupt erst eine wirkungskräftige Gegenmacht zum neoliberalen „Netzwerk der Macht" bilden kann. Wenn also das Recompositions-Denken für die Linke einen Sinn macht, dann als theoretische Anstrengung, die weltgesellschaftliche Totalität zu denken, indem sie die Dinge und Namen, die in der kapitalistischen Globalisierung immer wieder auseinanderklaffen, zunächst am endgültigen Auseinanderfallen hindert.

Für Gramsci war die hegemoniale Strategie des Stellungskrieges an Voraussetzungen gebunden, die unter den Bedingungen eines neoliberalen „Netzwerks der Macht" erst hergestellt werden müssen: tatsächliche Strukturen transnationaler Zivilgesellschaft nämlich. Formulierte Gramsci noch die Essenz seiner Unterscheidung revolutionärer Strategien mit den Worten: „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewahrte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft", muß heute eingestanden werden, daß selbst wenn es gelingt, die nationalstaatlichen Zivilgesellschaften zu erschüttern, sogleich die komplexe hegemoniale Struktur des Neoliberalismus offensichtlich wird, die sie isolieren, einhegen und in einer Strategie des „Transformismus" absorbieren. Gefordert ist also zunächst eine „Kultur der Opposition", die sich dem Posivitismus der Geschäftsführer mit einer kritischen Theorie der Gesellschaft und einem Begriff vom gesamtgesellschaftlichen Ganzen widersetzt und die alte gramscianische Fragestellung nach der komplexen Struktur bürgerlicher Hegemonie neu ergründet, um sich nicht auf den von Theodor W. Adorno gegeißelten „Dienst des Bestehenden" vereidigen zu lassen.

Bert Brecht hat in seinem „Lesebuch für Städtebewohner" aber schon den eisigen Wind des modernen Kapitalismus beschrieben, in dem die Fahnen der traditionellen Kritik nicht mehr wehen: „Laßt eure Träume fahren, daß man mit euch / Eine Ausnahme machen wird. / Was eure Mutter euch sagte / Das war unverbindlich. / Laßt euren Kontrakt in der Tasche / Er wird hier nicht eingehalten. // Laßt nur eure Hoffnungen fahren / Daß ihr zu Präsidenten ausersehen seid. / Aber legt euch ordentlich ins Zeug / Ihr müßt euch ganz anders zusammennehmen / Daß man euch in der Küche duldet // Ihr müßt das Abc noch lernen. / Das Abc heißt / Man wird mit euch fertig werden.//Denkt nur nicht nach, was ihr zu sagen habt: / Ihr werdet nicht gefragt. / Die Esser sind vollzählig / Was hier gebraucht wird, ist Hackfleisch. // (Aber das soll euch nicht entmutigen!)" ●

Margret Jäger
Fatale Effekte
Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs
304 Seiten, 32 DM
ISBN 3-927388-52-1

Margret Jäger / Siegfried Jäger (Hg.)
Baustellen
Beiträge zur Diskursgeschichte deutscher Gegenwart
DISS-Colloquium 1995
ca. 330 Seiten, 34 DM
ISBN 3-927388-56-4

Ernst Schulte-Holtey (Hg.)
Grenzmarkierungen
Normalisierung und diskursive Ausgrenzung
DISS-Colloquium 1994
190 Seiten, 28 DM
ISBN 3-927388-51-3

Siegfried Jäger
Wie die Rechten reden
Sprachwissenschaftliche und diskursanalytische Veröffentlichungen zu den Themen Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Eine kommentierte Bibliographie
134 Seiten, 14,80 DM
ISBN 3-927388-50-5

Hans Uske
Das Fest der Faulenzer
Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit
270 Seiten, 29,80 DM
ISBN 3-927388-47-5

Wulf D. Hund (Hg.)
Zigeuner
Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion
152 S., 18 DM
ISBN 3-927388-53-X

DISS

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Realschulstraße 51, 47051 Duisburg
Tel.: 0203-20249 - Fax: 0203-287881

TOMKE BÖHNISCH

Eliten für das Große und Ganze

Über den Nutzen, der Allgemeinheit zu dienen und abgeschottet zu leben

Eliten haben in letzter Zeit Konjunktur: PolitikerInnen gleichermaßen wie ManagerInnen und WissenschaftlerInnen sind sich darin einig, daß die Ordnung des demokratischen Staates über eine spezialisierte Führung herzustellen ist. Sie halten sich selbst für unentbehrlich. Aus einer herrschafts- und klassentheoretischen Perspektive zeigt sich der legitimatorische Charakter dieses Selbstverständnisses.

Seit Ende letzten Jahres erscheint in der *Frankfurter Rundschau* eine Serie mit dem Titel „Die neuen Eliten". Leute aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sollen sich in diesem Rahmen zu „den möglichen Funktionen und Kompetenzen der neuen Eliten" *(FR* 16.12.95) äußern. Da erfahren wir dann zum Beispiel von dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, „daß ein elitenloses Land ein führungsloses Land ist und ein gefährdetes dazu. (...) Die Träume, daß sich alle durch alle regieren und verwalten können, sind restlos ausgeträumt" (*FR* 8.2.1996). Seiner Meinung nach bedarf diese Aussage keiner Begründung. Zu klären bliebe nur noch, was die Eliten ausmacht. Nach Kopper haben sie die besten Noten, sind unbestechlich, bescheiden und stellen ihre eigenen Interessen hinter die Verantwortung für die Gesellschaft zurück. Eliten erscheinen in diesem Diskurs nicht nur als die Besten *in* einer Gesellschaft, sondern vor allem auch *für* die Gesellschaft. Schließlich hebt Kopper hervor, daß alle Bürger (die Bürgerinnen werden hier nicht genannt) die gleichen Chancen haben sollten, in die Eliten aufzusteigen. Soweit besteht große Übereinstimmung. Nur in der Frage, wie die verschiedenen Funktionseliten (aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft) zusammenspielen sollen, ist man sich nicht ganz einig: Während für Kopper die politische Elite die wichtigste ist, stellt Rüttgers (Bundesminister für Forschung und Technik) in der besagten Serie die Bedeutung der Eliten aus Wirtschaft und Wissenschaft heraus. Sie sollen an politischen Entscheidungen mitwirken, den Politikern zuarbeiten oder am besten Politiker werden. Es gelte, die Zielvorstellungen der Eliten zu synchronisieren. Dazu ist es nötig, so der „Zukunftsminister", daß Wissenschaftler aufhören „geistreich (zu) dozieren, ohne den eigenen Worten Taten folgen (zu) lassen" (*FR* 16.12.1995). Die WissenschaftlerInnen, die sich nicht in den Dienst der Regierung und der Wirtschaft stellen, können demnach abgeschafft werden. Wenn der Manager die Politiker und der Politiker die Wissenschaftler als Funktionselite beschwört, dann ist die Selbstreferenz perfekt. Man ist zu vornehm, um sich selbst zu loben und zu strategisch, um alleine die Verantwortung zu übernehmen. Heutzutage ist es nicht mehr verpönt, sich positiv über die Funktion von Eliten zu äußern. ManagerInnen und PolitikerInnen können diese Debatte erleichtert führen. Man erinnert sich wohl unausgesprochen an Jahrzehnte, in denen ein anderes Klima herrschte: So etwa an die 60er Jahre, als gegen das Establishment angetreten wurde, oder an die 80er Jahre, als die neuen sozialen Bewegungen mit der Forderung nach basisdemokratischen Organisationsformen und ihrer anti-elitären Haltung dafür sorgten, daß Eliten negativ konnotiert waren. Mitte der 80er Jahre verwunderte es nicht, wenn Willy Brandt sagte, daß die Forderung nach Leistungseliten eine „Diskussion gegen das Volk" sei, und der DGB davon ausging, daß Eliten die „humane Zukunft" behindern.

Das ist lange her. Heute wird aus der Tatsache, daß es Eliten gibt, geschlossen, daß dies notwendig so sein sollte. Ohne Eliten würde die Gesellschaft im Chaos versinken und immer gewalttätiger werden. Die Führung einer Gesellschaft durch eine Minderheit ist demnach eine unveränderliche Tatsache. Hinter dieser Annahme steht der Anspruch, Gesellschaftsstrukturen wertneutral zu beschreiben (vgl. Demirovic 1992). Das ist aber nur möglich, weil ausgeblendet wird, daß gesellschaftliche Zustände auf Herrschaft beruhen. Das Verhältnis zwischen herrschender Minderheit und beherrschter Mehrheit ist nicht naturhaft, sondern von der jeweiligen Vergesellschaftungsform, von sozioökonomischen und geschlechtsspezifischen Bedingungen bestimmt. Nicht wenn Herrschaft und Ordnung aufgehoben werden, kommt es zu Gewalt, sondern Gewalt entsteht durch Herrschaft. Geht man von diesen theoretischen Grundannahmen aus, so ist zu analysieren, wie es dazu kommt, daß eine gesellschaftliche Ordnung stabil ist (vgl. Steinert 1989). Die beschriebenen Elitediskurse stellen einen dieser stabilisierenden Mechanismen dar, da sie die bestehenden Herrschaftsverhältnisse festschreiben. Bei dem beschriebenen Ethos der Eliten, ein allgemeines Interesse zu vertreten und für die Gesellschaft unentbehrlich zu sein, handelt es sich um eine politische Rechtfertigungslegende.

Mit dem ahistorischen Verständnis von Eliten können sich PolitikerInnen und ManagerInnen auf legitimatorisch wirksame Persönlichkeiten beziehen: Immer wieder werden Plato, Machiavelli, Mosca und Pareto oder auch Dahrendorf genannt. Auch in der gegenwärtigen Elitenforschung steht die Frage im Mittelpunkt, ob demokratische Prinzipien verwirklicht werden können, wenn gesellschaftliche Macht auf wenige Individuen konzentriert ist. Demokratie wird daran gemessen oder vielleicht sollte man besser sagen, technokratisch darauf reduziert, welche Chancen die Individuen haben, über eine Berufslaufbahn in einflußreiche Positionen aufzusteigen, sich an Wahlen zu beteiligen oder sich wählen zu lassen und welcher Kontrolle die Funktionsträger unterworfen sind.

„Die soziale Marktwirtschaft braucht wieder Leistungseliten. (...) Leute, die sich was zutrauen und zu Risiken bereit sind."
H. Kohl

Beispielhaft sei hier auf eine Untersuchung hingewiesen, in der 3164 Inhaber institutioneller Spitzenpositionen als Eliten befragt wurden (vgl. Hoffmann-Lange 1992). Um Aussagen über die Machtstruktur der BRD (ohne neue Bundesländer) empirisch zu belegen, wurde danach gefragt, wie sich diese Positionsinhaber rekrutieren, in welchen Netzwerken sie arbeiten und welche Möglichkeiten sie haben, auf gesellschaftlich relevante Ent-

scheidungen Einfluß zu nehmen. Hoffmann-Lange kommt zu dem Ergebnis, daß Frauen, Arbeiterfamilien und Katholiken in den Eliten unterrepräsentiert sind, daß nur 30 Prozent der Eliten ihren Arbeitsplatz im Bonn-Kölner Raum haben und von daher ein nationales Zentrum fehlt. Gesellschaftliche Macht liege nicht in den Händen einer geschlossenen Gruppe, sondern sie ist breit gestreut und die verschiedenen Teileliten agieren von konkurrierenden Zentren aus. Personen aus der Regierung, aus den Parteispitzen und den Tarifparteien sowie aus der Wirtschaft sind an den korporatistischen Aushandlungsprozessen beteiligt. Schließlich weist auch Hoffmann-Lange darauf hin, daß sich die Eliten gegenüber der Gesellschaft nicht verselbständigen können, da sie entweder gewählt oder in ihren Organisationen verankert sind. Die Autorin wendet sich zwar explizit gegen einen Elitenbegriff, der die Eliten über Wissen und Leistung definiert, aber auch sie beschreibt Eliten in ihrer Funktion für den demokratischen Staat und institutionalisierte Macht, ohne Herrschaftsstrukturen zu analysieren – geschweige denn zu kritisieren. Diese Untersuchung folgt der selben Logik wie die beschriebenen Diskurse der PolitikerInnen und ManagerInnen.

Krisenstimmung

Eliten haben nicht zufällig Konjunktur. Vielmehr stehen Interessen hinter der Vorstellung, die sich PolitikerInnen, ManagerInnen und WissenschaftlerInnen von der Gesellschaft machen, und die sie in der Gesellschaft verbreiten. Aus der Perspektive von *PolitikerInnen* gilt es, ihren Ruf zu verteidigen. Man wirft ihnen vor, daß sie undurchsichtige Finanzierungen betreiben, daß sie sich nur noch aus den eigenen Reihen rekrutieren, daß die Mitgliederzahlen der Parteien rückläufig sind, daß sich immer weniger Leute an ihrer Wahl beteiligen und sie am Abbau sozialstaatlicher Leistungen beteiligt sind. Gegen diese schwerwiegenden Vorwürfe müssen PolitikerInnen Statusmanagement betreiben, denn ein nicht gewählter Politiker ist beinahe keiner mehr. Da ist es nützlich, wenn allgemein anerkannt ist, daß sich die Gesellschaft in einer Krise befindet, in der einerseits jeder den Gürtel enger schnallen muß und andererseits politische Eliten in ihrer Führungsfunktion unverzichtbar sind. Für die PolitikerInnen bedeutet dies, daß sie ihre Verbindung zu den anderen Fraktionen der herrschenden Klasse aufrechterhalten können. *TopmanagerInnen* sind kaum von der „Verschlankung der Betriebe" betroffen. Sie stehen vielmehr unter dem Druck, die von ihnen vorgenommenen massenhaften Entlassungen von ArbeiterInnen zu legitimieren. In diesem Fall gilt es, den Widerstand klein zu halten und plausibel zu machen, warum ManagerInnen, UnternehmerInnen und AktionärInnen keine Abstriche machen. Dann ist es nützlich, wenn ihre Gewinne als Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt gelten.

Die gesellschaftliche Struktur der herrschenden Klasse

Die Konjunktur von Elitetheorien spiegelt auch eine alte wissenschaftsinterne Auseinandersetzung wieder. Plakativ gesagt: hier stehen sich bürgerliche und marxistische Theorie gegenüber. Vor allem Mosca und Pareto entwickelten ihre Elitetheorien Ende des 19. Jahrhunderts gegen die marxistische Theorie und gegen einen Sozialismus marxistischer Prägung. Mosca schreibt:

„In unserer heutigen Welt kann der Sozialismus nur aufgehalten werden, wenn es einer realistischen politischen Wissenschaft gelingt, die metaphysischen und optimistischen Methoden zu zerstören, die gegenwärtig in der Sozialwissenschaft vorherrschen" (zit. nach Bottomore 1966: 18).

Mosca und Pareto wollten zeigen, daß sich in den modernen Industriegesellschaften keine geschlossene herrschende Klasse bildet und insofern der Begriff der herrschenden Klasse falsch ist. Dagegen setzten sie den ständigen Kreislauf der Eliten. Wegen ihrer überlegenen Eigenschaften herrscht in jeder Gesellschaft eine Minderheit – nicht aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß.

Eliteforschung ist aber nicht immer frei von herrschaftstheoretischen Fragen gewesen. Es gibt Ansätze, in denen marxistische Theorie weiterentwickelt und ein kruder Ökonomismus vermieden wird. Ich denke hier zum Beispiel an C. Wright Mills, der in den 60er Jahren die amerikanischen Konzernspitzen, Politiker und hohe Militärs untersucht hat. Anhand von Rekrutierungsstudien beschrieb er deren Machtpositionen und ihre geschäftlichen sowie gesellschaftlichen Verflechtungen. Er hat (lange vor Bourdieu) gefragt, wie Einfluß, Prestige und Geld ineinander konvertierbar sind. Die von ihm untersuchten Leute nutzen ihr Geld und die gesellschaftliche Anerkennung, um in hohe Positionen zu gelangen und zwischen den verschiedenen Machtbereichen zu wechseln. Indem er spezifische Orte, typische Lebensläufe und alltägliche Gewohnheiten analysiert, wird deutlich, wie klassenspezifische Interessen verfolgt und strategisch eingesetzt werden.

Hieran ist meines Erachtens anzuknüpfen. Der Begriff der Elite muß den Begriff der herrschenden Klasse nicht ersetzen. Eliten können vielmehr als ein Zusammenschluß begriffen werden, der für die Reproduktion der Akteure der herrschenden Klasse notwendig ist. Das heißt nicht, daß sich die Akteure bewußt in einer überschaubaren Gruppe aufeinander beziehen müssen. Zusammenschluß meint vielmehr, daß Individuen bestimmte soziale und kulturelle Praktiken teilen. Einerseits stellen sie über diese geteilten Praktiken Zugehörigkeiten her und konstituieren sich stets neu. Andererseits grenzen sie sich gegen andere ab und sichern ihre Herrschaftsposition. Das heißt, mit diesem Begriff kann die soziale Struktur der herrschenden Klasse benannt werden. Wie diese im einzelnen aussieht, läßt sich nur empirisch herausfinden. Klassen werden auf diese Weise nicht als statische Größen behandelt, sondern in ihrer historischen Spezifik analysiert. Zu untersuchen wären zum Beispiel soziale Interaktionen, Situationen und Institutionen, in denen Beziehungen zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gepflegt werden; welche kulturellen Praktiken aufgrund der Globalisierung international geteilt werden; nach welchen Kriterien interne Abstufungen und Gliederungen entstehen; wie die familiären Strukturen und das Geschlechterverhältnis aussehen.

Abgeschottetes Leben

Ich möchte im folgenden ein Beispiel für die gesellschaftliche Struktur der herrschenden Klasse anfügen. Man könnte annehmen, daß Leute, deren Selbstverständnis es ist, für eine Gesellschaft vorbildlich zu sein, ein Leben führen, das in der Öffentlichkeit bekannt ist. Dem ist jedoch nicht so. Topmanager und Unternehmer, Politiker und Gewerkschaftsbosse leben abgeschottet, den Blicken der Öffentlichkeit entzogen. Sie wohnen mit ihren Familien in speziellen Stadtteilen oder häufiger noch außerhalb der Stadt, hinter hohen Hecken (z.B. im Taunus oder in Blankenese). Sie arbeiten in unzugänglichen Hochhäusern, essen in noblen Restaurants und treffen sich in exklusiven Clubs. Das gilt als gute Manier der Eliten (und hilft zu vermeiden, daß andere neidisch werden). Der „Ethos der Bescheidenheit" zeichnet sie in ihren eigenen Augen überhaupt erst als Eliten aus.

Insofern unterscheiden sich die Eliten deutlich von den jungen ManagerInnen und DienstleisterInnen, die in der Lebensstilforschung beschrieben werden. Mit ihrem ostentativen Konsum, ihren Kaviar und Champagner-Festen, machen sich die Modernisierungsgewinner in den Innenstädten breit. Ihre Lebensweise ist in diesen Räumen dominant, aber sie ist „nicht

Ausdruck einer Position von gesellschaftlicher Macht" (vgl. Steinert, in: *links* 310/311 1996). Es sind ihre speziellen Berufe, die ihnen diese konsumorientierte Lebensführung abverlangen, da eine Ausbildung keine hinreichende Bedingung mehr für eine Stelle ist. Diese Leute stehen unter dem Druck, am gehobenen Warenkonsum und den ständig wechselnden Moden teilzunehmen und ihre soziale Differenz zu demonstrieren. Im Unterschied zu den Eliten ist ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit und ihr Status prekär. Diese Tatsache gerät aber leicht in den Hintergrund. Die Aufregung darüber, daß die Modernisierungsgewinner die alternativen und subkulturellen Milieus sowie die Unterschicht aus der Stadt verdrängen, steht in keinem Verhältnis zu dem Schweigen über die schönen Villenviertel der Eliten außerhalb der Städte. Während Eliten gegen Kritik immun sind, kriegen die DienstleisterInnen den Ärger ab.

„Elite in Deutschland (...) wird man nicht alleine durch den Geldbeutel, sondern durch die Verbindung aus Können, Leistung und Selbstbewußtsein."
R. Scharping

Die zurückgezogene Lebensweise der Eliten ist nützlich, um ihre Herrschaftspositionen zu reproduzieren, denn auf diese Weise heben sie sich von ihrer Umgebung ab. Erst in dem distanzierten Milieu entsteht das Selbstverständnis und das Bewußtsein, einer Elite anzugehören. Diese Überlegenheit wird auch in teuren Privatschulen und Privatuniversitäten eingeübt (zum Beispiel Salem, European Business School): Weniger, weil sie in diesen Institutionen qualifizierter ausgebildet werden, sondern vielmehr, weil sie dort nützliche persönliche Kontakte knüpfen können, informelles Wissen ansammeln und lernen, sich in bestimmten gesellschaftlichen Kreisen zu bewegen und sich Führungsaufgaben zuzutrauen. Auf diesem Wege werden Verbindlichkeiten unter Personen konstituiert, die sich nicht notwendig persönlich kennen. Es reicht zu wissen, daß jemand bestimmte Institutionen durchlaufen hat oder ihnen angehört. Eliten stellen Zugehörigkeiten auch weltweit her.

Will ein Topmanager Karriere machen, so muß er flexibel sein. Auch wenn er nicht mit jedem Wechsel des Unternehmens befördert wird, so wird doch zumindest sein Gehalt steigen. Die vielfältigen Schwierigkeiten, die Arbeitsmigranten und Flüchtlinge in einer fremden Kultur und Gesellschaft haben, bestehen für diese Leute nicht. Sie treffen selbst in der Fremde auf Ihresgleichen. Man denke etwa an den Rotary Club, der in Limburg nicht anders funktioniert als in New York oder Tokio. Wenn sich die Rotarier als Service Club begreifen, dann nicht nur, weil sie die Symptome sozialer Not bekämpfen. Diese Beziehungen werden nicht nur aus strategischen Motiven gepflegt. Es handelt sich um freundschaftliche Beziehungen, die in erster Linie nicht instrumentell genutzt werden. Man ist ohnehin schon an der Position, die man erreichen wollte. Aber vor dem Hintergrund dieser freundschaftlichen Beziehungen und Netzwerke lassen sich Interessen gut vertreten. Sie sind für eine Interessengemeinschaft notwendig.

Der ausdifferenzierten Gesellschaft, die in ein komplexes Gemenge von Gruppen, Szenen und Milieus auseinanderfällt, die alle miteinander konkurrieren und keine klassenspezifischen Bezüge kennen, stehen ausgeprägte Netzwerke der Eliten gegenüber. In diesen Netzwerken entsteht das Selbstverständnis, einer Gruppe anzugehören, die *natürlich* Macht ausübt. Das alles heißt nicht, daß es intern keine Konkurrenzen gibt. Ein Manager, der aufgrund seiner Leistung in eine Führungsposition gelangt ist und nicht, weil seinem Vater das Unternehmen gehört, muß damit rechnen, daß er gegen einen anderen Funktionär ausgetauscht wird, sobald seine Leistungen zu wünschen übrig lassen, sein Gesicht den Aufsichtsräten nicht mehr gefällt oder eine für das Unternehmen prestigeschädigende Transaktion bekannt wird. Diese Situation mag für Einzelne gegebenenfalls schlecht enden, aber für eine erfolgreiche Interessengemeinschaft sind die Bedingungen günstig.

Wenn die Besten für die Führung einer Gesellschaft unabdingbar sind, dann besteht die einzig mögliche politische Option in einer gerechten Auswahl der Eliten. An eine Veränderung von Herrschaftsverhältnissen ist nicht zu denken. Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht: dieser stabilisierende Mechanismus korrespondiert mit der Funktion, die die abgeschottete Lebensweise der Eliten hat. Die lebensweltliche Distanz zwischen Herrschenden und Beherrschten ist so groß, die Herrschenden sind so anonym, daß der Eindruck entsteht, es gibt diese Klasse gar nicht. Und wo es niemanden gibt, ist auch niemand zu kritisieren (zu unterlaufen, zu bekämpfen, zu stürzen...). ●

Literatur

Bottomore, Thomas B. 1969: Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems. München.

Demirovic, Alex 1992: Politische Klasse und demokratische Frage. Für eine akteurorientierte Analyse des Bürgertums. In: Thomas Leif, Hans-Josef Legrand und Ansgar Klein (Hg.): Die politische Klasse in Deutschland. Bonn/ Berlin, S. 442 - 465.

Hoffmann-Lange, Ursula 1992: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen.

Mills, C. Wright 1962: Die amerikanische Elite. Hamburg.

Steinert, Heinz (Hg.) 1989: Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte. Studientexte zur Sozialwissenschaft. Sonderband 3. Frankfurt/M.

Info Pool Network

APC / CL-Server Berlin/Brandenburg,
Vernetzung von NGOs, Initiativen,
Gruppen und Verbänden, Betreuung und
Erstellung von WWW-Diensten
in unserem Server-Netz

InterNet

Mail-, News- und
InterNet-Zugänge, Web-Server-
Dienste, EDV - Support

Erreichbar:
per Mail: info@ipn.de
im Web: http://www.ipn-b.de
per Tel. u. Fax: 030 / 68834-308
oder auch per snail-mail:
Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Mailbox

BAHAMAS

Nr. 20 – Sommer 1996

Schwerpunkt: Elemente des Antisemitismus

* Deutsche Antworten auf die soziale Frage *
* Linksradikale für kulturelle Erweckung *
*„Frieden" im Nahen Osten *
* Antiimperialismus und Antizionismus *
* Phantom Kollektivschuld *
* Goldhagendebatte *
* Deutschen Fernfuchtlern mißfällt Dayton *
* Kommunitarismus *
* 200 Jahre deutsche Intelligenz u.a.m *

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44, Postfach 620 628,
10796 Berlin; Konto: E. Müller, Nr. 12005270,
Berliner Volksbank; BLZ 100 900 00

ALFRED SCHOBERT

Der Wahn von Sinn und Selbst

Wider das Versprechen einer Identitätspolitik für die Gattung

Esoterik boomt. Seit Jahren schon. Ob – dem Wortsinn entsprechend – im Gewand der Entdeckung verborgenen, geheimen und nur Eingeweihten zugänglichen Wissens, in Gestalt der Rückkehr zum verlorenen Ursprung oder als Verheißung eines neuen Zeitalters, also als New Age. Während linke Buchläden vielerorts eingegangen sind, kann die Esoterik-Klientel wählen, ob sie in den Buchhandlungen Avalon, Aquarius oder Akasha die neueste uralte Weisheit zwischen Buchdeckeln erwirbt. Und wo einst in Stadtmagazinen BIs ihre Termine annoncierten, hat man heute die Wahl zwischen Astrologie und Anthroposophie, Heidentum und Hexentum, Geomantik, Gnosis und Geistheilung. Liegt es also nahe, dieser Gegebenheit zu entsprechen und, wie z.B. Dieter Duhm, auf die Allianz von linker Politik und New-Age-Spiritualität zu setzen?

Solcher Wendung zu Esoterik und New Age soll hier widersprochen werden. Denn in ihrem Zeichen wird eine reaktionäre Erneuerung von Identitätspolitik betrieben. Diese fesselt die Subjekte, indem sie sie auf die Realisierung einer 'im Wesen liegenden' Norm verpflichtet, und ist nicht ohne Ausgrenzung zu haben. Daher führt sie nicht zufällig (wenn auch nicht notwendig und quasi automatisch) bei manchen ihrer AnhängerInnen zu politischen Konzeptionen, die „reaktionär" zu nennen eine Beschönigung wäre.

Zwei starre Behauptungen und ein Versprechen ziehen sich als Grundstruktur durch die boomenden Esoterik- und New-Age-Entwürfe. Reduziert auf ihr logisches Gerippe lauten sie: 1. Es gibt einen fundamentalen, vorgegebenen Sinn hinter der sichtbaren Welt; man muß ihn nur (wieder-)finden. 2. Es gibt ein wahres Selbst; man muß es nur verwirklichen, indem man seine vorgegebene Sinnbestimmung erkennt und sich mit ihr in Einklang bringt durch Beschreiten 'seines Weges' in Form praktischer Exerzitien oder auch einer Therapie. Dies verspricht Heilung, ja kosmisches Heil, Geborgenheit in einer umfassenden Ordnung.

Der jeweiligen Einkleidung des logischen Skeletts ist kaum eine Grenze gesetzt. Andere Sparten träumen wohl von den esoterischen Möglichkeiten der Produktdiversifierung; der Reichtum des 'wahren Selbst' ist zuallererst ein ungeheures Warenangebot zwischen Abraxas und Zarathustra. Egal, wie tief die 'Selbst'-Suche schürft, und ganz gleich, wie ursprünglich, ursprünglicher und ursprünglichst sie ansetzt, kann eines nur schwerlich verborgen bleiben: Das vermeintlich authentische Selbst ist so künstlich und käuflich wie die Selbst-Zustände, gegen die es doch antritt.

Die gegen die vermeintliche moderne Sinnleere revoltierenden Lehren sind angesiedelt zwischen Spiritualismus und Naturalismus. Mal mehr naturalistische Verankerung des Spirituellen, mal stärker Spiritualisierung von (als je schon gesellschaftliche unbegriffen bleibender) Natur, wird letztlich alles im Prinzip Geist aufgelöst. Der wohlkalkulierte Slogan von der „Selbstorganisation des Universums" (Jantsch 1979) läuft auf die umkehrbare Gleichung „Universum = Selbst" hinaus. Vom in der Tat ja zunehmend gespenstischer werdenden gesellschaftlichen Sein beherrscht und unterworfen, soll das Bewußtsein die Welt bestimmen, indem man das Universum als Geist bestimmt. Erscheint die Welt beim derzeitigen Stand ihrer „Entzauberung" verhexter denn je, findet sich nur noch in der „Allmacht der Gedanken" die „Erlösung".

Die intellektuelle Bescheidenheit der Rezepturen für die Instant-Erlösung wird kaschiert durch Verweise auf metaphysische Geheimnisse, die zu „schauen" nur wenigen eingeweihten Virtuosen vorbehalten war und ist. Diese begnadeten Pioniere lassen die Auftragsarbeiter des Esoterik-Buchmarktes zum Appell antreten, was sie selbst als Priesterschaft, als Mittler zwischen den herausragenden Genies und den seichten Dutzendmenschen heraushebt. Es stört dabei, wie Edgar Zilsel 1918 in seiner Untersuchung der zeitgenössischen „Geniereligion" treffend herausstellte, nicht weiter, daß die esoterische Walhalla „Originaldenker" vereinigt, die

„Das vermeintlich authentische Selbst ist so künstlich und käuflich wie die Selbst-Zustände, gegen die es doch antritt": authentisches Selbst

einander aufs heftigste widersprechen. Ganz im Gegenteil schöpft man aus der Unvereinbarkeit von bspw. Wilhelm Reich und Rudolf Steiner zusätzliche Attraktivität: Daß es *hinter* den vordergründigen Widersprüchen und Unvereinbarkeiten eine „Brüderschaft der Genies" (Zilsel 1990: 83ff.) gebe, macht die besondere „Tiefe" der jeweils vorgelegten Synthese (Wilhelm-Rudolf Steinreich) aus. Nach diesem Muster lassen sich in unzähligen Rekombinationsmöglichkeiten kulturelle Kapitalien fusionieren; zudem gewinnt der esoterische Diskurs damit suggestive Geschlossenheit, die bei regelmäßigem Konsum Effekte von Zustimmung durch bloße Vertrautheit produziert. Das déjà vu (bzw. lu) tritt an die Stelle des kritischen Nachvollzugs von Argumenten.

Daß diese recht einfach gestrickten Anrufungen bereitwillige EmpfängerInnen finden, ist selbst Symptom der Krise der Identität. Stuart Hall (1994) hat, wie Gottfried Oy in *links* 308/309 darstellte, die historische Entwicklung zum postmodernen Subjekt, das ohne grundlegende und gesicherte Identität existiert, im Zusammenspiel von – an die großen narzißtischen Kränkungen anknüpfenden – theoretischen und politisch-praktischen Dezentrierungen im 20. Jahrhundert einerseits, den kapitalistischen Globalisierungsprozessen andererseits beschrieben. Die Krise der Identität als Prozeß von Widersprüchen vereinigt Tendenzen der Subjektfragmentierung (bis hin zur Auflösung) wie auch solche zur Restitution traditioneller, längst überwunden geglaubter Identitätsmodelle (bei Hall „Fundamentalismen"). Die New-Age-Szene ist eines der diskursiven Felder, auf dem letztere gedeihen und in Identitätspanik mitunter wilde Blüten treiben.

Die pauschal „den Menschen" attestierte Krise der Identität nebst weiteren, gesellschaftstheoretisch unbestimmt bleibenden, lediglich zur „Gattungskrise" addierten Krisen finden ihre Lösung in einer Ordnungsverheißung, beispielsweise in der die „wirkliche Erlösung" bringenden Einsicht in die „Lebensgesetzlichkeit" (Duhm 1979: 25). So schreibt einer der frühesten Protagonisten der Abkehr von linker Politik und der Hinwendung zur ökologisch-esoterischen Ganzheits-Schau weiter: „In dem dürren Wort von der Reintegration des Menschen in die Ordnung der Natur liegt nicht nur seine Überlebenschance, sondern – bei weiter Sicht – seine wirkliche Erlösung. Die Freiheit, die wir suchen, besteht nur in der bewußtesten und autonomsten Rückbindung an die Ordnung, die wir verlassen haben" (Duhm 1979: 25). Was hier ein früherer linker Kultautor, ausgezogen zur „ganzheitlichen Anthropologie" (Duhm 1975: 225) bzw. zur „Ontologie des Menschen" (Duhm 1979: 14), formuliert, ist Orwellsche Newspeak. Die gespreizten Superlative verweisen auf eine Ordnungsfixierung, gegen die in pessimistischer Anthropologie begründete, indes kulturtheoretisch durchgeführte institutionalistische Entwürfe nazismus-erfahrener Extremisten der Ordnung vom Schlage eines Arnold Gehlen verblassen. Hat jener nämlich nur Arbeit und Askese für die „Persönlichkeit als Institution in einem Fall" zu bieten, also die freiwillige Selbstaufgabe an die von den ehernen Zwängen der Institution vorgegebene Sache, kommt in Duhms „Lebengesetzlichkeit" Freude auf: er versöhnt Ordnung und Orgasmus. „Im Zustand der kosmischen Identität", wo sich „Gottesbewußtsein" und „Selbstbewußtsein" auf einer neuen Bewußtseinsebene aufheben und Mensch und Kosmos im Gleichklang schwingen, werden bei Duhm „Daseinslust, Gesundheit, Schönheit, Sittlichkeit und Freiheit" integriert.

Duhms „wissenschaftlich begründbare Vision vom vollen Menschen" (1979: 123) ist Identitätspolitik für die Gattung, die ihr ursprüngliches Wesen nach dem Fall in die Entfremdung wiederfinden müsse. Die normativen Setzungen, die Duhm (re-)produziert, werden verleugnet; seine Diskurs-position besteht in der Verleugnung ihrer selbst; seine Normen werden als Natur ausgegeben. Es spricht kein Intellektueller (hier im Sinne von Funktionär eines mit Machtwirkungen versehenen Diskurses), sondern hier drückt sich, vermittelt über jemand, der sie „geschaut" hat, die „Lebensgesetzlichkeit" selbst aus. Hier spricht kein Mensch, sondern sein Wesen, den „Aufbruch zur Neuen Kultur" (1984) verkündend. Wer wollte widersprechen, wenn das Wesen des Menschen spricht? Wäre jeglicher Widerspruch doch nur Symptom der Abartigkeit. Gründe zum Widerspruch gibt es genug, angefangen bei der Behauptung einer „natürlichen Hierarchie" (Duhm 1984: 101). Beschränken wir uns auf das Identitätsthema, stößt die (naturalistisch interpretierte) „Polarität der Geschlechter" auf. Sie gibt Duhm seit langem schon zu antifeministischen Ausfällen Raum, wie sie erst im Zuge des Anti-PC-Diskurses breitenwirksam wurden. Und wie selbstverständlich reproduziert sie stillschweigend eine Standardausgrenzung.

Da Duhm sich diesbezüglich ausschweigt, schauen wir in einen der Bestseller der Esoterik-Szene des letzten Jahres. Wo bei Duhm Verausgabung im Zentrum steht, propagiert er gezielten Einsatz von „Lebensenergie": „Der Samen des Mannes ist pure Lebensenergie und sollte nicht sinnlos verschleudert werden." (S. 217) Worauf solche Sperma-Ökonomie hinauslaufen muß, wird zwei Seiten später ausformuliert: „Jeder Auraleser oder einigermaßen Hellsichtige wird Ihnen bestätigen können, daß die Aura eines Homosexuellen total aus der Balance ist (...), weil nur ein Teil, entweder nur weiblich oder nur männlich ausgelebt wird. Die Konfrontation mit dem Gegenpol fehlt." (S. 219) Die „Disharmonie im elektromagnetischen Körperfeld eines Homosexuellen" sei „nun einmal eine Tatsache". Doch der Autor gibt sich tolerant: „In meiner Lebensan-

„Henning Eichberg, konzeptioneller Ideologe der Nationalrevolutionäre, hält bereits Rübezahl als 'schlesischen Schamanen' parat": **Schamane**

schauung gibt es keine 'besseren' oder 'schlechteren' Menschen, nur verschiedene Ausdrucksformen des Göttlichen, die es jeweils gewählt haben, ihren 'individuellen Weg zu gehen. Allerdings unterscheide ich zwischen 'bewußten' und 'unbewußten' Menschen. (...) Ein homosexueller Mensch ist (...) nicht unbedingt ein kranker Mensch wie nach Meinung mancher Leute, sondern richtig aufgeklärt kann der Einzelne lernen, mit diesen Gefühlen anders umzugehen und sie anders einzusetzen." (S. 219f.)

Zur Begründung konsultiert der Autor „die Natur als Schiedsrichter. Schauen wir (...), wie sie die Genitalien geschaffen hat." Resultat der Genitalienschau, die hier an die Stelle der Wesensschau tritt: „Da finde ich auch mit unfachmännischem Blick auf Anhieb heraus, was anatomisch zusammenpaßt und was ab-artig ist." (S. 220)

Die Abirrung von den „Gesetzmäßigkeiten der Natur" (S. 220) wird mit einer Manipulationsthese erklärt. Schuld seien einige „Medienkontrolleure". Genauer handele es sich um „schwule Hollywood-Produzenten" (S. 219). Das Stichwort „Hollywood" läßt aufhorchen. Häufig steht es 'nur' für kulturellen Anti-Amerikanismus, und auch in mancher Kulturkritik 'linker' Provenienz be- bzw. entnennt es Kulturindustrie. Wo von warenförmiger Kulturproduktion die Rede sein müßte, hebt man auf die (vermeintliche oder tatsächliche) Herkunft oder eine „kulturimperialistische" Prägung ab. Unser Autor verrät später ausdrücklich, wofür ihm „Hollywood" steht: „Durch die Illuminati und ihre Zwerge wird den Menschen der Welt heutzutage eingetrichtert, daß es richtig ist, ihre niederen Triebe uneingeschränkt auszuleben, was ich absolut ablehne. Wenn es nach Hollywood gehen würde, sollten all die dummen Goyim ihre Lebensenergien verspritzen und ihre Seelen aufspalten." (S. 220)

So mündet der Wahn, den verborgenen, in einer durch Manipulation bewirkten Abirrung von der natürlichen Ordnung der Dinge verloren gegangenen Sinn hinter den vielfältigen und verwirrenden Erscheinungen des Lebens in einer großen Erzählung zu finden, konsequent in einer Verschwörungstheorie, die überall Signaturen geheimer Mächte findet und fast alle Versatzstücke des modernen Antisemitismus seit den gefälschten „Protokollen der Weisen von Zion" in ihre paranoide Konstruktion integriert.

Nun die Gleichung 'New Age = Faschismus' aufzustellen, hieße zu kratzen, wo es nicht juckt. Der Faschismus-Vorwurf trifft die Mehrheit der New Age- und Esoterik-AnhängerInnen nicht. Dennoch sind die Szene-Reaktionen auf die Buchpublikationen Jan van Helsings (das ist das Pseudonym des oben zitierten Autors) alarmierend, die zigtausendfach verkauft wurden, ohne daß man sich über die antisemitischen (und neonazistischen) Gehalte Gedanken machte. Das setzte erst verspätet und argumentativ hilflos ein, nachdem sowohl in der Schweiz wie in der Bundesrepublik staatsanwaltliche Ermittlungen aufgenommen worden waren.

Weniger drastisch, aber auf längere Sicht nicht minder alarmierend sind breiter wirksame Trends der Rückbesinnung auf das vermeintlich Eigene. Nachdem die Esoterik-Szene die bedrohten Völker der gesamten Welt nach authentischen Selbst-Praktiken abgegrast hat, setzt nun, ganz im Einklang mit der hegemonialen „Rückkehr in die Geschichte", die esoterische Wiederverwurzelung in Deutschland ein. Weissagungen aus dem Runenstein-Säckchen entsprechen 'unserem Wesen' nun einmal eher, denn vermeintlich analoge indianische Praktiken: so wird das in seinem kritischen Gehalt bereits auf homöopathische Dosierung reduzierte Entfremdungstheorem nach und nach in das der „Entortung" transformiert. Henning Eichberg, konzeptioneller Ideologe der Nationalrevolutionäre, hält bereits Rübezahl als „schlesischen Schamanen" parat – höchste Zeit für die Gesellschaft für bedrohte Völker, (programmkonform!) Schlesien in ihre Arbeit zu integrieren (bevor ihre SpenderInnen die Daueraufträge auf die schlesische Landsmannschaft umstellen).

Dies sind Symptome, die zeigen, daß die reaktive Fixierung der Esoterik-Szene auf essentialistisches Sinn-, Identitäts- und Ordnungsdenken Teil des Problems ist, als dessen Lösung es sich ausgibt. Die Gier nach Grundlagen bietet die (auch psychologischen Anknüpfungspunkte für rabiate Ausgrenzungspraktiken. Dagegen wirkt nur aktive Praxis der Differenzen (im Plural), politisch und kulturell, ohne fixe Grundlage und (via Teleologie und Essentialismus der 'Ökonomie') privilegierte Akteurinnen – meinetwegen auch in der etwas holprigen Formulierung als „Anti-Identitätspolitik" (temporär) identifiziert. ●

Literatur

Duhm, Dieter 1979: Der Mensch ist anders (zuerst 1975). Lampertheim.

Ders. 1979: Synthese der Wissenschaft. Der werdende Mensch. Heidelberg.

Ders. o.J.: Aufbruch zur Neuen Kultur. Von der Verweigerung zur Neugestaltung. Umrisse einer ökologischen und menschlichen Alternative (zuerst 1984). München.

Hall, Stuart 1994: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, 2. Hrsg. und übersetzt von Ulrich Mehlem u.a. Hamburg.

van Helsing, Jan 1995: Geheimgesellschaften, 2. Rhede (Ems)/Lathen (Ems).

Jantsch, Erich 1984: Die Selbstorganisation des Universums. Vom Urknall zum menschlichen Geist (zuerst 1979). München.

Zilsel, Edgar 1990: Die Geniereligion. Ein kritischer Versuch über das moderne Persönlichkeitsideal mit einer historischen Begründung. Hrsg. u. eingeleitet von Johann Dvorak. Frankfurt a.M.

Erstens die Frankfurter Allgemeine Zeitung, um zu wissen, was das Kapital denkt. Zweitens die Berliner Zeitung, um zu wissen, wie die liberale Bourgeoisie denkt... Dann lese ich noch etwas, was man nicht Tageszeitung nennen kann, eine ganz einzigartige Sache auf dieser Welt, eine Tageszeitschrift, die heißt junge Welt.

Jürgen Kuczynski

Jetzt teste ich...

die junge Welt für 4 Wochen zum Preis von DM 15,– statt des regulären Preises von DM 45,–.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

☐ Ich habe DM 15,- (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.

☐ Ich ermächtige Sie einmalig, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen:

Konto-Nummer

Geldinstitut

BLZ

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats kündige.

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich bei junge Welt,Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, widerrufen.

Datum/2. Unterschrift

Redaktion junge Welt
Am Treptower Park 28–30 · 12435 Berlin
Oder per Fax an 030/68834-343

Die Tageszeitung
junge Welt

ROLF SCHWENDTER

Momentaufnahme

Alternative Ökonomie 1996

Übersichtlich im Sinne eines linearen Wissensverständnisses war Alternative Ökonomie nie. Das war allerdings auch noch nie ihre Aufgabe. Diese bestand – und besteht – zunächst darin, abweichenden Gruppierungen die Möglichkeiten ihres Überlebens zu gewährleisten, sodann – und dies schon seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert – im Schutz von Erwerbslosigkeit, insbesonders politisch exponierter Personen, schließlich in der Chance, aus den bevorzugten Tätigkeiten auch eine Art Lebensunterhalt zu beziehen.

Dabei steht zum einen fest, daß auch Alternative Ökonomie den strukturellen Zwängen kapitalistischer Ökonomie sich nicht entziehen kann: der Warenformigkeit, der Unterkapitalisierung, der Akkumulation, der Knappheit an Grund und Boden. Auch der berühmt-berüchtigten Selbstausbeutung, die in der Tat zu den Strukturprinzipien Alternativer Ökonomie gehört: von der aber, entgegen vielerorts liebgewonnener Bräuche, nur diejenigen sprechen sollten, die auch bereit sind,über die Fremd-Ausbeutung in der nicht-alternativen Ökonomie zu sprechen. Dies sind nur unterschiedliche Erscheinungsformen desselben Strukturprinzips, je nachdem, ob Identität oder Differenz zwischen Kapitaleignenden und (Lohn-)Arbeitenden besteht. Zum anderen bestehen zwei Unterschiede zur hegemonialen Ökonomie: das Insistieren auf den Gebrauchswert – oft genug einen anderen Gebrauchswert, als gerade gesamtgesellschaftlich profitabel – und, schon infolge der gleichberechtigten Eigentumsstruktur, andere Formen von Willensbildung und Arbeitsteilung. Dies alles ist nicht neu, sei aber hier für jene Lesenden wiederholt, die die „Suche nach dem Kitt von morgen“ aus einem anderen thematischen Blickwinkel unternehmen. Nachzutragen ist, daß eine – wie auch immer widersprüchliche – Bindung an eine soziale Bewegung zwar nicht Bedingung für alternative Einrichtungen ist, aber auch sicher nicht schaden kann. Dies begann historisch mit der Arbeiterbewegung, galt am Rande auch für die Bewegungen zur Lebensreform und Reformpädagogik, und in den vergangenen Jahren für die Studierenden-, Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung, um nur die größten zu nennen. Die jüngste Gründungswelle, seit etwa 1992, ensprang der Jugendumweltbewegung.

Demgemäß konnte noch nie, wie dies häufig der Fall war und ist, von einer „Alternativbewegung“ – oder gar von einer „Alternativprojekt-Bewegung“ – mit Recht die Rede sein – allenfalls von alternativen Bewegungen und den mit ihnen verbundenen, vernetzten alternativen Einrichtungen. Dies gilt indes nicht nur für soziale Bewegungen – auch in vielen Subkulturen – von der Bohéme bis zu den Autonomen – sind alternative Einrichtungen nachzuweisen. Allein schon daraus, daß es mehrere – teils aktive, teils schlummernde – soziale Bewegungen und eine Vielzahl von Subkulturen gibt, folgt zunächst eine gewisse Unübersichtlichkeit.

Nun ist, im Gegensatz vielleicht auch zu Jürgen Habermas, jedenfalls aber zur Vielzahl der diesen einschlägig Zitierenden, „Unübersichtlichkeit“ weder „neu“, noch Anlaß zur Resignation, wenigsten nicht seitens einer einigermaßen wissenschaftlichen Betrachtungsweise. Es ist jedenfalls möglich, die Vielfalt der Agierenden Alternativer Ökonomie zu untersuchen, entsprechend die Vielfalt ihrer zeitgenössischen Ausdifferenzierungen, ihre zumeist fremdbestimmten Ursachen, ihre Anpassungstendenzen, aber auch die teils verbliebenen, teils neu entstandenen emanzipatorischen Momente.

Alles in allem kann, grob gesagt, zwischen ungefähr 30 aktuellen Formen Alternativer Ökonomie unterschieden werden, über die hier selbstredend nur exemplarisch berichtet werden kann. Allein in einer eher traditionellen Richtung, den Produktionsgenosssenschaften, hat Burghard Flieger in einer erst neulich erschienenen Arbeit neun unterschiedliche aktuelle Formen stringent nachgewiesen (*Die Produktionsgenossenschaft als lernfähige Organisation*, Marburg 1996). Diese reichen von den übriggebliebenen klassischen Produktionsgenossenschaften bis hin zu zeitgenössischen Einrichtungen des Management-Buy-Outs – beide in relativ geringfügiger Zahl vertreten, als Extreme und Grenzfälle gewissermaßen. Besonderes Intereresse Burghard Fliegers gilt jener Form, die er als „Professionsgenossenschaft“ bezeichnet. Hier handelt es sich um Zusammenschlüsse oft hochqualifizierter Personen, zumeist in Bereichen intellektueller Dienstleistungen (Software, ökologisches Ingenieurswesen, Gesundheit), oft mit nicht unerheblicher Beteiligten- bzw. Beschäftigtenzahl (jene Software-Gesellschaft PSI, der Burghard Flieger eine umfassende Fallstudie widmet, umfaßt etwa 600 Personen).

Dabei macht Flieger allerdings eine Ausweitung, die vor allem der rechtlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973 geschuldet ist, und ich will ihm hierbei folgen: Er bezieht sich nicht nur auf jene Unternehmen – hier ist mit Fug und Recht von solchen zu sprechen –, die in der Rechtsform der Genossenschaften organisiert sind, sondern auf jene, für die ihrem Selbstverständnis und ihrem Handeln nach die vier Prinzipien genossenschaftlicher Aktivitäten gültig sind – egal, nach welcher Rechtsform diese organisiert sind. Es handelt sich hier um das Demokratieprinzip (idealtypischerweise „eine Person = eine Stimme“, unabhängig von der Anzahl gezeichneter Gesellschaftsanteile –, mindestens aber eine Begrenzung der pro Person zeichenbarer Anteile), das Solidaritätsprinzip (etwa zur Vermeidung von Erwerbslosigkeit), das Förderprinzip (herausgewirtschaftete Vorteile sollen auch den Mitgliedern zugute kommen) und das Identitätsprinzip (z.B. „Arbeitgeber“ = „Arbeitnehmer“).

Ursache dieses Verfahrens ist der Umstand, daß die bundesdeutsche Novellierung des Genossenschaftsrechts 1973, mit ihrer Anpassung an die Gesetze zur Regelung von Aktiengesellschaften, ebenso restriktive Wirkungen hatte, wie die Praxis der genossenschaftlichen Prüfverbände – einer an sich sinnvollen Regelung zur Vermeidung genossenschaftlicher Konkurse, die sich allerdings praktisch zumeist als Genossenschaftsverhinderungsregelung erwies. Mit ca. 3 Dutzend Ausnahmen waren die alternativen Projekte gehalten, andere Rechtsformen zu wählen, zumeist Vereine mit Zweckbetrieben oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, in Einzelfällen Aktiengesellschaften mit festgeschriebenen Namensaktien, wie gelegentlich auch vom Schweizer Sozialisten Theo Pinkus vorgeschlagen. Nur relativ wenige wählten keine Rechtsform (das Fehlen „formalrechtlicher Regulierung“ zählt zu den Lieblingsvorurteilen zumeist Außenstehender)

– was, juristisch immanent, dazu führte, daß sie als „Gesellschaften bürgerlichen Rechts“ galten. Dies allerdings ist eine mitteleuropäische Sonderentwicklung: in der Schweiz, in Italien, Spanien und Frankreich ist die Gründung von Genossenschaften ohne weiteres möglich. Auch in Deutschland kam es, nach dem Beitritt der neuen Bundesländer, zu einer unfreiwilligen Liberalisierung: trotz aller Anstrengungen des kapitalistischen Establishments verblieben einige hunderte LPGs und PGHs, die sich zu Genossenschaften nach bundesdeutschem Recht wandelten und auch einen eigenen Prüfverband (in Dessau) erlangten.

Soviel in Kürze zu den Produktionsgenossenschaften. Wie disparat die Lage in der deutschen Alternativen Ökonomie ist, ist schon allein aus dem (an sich nebensächlichen) Umstand zu ersehen, daß in den „Bunten Seiten“ (dem Adreßverzeichnis der Zeitschrift „Contraste“, mit immerhin etwa 10.000 Anschriften) nur ein geringer Teil dieser repräsentiert ist.

Die anderen traditionellen Genossenschafttypen werde ich hier vernachlässigen. An Konsumgenossenschaften ist die relativ neue Form der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften zu erwähnen, welche auf dem vermittelt direkten Kontakt zwischen Landwirten und Konsumierenden basiert, allerdings in ihren Nischen etwas zu stagnieren scheint. An Genossenschaftsbanken mit alternativem Anspruch gibt es nur zwei: die anthroposophische GLS-Bank und die Frankfurter Ökobank. Hier alternativ zu wirken, ist schon aus gesetzlichen Gründen sehr schwierig. Immerhin kann letzterer (bei aller notwendigen Kritik) nachgesagt werden, daß sie sich hinsichtlich der Willensbildung zur und in der Vertretendenversammlung, sowie der Transparenz, große Mühe gibt. Kreditwerbende Projekte sind mit ihr weniger zufrieden.

Gehen wir nunmehr zu jenen Projekten über, die gemeinhin – so mißverständlich dies auch sein mag – als „Szene“ angesehen werden, die entsprechend auch den Löwenanteil der „Bunten Seiten“ ausmachen. Ihre Absicht bei der Gründung war es gewesen, jenseits der vom Establishment vorgenommenen Trennungen intensiv zusammenzuarbeiten. Dies ist noch früheren Vergesellschaftungsversuchen (etwa dem „Netzwerk Selbsthilfe“) durchaus anzumerken; darin sind sie allerdings gründlich gescheitert – oder, besser gesagt, gescheitert worden. Die absolut nicht angestrebte Trennung und Auseinanderdividierung von „gewerblichen“, „sozialen“ und „kulturellen“ Projekten ist durch den politischen Verlauf gründlich erfolgt.

Die Rechtsvorschriften, die die jeweiligen „Förderungen“ vorsahen (wofern von solchen ernsthaft die Rede sein konnte), waren voneinander vollständig verschiedene, verschiedenen Ressorts zugeordnet, zudem von Bundesland zu Bundesland außerordentlich verschieden und dies radikalisierte sich auch noch nach dem Beitritt der neuen Bundesländer und entspricht auch dem Ist-Zustand.

Der Idealtypus der „gewerblichen“ Projekte nahm, wo es ihn gab, Wirtschaftsförderung in Anspruch, relativierte seine Unterkapitalisierung durch Kredit (allein die Ankündigung der Gründung der Ökobank macht einige Bankinstitute toleranter) und orientierte sich im übrigen am Markt: was wäre ihm auch anderes übriggeblieben? Um Klischees zu vermeiden, sei allerdings dezidiert festgehalten: eine Vielzahl dieser Projekte verstehen sich nach wie vor als „Betriebe in Selbstverwaltung“, und entsprichen auch den Normen dieser.

„Soziale“ Projekte bemühen sich im allgemeinen um Mischfinanzierung: Bund (Modellprogramme), Land, überörtliche Sozialhilfeträger, Gemeinde (oder Kreis), ABM, ZDL, Hilfe zur Arbeit, auch (mit im allgemeinen minderer Bedeutung) Bußgelder, Lotterieanteile, Mitgliedsbeiträge, Fund-Raising, Sponsoring, Krankenkassen. Meiner Schätzung nach sind im Laufe dieses Prozesses etwa 90 Prozent der alternativen Sozialprojekte dem DPWV beigetreten. Die Spannweite ist hierbei sehr weit auseinandergehend: vom sich über die Jahrzehnte dahinschleppenden Verelendungsprojekt bis hin zum expandierenden mittleren Träger, der, abgesehen von verbliebenen Momenten alternativer Gebrauchswerte und einer erhöhten betrieblichen Mitbestimmung, von anderen mittleren Trägern sich kaum noch unterscheidet, ist alles vorzufinden.

Schließlich der „kulturelle“ Idealtypus, der durch den Beitritt der neuen Bundesländer eine starke Ausweitung erfahren hat. Im Mittelpunkt stehen hier, im doppelten Sinne des Wortes, jene mindestens 500 Kulturzentren, zumeist eine reichhaltige Palette von Tätigkeiten im Sinne eines erweiterten Kulturbegriffs ermöglichend, zwischen 1 bis 30 Hauptamtlichen variierend. Ein Teil orientiert sich am Markt, ein noch geringerer Teil schlägt sich mit Fund-Raising durch. Das wahre Eldorado der Kulturprojekte war jedoch ein gutes Jahrzehnt lang ABM (und ist es in den neuen Bundesländern heute noch). Im Augenblick versuchen die Kulturprojekte, mit dem allmählichen Wegfall von ABM (und weiterer Formen staatlicher Zuschüsse) irgendwie zurechtzukommen.

Freilich lag dieser Ausdifferenzierung in die genannten Projektformen eine Vorentscheidung zugrunde, die in der Tat vorher jahrelang (etwa zwischen 1978 und 1983) diskutiert worden war: die, ob staatliche Zuschüsse – „Staatsknete“ – genommen werden könnten oder sollten. Der Ausgang dieser Diskussion ist bekannt: der überwiegende Teil der Projekte hatte sich zu einer bejahenden Antwort entschlossen (wie schon Ferdinand Lassalle). Dies geschah keineswegs zufällig: wiederum hatte sich die (autonome) Idee blamiert, da das Interesse ein offensichtlich verschiedenes war (eingekleidet etwa in der Argumentation, den Staat nicht aus seinen Pflichten entlassen zu wollen).

Alternative Ökonomie 1996: eher „kollektiv selbständig“ denn „selbständig kollektiv“

Der Grund hierfür liegt darin, daß für nicht marktgängige Gebrauchswerte – etwa soziale Dienstleistungen oder Kulturarbeit für verarmte Personen – in Europa kaum Alternativen zu staatlichen Revenuen bestehen. Nach 35-jähriger Anstrengung in diesem Felde (die wohl noch lebenslang weitergehen wird) weiß ich, daß es ungemein schwierig ist, nicht verarmte Personen dazu zu motivieren, ihre Revenuen umzuverteilen. Trotz aller Fund-Raising-Diskurse der vergangenen Jahre sind es immer noch dieselben 10 Milliarden DM pro Jahr, um die alle bestehenden alternativen und nicht-alternativen Einrichtungen zu konkurrieren haben. Ob sich angesichts der strukturellen Wirtschaftskrise und den mit dieser verbundenen Sparpaketen daran viel ändern wird, bezweifle ich. Auch das rudimentäre Stiftungswesen – das im vergangenen Jahrzehnt sich etwas erweitert hat –, ändern daran nicht viel.

Eine entscheidende Entwicklung bei den alternativen Einrichtungen ist für eine Momentaufnahme allerdings nachzutragen (vgl. Flieger/Nicolasen/Schwendter (Hg.): *Gemeinsam mehr erreichen!* München 1994): So gut wie alle Branchen haben zwischenzeitlich mindestens landesweite, meist aber bundesweite Verbände gegründet, mit zumeist passabler Infrastruktur, regelmäßigen Treffen, gemeinsamen Willensbildungen und einer wenigstens ansatzweisen politischen Lobbyarbeit. Dies reicht von den Fahrradläden, den graphischen Betrieben und Versicherungsläden zu den Weinläden und Reiseveranstaltern, von den soziokulturellen Zentren bis zu Wohnwagenburgen. Allein in den längst nicht vollständigen „Bunten Seiten" sind über 150 solcher Verbände aufgeführt. Ein Teil dieser Verbände ist in einem Dachverband organisiert, dem „Netz für Selbstverwaltung", der sich allerdings bislang auf Serviceleistungen beschränkt und die politische Interessensvertretung gleichermaßen vernachlässigt. Für unser Rahmenthema ist bedeutsam, daß es einen eigenen Dachverband für alternative Unternehmende gibt („Unternehmensgrün"), wie auch für Unternehmen mit erhöhten Rechten für Mitarbeitende (Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft – AGP) – allerdings, im Gegensatz zu den Niederlanden, als eigenständige Gruppen.

Am anderen Extrem stehen die Selbsthilfegruppen, von welchen es ebenfalls Tausende gibt, mit alles in allem Millionen Teilnehmenden. Viele dieser kommen mit einem Jahresbudget von 1000 DM aus. Einschränkend muß bemerkt werden, daß trotz ihres Bezugs auf alternative Gebrauchswerte und einem deutlich basisdemokratischen Vorgehen etwa 80 Prozent in weithin affirmativen Verhaltensweisen sich einzurichten pflegen: one-point-orientiert, expertenabhängig. Die andere Seite ist, daß sich die verbleibenden 20 Prozent auch schon als großes Potential darstellten.

Nicht vergessen werden darf, daß quer durch nahezu alle Kategorien, von der Selbshilfegruppe bis zu Professionsgenossenschaft und Verband die Frauenprojekte einen gewaltigen Aufschwung erfahren haben. Aufschlußreich hierfür ist auch schon eine quantitative Auswertung der „Bunten Seiten": im Osten führen die Kulturzentren, im Norden die Frauenprojekte, im Süden die Naturkostläden. Auch hier spannt sich der Bogen von verarmt gehaltenen, ständig bedrohten Projekten bis zu alternativ-institutionellen Karrieresprungbrettern.

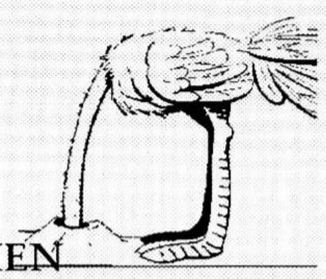
Bisher ist in vorliegender Momentaufnahme das Hauptaugenmerk auf die wahrnehmbaren Haupttendenzen gelegt worden. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß es nach wie vor politisch wie ökonomisch oppositionelle Alternativprojekte gibt. Nur unsystematisch will ich hier aufzählen: dezentrale Zusammenschlüsse von Typus des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Berlin oder der „Wespe" Neustadt/W, Projektwerkstätten (Jugendumweltbewegung), ein großer Teil der Gemeinschaftsprojekte (von welchen es allein über 100 gibt), die Infoläden der Autonomen, viele der verbliebenen Bürgerinitiativen, die überzeugten „Betriebe in Selbstverwaltung", Tauschringe.

So, in etwa, hat sich die Lage in den 90er Jahren verändert. Zum „neoliberalen Umbau" hat sich ihr Beitrag in Grenzen gehalten. Denkbar ist allerdings ein anderes Szenario, das dennoch geeignet wäre,in Zukunft integrativ zu wirken. Wenn eines Tages, nach dem Ende der Ära Kohl-Kinkel, das praktisch würde, was als „ökologische Modernisierung" des Kapitalismus (Oskar Lafontaine) oder „Öko-Kapitalismus" (Hubert Kleinert) bzeichnet worden ist, scheint es mir wahrscheinlich, daß ein nicht unerheblicher Teil alternativer Einrichtungen an das Ziel ihrer Wünsche gekommen zu sein glaubt.

Dies könnte (widerum bloß der Wahrscheinlichkeit nach) Betriebe mit ökologischem Gebrauchwert ebenso betreffen wie diejenigen von „Unternehmensgrün", einen Teil der „Chefkollektive", die sich schon seit etwa 1982 eher als „kollektiv selbstständig" denn als „selbständig kollektiv" verstanden, und sicher auch einen Teil der Genossenschaften. Von diesem Prozeß sind allerdings zwei weitere zu unterscheiden, die in der Regel immer eintreten: zum einen, daß ein großer Teil oppositioneller Personen durch Beruf und Familie in das schlechte Bestehende integriert zu werden pflegen; zum anderen, wie Franz Oppenheimer schon um 1900 nachgewiesen hat, daß erfolgreiche alternative Betriebseinheiten dazu neigen, sich in Formen kapitalistischer Wirschaft zu transformieren. Dieses „Transformationsgesetz" ist in letzter Zeit heftig kritisiert worden – und in der Tat tritt eine Variation dadurch auf, daß der heutigen Alternativen Ökonomie Oppenheimer ein Begriff ist. Anders wären die diversen 20jährigen Jubiläen nicht zu erklären.

Was indes fehlt, ist ein noch so lockerer politisch intendierter Zusammenschluß jener Einheiten Alternativer Ökonomie, die sich einigermaßen bewußt gegen die bestehenden hegemonialen Strukturen stellen, auch wenn sie wissen, daß Kompromisse mit diesen notwendig sind. Zum Beispiel ist auch die Zeitschrift *links* bekanntlich eine Ware. ●

express



ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

★ BEOBACHTUNGEN AKTUELLER ARBEITSKÄMPFE UND TARIFBEWEGUNGEN IM IN- UND AUSLAND

★ BERICHTE VON KRITISCHEN GEWERKSCHAFTERINNEN AUS DEN BETRIEBEN

★ KRITISCHE BETRACHTUNGEN DER GEWERKSCHAFTSPRESSE

★ DISKUSSION VON GEGENSTRATEGIEN GEGEN LEAN PRODUCTION

★ UNTERDRÜCKTE NACHRICHTEN AUS DEN BETRIEBEN

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar

○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse bar oder Briefmarken)

○ Ich möchte den *express* abonnieren und bitte um Zusendung weiterer Informationen.

Name

Straße

Ort

Verlag 2000

PF 10 20 62, 63020 Offenbach

Tel.: 069 / 88 50 06

tellerwäscher

❶ Brandspuren

Die Lübecker Staatsanwaltschaft, wegen ihrer Ermittlungen in der Brandsache Hafenstraße in die öffentliche Kritik geraten, schlägt um sich. Sie erwirkte einen Durchsuchungsbeschluß und ließ am 24. Juli die Büroräume des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus aufbrechen und durchsuchen. Mitgenommen hat die Polizei hierbei nicht nur einen Restbestand der Plakate, durch die sich Staatsanwalt Böckenhauer beleidigt fühlt, sondern vor allem Computer sowie zahlreiche Datenträger. Hierbei geht es ganz offensichtlich nicht nur um die Suche nach den Druckunterlagen für das Plakat, sondern um einen Angriff auf die Arbeitsfähigkeit einer kritischen Initiative und – schlicht um Schnüffelei. Anders ist jedenfalls nicht erklärlich, warum die Computer zu einer gründlichen Untersuchung zum Landeskriminalamt nach Kiel verbracht worden sind. Mit der Suche nach einem Plakat kann dies nichts mehr zu tun haben.

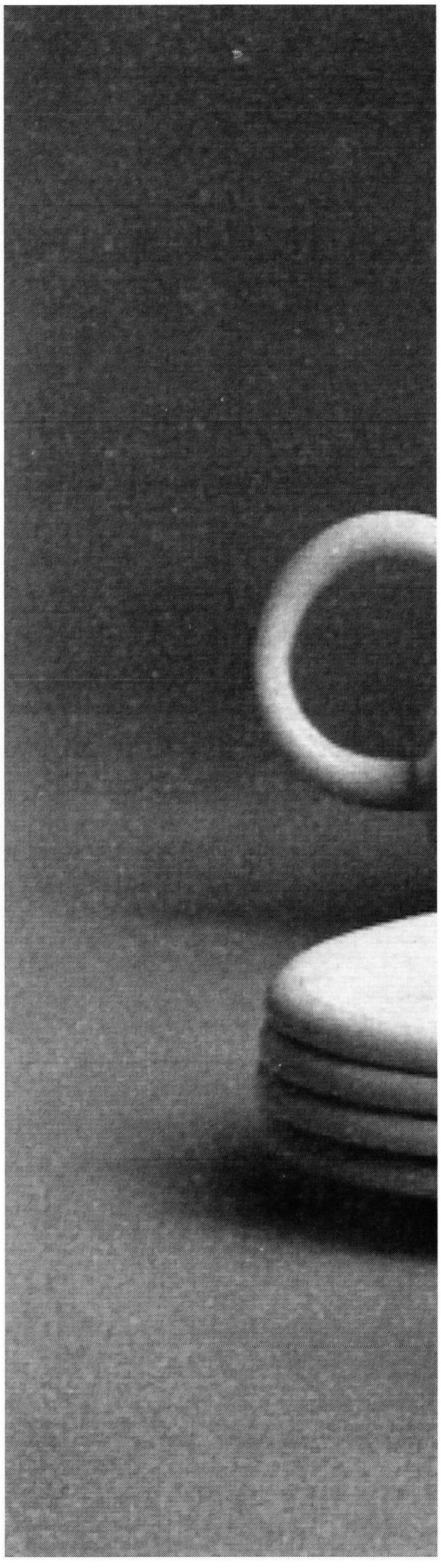
Es mutet schon merkwürdig an, wie aktiv die Staatsanwaltschaft auf einmal werden kann, wenn es um den Versuch der Einschüchterung ihrer KritikerInnen geht. Angebrachter wäre dieser Elan allerdings bei der Verfolgung der Spuren, die auf rechtsextreme Täter für den Brandanschlag vom 18. Januar hindeuten. Doch trotz neuer Erkenntnisse werden die Ermittlungen gegen die vier jungen Deutschen aus Grevesmühle nicht wieder aufgenommen, bleiben die offensichtlichen Lügengeschichten über die Herkunft ihrer Brandspuren unüberprüft. Spuren, die auf deutsche Neofaschisten hindeuten zu ignorieren und gleichzeitig den Flüchtling und Bewohner des Brandhauses Safwan mit einer mehr als dürftig konstruierten Anklage vor Gericht zu zerren – das ist es, was wir „rassistische Ermittlungen" nennen. Diese Bezeichnung als Beleidigung zu verfolgen, ist der mehr als dreiste Versuch, sich unerwünschte Kritik vom Hals zu schaffen.

Die Staatsanwaltschaft hat eine Art Wagenburgmentalität aufgebaut, die nicht nur auf die ermittelnden Staatsanwälte Schultz und Böckenhauer begrenzt ist. So hat der Chef der Lübecker Staatsanwaltschaft Heinrich Wille seinen ins Kreuzfeuer der Kritik geratenen Kollegen Rückendeckung verschafft. In den *Lübecker Nachrichten (LN)* nahm er ausgiebig, aber auch ausgesprochen unkonkret zur Diskussion um die Ermittlungen Stellung. Er behauptet unter anderem, daß der Staatsanwaltschaft bisher kein Fehler nachgewiesen sei. Damit ignoriert er z.B. die Feststellung der Jugendkammer, daß Safwan nicht über Täterwissen verfüge, wie bereits im Januar von den Ermittlern behauptet.

Eine ganze Reihe anderer Tatsachen sprechen ebenfalls gegen die Staatsanwälte Wille, Schultz und Böckenhauer und deren ach so fehlerfreie Ermittlungen: Die Bodenplatte der Stelle, an der laut Staatsanwaltschaft das Feuer ausgebrochen sein soll, wird auf den Müll geworfen – mit anderen Worten: der angebliche Tatort ist weg. Die Befragung der tatverdächtigen Nazis zu ihren Versengungen (laut Gutachten haben sich drei der vier Tatverdächtigen höchstens 24 Stunden vor der Untersuchung diese Brandspuren zugezogen) fand erst Monate nach dem Brand statt. Der Tod des Hausbewohners Silvio A., der laut Gerichtsmedizin nicht durch eine Rauchgasvergiftung verusacht wurde, wurde nicht restlos aufgeklärt. Eine andere Todesursache würde im Widerspruch zum staatsanwaltschaftlichen Brandgutachten stehen. An diesem Brandgutachten halten die Ermittler aber weiterhin fest, auch wenn es durch unabhängige Gutachter bereits in wesentlichen Punkten widerlegt ist. Die Verstrickung eines Belastungszeugen in rechtsextreme Aktivitäten im Jahr 1989 ist durch mindestens zwei Zeugen belegt, aber die Staatsanwaltschaft erklärte öffentlich, daß sie dafür keine Beweise habe. Widersprüche in den Aussagen des Hauptbelastungszeugen Jens L. belasten nicht seine „uneingeschränkte Glaubwürdigkeit". Die Abhörmaßnahme in Safwans Zelle ergaben, daß er wiederholt seine Unschuld beteuerte, trotzdem sollen die Ergebnisse den „Tatverdacht erhärten".

Heinrich Wille hat im genannten *LN*-Interview selber ausgeführt, daß die Staatsanwaltschaft verpflichtet sei, be- und entlastende Fakten zu sammeln. Alles, was Safwan entlastet, wurde jedoch von seiner Anwältin und den UnterstützerInnengruppen zusammengetragen und veröffentlicht. Die Staatsanwälte beschränken sich nur darauf, Safwan zu belasten. Genauso einseitig verfuhren sie mit den tatverdächtigen Nazis, nur, daß sie bei diesen alles Entlastende zusammentrugen, die belastenden Fakten aber ignorierten.

Das Gericht hat den ersten Prozeßtag gegen Safwan auf den 16. September festgelegt, zunächst sind zehn Prozeßtage geplant (Montags und Mittwochs). Damit steht fest, daß die Staatsanwaltschaft mit ihrem Unterfangen durchgekommen ist, trotz der öffentlich gewordenen Skandale, Safwan als Beschuldigten in einem Prozeß zu präsentieren.

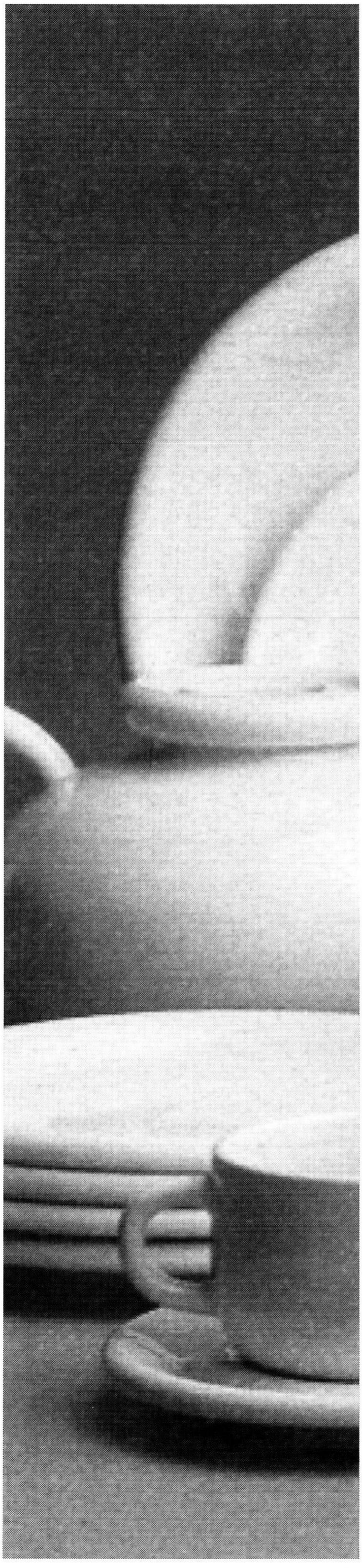


Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus wird diesen Prozeß aufmerksam und kritisch begleiten und besonders auf weitere Unregelmäßigkeiten der Ermittlungsbehörden achten.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

❷ Buchclub Grün-Weiß

Die fortschreitende Verpolizeilichung gesellschaftlicher Konflikte im allgemeinen und vermehrt zur Kenntnis genommene rassistische Verfolgungen – auch und gerade durch die Polizei im speziellen – werfen in manchen Fällen wenn schon nicht neue, so doch wenigstens alte Fragen auf. Was nichts schlimmes ist. So versucht auch Rolf Gössner in seinem neuen Buch ***Polizei im Zwielicht***, unter Mitarbeit des Fernsehjournalisten Oliver Neß und in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische Polizistinnen und Polizisten, eine Antwort auf die Frage zu finden, „was sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten im Bereich der Polizei und ihres staatlichen und gesellschaftlichen Umfeldes getan hat"? Explizit knüpft er dabei an das gemeinsam mit Uwe Herzog verfaßte und 1982 erschienene Buch *Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei* an. Es dient quasi als Referenzpunkt für die gegenwärtigen Entwicklungen des (Geheim)Polizeiapparates und ist Meßlatte für den aktuellen Stand linker und liberaler Kritik hieran bzw. für den Erfolg dieser Kritiken – oder auch Mißerfolg. Der sogenannte Hamburger Polizeiskandal, der polizeiliche Umgang mit Rechtsradikalen, „Tag X", die „Chaos-Tage", Todesschüsse, Bad Kleinen – die Koordinaten, in denen sich Gössners Analyse bewegt, sind umfassend. Es fallen die bekannten, wichtigen Stichworte und ihre Schilderung nimmt den gebührend breiten Raum ein. Das Fazit des Buches fällt den aktuellen Zuständen entsprechend ernüchternd aus, doch dies in doppelter Hinsicht. Die Gefahr, „daß der Apparat außer Kontrolle gerät", sei größer denn je, wie die detaillierten Recherchen nachweisen. Die zweite Ernüchterung: auf diese Erkenntnis, die nahelegt, daß anderthalb Jahrzehnte bürgerbewegte Polizeikritik diese Entwicklung kaum behindern und schon gar nicht umkehren konnten, lautet die Antwort wie gehabt und sie kleidet sich in eine bekannte Frage: „Läßt sich die Polizei demokratisieren?" Verändert hat sich also, bezüglich der zu ziehenden Konsequenzen, wenig. Einzig die Polizei ist mächtiger geworden im Vergleich zu den 1982 vorgelegten Analysen und den im Ansatz auch schon damals erhobenen Forderungen. Letzere gelten dadurch heute allenfalls als noch dringlicher. Denn je mehr „Übergriffe" registriert werden, je lauter die Protagonisten der „Inneren Sicherheit" immer noch mehr Polizei fordern – und bekommen –, je notwendiger und zugleich unereichbarer erscheinen bereits Forderungen nach mehr Kontrolle. So sehr die Macht des Polizeiapparates sich ausweitet und je mehr dies, auch im vorliegenden Buch, als Folge von Kontroll- und Demokratiedefiziten thematisiert wird, um so weniger verwundert es, wenn Kontroll- und Demokratisierungsforderungen die linke Polizeikritik monopolisieren. Diese haben sicherliche ihre Berechtigung als ein erster Schritt, jedoch eben nur als ein erster. Da dieser mit *Der Apparat* bereits vor anderthalb Jahrzehnten getan wurde, ist zu fragen, ob *Die Polizei im Zwielicht*, zumindest in Bezug auf die erhobenen bekannten Forderungen, letztlich nicht auf der Stelle tritt?



Wollte das vorangegangene Buch, nach Aussage seines Autors, „kein wissenschaftliches Werk" sein, trifft dies auf das nachfolgende nicht zu. Vornehmlich unter Rückgriff auf Arbeiten Michel Foucaults entwickeln Martina Althoff und Monika Leppelt in ***„Kriminalität" – eine diskursive Praxis*** einen Zugang, der den Blick sowohl auf die traditionelle als auch auf die Kritische Kriminologie lenkt. Neben einer methodologischen Einführung in die Diskursanalyse und deren Kategorien und der Analyse der Formierung des kriminologischen Diskurses selbst, versuchen sie „Perspektiven für eine feministisch orientierte Kritische Kriminologie" zu eröffnen, indem sie „dem Diskurs die Geschlechterfrage stellen".

In diesem Buch geht es somit nicht um die Untersuchung, ob bestimmte staatlich-polizeiliche Reaktionsweisen adäquat sind, sondern viemehr darum, was es mit dem Gegenstand auf sich hat, auf den reagiert werden soll: „Kriminalität". Sie dechiffrieren ihn dabei sehr schlüssig als Kategorie, die „durch eine Gesamtheit von Aussagen konstruiert und konstituiert wurde". Kriminalität erweist sich demnach nicht als einfach Vorfindbares oder Gegebenes. Vielmehr ist dieser „Diskurs, der das Wissen über 'Kriminalität' hervorbringt (...) einer gewaltigen Ausgrenzungs-, Ausschließungs- und Grenziehungsmaschinerie gleichzusetzen." Woraus folgt, daß in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bereits auf der Ebene des gesellschaftlich etablierten 'Kriminalitäts-' und 'Normalitätsverständnisses' anzusetzen ist, wenn es darum geht, eine Kritik an der herrschenden Politik der „Inneren Sicherheit" zu formulieren.

Über die Bunte Hilfe Frankfurt läßt sich die Broschüre ***Polizeigewalt und Justiz in Frankfurt*** beziehen. Sie dokumentiert an einzelnen Beispielen, „die bewußt auf 'Alltagsfälle' beschränkt" wurden, gewalttätiges und beleidigendes Verhalten der

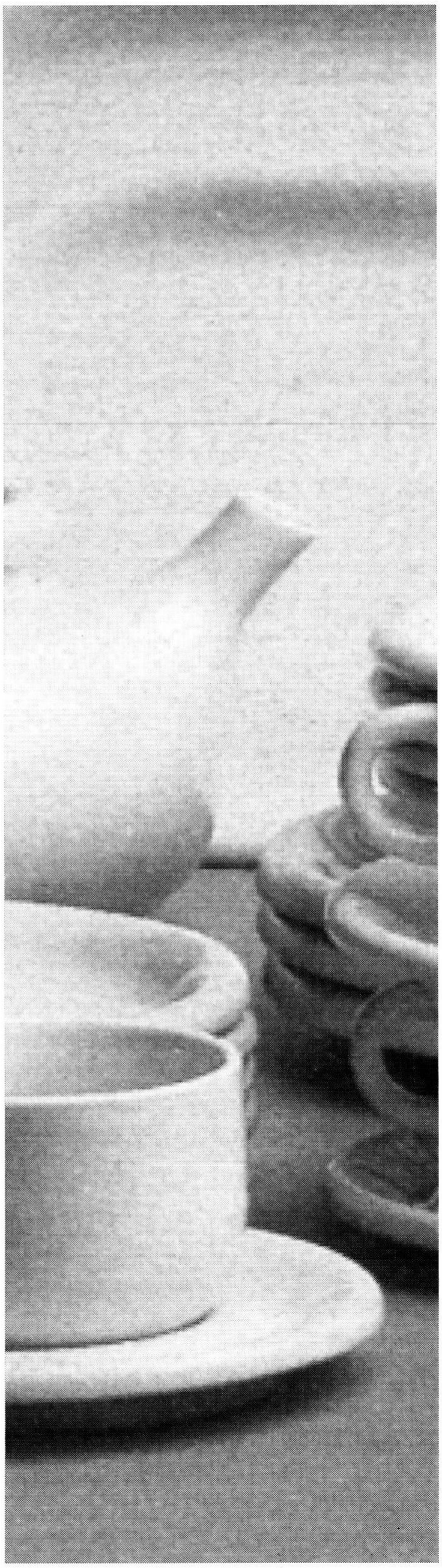
Polizei und deren offenkundiges Zusammenspiel mit Politik und Justiz. Die Dokumentation stützt sich hierbei auf Recherchen bei Anwälten und Betroffenen und eigene Beiträgen. Anhand von Auszügen aus Urteilsbegründungen, Presseartikeln und Polizeischreiben beleuchtet sie eine Entwicklung, die vor allem eines deutlich macht: „Die Organe des Rechtsstaates sind selbst damit beschäftigt, diesen auszuhebeln." ***T.K.***

Rolf Gössner: Polizei im Zwielicht. Gerät der Apparat außer Kontrolle? Unter Mitarbeit von Oliver Neß und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten, Campus, Frankfurt/M. 1996, 266 Seiten, DM 29,80

Martina Althoff / Monika Leppelt: „Kriminalität" – eine diskursive Praxis, LIT, Münster/Hamburg 1995, 114 S., DM 34,80

Bunte Hilfe Frankfurt (Hrsg.): Dokumentation. Polizeigewalt und Justiz in Frankfurt 1995, zu beziehen über: Bunte Hilfe Frankfurt c/o Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, 60313 Frankfurt/M., 102 Seiten, DM 10,-

tellerwäscher



❸ Faschismus von A bis W

Manche Banalität hat leider die Eigenart, durch ständige Wiederholung nichts Neues auszusagen. So auch die – unter Linken verbreitete und keineswegs falsche – These, die Demokratie habe etwas mit Faschismus zu tun und umgekehrt. Konrad Hecker wollte es sich nicht nehmen lassen, den Kronzeugen und Chef des deutschen Faschismus himself, Adolf Hitler, zum Ausgangspunkt einer neuerlichen Variante dieser These zu nehmen. ***Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung*** beginnt und endet mit den Ideen des Führers, die er bereits 1923 in *Mein Kampf* niedergelegt hat. Ungeachtet aller historischen und strukturellen Bedingungen, auf die sich die nationalsozialistische Bewegung verlassen konnte, idealisiert Hecker Hitlers Buch zur 'Stunde Null' und das Programm der NSDAP zum Credo des bürgerlichen Staates an sich.

Mit der Schablone in der Hand begibt er sich auf die Suche nach den ewiggültigen Prinzipien des faschistischen Staates und findet schließlich das „politische ABC des Nationalsozialisten". In dieser umfangreichen Enzyklopädie können wir von A bis W, von Arbeit bis Wissenschaft die wichtigsten Probleme des deutschen Faschisten (der immer Hitler heißt) nachschlagen. Allerdings suchen wir unter A wie Antisemitismus vergebens. Aber nicht verzweifelt, sondern weitergeblättert! Unter J wie Jude schließlich finden wir einen (wahrhaft) „kleinen Exkurs zum Antisemitismus", der nun wirklich die Folgen einer bis zum Exzess betriebenen staatslogischen Ableitung offenlegt. Über den Grund, „weshalb Hitler ausgerechnet gegen die Juden so gewütet hat", weiß Hecker: „Er hat die Existenz eines inneren Feindes im eigenen Volk postuliert; unter dieser Prämisse hat er sein Volk ideell durchgemustert; dabei sind ihm die paar Besonderheiten, die leicht abweichenden Sitten und Spinnereien, die die jüdische Gemeinde in Deutschland teils gepflegt, teils sogar eher abgelehnt hat und um deren Differenz zu anderen, etwa christlichen Kulturen der Auserwähltheit man wirklich kein Aufhebens machen sollte, zu Indizien geraten (...)."

Und weil der völkische Blick des Führers dem der Masse bis auf den Augenaufschlag gleicht, fand er auch so viele Gesinnungsgenossen und Anhänger. Zudem die „paar Besonderheiten" der Juden, von denen Hecker im selben Abschnitt noch zweimal Aufhebens macht, ja auch so leicht nachzuvollziehen sind.

Um den faschistischen Staat im Sinne Heckers komplett zu machen, braucht kein weiterer Gedanke über gesellschaftliche Mechanismen verschwendet zu werden. Hermetisch wird das Modell, wenn man wie Hecker zum Beispiel sozialpsychologische Ansätze oder auch die Kritische Theorie als Teil einer „demokratischen Bewältigungsstrategie" denunziert. Je fragwürdiger die eigene These desto zwanghafter die ideologische Diskreditierung einer möglichen Kritik an ihr. Aus den Augen aus dem Sinn.

Dabei erhebt Hecker selbst den Anspruch, Identität und Differenz von Faschismus und Demokratie herauszuarbeiten. Doch von vornherein steht fest: Die Identität ist die Wahrheit, die Differenz ist nur Ideologie. Sämtliche postfaschistischen Abgrenzungen gegen die „Nazidiktatur" sind nur strategische Lügen deutscher Politiker, um im Stillen doch nur wieder Nation und Volk zu reproduzieren. Dies festzustellen und zu lesen ist nun einerseits sehr langweilig, andererseits übersieht Hecker fatal die qualitativen Formveränderungen staatlicher Institutionen, die moderne integrative Massenmobilisierung gerade erst wieder möglich machen. Mit Heckers Glauben an die Identität von Faschismus und Demokratie öffnet sich leider erneut die Falle des

bürgerlichen Staates, den er anzugreifen hofft: Es kann doch jeder sehen, daß es anders ist. ***Norbert Kresse***

Konrad Hecker: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, GegenStandpunkt Verlag, München 1996

❹ Gedenkzeit

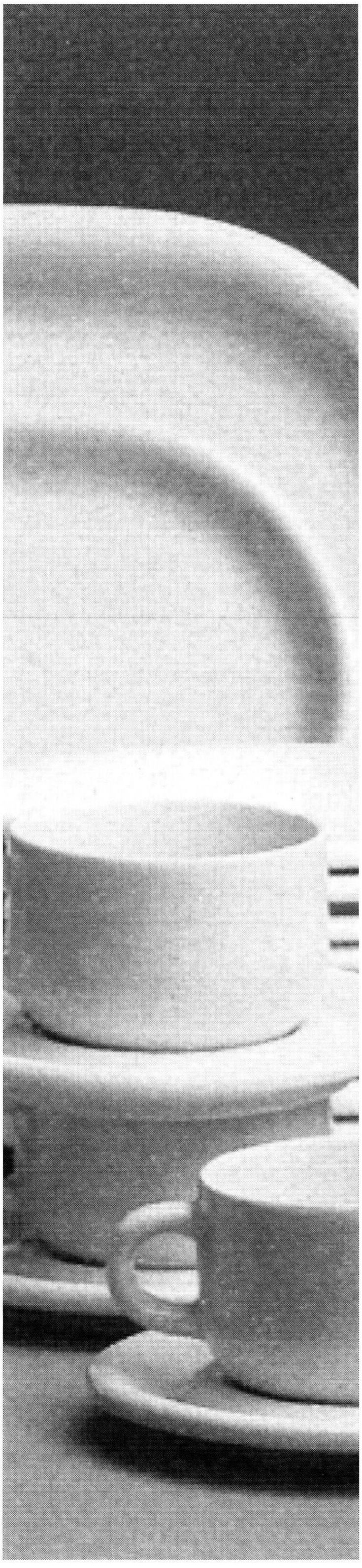
Daß vor zwanzig Jahren Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle in Stammheim aufgefunden wurde, ist allgemein bekannt. Ulrike Meinhof ist durch ihre Rolle in der RAF eine für die Geschichte der BRD zu bedeutende Person, als daß der Jahrestag von den Medien übergangen werden konnte, von der bürgerlichen Presse ebenso wie vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk – und natürlich von den linken Medien, schließlich zählt Ulrike Meinhof zu den wenigen Symbolfiguren, auf die die Linke in der BRD zurückgreifen kann.

Damit als Todesumstand Ulrike Meinhofs nicht nur die offizielle Version, die Selbstmordtheorie, die Diskussion um die Person Ulrike Meinhofs, ihres Denkens und Kämpfens, und das gerne mit ihrem Tode verknüpfte allmähliche Scheitern der RAF bestimmen, legte der Unrast Verlag anläßlich des Jahrestages den ***Bericht der internationalen Untersuchungskommission*** als Reprint neu auf. In dem 1979 zunächst in Frankreich und im selben Jahr noch in der BRD erschienenen Bericht ging eine Gruppe unabhängiger Anwälte, Mediziner und Journalisten den Ungereimtheiten der offiziellen Untersuchungen zum Tode Ulrike Meinhofs nach und kam zu einem Schluß, der nahelegt, „daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte", bzw. der weitergehend die Annahme zuließ, daß sie bereits „tot war, als man sie aufhängte".

Die Neuauflage des Unrast Verlages ist ein wichtiger Beitrag, denn in der amtlichen Verlautbarung, Ulrike Meinhof habe Selbstmord begangen, schwingt bis heute nicht nur die Behauptung mit, sie habe ihren politischen Weg bereut, sondern auch, daß ihre Kompromißlosigkeit aufgesetzt war bzw. sie dieser schließlich nicht hat standhalten können; zwei Aussagen, die sich aufgrund des Symbolcharakters der Person Ulrike Meinhof auch auf die Teile der radikalen Linken beziehen, die sich auf sie berufen.

Ein Beitrag, der dennoch ärgerlich ist, denn die Herausgeber des Reprints, die Gruppe „B.A.M.B.U.L.E.", verzichten vollständig darauf, den *Bericht der internationalen Untersuchungskommission* für die heutige Zeit zu nutzen, ihn als das zu sehen, was er 20 Jahre nach dem Tode Ulrike Meinhofs und 17 Jahre nach seinem erstmaligen Erscheinen nun einmal ist: ein zeitgeschichtliches Dokument. Statt im Anhang darauf einzugehen, ob und wie weit der Untersuchungsbericht Auswirkungen nach sich zog, Reaktionen hervorrief, und ob sich in den vergangenen 20 Jahren, in denen viel über Ulrike Meinhof diskutiert wurde, die Ergebnisse der Untersuchungskommission bestätigt haben, inwieweit sie angefochten oder ob neue Erkenntnisse gewonnen wurden, statt darauf einzugehen wiederholt „B.A.M.B.U.L.E." die seit 20 Jahren unveränderte Forderung 'Freiheit für die politischen Gefangenen' und schickt einen „Aufruf des deutschen Initiativkreises Libertad!" nach, der im altbackenen Flugblatt-Jargon zur Solidarität aufruft, ohne natürlich den Aufruf mit mehr als den seit Jahrzehnten gleichbleibenden Parolen zu begründen. Es ist möglich, daß „B.A.M.B.U.L.E." davon ausgeht, in den vergangenen 20 Jahren BRD-Geschichte hätte es keine politische Entwicklung gegeben – und daß das Stadtguerilla-Konzept sich nicht schon seit längerem als gescheitert herausgestellt habe. Der *Bericht der internationalen Untersuchungskommission* wäre bestens dazu geeignet gewesen, in eine Diskussion über zeitgenössische Modelle revolutionären Widerstands einzusteigen und einen Blick über den Tellerrand des Anachronismus RAF zu wagen. „B.A.M.B.U.L.E." als Herausgeber bevorzugten, aufzuzeigen, wie verknöchert die deutsche Linke tatsächlich ist. ***Martin Droschke***

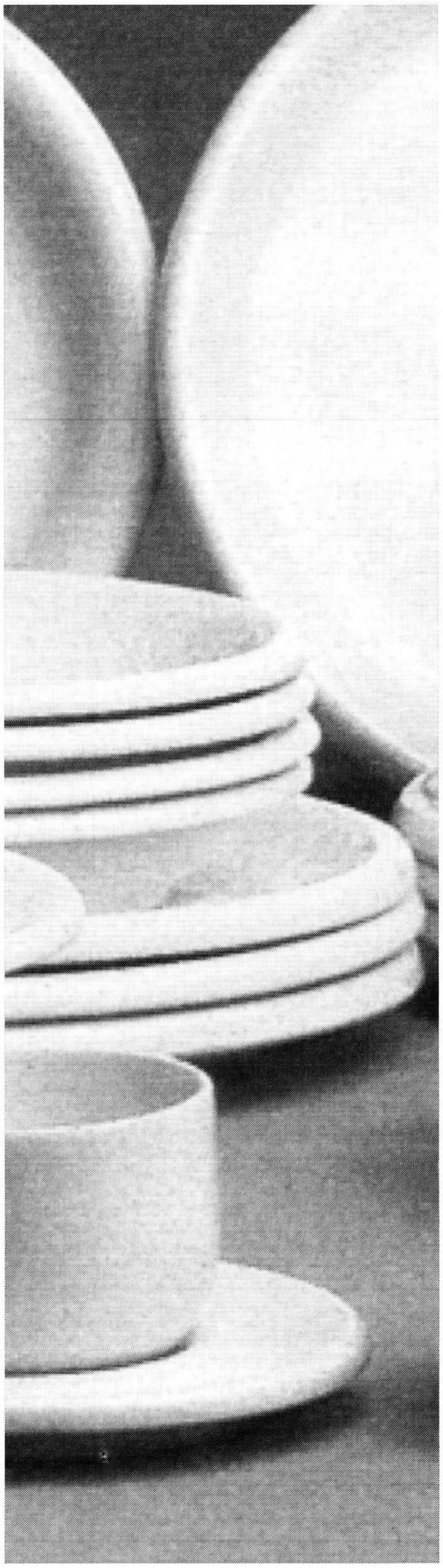
„B.A.M.B.U.L.E." (Hrsg.): Der Tod Ulrike Meinhofs. Bericht der internationalen Untersuchungskommission. Reprint, mit einem Anhang. Unrast Verlag, Münster 1996, 117 Seiten, DM 14,80



❺ Anrufungstag

Nationale Mythen haben es an sich, daß sie permanent beschworen werden müssen, um im alltäglichen Wust von Identifikationsangeboten bestand zu haben. Machen dies Politiker, so wirkt das oft gewollt und aufgesetzt, zumal man diesen eh nicht allzuviel Glauben schenken sollte. Besser schon, Kulturschaffende engagieren sich in Sachen nationaler Erneuerung, umgeben sich diese doch schon seit Anbeginn des bürgerlichen Zeitalters mit dem Flair des Autorsubjekts, welches aus eigener Kreativität schöpft und keineswegs so profane Ziele verfolgt wie eben Politiker. Im vorliegenden Fall heißt der Kulturschaffende Roland Emmerich, ein Film-Regisseur, den es wegen seiner Vorliebe für amerikanische Filme nach Hollywood zog und der inzwischen den Ruf genießt, Millionen-Dollar-Budgets exakt einzuhalten

tellerwäscher



und dabei noch Einspielrekorde zu erzielen. Gegenstand der kreativen Verwurstung: Der US-amerikanische Gründungsmythos, materialisiert im Unabhängigkeitstag. So heißt der Film denn auch Independence Day und bannt für 70 Millionen Dollar all das auf Zelluloid, was es bedarf, einer Nation zu zeigen, daß es gut ist, daß es sie gibt.

Gezeigt wird eine Geschichte, die dem Unabhängigkeitstag eine neue Bedeutung geben soll. Aliens greifen mit nichts anderem im Sinn, als Menschen abzumurksen, die Welt an, der es nach einigen Wirren schließlich unter dem Oberkommando der US-amerikanischen Streitkräfte gelingt, die Bedrohung zu beseitigen. Der entscheidende Schlag wird an jenem 4. Juli vom US-amerikanischen Präsidenten, der anders als der Vietnam-Drückeberger Bill Clinton natürlich höchstpersönlich am Steuerknüppel eines Düsenjets sitzt, angeführt. Freilich läßt dieser zuvor nicht die Gelegenheit aus, in einer ergreifenden Rede an seine ländmännische „Gemeinschaft in Waffen" die amerikanischen Tugenden zu beschwören und ihnen ein fröhliches „Ya Basta!" zuzurufen. Doch damit nicht genug, sogar multikulturelle Aspekte habe er im Film berücksichtigt, so Emmerich. Daß der jüdische Wissenschaftler freilich wegen seiner Intelligenz und der schwarze Soldat wegen seiner körperlichen Stärke zum Helden wird, bedient dabei exakt die Klischees, gegen die sich der Film, nach Emmerich, richte.

100 Millionen Dollar Einspielergebnis schon allein in der ersten Woche in den USA lassen vermuten, daß der Film den Zeitgeist trifft. Der von mysteriösen Flugzeugabstürzen und Rohrbomben in diesem Sommer erschütterten Nation mit der Vorliebe für abstrakte Bedrohungen – im richtigen Leben heißt das dann: „der Terror" – hat er zumindest den Glauben an die eigenen Mythen zurückgegeben.

Daß sich der undedingte Erfolgswille der Filmgesellschaft jedoch auch opportunistisch antiamerikanisch geben kann, zeigt die für bundesdeutsche Kinos angefertigte Vorschau. Zu den Bildern des von Raumschiffen zerstörten Weißen Hauses erscheint der Schriftzug „3. Oktober – Unabhängigkeitstag" auf der Leinwand. Die Marketingstrategen wissen nur zu gut, daß es im unabhängigen Deutschland anderer Symbole bedarf, um dieselben Gefühle zu bedienen. ***G.O.***

Roland Emmerich, Independence Day, USA 1996

❻ Breitbeinig

Wer war Richard Roundtree? Wofür erhielt Isaac Hayes einen Academy Award? Welches Album war für 60 Wochen in den Charts? Welche Stax-Single-Auskopplung war die Nummer 1 der Billboard Pop- und zugleich die Nummer 2 der R&B-Charts? Welcher Privatdetektiv trug die schönste schwarze Lederjacke? Welcher „muscular and finelooking" Ober-Macho hieß mit Vornamen John? Wessen Sohn besangen die Bar-Kays im gleichen Jahr? Welcher Film steht synonym für viele blaxploitation-Thriller? Wer war der breitbeinigste Junge in der ganzen Stadt? Vor 25 Jahren? Shaft – Der Film, der Song, der Soundtrack. ***T.K.***

❼ Gullivers Reisen

Lohnt sich heutzutage die Auseinandersetzung mit Hip Hop überhaupt noch, oder handelt es sich dabei inzwischen „nur" noch um eine weitere Spielart der Popmusik?

Die achtunddreißigste Ausgabe des deutsch-englischen Jahrbuches „Gulliver" macht den Doppelcharakter der Rap-Musik zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen: Einerseits wird Hip Hop weltweit massenhaft von großen Konzernen vermarktet, andererseits ist er das Sprachrohr ethnifizierter und rassifizierter Minderheiten. Ziel der Bemühungen des Jahrbuchs, so formulieren die HerausgeberInnen Wolfgang Karrer und Ingrid Kerkhoff im Vorwort, soll es sein, die Spuren des Widerstandes in dieser Jugendkultur aus dem hegemonialen Diskurs zu retten.

Zu diesem Zweck versammelt dieses Jahrbuch Beiträge unterschiedlichster Herkunft. Sie spannen einen Bogen von Betrachtungen des Wechselspiels von Rap und Politik über Erkundungen im Bereich des Gangsta-Raps, der Rolle von Frauen in diesem Bereich bis hin zu den Entwicklungen der Rap-Musik in Deutschland (Ost und West).

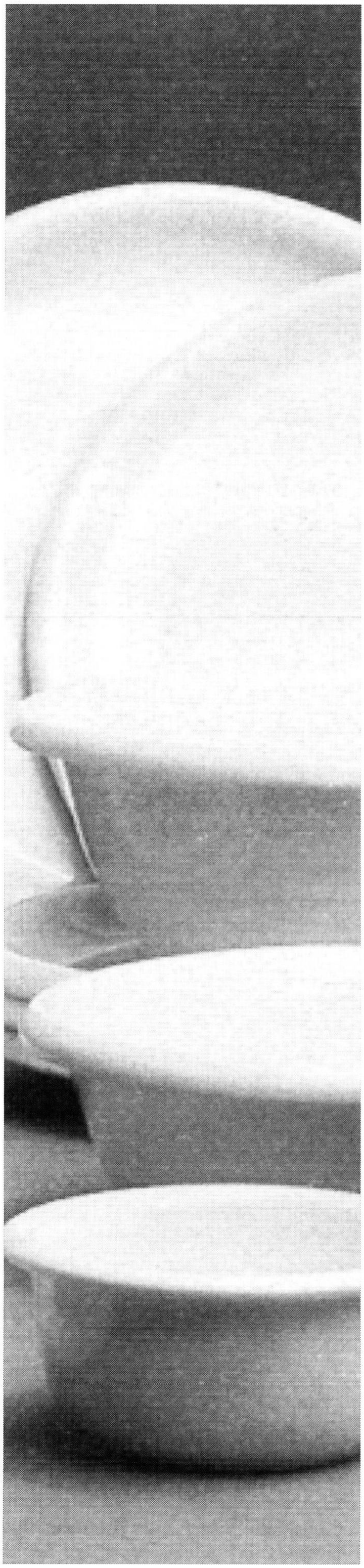
Der hegemoniale Diskurs, in dessen Visier Rap-Musik dank ihrer kommerziellen Potentiale geraten ist, trivialisiert und marginalisiert seinen Gegenstand – auch und gerade dort, wo er Verständnis vorgibt. Dies geschieht zum Beispiel mit schöner Regelmäßigkeit durch die rassifizierende Romantisierung der Rap-Musik zum „rei-

nen“ Ausdruck „schwarz“-amerikanischer Mentalität: Kaum ein Feuilleton-Beitrag, der nicht eine essentialistische Qualität behauptet, die allen Erklärungsversuchen vorgeschaltet wird und dabei übersieht, daß es sich bei der behaupteten „schwarzen Seele“ um einen unter rassistischen Lebensbedingungen entstandenen Versuch der Lebensbewältigung handelt, der primär auf das Überleben abzielt. Diese vor allem von dem Musikjournalisten und DJ Günter Jacob in den letzten Jahren immer wieder – zu Recht – vorgetragene Ideologiekritik gehört inzwischen im antirassistischen Lager durchaus zum Allgemeingut. Fragwürdiger ist da schon der in einem „Gulliver“-Beitrag angestellte Versuch, den im hegemonialen Diskurs üblichen Sexismusvorwurf gegenüber der Black-Macho-Ästhetik im Hip Hop zu hinterfragen. Denn dieser Vorwurf liefert Interessierten – so die These – die Möglichkeit, unter dem Vorwand der „politischen Korrektheit“ die progressiven Inhalte der Arbeiten männlicher Rapper zu denunzieren. Es geht dabei auch um die Frage, inwieweit in der „moralischen Panik“ rassistische Mythen wiederbelebt werden, insbesondere der Mythos einer „schwarzen“ sexuellen Hyperaktivität, die sich zwangsläufig in Gewalt umsetze.

Der Musikjournalist und Dichter Kalama ya Salaam aus New Orleans hält den Rap-KünstlerInnen eine gewisse Betriebsblindheit vor: Sie sehen im Rassismus das einzige Problem, das AfroamerikanerInnen vom guten Leben fernhält. „Die wirtschaftliche Grundlage unserer Gefangenschaft bleibt unangetastet“, stellt er in seinem Beitrag fest und versucht zu begründen, daß die Musik erst dann ihr ganzes Potential entfalten wird, wenn sie „den Kommerzialismus und andere waltende ‘Ismen’ wie patriarchalen Sexismus“ bekämpft. Zwar gebe es heute mehr millionenschwere afroamerikanische MusikerInnen denn je, dennoch ist immer weniger Selbstbestimmung und Unabhängigkeit möglich.

Daß die Entwicklung der Rap-Musik keinesfalls in der von Salaam gewünschten Richtung verläuft, wird in weiteren Beiträgen dieses Sammelbandes deutlich: In den letzten fünf Jahren hat sich die Kunstform Hip Hop differenziert und der G-Funk (ursprünglich stand „G“ für „Gangsta“, aber auch als Abkürzung für den als „grand“ bezeichneten 1000-$-Schein) sich weitgehend durchgesetzt. Damit ging eine massive Entpolitisierung einher, die der Journalist Dieter Wiene anhand der Entwicklungen der beiden großen Crews des politischen Hip Hops – Public Enemy und Boogie Down Productions – nachvollziehbar macht.

Ansonsten werden in den „Gulliver“-Beiträgen die wesentlichen Leistungen der Rap-Musik deutlich: Zum einen hat Rap



die afro-amerikanische Tradition der mündlichen Erzählung als Kunstform wiederbelebt. Geht man von der allzuhäufigen Belanglosigkeit der Pop-Song-Texte aus, so stellen die Wortspiele im Rap bereits eine literarische Leistung dar. Rap hat damit auch einen musikalischen Raum geschaffen, in dem – jenseits der literarischen Techniken/Formen – wieder politische Aussagen und soziale Kommentare möglich sind.

Zum anderen machte Rap die Verwendung moderner Computer-Technologie für die Produktion von Musik selbstverständlich. Der Gebrauch ausgewählter Passagen bereits aufgenommener Musik und deren Mischung mit programmierten Klängen und Umweltgeräuschen zu neuen Kompositionen machte erst die vielschichtigen Sampling-Gesamtkunstwerke voller Verweise und Anspielungen möglich, die der uneindeutigen Sprechform (Signifying) des Rap ein formales Äquivalent erschlossen. Der Gebrauch dieser Computer-Technologie ermöglicht inzwischen nicht nur in der Rap-Musik das Zusammensetzen akustischer Flickenteppiche, die den Kopf und den Körper zum Tanzen bringen.

Die vorliegende „Gulliver“-Ausgabe wird die letzte in dieser Form sein. Die bisher im Argument-Verlag erschienenen Jahrbücher können sich anscheinend nicht mehr am Markt behaupten. „Gulliver“ entstand vor zwanzig Jahren als Projekt linker AnglistInnen und AmerikanistInnen, die sich damit eine Publikationsmöglichkeit schufen. Seitdem wurde beispielsweise über den spanischen Bürgerkrieg, über neue soziale Bewegungen, Native Americans oder über Filme geschrieben. Die Redaktion geht davon aus, daß sich das fachwissenschaftliche Klima mittlerweile „nach links“ geöffnet hat. „Wie alle guten Lehrenden hat er/sie sich also partiell überflüssig gemacht“, begründet sie das rückläufige Interesse an den „Gulliver“-Bänden. Dies mag auf eine Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungen schließen lassen. Deswegen bleibt angesichts der anregend und informativ zusammengestellten Beiträge die Hoffnung, daß für dieses Projekt eine neue Publikationsform gefunden wird. ***Thomas Kralovsky***

Wolfgang Karrer / Ingrid Kerkhoff (Hrsg.): Rap. Gulliver. Deutsch-Englisches Jahrbuch, Band 38. Argument-Verlag, Berlin/Hamburg 1996

❽ Neue Welle gegen den Main-Stream

Während in anderen Bundesländern sog. Freie Radios teilweise schon jahrelang sen-

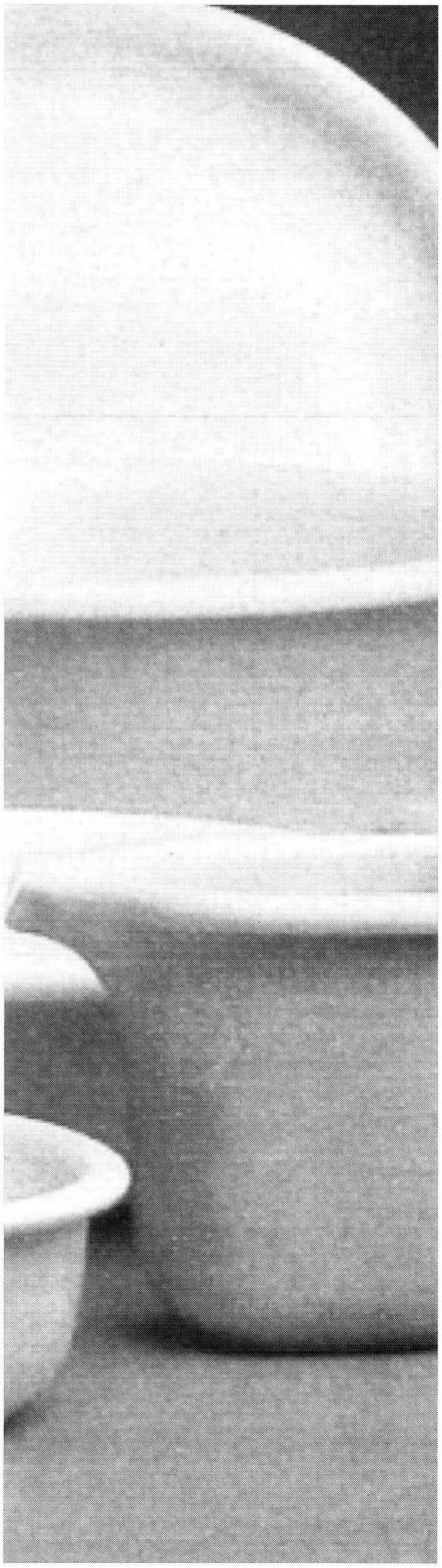
tellerwäscher

den, konnten die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen in Hessen erst Ende 1994 durchgesetzt werden. Weitere anderthalb Jahre zogen sich hin, bis die Modalitäten der Lizenzvergabe geregelt waren, aber jetzt soll das Warten ein Ende haben: Ab Oktober diesen Jahres werden hessenweit sieben Radioinitiativen ermächtigt, „nichtkommerziellen Lokalfunk" zu betreiben.

Als „Dachverband der Freien Radios Frankfurt" bewerben sich mehrere Initiativen gemeinsam um die für Frankfurt ausgeschriebene Frequenz. Frei von Werbung und Sponsoring und unter Ausschluß von parteipolitischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Organisationen, soll der neue Sender Raum bieten für Leute und Gruppen, die in den Massenmedien nicht zu Wort kommen, für subkulturelle, schräge oder provokative Beiträge, für politische Diskussionen, Informationsaustausch und andere in der gegenwärtigen Radiolandschaft unerhörte Dinge. Es wird nicht darum gehen, von Anfang an eine vierundzwanzigstündige Dauerbeschallung zu organisieren, sondern die geplante Sendezeit von zunächst zehn Stunden täglich dazu zu nutzen, ausprobierend gängige Hör- und Sendegewohnheiten in Frage zu stellen und das Programm damit ständig offen zu halten für neue Leute und Ideen. Erwartete finanzielle Zuschüsse aus Landesmitteln werden die Kosten nicht decken, sodaß das Projekt auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen ist.

Gegründet wurde der „Dachverband" von den beiden Initiativen Radio TOX und FrauenRadio Frankfurt. Als drittes Mitglied wird demnächst Radio Mezopotamya beitreten. Hervorgegangen aus dem Antifaschistischen Notruf- und Infotelefon, setzt sich Radio TOX inzwischen aus verschiedenen Gruppierungen und Einzelpersonen aus dem linken politisch-kulturellen Spektrum zusammen. Mit dabei sind neben Musikgruppen und Wohnprojekten z.B. das Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ, das Café Exzess, das Autonome Zentrum und die Au.

Das FrauenRadio Frankfurt will Frauen eine Alternative bieten zu der sattsam bekannten Situation, in gemischtgeschlechtlichen Medienprojekten die Durchsetzung frauenspezifischer Sichtweisen immer wieder aufs Neue erkämpfen zu müssen oder aber als Frau auf die Zuständigkeit für „Frauenthemen" reduziert zu werden. Der feministische Anspruch bedeutet für das FrauenRadio, Frauen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten Gehör zu verschaffen, die Vernetzung verschiedener Frauenprojekte zu unterstützen und dabei die kritische Auseinandersetzung mit anderen als sexistischen Herrschaftsmechanismen nicht aus dem Blick zu verlieren. Mitfrauenvereine sind z.B. die Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung (agisra), das Frauenkulturhaus, die Transsexuellenvereinigung Transidentitas und das lateinamerikanische Radioprojekt Mestizas, das auf spanisch und auf deutsch senden wird.



Radio Mezopotamya wird in kurdischer, türkischer und in deutscher Sprache z.B. alternative Nachrichten und (sub-)kulturelle Beiträge aus der Türkei, aus Kurdistan und aus Deutschland senden. Damit sollen v.a. Leute angesprochen werden, die mit den am türkischen/kurdischen/deutschen Mainstream orientierten Medien wenig anfangen können. Allerdings wird sich das Programm der Gruppe nicht auf spezifisch türkisch-kurdische Themen beschränken. Auch politische und kulturelle Entwicklungen in anderen Ländern sollen thematisiert werden. Ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei der Kampf gegen Rassismus. Unter anderem deshalb versteht sich Radio Mezopotamya auch als Forum für alle, die rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind. Das bedeutet, daß auch andere Gruppen dieses Forum nutzen können, um in ihren jeweiligen Sprachen zu senden.

Die „bunte Vielfalt", die der „Dachverband" repräsentiert, soll allerdings nicht zum reibungslos-gleichgültigen Nebeneinander verschiedener Programmblöcke führen. Das Knirschen im Radioapparat wird durchaus hörbar sein und stellt – wer weiß? – vielleicht eine Chance dar für neue politische Auseinandersetzungen diesseits und jenseits des Sendestudios bzw. der heimischen Boxen. In diesem Sinne: Werdet radioaktiv! ***Uta Schirmer***

Infos unter 069/ 700 460 oder unter 069/ 709 707. Spendenkonto: Nassauische Sparkasse, BLZ 510 500 15, Kto.-Nr. 146 030 998, Radio TOX, Stichwort: Dachverband

❾ Bluedays

Die Seminarreihe „Nachhaltiger Weltmarkttango (Bluedays)" ist ein Baustein der Aktivitäten der „Berliner Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21)". Sie dient der Fortbildung von MitarbeiterInnen der in BLUE 21 zusamengeschlossenen und anderer Organisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich, soll Raum geben für

konstruktive Debatten sowie einen kontinuierlichen, gemeinsamen Diskussionsprozeß unter politisch engagierten Menschen in Berlin schaffen. In diesem Sinne sind die bisherigen „Bluedays" erfolgreich verlaufen und haben eine vielversprechende Resonanz gefunden.

Neben den „Bluedays", der Durchführung einzelner Öffentlichkeitsveranstaltungen und der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Erstellung einer „Bilanz der Umwelt- und Entwicklungsverträglichkeit Berlins" erstrecken sich die Aktivitäten von BLUE 21 auch auf die kontinuierliche und kritische Begleitung der Berliner Landesentwicklungspolitik sowie auf die aktive Teilnahme an den Diskussionen und Aktivitäten um die Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Agenda 21 für Berlin.

BLUE 21

Dieses Jahr finden noch folgende Veranstaltungen statt (Veranstaltungsbeginn 19.30 Uhr, Ort: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughofstr. 20, 10997 Berlin):

1. Oktober: Kurt Hübner: Osteuropa. Globalisierung und Peripherisierung

5. November: Barbara Unmüßig: NROs als internationale Akteure. Chancen und Grenzen

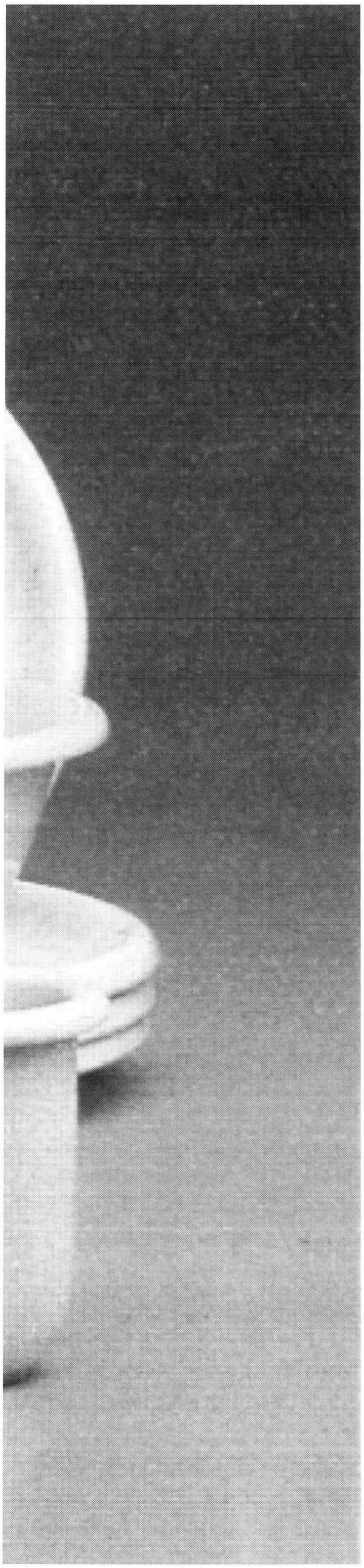
3. Dezember: Shalini Randeria: Gender und Sustainability. Grenzen der Debatte

⑩ Sommerfest

Neue Räume und Sommer. Zwei gewichtige Gründe für das Dritte-Welt-Haus in Frankfurt/Rödelheim am Samstag, den 14. September ein Fest in ihrem neuen Domizil in der Westerbachstr. 47 (HH) zu feiern. Am Nachmittag gibt es im Hof der ehemaligen Fabrik ein buntes Programm mit Livemusik, Essen, Trinken, Infotischen und einer Ausstellung. Für Kids ist ein Extraprogramm mit dem Spielmobil der Falken organisiert. Am Abend legt ab 22.00 Uhr „Euer Diskotheker" Klaus Walter Platten auf. ***Dritte-Welt-Haus Ffm.***

⑪ Marx Kolloquium

„Quantitative und qualitative Momente in der Kritik der politischen Ökonomie" – wissenschaftliches Kolloquium
Veranstalter: Karl Marx Gesellschaft e.V.
Datum: 18. - 20.10.1996
Ort: Oer-Erkenschwick
Gegenstand des Kolloquiums sind Probleme der Marxschen Argumentation zur Profitrate im 3. Bande des Kapital. Zentral ist dabei die Frage nach dem Charakter und Status der Marxschen Wertrechnung. Kann sie als Weiterführung der ricardianischen Arbeitswerttheorie betrachtet werden oder stellt sie einen eigenständigen Theorietypus dar? Beiträge zur weiteren Diskussion des Themas sind erwünscht. Für die Diskussion selbst sollen jeweils Thesenpapiere vorbereitet werden.
Anmeldungen bei Diethard Behrens, Wielandstr. 39, 60318 Frankfurt/M.



⑫ Gramsci Tagung

Veranstalter: Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT)
Datum: 18. - 20. April 1997
Ort: Jagdschloß Glienicke bei Berlin
Das InkriT führt anläßlich des 60. Todestages von Antonio Gramsci im April 1997 eine Tagung durch, die sich mit unterschiedlichen Themen der Gefängnishefte befassen wird (z.B. „Geschichte der Intellektuellen", „Parteientheorie"). Neben dieser werkbezogenen Auseinandersetzung steht die Beschäftigung mit der Relevanz seiner Überlegungen für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung (z.B. „Geschlechterverhältnisse im Postfordismus", „Globalisierung versus Nationalstaat") und für verschiedene gesellschaftliche Praxen, der Bogen reicht von der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit über die Politik der Zapatistas bis zur Sexualpolitik. Die Veranstaltung wird von Ursula Apitzsch, Klaus Bochmann, Frank Deppe, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Uwe Hirschfeld und Harald Neubert vorbereitet.
Informationen und Anmeldung: Uwe Hirschfeld, Goethestraße 74, 34119 Kassel, Tel.: 0561 / 78 04 78

⑬ Aufbaustudium

Kriminologie/Universität Hamburg
Im Sommersemester/97 beginnt der elfte Durchgang des 4semestrigen Aufbaustudiums Kriminologie (Abschluß: Diplom-Kriminologe/-in). Im Zentrum des Studiums steht die Lehre und Vermittlung einer kritischen Perspektive in der Kriminologie, u.a. in den Bereichen „Soziale Prozesse der Definition und Konstitution von Abweichung", „Strafrechtssoziologie", „Kriminalpolitik-Analyse". Bereits jetzt weisen wir auf die Bewerbungsfrist vom 15.12.1996 - 15.01.1997 (Ausschlußfrist) hin.
Bewerbungen und Infos über: Prof. Dr. Fritz Sack, Prof. Dr. Sebastian Scheerer, Aufbau- und Kontaktstudium Kriminologie, Troplowitzstr. 7, 22529 Hamburg, Tel.: 040 / 4123-33 29, Fax: 040 / 41 23-23 28, E-Mail: astksek@rrz-cip-1.rrz.uni-hamburg.de

GOTTFRIED OY

Lesen und Schreiben

20 Jahre *radikal*, 20 Jahre linksradikale Geschichte

Zu Recht beklagt die Zeitschrift *radikal* in ihren nach den Razzien vom 13.6.95 erschienenen Ausgaben, daß das Interesse an dem seit 1976 erscheinenden und seit 1984 in der Illegalität hergestellten Blatt maßgeblich durch die Repressionszyklen des Staatsschutzes bestimmt ist. Trotz breiter Unterstützungskampagnen ist das inhaltliche Desinteresse an dem, was denn da verbotenerweise an Texten produziert wird, offensichtlich. Ein in Gemeinschaftsproduktion vierer linker Verlage erschienenes Buch versucht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.* Bleibt nur die Frage, ob es die verdeckte Struktur der *radikal* tatsächlich ermöglicht, Diskussionen über alle Bereiche militanter linksradikaler Politik zu führen oder ob es etwa doch der Reiz des Verbotes ist, welcher dem Projekt zum notwendigen Glamour verhalf, 12 Jahre in der Klandestinität zu überstehen?

Am 18.6.1976 erschien die erste Ausgabe der *radikal* als „sozialistische Zeitung für Westberlin", so der Untertitel, der bis 1980 beibehalten wurde. Auf 16 Seiten widmet sich die von einem ehemaligen *883*-Redakteur initiierte Redaktionsgruppe regionalen Themen wie etwa Berliner Stadtteilinitiativen, deren Projekten und Widerstandsaktionen sowie den zur damaligen Zeit aktuellen Repressionsmaßnahmen des sozialdemokratischen Sicherheitsstaates. Auch über den im gleichen Jahr stattgefundenen Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros wird berichtet. So, wie es dem SB damals um die „Frage der Organisation sozialistischer Politik" ging, so verstand sich die *radikal* auch als Projekt, welches Zersplitterungstendenzen der Linken überwinden wollte. In einem internen Konzeptpapier von 1976 heißt es: „Heute ist die Situation gekennzeichnet durch einen Verlust an innerem Meinungsaustausch und fruchtbarer politischer Auseinandersetzung. Durch die Zersplitterung verstärkte sich der Mangel an Information und Koordination, so daß Doppelarbeit, Konkurrenzverhalten, Sektiererei und andere Übel um sich griffen. (...) Es scheint uns dringend notwendig, über das Mittel eines zentralen Informationsträgers das Netz der Verbindungen unter den Linken enger zu knüpfen (...)." Daß diese zum damaligen Zeitpunkt neben den K-Gruppen auch innerhalb der undogmatischen Linken weitverbreiteten Einheitsphantasien zu Ausgrenzungen führte, zeigt etwa die Kritik der *radikal* an der Frauenbewegung, deren Politik als „insularischer Separatismus" bezeichnet wird. „Die selbst gewählte Frauenisolation" sei „nur ein Teil eines chaotischen kleinkapitalistischen Sektiererhaufens von gesellschaftlichen Individuen, die sich bis zur Apokalypse dreht und wendet, aber nicht für einen Neuaufbau zusammen-

„Zum damaligen Zeitpunkt weit verbreitete Einheitsphantasien": Kongreßplakat des SB

bricht (...)." Politisch diskutiert wurde in dieser Zeit allerdings nicht nur in den Zeitungsredaktionen, sondern auch in Druckerei- und Reprokollektiven, so daß die eine oder andere Auseinandersetzung – auch um den zitierten Artikel – durch die Weigerung, Repros herzustellen oder Seiten zu drucken, erzwungen wurde.

Der „Deutsche Herbst" brachte der *radikal* ihre erste Anklage wegen „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener". Berufung gegen die verhängte Geldstrafe wurde wegen internen Streitigkeiten nicht eingelegt, überhaupt führten die Ereignisse dieser Jahre zu einer Spaltung der Redaktion. Während sich ein Teil in der Arbeitsgruppe „Linkes Tagesmedium/Tageszeitung" engagiert und ab 1980 den Berlin-Teil der inzwischen zwei Jahre alten *taz* mitgestaltet, formiert sich eine zweite Gruppe, die sich an dem Konzept der zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr aktiven Bewegung 2. Juni orientiert, neu, um 1980 die Herausgabe der Zeitschrift zu übernehmen. Von 1980 – 1984, in der ersten Hochzeit der autonomen Bewegung, etabliert sich die *radikal* als deren Szeneorgan. Die ersten Diskussionen über das Konzept „Gegenöffentlichkeit" der Alternativpresse der 60er und 70er Jahre beginnen. Nicht mehr der Streit um „die Wahrheit" steht im Mittelpunkt, sondern der Anspruch, mittels eigener Medien der offiziellen Wahrheit eine eigene entgegenzusetzen, was später unter dem Stichwort „Ghettoisierung" scharf kritisiert werden sollte. Die Rubrik „Herzschläge" etwa, eine monatliche Auflistung militanter Aktionen, ist Ausdruck dieses Konzeptes. Weitere Themenschwerpunkte waren die Kritik der Alternativökonomie und damit der in die Jahre gekommenen Spontibewegung und der bewaffnete Kampf, insbesondere der Revolutionären Zellen.

Den programmatischen Artikeln des ersten Jahres folgten bewegte Zeiten. Der Häuserkampfbewegung gelang es zur Jahreswende 1980/81 für einige Monate über 200 Häuser in Berlin besetzt zu halten. In Brokdorf finden militante Großdemonstrationen statt. Die autonome Szene, wie auch die *radikal*, propagiert, sich „dem Staat" zu entziehen, sich eigene Freiräume aufzubauen, in denen man sich dem Zugriff von „Oben" erwehren könne. Ist die *taz* das Organ der „Verhandler", welche die durch den Existenzialismus des Punk eingefärbten Jugendlichen reintegrieren wollen, so steht die *radikal* für die Linie der „Nicht-Verhandler", die in der situierten Alternativszene ihren Hauptfeind erkennen. Bald schon bricht die Bewegung in sich zusammen, selbst ein kurzes Aufbäumen zum Berlin-Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan am 11.6.1982 kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das Konzept der offenen Konfrontation überlebt hat.

Im gleichen Jahr beginnt der Staatsschutz mit Observationen und Razzien

massiv gegen die *radikal* vorzugehen. Mit der szeneüblichen Lässigkeit reagiert die Redaktion auf die ersten Angriffe. Schon bald wird jedoch klar, daß der Zeitschrift längst nicht mehr die Unterstützung der frühen Jahre widerfährt, der Repressionsdruck immer bedrohlicher wird. Inhaltlicher Schwerpunkt des letzten Jahres in der Legalität bildet die Aufarbeitung des Berliner Häuserkampfes und anderer zentraler Widerstandsaktionen, wie etwa der Startbahn-West-Bewegung. Die Verhaftung zweier vermeintlicher Redakteure schließlich bereitet der legalen *radikal* ein Ende.

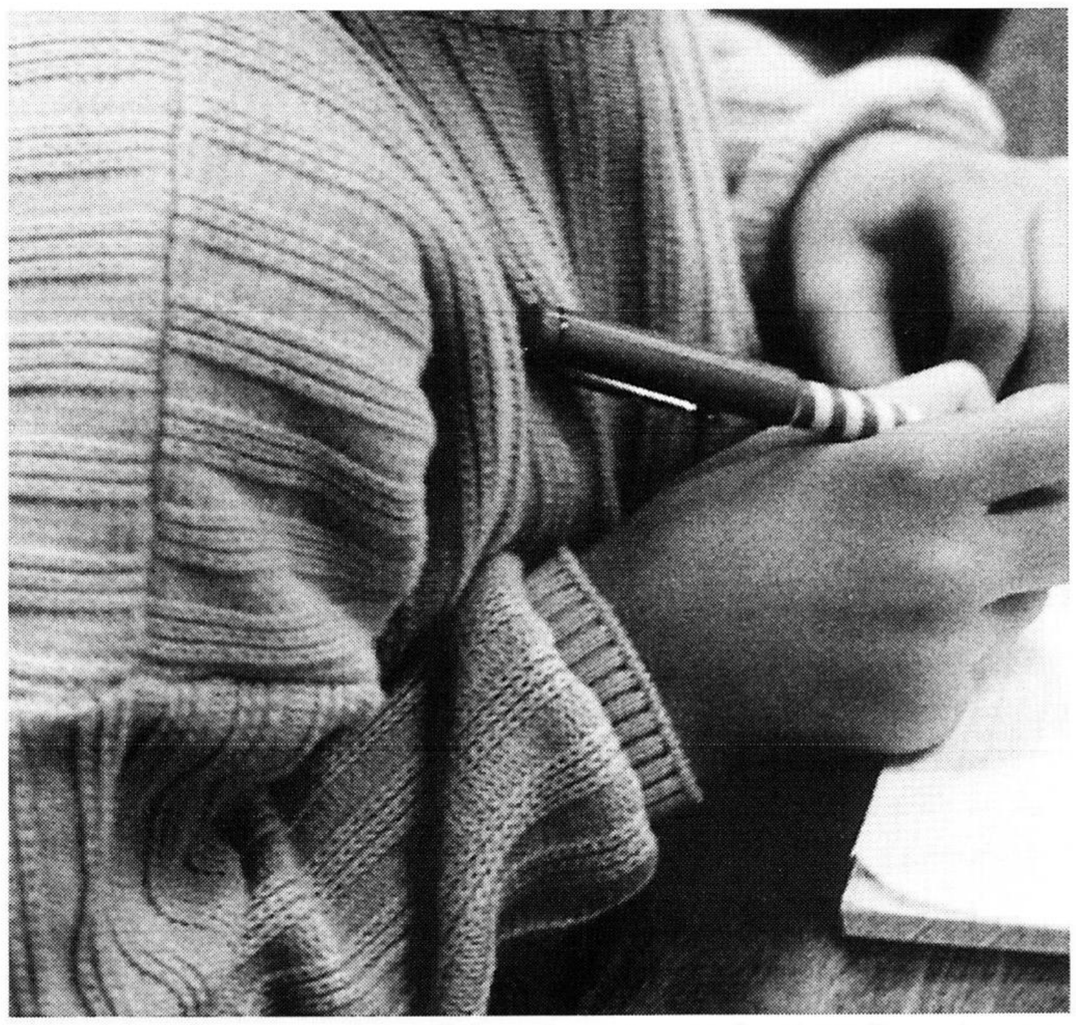
In der Kampagne gegen die Verurteilung der beiden Gefangenen kristallisieren sich zwei Positionen heraus. Während sich eine Fraktion emphatisch auf die Pressefreiheit beruft, geht eine zweite Fraktion davon aus, daß einer revolutionären Zeitschrift zwangsläufig demokratische Rechte entzogen werden und es gilt, sich auf diese Situation einzustellen. Ergebnis dieser Debatte und der Einschätzung, daß die *radikal* weiterhin notwendig für die autonome Szene sei, war die Organisierung einer illegalen Vertriebs- und Produktionsstruktur, was innerhalb der Linken nicht nur auf Gegenliebe stieß. So schreibt etwa die autonome Frauenzeitschrift *Anagan* unter dem Titel „Unsere Leichen Leben noch" über die erste illegale *radikal*-Nummer: „Wenn schon illegal, dann radikal, heißt die Devise des jüngst erschienenen Möchtegern Phönix aus der Bewegungsasche." Kritisiert wird auch von anderen ein hohl gewordener Militanz-Pathos, die Zeitung mache den Eindruck, daß sie ihre politische Notwendigkeit überlebt habe, so etwa die *Interim* 1988. Auch die damalige Redaktionsgruppe beurteilt ihre ersten Nummern durchaus kritisch. Allein die Organisation sicherer Strukturen beschäftigte die Beteiligten so sehr, daß die Inhalte zunächst auf der Strecke blieben.

Die Auseinandersetzung mit der RAF erhielt eine zentrale Rolle. Während Hungerstreikaktionen der Gefangenen nahezu vorbehaltlos unterstützt wurden, stieß das RAF-Konzept, wie auch schon zu früheren Zeiten, auf wenig Gegenliebe. Bestimmend blieben jedoch immer wieder organisatorische Fragen, wie etwa Erscheinungsweise, redaktionelle Arbeit oder Diskussionsstrukturen in den verschiedenen Redaktionsgruppen. Bis heute ist der Anspruch aufrechterhalten worden, diese internen Diskussionen nach Außen zu vermitteln, sie selbst zum Bestandteil der Debatten zu machen.

Mit zwei ausführlichen Interviews in *konkret* und einer Broschüre des ID-Archivs gelang es der *radikal* 1984 wieder verstärkt in die Öffentlichkeit zu treten. Offen wird über die eigenen Fehler, wie z.B. dem Auffliegen eines Teils einer *radikal*-Nummer auf dem Postamt in Bielefeld oder den nicht berücksichtigten Effekten der illegalen Diskussions- und Produktionsstruktur geredet. Im folgenden standen Patriarchatsdiskussionen und Auseinandersetzungen mit der Geschichtslosigkeit der autonomen Bewegung im Mittelpunkt. Immer wieder wurde jedoch auch das eigene Zeitungskonzept in Frage gestellt. Wurden auf der einen Seite mehr eigene Beiträge eingefordert, so verwiesen andere auf die Geschichte der autonomen Medien, die sich zu Bewegungszeiten stärker durch eingesandte Beiträge auszeichneten und sich so dichter an der Bewegung wähnten. Bis hin zur Quotierung festgelegter Seitenkontingente an einzelne Gruppen, die diese entsprechend mit eigenen Beiträgen oder mit Dokumentationen von Texten aus der Szene füllten, ging diese Auseinandersetzung.

Am bekanntesten ist aber wohl der sogenannte Praxisteil der *radikal*, der vom Staatsschutz und staatstreuer Presse immer wieder zum Anlaß genommen wurde, den *radikal*-MacherInnen vorzuwerfen, sie würden die Pläne für militante Aktionen liefern. Der Mythos der angeblich zahlreich veröffentlichten „Bomben-Baupläne" läßt sich jedoch leicht dekonstruieren.

„'Der Umgang (der Linken mit Medien; G.O.) ist total konservativ und unkritisch, es geht meistens um Lesen und Schreiben, also Printmedien. Da wird uns eine Rolle zugeschrieben, die wir gar nicht haben wollen...

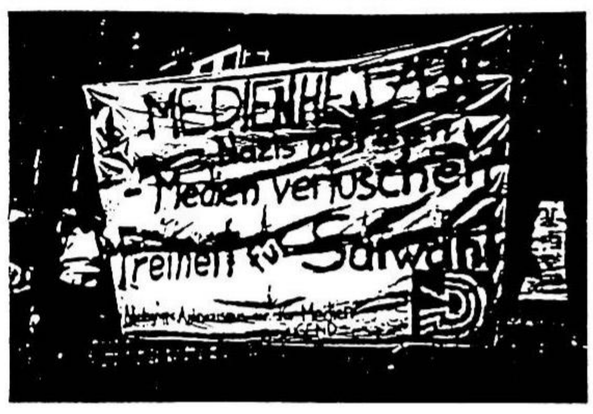


Neuerscheinung August 96

Materialien zum

RASSISTISCHEN BRANDANSCHLAG IN LÜBECK

- wie Opfer zu Tätern gemacht werden -



❑ für die gewerkschaftliche Arbeit und die interessierte Öffentlichkeit

zusammengestellt von der **Projektgruppe Antinazismus der IG Medien**

IG Medien

- Kommentierte Presseberichte und Dokumente der antifaschistischen Gegenöffentlichkeit -

540 Seiten, A4, Umschlag vierfarbig, gebunden

Aus dem Inhalt:

I. Die Berichterstattung der Presse zu den Ereignissen von Lübeck und die zentralen Schritte zur Ablenkung von einem rassistischen Brandanschlag

II. Zur weiteren Entwicklung: Unbedingter Verurteilungswille der Staatsanwaltschaft gegen Safwan Eid und Aufdeckung wesentlicher Widersprüche und nicht verfolgter Spuren durch unabhängige Recherchen und Untersuchungen - darf die Wahrheit ermittelt werden? *(Pressemeldungen und Dokumente)*

III. Dokumente der unabhängigen und antinazistischen Gegenöffentlichkeit - Proteste, Aktionen, Veranstaltungen

IV. Safwan Eid wird aus der Haft entlassen - ein erster Erfolg *(Pressemeldungen)*

V. Hintergrundinformationen: Rassistische Verbrechen sind Alltag in Deutschland

❑ *AUSSTELLUNG: Wie Opfer zu Tätern gemacht werden - Fakten und Material zur Aufklärung über den rassistischen Brandanschlag in Lübeck (24 Tafeln als Kopiervorlage)*

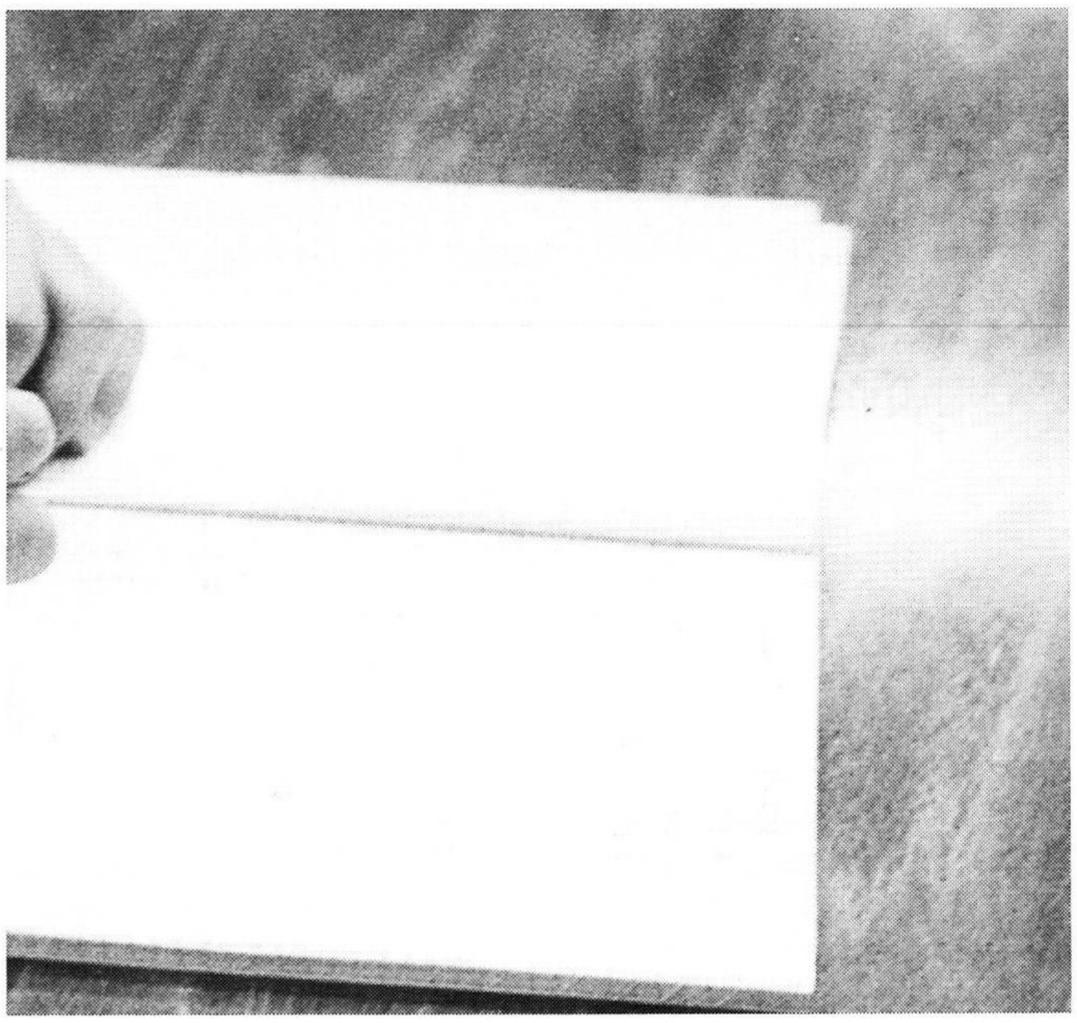
Hier erhältlich - oder zu bestellen bei:

Hauptvorstand der IG Medien
Abteilung Jugend
PF 10 24 51 — Telefon: 0711 / 20 18 243
70020 Stuttgart — Fax: 0711 / 20 18 199

- DM 45,- inclusive Versandkosten -
Gewerkschaftsmitglieder und antirassistische / antifaschistische Gruppen oder Initiativen zahlen den Solidaritätspreis von 32,- DM inclusive Versandkosten.

Nachdem 1984 und 1985 zwei Bombenanleitungen veröffentlicht wurden, finden sich in den folgenen 10 Jahren neben einigen Anleitungen zu Brandsätzen hauptsächlich Artikel zu anderen Praxisfragen. Seit Zunahme der nazistischen Gewalt ist dieser Teil der *radikal* sogar noch stärker in den Hintergrund getreten, selbstkritisch wird der eigene Militanz-Begriff diskutiert, ohne jedoch hinter geführte Militanz-Debatten zurückzufallen und dieses Mittel linksradikaler Poltik selbst in Frage zu stellen.

Das große Interesse an der *radikal* nach dem 13.6.96 kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich mit der Krise der autonomen Bewegung in den 90ern auch deren Medien in der Krise befinden. Für wen soll eigentlich noch über was berichtet werden? Welche Diskussionen stoßen auf Interesse?



... Wir sind doch nicht die *Frankfurter Rundschau*, die du einfach mal liest und nie darauf reagierst', so eine Teilnehmerin an einem in dem Buch dokumentierten Gespräch über autonome Medien.“

In der linken Medienlandschaft tut sich einiges: Zeitschriften stellen ihr Erscheinen ein oder versuchen neue Konzepte zu entwickeln, neue Zeitschriften etablieren sich, neue Medien wie Internet oder die entstehenden freien Radio- und Fernsehkanäle werden von linker Seite zu nutzen versucht, mit neuen oder wiederentdeckten Ausdrucksformen jenseits der allseits bekannten Bleiwüsten wird experimentiert. Gerade Bewegungsorgane, wie die *radikal* eines war, sind vor neue Probleme gestellt. Linke Medien sind nicht mehr eingebettet in eine Bewegung, sondern stellen vielmehr oft selbst einen eigenen Diskussionszusammenhang dar, der versucht, inhaltliche Impulse an ein Publikum zu vermitteln, welches keine Homogenität mehr besitzt.

„Der Umgang (der Linken mit Medien; G.O.) ist total konservativ und unkritisch, es geht meistens um Lesen und Schreiben, also Printmedien. (...) 'Ihr seid doch die Fachfrauen, ich kann das nicht so beurteilen'. Da wird uns eine Rolle zugeschrieben, die wir gar nicht haben wollen. Wir sind doch nicht die *Frankfurter Rundschau*, die du einfach mal liest und nie darauf reagierst“, so eine Teilnehmerin an einem in dem Buch dokumentierten Gespräch über autonome Medien. Genau dieser Entwicklung, die bessere Presse sein zu wollen, gilt es vorzubeugen, wollen sich die exisitierenden linken Medienprojekte nicht dem Fetisch der objektiven Information, die in einer Einbahnstraßen-Kommunikation vermittelt wird, unterordnen. Sind Printmedien hier längst nicht mehr die zentrale Form, in der es möglich ist, sich zu äußern, so bilden sie doch immer noch einen wichtigen Ort für Debatte und Standortbestimmung. Und solange bundesdeutsche Verbote linksradikale Zeitschriften in das Publikationsmekka Niederlande – neben der *radikal* erscheinen dort z.Zt. noch die ebenfalls in der BRD verbotenen *Clash*, *Kriminalisierungsrundbrief* und *Unfassba* – zwingen, bleibt es notwendig, eine linke Medienlandschaft zu fördern, die auch jene verbotenen Organe beinhaltet. Aber nicht nur die Repressionserfahrung sollte die Diskussion um linke Medien bestimmen, sondern vielmehr die Auseinandersetzung um das eigene Verständnis von dem, was linke Medienpolitik leisten sollte. Die Geschichte und die historischen Erfahrungen nicht nur der *radikal* geben dafür einen wichtigen Hintergrund ab. ●

* *Verlag Libertäre Assoziation, Unrast Verlag, Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, Edition ID-Archiv (Hg.): 20 Jahre* radikal. *Geschichte und Perspektiven autonomer Medien, Berlin/Hamburg/Münster 1996, 240 S., DM 29,80*

radikal. *Aktuelle Ausgabe Nr. 154, Juni 1996, Themen (u.a.): Diskussion um Kommunikation und Medien, Antisemitismus der Linken, Antifa M. und Wiederaufnahme der Aktionen durch die IRA, 100 S., DM 6,- Bestelladresse (Post nur im doppelten Umschlag): Äußerer Umschlag: Ra age, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam, Innerer Umschlag: Z.K.*

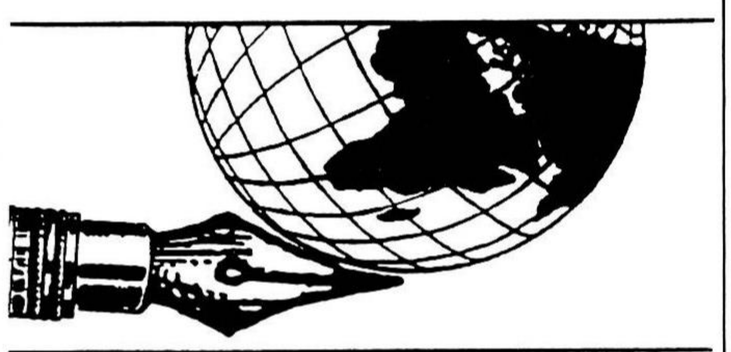
Gegen die Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M)

Solidarität braucht Geld

Rote Hilfe Göttingen
Stichwort „Solidarität“
Konto-Nr. 35 06 70-309
Postgiro Hannover
BLZ 250 100 30

epd Entwicklungs-POLITIK

Das Forum zur Nord-Süd-Politik -kritisch seit 1970-



Tatsachen, Thesen, Trends
Zweimal monatlich rund sechzig Seiten Information, Analyse und Dokumentation

Themen der neuesten Ausgaben:

8/96: Humanitärer Interventionismus
9/96: Ken Saro Wiwa: Die politische Bedeutung eines Literaten ⋆ Rüstungsexporte ⋆ Menschenrechte
10/11/96: Civil Society ⋆ Globalisierung
12/96: UNCTAD IX ⋆ Tabu Tibet ⋆ Der Marshallplan ist unverändert aktuell
13/96: Habitat II ⋆ Interkultureller Dialog mit der nahöstlichen Gesellschaft ⋆ Barmherzigkeit und Gerechtigkeit

Außerdem in jeder Ausgabe Beiträge zur Medienkritik, Rezensionen sowie Hinweise auf Hörfunk- und Fernsehsendungen mit Dritte Welt-Bezug.

Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft!

Einzel-/Doppelheft: 6 DM/8 DM plus Versand
Abonnement: 126 DM (einfach)
204 DM (mit Abdruckrecht)

epd-Vertrieb, Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt

ALEXANDRA MANZEI

Traum der Unsterblichkeit

Wie die Medizin den Fötus als universelles Heilmittel entdeckt

Ob gegen die Parkinsonsche Krankheit oder gegen Diabetes, ob gegen Stoffwechselstörungen oder Unfruchtbarkeit: die Medizin hat den Fötus als unerschöpfliche „Rohstoffquelle", als Universaltherapie gegen die verschiedensten Krankheiten entdeckt. Die Frage nach den „Bezugsquellen" dieses Heilmittels bleibt dabei im Dunklen. Die gesellschaftlichen Folgen der Fötalgewebsmedizin und insbesondere der moralische (ökonomische) Druck auf abbruchswillige Frauen weltweit sind das Thema eines Buches von Ingrid Schneider*.

Der sogenannte „Lebensschutz" hat wieder einmal Hochkonjunktur. Als Anfang August die Meldung durch die Gazetten ging, daß in England 3.000 tiefgefrohrene Embryonen ihr „Haltbarkeitsdatum" überschritten hätten und nun vernichtet werden sollten, stiegen die Moralisten europaweit auf die Barrikaden. Mit Mahnwachen „für das menschliche Leben" und Adoptionsangeboten für die tiefgekühlten befruchteten Eizellen, nutzten sie die Gunst der Stunde, um gegen die liberale Abtreibungsregelung auf der britischen Insel und anderswo Front zu machen. Weit gefehlt hat nun wer glaubt, daß mit diesem „makaberen Kreuzzug" (so Michael Emmrich in der *FR* vom 8.8.1996) eine grundsätzliche Kritik der Reproduktionsmedizin verbunden sei oder gar eine gesellschaftliche Debatte über die Grenzen des medizinisch-technischen Fortschritt ausgelöst würde.

Gerade das in diesem Zusammenhang aufscheinende problematische Verhältnis von konservativem „Lebensschutz" einerseits und feministischer Kritik an Gen- und Reproduktionstechniken andererseits wird von Ingrid Schneider sensibel und differenziert aufgegriffen. In ihrer detailreichen Studie beleuchtet sie die von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkte Expansion der Transplantationsmedizin im Bereich der Fötalgewebsverpflanzungen im europäischen und internationalen Raum. Die Forschung an embryonalem Gewebe (der Begriff Embryo wird in der medizinischen Literatur bis zur achten Schwangerschaftswoche verwendet. Danach wird die Leibesfrucht als Fötus bezeichnet) und die Verpflanzung von fötalen Zellen und Organen wird von der Hirnforschung als „biologische Revolution" gepriesen, vergleichbar nur mit der Atomspaltung in der Physik. Der Fötus gilt als universelles Heilmittel für die verschiedensten Krankheiten. Ob bei der Parkinsonschen Krankheit (Schüttellähmung) Zellen des fötalen Mittelhirns in das Gehirn der Betroffenen verpflanzt werden oder bei Diabetes fötales Pankreansgewebe transplantiert wird, ob Stoffwechselstörungen der Leber geheilt werden sollen oder die Fruchbarkeit wiederhergestellt werden soll – der Fötus ist als „unerschöpfliche Rohstoffquelle" und „Ersatzteillieferant" entdeckt. Da nun Föten in der Regel immernoch in Frauen heranwachsen ist die Medizin darauf angewiesen, den neuen „Rohstoff" aus diesen „Quellen" zu „gewinnen". So läßt sich auch die Entwicklung der Fötalgewebsverpflanzung nur in einem engen Entstehungszusammenhang mit der Transplantationsmedizin allgemein und einer zunehmend liberaleren Abtreibungspraxis in den westlichen Ländern begreifen. Es wäre jedoch eine Verkürzung, diesen Zusammenhang außerhalb bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse zu thematisieren. Erst eine weltweit vernetzte Bio-Industrie, die Körperteile als Waren vermarktet, bildet den Boden für eine Körperpolitik, „die den Frauenkörper auf historisch neue Weise vergesellschaftet" (Schneider 1995: 8) und benutzt.

Mit umfassenden Materialrecherchen beleuchtet Ingrid Schneider die verschiedenen Krankheitsbereiche, in denen Fötalgewebsverpflanzungen als das (Heil-) Mittel der Wahl präsentiert werden. Dabei werden verschiedenen Dinge deutlich. Zum einen zeigt sich, daß die scheinbaren Heilungserfolge, die in den Medien Schlagzeilen machen, in der Fachliteratur keineswegs als solche bewertet werden. Das heißt, daß ein „Nutzen" für die betroffenen Kranken häufig garnicht oder nur minimal nachgewiesen werden kann und die Nebenwirkungen der Verpflanzungen, je nach betroffenem Organ, von Persönlichkeitsstörungen bis zu Tumorbildungen führen können. Zum anderen zeigt sich die Aufwertung der Fötalgewebsverpflanzungen als Therapie gegenüber anderen Behandlungsformen nicht zuletzt anhand der Höhe der Fördermittel, die die Hirnforschung in diesem Bereich erhält. Die Suche nach gesellschaftlichen Ursachen von Krankheit und die Vorbeugung durch präventive Maßnahmen werden demgegenüber in den Hintergrund gedrängt.

Mit einem simplen, aber schockierenden Rechenexempel verdeutlicht Schneider die Ausmaße, die eine Fortführung dieser „Therapie", allein bei z.B. Parkinson-Patienten, nach sich ziehen würde. Für die Verpflanzung von Fötalgewebe in das Gehirn eines Parkinsonerkrankten werden pro Patient acht Föten aus der sechsten bis 13. Schwangerschaftswoche benötigt. In Deutschland erkranken pro Jahr etwa 16.000 Menschen erneut an der Schüttellähmung und rund 75.000 Schwangerschaftsabbrüche werden vorgenommen. Davon bleiben ca. 26.000 „verwendbare" Föten übrig, deren Mittelhirn extrahiert und verpflanzt werden kann. Dies gelingt jedoch nur bei jedem zweiten Fötus erfolgreich, so daß pro Patient ca. 16 Föten „verwendet" werden müssen. Allein für die „Behandlung" aller Parkinson-Patienten würden somit 256.000 „erfolgreiche" Abbrüche im Jahr benötigt! „Erfolgreich" heißt in diesem Kontext nicht etwa besonders schonend und schmerzfrei für die Frau, sondern vielmehr wird die Methode des Abbruchs so gewählt, daß der Fötus möglichst „intakt gewonnen" werden kann. Es läßt sich nachvollziehen, daß sich die Methoden des Abbruchs den Bedürfnissen der Transplantationsmedizin anpassen werden, und daß der öffentliche Druck auf die Schwangere, ihren Fötus der Medizin zur Verfügung zu stellen, besonders vor dem Hintergrund bestehender sozialer und ökonomischer Ungleichheiten wachsen wird. Konkrete Beispiele dafür, daß diese Horrorvision keineswegs nur Zukunftsmusik ist, kann Schneider zur Genüge aufzeigen. So existiert bspw. in Moskau eine Abtreibungsklinik mit ansässiger Gewebebank, die armen Frauen „die Möglichkeit bietet", umsonst ihren Abbruch vornehmen zu lassen, sofern sie der Klinik ihren Fötus zur weiteren „Verwendung" überlassen.

Die enge Verknüpfung der modernen High-Tech-Medizin mit der weltweiten Vermarktung von Körperstücken wird bei diesem scheinbar rein moralisch-ethischen Thema besonders deutlich; gleichzeitig

macht jedoch die hohe Moralisierung der öffentlichen Debatte um Organspenden eine kritische Auseinandersetzung nahezu unmöglich. Es stellt sich bspw. bei der Transplantation von einem (abgetriebenen) Fötus zu einem anderen Fötus (im Mutterleib) die Frage, wer hier „Spender" und wer Empfänger sein soll; diese Frage ist jedoch keineswegs eine rein moralische. Der „Organtransfer" aus der armen in die reiche Welt ist ein Beispiel dafür, das ethische Probleme in diesem Zusammenhang nach den Gesetzen der Marktlogik gelöst werden.

„So wird ein alter patriarchaler Allmachtstraum wahr: Mann braucht die Frau nicht mehr. Die (männliche) Wissenschaft erhebt sich zum alleinigen Schöpfergott."

Noch in einem anderen Zusammenhang zeigt sich besonders anschaulich wes Geistes Kind die Idee der Fötalgewebsverpflanzungen ist. Es ist nämlich möglich, aus dem Eierstock eines weiblichen Fötus (der wohlgemerkt nie geboren wurde) Eizellen zu entnehmen und damit im Reagenzglas weitere Föten (letztlich Menschen) zu züchten. So wird ein alter patriarchaler Allmachtstraum wahr: Mann braucht die Frau nicht mehr. Die (männliche) Wissenschaft erhebt sich zum alleinigen Schöpfergott. So wird es sicher auch kein Zufall gewesen sein, daß die europäischen Hirnforscher ihren Zusammenschluß NECTAR tauften. In der griechischen Mythologie war Nectar der Trank, der den Göttern Unsterblichkeit verlieh.

Neben den dezidierten Fakten, die die Autorin aus der ganzen Welt zusammengetragen hat, setzt sie sich im letzten Drittel ihres Buches ausführlich mit den ethischen, rechtlichen und politischen Konsequenzen auseinander, die sich insbesondere auch gerade für Frauen ergeben. Sei es, daß sie als „Beschaffungsquellen" moralischem (oder ökonomischem) Druck ausgesetzt werden, oder das sie (wie es momentan in den USA diskutiert wird) dazu verpflichtet werden sollen, Operationen am kranken Fötus – also in ihrem Körper – vornehmen zu lassen.

In Deutschland wird der allzu großen Heftigkeit solcher Diskussionen in der Öffentlichkeit durch den Verweis auf die Ethikkommissionen ein Riegel vorgeschoben. Jedes Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Transplantationsmedizin und erst recht alle Versuche am Menschen, so versichern die Wissenschaftler, stelle sich zunächst der Begutachtung der Ethikkommissionen, die sich mittlerweile in den Landesärztekammern, in einigen großen Krankenhäusern und an den medizinischen Fakultäten der Hochschulen etabliert haben. Sie setzen sich aus – nicht demokratisch gewählten, sondern berufenen – zumeist männlichen Mitgliedern zusammen: in der Regel Medizinern, Juristen, Philosophen und Theologen. Diese beurteilen nach „Richtlinien" der Bundesärztekammer den wissenschaftlichen Standard und die Qualität der Untersuchungen und stellen sich die Frage, ob „die Erkenntnisse nicht auf andere Weise gewonnen werden können". Es geht also keineswegs darum, den medizinischen Fortschritt kritisch zu hinterfragen, sondern vielmehr darum, ihn überhaupt erst zu ermöglichen, zu legitimieren und abzusichern. Die Öffentlichkeit bleibt hierbei ohnehin ausgeschloßen, weder PatientInnen noch engagierte BürgerInnen können Anträge bei den Ethikkommissionen stellen und auch eine Auskunftspflicht „nach außen" besteht nicht. Darüberhinaus besitzen die Richtlinien keinen Gesetzesstatus, sondern haben lediglich standesrechtlich bindende Wirkung. Eine gesetzliche Regelung der Fötalgewebsforschung gibt es in Deutschland nicht. (Das Embryonenschutzgesetz bezieht sich lediglich auf den extrakorporal gezeugten Embryo bis zum 14. Tag nach der Befruchtung.)

Die Vorstellungen von Krankheit und Gesundheit, Geburt, Leben und und Tod verändern sich sukzessive mit einer Transplantationsmedizin, die Menschen Heilungschancen durch die Körperstücke anderer Menschen verspricht. Erst recht die Rede von „Spende" oder „Gabe" und von „selbstloser Lebensrettung" verschleiert den medizinisch-institutionellen Interessensapparat, der sich hinter dem Berufsethos der Medizin verbirgt. Nicht von ungefähr entspricht die Terminologie in diesem Kontext den gängigen Begriffen des Marktes, ob von „Knappheit der Organe und Gewebe" oder von Erhöhung der Organ-„Gewinnung" oder des -„Angebots" gesprochen wird. Je erfolgreicher die Transplantationsmedizin und – als ein Teilbereich derselben – auch die Fötalgewebemedizin ist, umso stärker wird der „Bedarf" an Körperteilen und Föten wachsen. Schwangerschaft, Geburt und Tod werden damit in einen instrumentellen Verwertungszusammenhang gestellt und Frauen auf den Status von Rohstofflieferantinnen reduziert. ●

** Ingrid Schneider: Föten – Der neue medizinische Rohstoff. Campus Verlag 1995, 320 Seiten, DM 34,00.*

Das Buch zum Film:

LAND and FREEDOM

Ken Loachs Geschichte aus der Spanischen Revolution

Film – Diskussion – Geschichte – Regisseur

Mit Beiträgen von Víctor Alba, Jim Allen, Annett Busch, Antonio Castellote, Andy Durgan, Jürgen Enkemann, Ulrich Gregor, Holm-Detlev Köhler, Arthur Lehning, Georg Seeßlen, Christian Semler, Reiner Wandler u.a.; mit Drehbuchauszügen, Fotos u.einem Interview mit Ken Loach

„In meinen Geschichten stehen die Menschen im Vordergrund, ihre Konflikte und wie sie der Widersprüchlichkeit des Lebens begegnen. Nichts ist aufregender für mich, als das Gesicht eines Menschen zu sehen und die Gefühle, die sich darin widerspiegeln." (Ken Loach)

Erscheint Ende September 1996, 214 Seiten, 29,80,– DM

edition tranvía - Postfach 303626 - 10727 Berlin

ak analyse & kritik

Zeitung für Linke

Analysen, Berichte & Diskussionen u.a. zu:

Wider die „Ökologisierung von Politik; Peter Döge zur Diskussion um Nachhaltigkeit
Gruppe blauer Montag zum Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und „moralischer Ökonomie"
Kleiner Wegweiser durch die linke Parteienlandschaft in den USA von Michael Hahn
Mildernde Umstände für den Henker - zum Priebke-Prozeß

ak (ISSN-Nr. 0945- 1153)kostet 7,50DM;erscheint vierwöchentlich; ist in linken Buchhandlungen und Zeitungskiosken erhältlich oder direkt bei:

analyse & kritik,
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040/40170174
Fax: 040/40170175
kostenloses Probeexemplar bestellen! Kennwort: links
e-mail: ak-redaktion @cl-hh.comlink.de

KOLLEKTIV »ANTWORT AUFS WEISSBUCH«

Gegen den neoliberalen Betrug

Schweizer Industrielle und ihr *Mut zum Aufbruch*

Am 13. Dezember 1995 hat eine Gruppe bestehend aus den mächtigsten Industriellen und Financiers der Schweiz das Weissbuch *Mut zum Aufbruch* veröffentlicht; ein Manifest für eine Radikalisierung der sich bereits im Gang befindlichen neoliberalen Politik. Die führenden Schweizer Arbeitgeber schlagen vor:

- **über zehn „Reformen" abzustimmen, die die Steuern der Unternehmen und der Reichen reduzieren, was die soziale Ungleichheit und die finanziellen Schwierigkeiten des Staates verschlimmern würde.**
- **die Renten und die Arbeitslosenunterstützung auf das Existenzminimum zu reduzieren (man denkt an eine Rente von 1.500 Fr. und eine Arbeitslosenunterstützung von 1.800 Fr. pro Monat), die Kosten für ein Universitätsstudium massiv zu erhöhen und dabei gleichzeitig die Stipendien einzuschränken. Die Prinzipien von Solidarität und Umverteilung sollen zurückgewiesen werden.**
- **den Mechanismus der Gesamtarbeitsverträge zu zerstören, die Löhne zu reduzieren und die Delokalisierung der Arbeitsplätze zu fördern.**
- **sich die rentablen Sektoren der Post, der SBB und der Elektrizitätswerke zu eigen zu machen.**

Seit zwanzig Jahren zeigen die neoliberalen Rezepte weltweit, was sie können; sie haben kolossale Gewinne gebracht und eine noch nie dagewesene Wirtschaftskrise. Während sich im Süden Hunger und Epidemien und im Norden Armut und Arbeitslosigkeit ausbreiten, stellen einige Tausend Banken und in Holdinggesellschaften organisierte Multinationale jedes Jahr Rekordgewinne zur Schau und errichten Weltmonopole in allen führenden Sektoren. Laut Weltbank waren 1960 die 20 % der Reichsten dieser Welt 30 mal reicher als die 20 % der Ärmsten. Dreißig Jahre später waren sie 60 mal reicher.

Die neoliberalen Rezepte sind immer dieselben und gleichen stark den „liberalen" Rezepten des wilden Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Der zugrundeliegende Gegensatz ist der gleiche: wenn man die „Markt"-Logik (d.h. die Logik der Unternehmer) sich selbst überläßt, tendiert sie zu einer Reduktion der Löhne um die Gewinne und die Konkurrenzfähigkeit zu vergrößern, diese Dämpfung des allgemeinen Konsums führt jedoch in die Krise. Ein verarmter Lohnempfänger ist ein schlechter Kunde.

Neoliberaler Staatsstreich

Die multinationalen Firmen konnten durch die Entwicklung der Globalisierung und des Freihandels eine entscheidende Erpressung begehen. Die Konkurrenz zwischen den Ländern des Südens hat diese dazu gezwungen, ihre Arbeit und ihre Rohstoffe immer billiger zu verkaufen. Seit den 70er Jahren wurde derselbe Prozeß mit den ArbeitnehmerInnen der industrialisierten Länder gemacht. Die Gewerkschaften, zuerst geschwächt durch diese Konkurrenz, dann durch die Krise und die darauf folgende Arbeitslosigkeit, haben Lohnrückgang und das „Abspecken" der Sozialregelung in Kauf genommen. Auf diese Weise konnte man dann den Konkurrenzkampf zwischen ArbeitnehmerInnen im Landesinnern verstärken, die Solidarität zerstören: ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Schwarzarbeit, die Arbeitslosen werden als „Parasiten" bezeichnet (wobei diese die ArbeitnehmerInnen günstig ersetzen), Zwietracht wird gesät zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatindustrie, zwischen Einheimischen und Ausländern, usw.

Das Weissbuch ermutigt die Arbeitgeber, ohne Widerspruch zu fürchten, die Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen. Dies sei „unumgänglich", um die Produktion zum Vorteil der Schweiz zu restrukturieren und so Arbeitsplätze zu erhalten. Die Erpressung steht immer noch auf der Tagesordnung. Diese Erpressung soll es erlauben, die Gesamtarbeitsverträge zu beseitigen und die Gewerkschaften, die zum Großteil schon auf den Knien sind, auf den flachen Bauch zu zwingen. Die Chemiebosse haben dies bereits ausgeführt, indem sie Verhandlungen über einen „Gesamtarbeits"-Vertrag erst akzeptiert haben, nachdem sie über Löhne und Arbeitsbedingungen in der Vertrautheit der einzelnen Firmen abgestimmt hatten. Anfang Februar hat es in der Chemie eine Arbeitsniederlegung gegeben, um gegen diesen Abbau zu protestieren. Die Arbeitgeber der Metallindustrie treffen ähnliche Vorkehrungen.

Ebenfalls dank der Globalisierung üben die großen multinationalen Unternehmen einen erpresserischen Druck auf die Politik von Staaten aus, die sich doch noch als unabhängig und demokratisch bezeichnen. Die Mobilität des Kapitals und der Waren hat den Handlungsspielraum der Staaten drastisch verkleinert. Sie haben praktisch keine Kontrolle mehr weder über die Kapital- und Warenverschiebungen, noch über den Wechselkurs oder die Kreditmechanismen.

Das Abwürgen des Staates hat es den neoliberalen Ideologen vor allem erlaubt, das Prinzip der Solidarität anzugreifen, die sozialen Garantien, die ein Minimum an Sicherheit gegen die Bedrohung durch die Arbeitgeber erlaubten und die die Ungerechtigkeiten ein klein wenig milderten.

Die Arbeitslosenunterstützung und minimale, vertraglich geregelte Löhne haben zum Beispiel bewiesen, daß sie zum einen als Garantie gegen eine Erpressung durch die Arbeitgeber für diejenigen, die gezwungen waren, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und gleichzeitig als Garantie gegen einen allgemeinen Zusammenbruch der Nachfrage in Krisenzeiten wirksam waren. Jetzt aber schlägt man vor, sie zu zerstören, um „gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen". Auf diese Weise könnte der „angemessene" Lohn soweit gesenkt werden, daß er „interessant" würde für die Arbeitgeber. Der/die Arbeitslose hätte dann keine andere Wahl als ihn zu akzeptieren. Auf diese Art und Weise wurde in den USA eine gewisse Anzahl an neuen Arbeitsplätzen geschaffen, weil die Löhne anfangen mit denjenigen der Dritten Welt zu konkurrieren. Laut dem Direktor von Daewoo sind seine Lohnkosten in Großbritannien (wo sich die Anzahl Haushalte, die unterhalb der Armutsgrenze leben, innerhalb von zehn Jahren verdoppelt hat) niedriger als in Korea. In den USA und in Großbritannien, Musterländern des Neoliberalis-

mus, tritt eine neue Klasse auf, die „working poor“: In den USA leben 18 % der vollbeschäftigten ArbeitnehmerInnen unterhalb der Armutsgrenze.

Zwei Drittel der Arbeitslosen finden nur einen ungesicherten Arbeitsplatz mit Lohnrückgang. Laut Caritas bedeutet dies für ein Drittel einen Rückgang von 50 % oder mehr. Und sie haben noch Glück, denn 40 % finden überhaupt keine Arbeit mehr. Man gibt vor, den sozialen Schutz zu opfern, um die Vollbeschäftigung wiederzufinden. In Wahrheit jedoch will man die sozialen Kosten reduzieren.

Die immer zahlreicher werdenden Menschen des Nordens, die in prekären Verhältnissen leben, die aus der Gesellschaft Ausgeschlossenen, die Arbeitslosen und diejenigen, die keinen festen Wohnsitz mehr ihr eigen nennen, haben das gleiche Problem wie die Menschen im Süden. Ganze Regionen und Länder, die zuerst in den Weltmarkt integriert worden waren, werden dort jetzt losgelassen und dem Chaos und dem Hunger ausgeliefert.

Die weltweite Krise

Nachdem sie den Süden ruiniert hat, verschärft die Logik der verallgemeinerten Konkurrenz jeden Tag die Wirtschaftskrise im Norden: allgemeiner Lohnrückgang in den entwickelten Ländern (1 % jährlich in den USA seit bald zwanzig Jahren) sowie tiefgreifende Kürzungen bei den Sozialausgaben. Es ist klar, daß ein solcher Rückgang der Kaufkraft nur das Verlustgeschäft, die Krise und folglich die Arbeitslosigkeit und die soziale Unsicherheit vergrößern kann, und auf diese Weise die Konkurrenz ankurbelt. Eine sich abwärts bewegende Spirale ist in Gang gesetzt.

Die Globalisierung verunmöglicht den Schutz oder den Aufschwung des Binnenmarktes. Im Gegenteil, jedes Land wird dazu angeregt, Opfer zu bringen, um mehr und billiger für einen stagnierenden Weltmarkt zu produzieren. Jeden Tag werden wir daran erinnert (manchmal tut dies sogar ein „Sozialist“), daß wir „konkurrenzfähig“ sein müssen, d.h. sich billiger verkaufen, um keine Marktanteile zu verlieren, nicht die Zahlungsbilanz fallen zu lassen. Sogar die Staatsangestellten müssen den Gürtel enger schnallen, denn man gibt vor, die Reichen und die Unternehmen nicht mehr höher besteuern zu können, da sie sich sonst anderswohin absetzten würden.

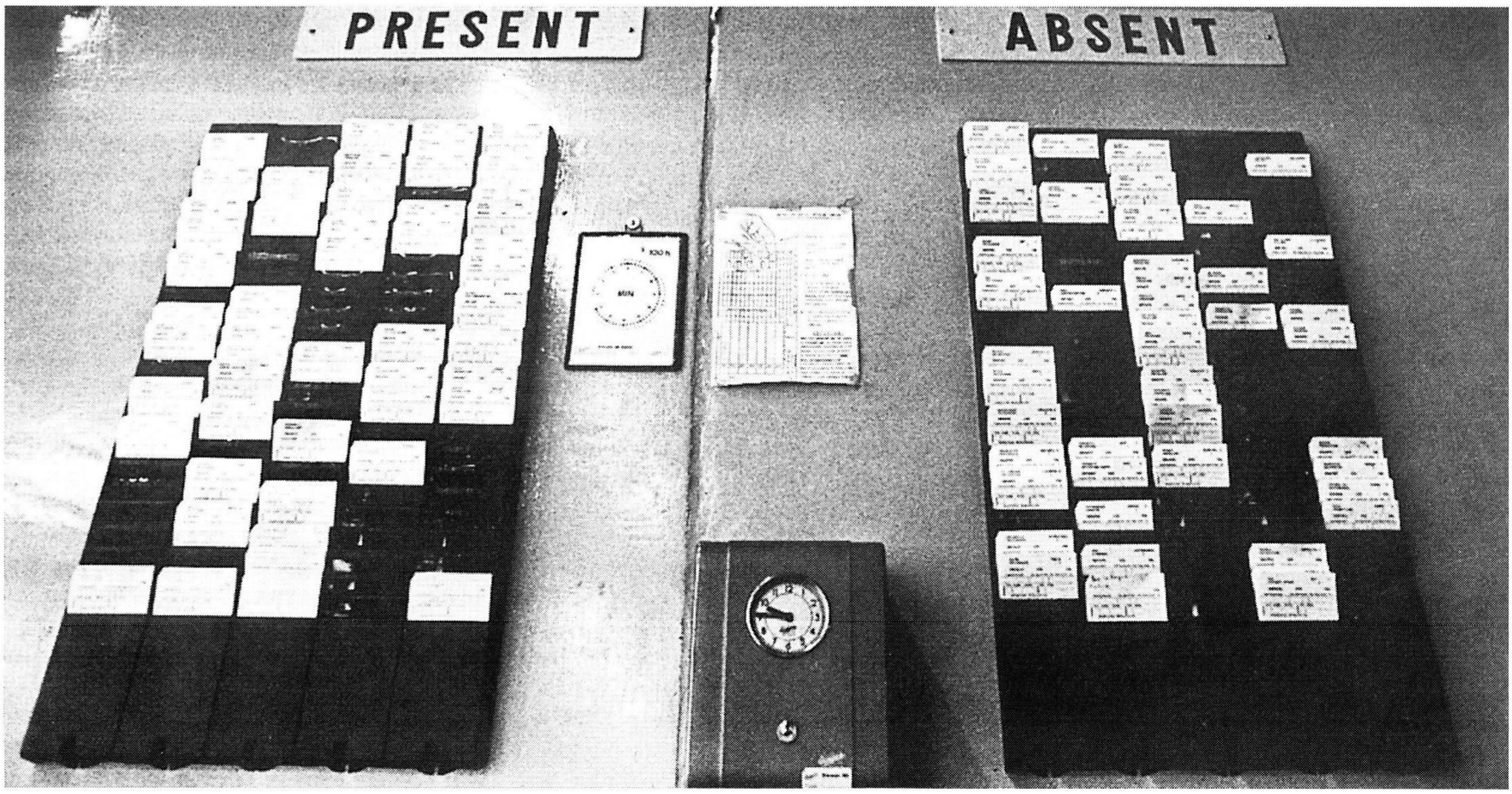
Hinter dem Wirtschaftsliberalismus mit dem Anspruch, die Wirtschaft von der Politik zu befreien, steckt eine klare Eroberung der Welt, mit zerstörerischen sozialen und politischen Auswirkungen. Die Verzweiflung der Bevölkerung läßt überall blinde Gewalt und Integrismen zum Durchbruch kommen. Man versteht die Situation in Ruanda besser, wenn man weiß, daß die Bauernschaft des Landes seit einigen Jahren von den Multinationalen vollständig in den Ruin getrieben wird. Die Kaffeebäume wurden ausgerissen, denn die Marktpreise deckten nicht einmal mehr die Kosten. Und der Binnenmarkt für Eßwaren wurde mit Importen zu Billigpreisen überschwemmt!

Die Ökonomin Vandana Shiva stellt folgende Frage: „Wollt Ihr hundert Ruandas in Indien?“ Laut ihrer Aussage wird Indien, hundertmal bevölkerungsreicher als Ruanda, auch im Chaos versinken, wenn die GATT/WTO-Abkommen angewendet werden.

Andere Lösungen

Die Veröffentlichung des Weissbuches fällt mit einer neuen Offensive der neoliberalen Rechten zusammen, welche die Schweiz in Richtung einer immer ungleicheren Gesellschaft führt. Die Wirtschaftsregeln dieses Gesellschaftsprojektes, die zu einer sogenannten „Notwendigkeit“ erhoben werden, haben systematisch den Vorrang vor sozialen und ökologischen Zielen. Wir hingegen sagen, daß ein alternatives Gesellschaftsprojekt möglich und dringend notwendig ist.

Der Kampf für eine andere Zukunft vereinigt gezwungenermaßen defensive und offensive Aspekte. Selbstverständlich müssen die materiellen Errungenschaften verteidigt werden, sowie das Prinzip Solidarität und seine Mechanismen, die die Gewalttätigkeit des Kapitalismus abgeschwächt haben. Aber es soll nicht vergessen werden, daß der sozialdemokratische „Kompromiß“ nie die Frage der Ausbeutung an sich, und noch weniger diejenige der übergroßen, imperialistischen Ausbeutung des Südens gestellt hat. Gewisse Aufgaben des Staates müssen verteidigt werden denn sie vertreten (wenn auch sehr schlecht) die Politik, die Bedürfnisse der



„Die neoliberalen Rezepte sind immer dieselben und gleichen stark den ‘liberalen’ Rezepten des wilden Kapitalismus des 19. Jahrhunderts“: Rezepte des Fordismus

Gesellschaft gegenüber den Forderungen der Herrscher der Wirtschaft. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Staat seit jeher auch ein Instrument der Repression und der Manipulation im Dienste genau derselben gewesen ist. Die wirkliche Kraft der Gesellschaft angesichts des Kapitals liegt in ihrer Fähigkeit sich selbst zu organisieren und zu kämpfen.

Weder wollen noch können wir in die Vergangenheit zurückgehen. Das multinationale Kapital stellt jetzt die soziale Frage weltweit. Die Staaten werden die eigentlichen Schlachtfelder sein, aber niemals die Lösung. Wenn wir die Errungenschaften verteidigen wollen, so nicht, um in die Vergangenheit zurückzugehen, sondern um die Kraft zu haben, weiterzugehen.

Mut ist nötig, um das Tabu des „Einheitsdenkens" zu brechen. Solange wir in einem kapitalistischen System bleiben, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr gesetzliche Regelungen, mehr Umverteilung und mehr Schutz, denn nur so können wir uns gegen die dem kapitalistischen System innewohnende Tendenz zur Ungleichheit wehren.

Kann man „deregulieren"? Es ist selbstverständlich, daß jedes System Regeln haben muß. In diesem Sinn bedeutet deregulieren, daß private Regeln, die von den mächtigsten Unternehmen bestimmt werden, die Regeln der öffentlichen Hand verdrängen. Das heißt, daß die eigentliche Substanz der Demokratie angegriffen wird. Ein Beispiel ist das zynische Arbeitsgesetz, das das Parlament verabschiedet hat. Wenn die Gemeinschaft nicht sagt: „In der Nacht und am Sonntag wird nicht gearbeitet" so werden die Arbeitgeber sagen: „Wenn Du Arbeit willst, mußt Du die Arbeitszeit akzeptieren, die ich will."

Die Neoliberalen geben vor, politische „Einmischung" in die Wirtschaft zu verbieten. Nichts normaler als das. Als absolute Herrscher der Wirtschaft wollen sie jedes politische Einschreiten verhindern, das ihren Angriff auf die ArbeitnehmerInnen des Landes mäßigen könnte. Um dies zu erreichen, zögern sie nicht, politische Mittel zu verwenden. Das Weissbuch schlägt vor, das Budget vollständig zu blockieren und die Forderung nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt in die Verfassung aufzunehmen. Im Energiebereich widersetzen sich die Autoren ebenfalls den zaghaften Anstrengungen, Energiesparmaßnahmen zu ermutigen, und rechnen damit, zusätzliche Gewinne zu Lasten der Umwelt zu machen.

Aussichten

Wir müssen jedoch unsere Ziele noch weiter setzen. Das „Modell" einer Gesellschaft, das der Welt vorgeschlagen wird, ist ganz offensichtlich unhaltbar, aus sozialer und aus ökologischer Sicht. Die Regeln des Schweizer Wirtschaftssystems machen die sagenhaften technischen Kräfte, über die sie befehlen, zu zerstörerischen: fortlaufendes Doping mit immens gefährlichen und unnötigen Militärausgaben, ein „Agro-

„In den USA und in Großbritannien, Musterländern des Neoliberalismus, tritt eine neue Klasse auf, die „working poor": In den USA leben 18 % der vollbeschäftigten ArbeitnehmerInnen unterhalb der Armutsgrenze."

business", das die Welt mit Hunger und Umweltkatastrophen übersät, technischer Fortschritt im Dienst von Auflösung und Unterwerfung der Gesellschaft, die Liste wäre lang und sie wäre noch länger, wenn das stupide „Wachstum" wieder zurückkommen würde.

Wir können uns nicht damit begnügen, einen hypothetischen „Aufschwung" ihrer Wirtschaft durchzusetzen (der wegen des Produktivitätszuwachses sowieso kaum Arbeitsplätze schaffen würde) oder zum sozialdemokratischen Kompromiß der Nachkriegszeit zurückzukehren. Eine entscheidende Neuorientierung ist nötig, damit die Wirtschaft den sozialen Bedürfnissen dient und nicht umgekehrt.

Der technische Fortschritt und die Produktivität sind kollektive Errungenschaften der Gesellschaft. Sie könnten gebraucht werden, um die Arbeitszeit zu verkürzen, damit immer mehr Raum entsteht für andere Formen von sozialer Tätigkeit als die der bezahlten Arbeit. In dieser Hinsicht gibt es wirkliche Alternativen, sowohl zum Staat als auch zum gedankenlosen Konsum. Aber es werden harte Kämpfe nötig sein, damit ein Richtungswechsel stattfindet. Alle, die den Lauf in die Unterwerfung ablehnen oder die davon ausgeschlossen sind, können versuchen, sich zu organisieren, sei es beim Kampf innerhalb des Systems oder in seinen „Freiräumen", um einem alternativen Gesellschaftssystem Raum zu bieten, andere Werte zu bejahen und Widerstand zu leisten.

Ein wirklicher Richtungswechsel wird nur möglich sein, wenn Widerstand auf europäischer und auf internationaler Ebene entsteht. Zuerst müssen wir uns jedoch der tatsächlichen Situation bewußt werden und der Interessen der verschiedenen Lager, so wie wir das mit dem vorliegenden Text versuchen. ●

Das Kollektiv „Antwort aufs Weissbuch" ist eine Schweizer Gruppe, die sich aus Mitgliedern von SolidaritéS, von Alternative Solidaire, vom Komitee Viva Zapata!, vom Kollektiv 14 juin, von Argent et Société, vom Forum Santé und aus Einzelpersonen zusammensetzt.

WIDER ★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Zur Krise der kommunalen Sozialpolitik

Häußermann: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der BRD ● *Wentz:* Stadtentwicklung und sozialer Wandel ● *Bartelheimer / v. Freyberg:* Ansätze zu einer Frankfurter Segregationsanalyse ● *Strünck:* Leuchttürme oder Irrlichter? Privatisierung und Deregulierung in der kommunalen Sozialpolitik ● *Schaeffer:* „Unternehmen Stadt". Wieviel Privatisierung verträgt das Gemeinwohl? ● *Manderscheid:* Regeln – nicht steuern. Grenzen und Möglichkeiten der output-orientierten Steuerung ● *Weins:* Regionalisierung städtischer Sozialpolitik ● *Hummel:* Bürgerschaftliches Engagement im sozialen Bereich ● *Arbeitskreis „Frankfurter Sozialpolitik":* Sozialpolitik in Frankfurt. Thesen für eine überfällige Reform ● *Magazin*

Heft 60, 104 S., DM 16,–

Unser Probeabo:
Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein und wir senden Ihnen zwei aktuelle Hefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,– DM, Einzelheft 16,– DM / O: 40,– DM, Einzelheft 10,– DM
StudentInnenabo 40,– DM

Verlag 2000
Postfach 10 20 62
63020 Offenbach

SABAH J. MOHAMED

Der Mythos Friedensprozeß

Teil II: Oslo II und die Wahl des palästinensischen Rates

Am 28. September 1995 wurde in Taba (Ägypten) zwischen der PLO und Israel das Interims-Abkommen über die Westbank und den Gazastreifen unterzeichnet. Darin wurden die Modalitäten der Erweiterung der palästinensischen Selbstverwaltung in Gaza und Jericho auf weitere Gebiete in der Westbank beschrieben. Nur quantitativ unterscheidet sich dieses Abkommen von Oslo I, substanziell bleibt das Subordinationsverhältnis bestehen. Mit der Parzellierung der Westbank in drei Zonen, der Annullierung derjenigen Paragraphen der palästinensischen Nationalcharta, welche Israels Existenzrecht bedrohen, und den Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Israel und dem neugewählten palästinensischen Rates enthält das Abkommen aber drei wichtige neue Aspekte. Dieser Beitrag setzt die in der letzten Nummer begonnene dreiteilige Artikelreihe zum „Mythos Friedensprozeß" fort.

Auffällig ist die Parzellierung der Westbank in drei Zonen. Die von Palästinensern dicht bewohnten Gebiete (Zonen A und B), welche zusammen 28 % der Westbank ausmachen, sollen der palästinensischen Zivilverwaltung unterliegen. Der Rest der Westbank (Zone C mit 72 % des Gebietes) unterliegt der alleinigen Sicherheitskontrolle Israels. Dieses Gebiet umfaßt die jüdischen Siedlungen, die israelischen Militärbasen, das sogenannte Staatsland und private Ländereien von Palästinensern. Israel kontrolliert außerdem jede Landnutzung und -registrierung. Außerdem soll Israel auch nach der Wahl des palästinensischen Rates („Council") das Kontrollrecht über von Israel in Anspruch genommenes Staats- und „absente"land in den Zonen A und B beibehalten, womit Israel faktisch mehr als 90 % des palästinensischen Territoriums in Zone B kontrolliert. Damit wird der Aufbau und die Erweiterung von jüdischen Siedlungen auch in der Zukunft gesichert. Um den strategischen Hintergrund dieses Aspekts des Abkommens verstehen zu können, ist ein Exkurs auf ähnliche Elemente im „Allon-Plan" sinnvoll.

Der Plan des damaligen General Yigal Allon (Arbeiterpartei) entstand nach dem Junikrieg und war bis 1977 maßgeblich für die Siedlungspolitik der Arbeiterpartei. Mit dem Regierungswechsel und der Machtübernahme durch den Likudblock 1977 wurde dann der „Sharon-Plan" zur siedlungspolitischen Leitlinie. Während im Rahmen des weitergehenden Sharon-Plans Siedlungsaktivitäten auch innerhalb der von Palästinensern dicht besiedelten Gebiete durchgeführt wurden, ging der Allon-Plan noch davon aus, einen Teil der besetzten Gebiete eventuell wieder jordanischen Verwaltung zu unterstellen. Der Allon-Plan strebte deshalb eine räumliche Segregation der überwiegend palästinensisch besiedelten Gebiete an.

Den Ausgangspunkt für den Plan stellten demographische wie militärisch-strategische Überlegungen dar: Der Ausgang des Junikrieges von 1967 brachte die Erweiterung der „inneren Linie" sowie eine demographische Gefahr, da zusätzlich zu der halben Million Palästinensern, die bereits unter Israels Herrschaft lebten, eine weitere Million kontrolliert werden mußte. Der Allon-Plan stellte einen „Kompromiß" dar, wie Israel strategisch vorteilhafte Gebiete für sich behalten konnte, sich aber gleichzeitig der demographischen Gefahr entziehen konnte. Insoweit war er auch ein Kompromiß zwischen den linkszionistischen und eher pragmatisch-strategisch orientierten „Demographisten" und den rechtszionistischen „Territorialisten", deren Landansprüche auch biblisch-religiös motiviert sind, und deren Vorstellungen die Siedlungspolitik des Likudblocks und den Sharon-Plan prägen sollten.

Im Allon-Plan sollte die Waffenstillstandslinie von 1967 zur definitiven Ostgrenze Israels festgelegt werden, d.h. der Jordan galt als die „natürliche" Grenze Israels.

Die Verwendung des Begriffes der „natürlichen" Grenze durch die Strategen des „Linkszionismus" zielte auf die Legitimierung der Annexion der größten Teile der eroberten Gebiete ab. Ein jüdisches Territorium kann aber von den Zionisten erst als solches betrachtet werden, wenn dort Juden leben, bzw. es durch „jüdische" Arbeit bearbeitet wird. Daraus ergibt sich die Siedlungspolitik der Arbeiterpartei. Was die proklamierte „Ostgrenze" Israels anbetrifft, so mußte sie „erst durch landwirtschaftlich-kollektive Besiedlung der Jordansenke, also durch unmittelbare Anwesenheit gesichert, bzw. 'sicher' gemacht" werden. Die Linie entlang des Toten Meeres und des Jordans sollte unter absoluter israelischer Kontrolle gehalten werden, d.h. es durfte keine gemeinsame Grenze zwischen Jordanien und der Westbank geben. Beide Seiten sollten durch einen „Korridor" miteinander verbunden werden. Die „strategische Zone" Israels sollte sich zwischen dem Jordan und dem von Arabern dicht besiedelten Gebiet erstrecken. Westlich dieser „strategischen Zone" sollte eine arabische „Enklave" im Rest der Westbank entstehen.

Jerusalem „must remain a single, undivided unit under Israels sovereignty", also die Hauptstadt Israels. Allerdings ist damit nicht nur die Stadt Jerusalem, sondern die „Vergrößerung" (Groß-Jerusalem) gemeint, welche sich nördlich, östlich und südöstlich auf die umgebenden Gebiete erstreckte.

Der Gazastreifen („The city of Gaza"), der von Palästinensern dicht besiedelt ist, sollte unter arabischer Kontrolle gehalten werden und wiederum mit der Westbank durch einen von israelischem Militär kontrollierten „Korridor" verbunden werden.

Neben diesen strategisch und demographisch fundierten expansionistischen Absichten Israels, d.h. der weiteren Landnahme der eroberten Gebieten zwecks deren Besiedlung mit jüdischen Einwanderern, war im Hintergrund noch ein anderer existentieller Aspekt von Bedeutung. Den größten Teil seines Wasserbedarfs bezieht Israel von der Westbank, dem Jordan und dem Yarmuk in den eroberten syrischen Golan-Höhen. Seit 1967 sind die eroberten Gebiete und deren Wasserressourcen dem israelischen Militär unterstellt. Welches Land welche Wasserquelle zu welchem Zweck benutzt, wird vom Militär bestimmt. M.a.W.: Seit 1967 werden die Wasserressourcen vom israelischen Staat zum Zwecke des eigenen Bedarfs und zugunsten der aus strategischen Gründen errichteten landwirtschaft-kollektiven jüdischen Siedlungen monopolisiert. Es liegt auf der

Hand, daß Israel auf der Besitznahme dieser Gebiete beharrt.

Kurz: der Allon-Plan ist die entwickelteste, „linkszionistische" Expansionsstrategie, die gleichzeitig den Entzug der realen und potentiellen demographischen Gefahr und die Eroberung von weiteren palästinensischen und arabischen Territorien zu legitimieren versucht.

Aus dieser Doktrin ergibt sich das „Friedens"-Angebot Allons. Demnach käme eine „Autonomie", also palästinensische Selbstverwaltung, im Rest der besetzten Gebieten in Frage. Um jedoch palästinensische Selbstbestimmung und somit den Anspruch auf den eigenen Staat a priori auszuschließen, wird ein gemeinsamer palästinensisch-jordanischer Staat (jordanische Option der Arbeiterpartei) vorgeschlagen. Aus israelischen „Sicherheitsgründen" müßten diese Gebiete demilitarisiert werden, d.h. außer der „Zivil-Polizei" für die „innere" Sicherheit, müßten sie „devoid of offensive forces and heavy arms" sein.

Der im Junikrieg 1967 besetzte und annektierte Teil Jerusalems (Ost-Jerusalem) soll wie erwähnt nicht zurückgegeben werden, sondern „wiedervereinigter" Teil der israelischen Hauptstadt bleiben. Für diese palästinensisch-jordanische „Option" spricht noch ein politisch-ökonomischer Grund. Die Vertreibung der Palästinenser und deren „Transfer" aus den zu besetzenden, für strategisch wichtig erklärten palästinensischen Territorien hin zur Westbank und der „City of Gaza" würde zu einem politischen und ökonomischen Zusammenbruch dieser Gebiete führen, da diese Gebiete aufgrund der so durchgeführten Bevölkerungs-„Inflation" nicht überlebensfähig wären. Die Folge wäre eine destabilisierende Wirkung auf Israel.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

31

Globalisierung – Arbeit und Ökologie

Wohlstand durch globale Kostenabwälzung, Weltkapitalismus, Arbeitslosigkeit, Wohlfahrtsstaat; 'Maastricht'-Monetarismus, Austeritätspolitik - Ende der Tarifpolitik? Ökonomisierung der Umweltpolitik: Nachhaltigkeit, Effizienzrevolution, Ökosteuer; soziale Verteilungspolitik statt Sparpopulismus

M. Massarrat, E. Altvater, B. Mahnkopf, K. Dräger, H. Baumann, E.-L. Laux, M. Schnepf, M.R. Krätke, T. Heim, W. Brüggen, R. Steppacher, H. Gabathuler, R.H. Strahm, P. Bosshard

Diskussion

M. Madörin: Arbeit und Einkommen - feministische Bilanz
A. Rieger: Arbeitszeitpolitik und Gewerkschaften
H. Ruh: Neue Zeitökonomie
C. Knöpfel: Zweiter Arbeitsmarkt / Soziale Ökonomie
H. Lindenmeyer: Arbeitslose orientieren sich neu

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

16. Jg./Heft 31 - Juli 1996 Fr. 18.–

220 Seiten. Fr. 18.-- / DM 20.-- (Abonnement 32.--/36.--)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zurich
Probeheft anfordern Tel./Fax 01 / 273 03 02

Der zweite wichtige Aspekt des Abkommens betrifft die Annullierung von allen Paragraphen der palästinensischen National-Charta, welche das Existenzrecht Israels bedrohen, und sollte zwei Monate nach der Zusammensetzung des palästinensischen Rates von der PNC (Palästinensischer National Council) durchgeführt werden.

Die Wahl des palästinensischen Rates

Bis zum Junikrieg 1967 herrschte in den, damals noch nicht besetzten Gebieten eine Handelsklasse und die Schicht der Großgrundbesitzer, deren Interessen mit dem Königshaus der Haschimiten zusammenfiel. Nach dem Krieg wurde dieser Elite ihre politische und durch die Proletarisierung des größten Teils der palästinensischen Bauern ihre sozio-ökonomische Basis entzogen. Diese Phase war durch das Auftreten von neuen führenden Eliten aus dem Mittelstand gekennzeichnet, die sich das Ziel der nationalen Staatsgründung auf ihre Fahne schrieben. Hauptträger dieser neuen Bewegung war die nationalistische Fatah-Fraktion unter Arafat. Zusammen mit anderen sozialistischen Fraktionen formulierte sie die neuen Ziele der PLO, welche sich in der Palästinensischen National-Charta von 1968 ausdrückten. Hauptforderung war die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Seit Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre geriet die Alleinführung dieser Elite allerdings durch die Machtübernahme des Likudblocks 1977 und dessen flächendeckender Siedlungspolitik (Sharon-Plan) als auch durch das Auftreten der islamischen Opposition (Hamas) ins Wanken. Die Basis dieser neuen Bewegung stellten Palästinenser aus den Flüchtlingslagern und den unteren Schichten dar. Die Kompromißbereitschaft der Fatah und ihres Vorsitzenden, was die Verhandlungen mit Israel angeht, verdankte nicht zuletzt dieser, die Machtposition der Fatah bedrohenden, Opposition. Um ihre Vormachtstellung unter den Palästinensern sichern zu können, ging die Fatah vom Moment der Rückkehr ihres Vorsitzenden Arafat und anderer Mitglieder allmählich einen „nationalen" Pakt mit den alten Eliten der Großgrundbesitzer und der Handelsklasse innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete ein. Fatahmitglieder, die bei den Palästinensern der autonomen/besetzten Gebieten als „nationale" Helden gefeiert wurden, insbesondere jene, die jahrelang Haft in den israelischen Gefängnissen verbrachten, wurden in das Fatah-Regime integriert, um die Machtposition dieses Regimes (insbesondere gegenüber Hamas) politisch-moralisch zu legitimieren.

Entsprechend des Abkommens sollten Wahlen des palästinensischen Rates und seines Präsidenten in den autonomen/besetzten Gebieten stattfinden. Der Rat soll dann mit der israelischen Regierung während der Übergangsphase bis Mai 1999 Verhandlungen über die endgültige Lösung durchführen. Da sie die Mehrheit in den verschiedenen palästinensischen Distrikten besaß, entschied sich die Fatah-Fraktion, welche bis dato die Verwaltungsgewalt während der Übergangsphase in Gaza und Jericho innehatte, für ein einfaches Mehrheitssystem mit offenen Listen. Demnach sollten die Gebiete in 16 Distrikte unterteilt werden. Die Zahl der Kandidaten richtet sich nach den registrierten Wählerstimmen, wobei die Zahl der Kandidaten in jeder „Parteiliste" die der Sitze der jeweiligen Distrikte nicht überschreiten sollte. Mit der Bekanntgabe dieses Systems rief die Opposition, die Islamisten sowie die Säkularisten zum Wahlboykott auf. Damit gelang der Fatah-Fraktion und ihrem Vorsitzenden Arafat taktisch die Konsolidierung und die Reproduktion ihrer Machtposition während der Übergangsphase. Dabei dürfte für viele Palästinenser nicht zuletzt auch eine Rolle gespielt haben, daß Fatah unter der Führung von Arafat der alleinige Verhandlungspartner für Israel und den Westen, aber auch für die arabischen Staaten darstellte, was sich wiederum in der politischen und finanziellen Unterstützung wiederspiegelte. In der Tat gewannen die Fatah und ihr Vorsitzender Arafat die Wahlen vom 20.1.1996 mit überwältigender Mehrheit.

Die Änderung der palästinensischen National-Charta

Anfang März setzte sich der palästinensische Rat unter Arafats-Führung zusammen und legte entsprechend des Oslo II-Abkommens den Termin für die Annullierung der Paragraphen der Charta fest, nämlich zwei Monate nach der Zusammensetzung des Rates, d.h. Anfang Mai 1996. Der Termin wurde allerdings auf den 24. April vorgezogen. Die Operation „Früchte des Zorns" im Südlibanon, der militärische Angriff unter dem damaligen Ministerpräsident Peres und die Angriffe von Hamas auf zivile Ziele in Israel dürften der Grund für die Terminänderung sein.

Die Annullierung sollte entsprechend der gegenseitigen Anerkennungsbriefe von August 1993 zwischen Rabin und Arafat erfolgen. In dem Arafat-Brief verzichtete die PLO nicht nur „auf *Terrorismus* und andere Formen der Gewalt", sondern Arafat übernahm im Namen der PLO „die Verantwortung für alle PLO-Gruppen und Personen, um den Gehorsam zu sichern, Verletzungen der Vereinbarung zu verhin-

„Die palästinensischen Sicherheitskräfte dienen der Sicherheit Israels und der Stabilisierung des Fatah-Regimes und zwar gegen alle Gegner des 'Friedensprozesses'."

dern und jene zurechtzuweisen, die solche Verletzungen begehen." Im Klartext hatte sich Arafat de facto für die innere Sicherheit Israels eingesetzt und dadurch den Kampf der Palästinenser in den besetzen Gebieten (also die Intifada), für illegitim erklärt. Damit wurde dieser Kampf gegen die Besatzung, die ja auch während der Zeit des Abkommens weiter bestehen würde, kriminalisiert.

Die PLO versicherte weiterhin, „daß jene Artikel der palästinensischen Verfassung, die Israel das Existenzrecht verweigern, und jene Passagen der Verfassung, die dem Inhalt dieses Briefes widersprechen, nicht länger anwendbar und gültig sind." Nun war die palästinensische National-Charta de facto durch die Jahre sukzessiv hinfällig geworden. (Insbesondere seit der Deklaration des PNC vom November 1988 mit der faktischen Anerkennung des Staates Israel, wobei sich der PNC zum ersten Mal bei einer Deklaration nicht auf die National-Charta berief.) Im gleichen Jahr hatte auch Arafat der Gewalt „abgeschworen". Was bedeutete deshalb nun diese Forderung Rabins, die Arafat in seinem Brief erfüllen mußte?

Der damalige Ministerpräsident Shamir (Likud) hatte im Jahre 1991 vor den Verhandlungen den Palästinensern das Selbstverständlichste an einem Selbstbestimmungsrecht, nämlich das Recht auf die eigene Vertretung, verweigert und somit nicht nur über sein eigenes Verhandlungsteam, sondern auch über das der Palästinenser entschieden. Rabin ging einen Schritt weiter und forderte die Nivellierung der nationalen Verfassung seiner Gegner als Bedingung für ihre Anerkennung. Diese Forderung hatte die Deligitimierung des Befreiungskampfes der Palästinenser gegen die Kolonialisierung ihres Landes und die Entnationalisierung ihrer Verfassung zum Ziel, was heißt, daß die zionistischen Strukturen Israels legitimiert und die kolonialistischen Voraussetzungen ihrer Genese anerkannt werden. Die Anerkennung der PLO erfolgte indes aufgrund jener historischen Zugeständnisse.

Die Annulierung nun käme der Arbeiterpartei, während der Ministerpräsident- und Knessetwahl in Mai 1996, zugute. Entscheidender ist aber, daß die Annullierung jener Paragraphen der Charta nicht vom gewählten Rat durchgeführt und unterschrieben werden sollte, sondern vom PNC, und zwar während einer Sitzung in Gaza und nicht in seinem Hauptquartier in Tunesien. Der Grund dafür liegt auf der Hand: da der PNC im Gegensatz zum palästinensischen Rat alle Palästinenser, innerhalb und außerhalb der autonomen/besetzen Gebiete vertritt, käme dieser Akt der Unterzeichnung dem Verzicht der politischen Rechte der Diaspora-Palästinenser sowie der Diskreditierung der PLO auf der internationalen Ebene gleich, und zwar deswegen, weil in dem Abkommen nicht nur die sicherheitsmilitärischen, sondern auch die außenpolitischen Angelegenheiten dem alleinigen Recht Israels unterliegen. (Das drückt sich auch im Paragraph XX des Abkommen aus, mit dem die finanzielle Entschädigung der Palästinenser für die israelische Landnahme nicht mehr über Israel sondern über den palästinensischen Rat abgewickelt werden soll.) Die PLO soll sich als verlängerter Arm des Rates außerhalb der autonomen/besetzten Gebiete mit ökonomischen, organisatorischen und kulturellen Angelegenheiten begnügen und sich damit selbst politisch für Tot erklären. Mit dem Sitzungsboykott der Opposition in der PNC wurde am 24. April 1996 die Änderung der Charta hauptsächlich von Arafats Fatah durchgeführt. Damit sollte der Weg für den Wahlsieg Peres in den bevorstehenden Mai-Wahlen geebnet werden.

Zum Schluß soll noch kurz auf einen dritten Aspekt des Oslo II-Abkommens eingegangen werden, der Fragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit zwischen Israel und dem palästinensischen Rat betrifft. Dieser Aspekt kann als das Charakteristikum des Abkommens bezeichnet werden. In akribischen Details wird der *modus oprendi* des israelischen Militärs und der palästinensischen Zivilpolizei beschrieben. Was die israelische Seite angeht, so kann mensch ihren Operationsraum und ihre Verfügungsgewalt als „Besatzung mit Konsens" bezeichnen. Die palästinensischen Sicherheitskräfte, deren Finanzierung bis zu 70 % der Auslands*hilfe* ausmacht, dienen ihrerseits der Sicherheit Israels und der Stabilisierung des Fatah-Regimes unter der Führung von Arafat und zwar gegen alle Gegner des „Friedensprozesses". ●

Literatur

JPS: Journal of Palestine Studies.

Allon, Yigal 1976: Israel. The Case for Defensible Borders, in: Foreign Affairs, Oktober 1976.

Hermann, Jürgen 1995: Der Nahost-Friedensprozeß 1991-1994 (zusamgest.), in: Weltgeschehen I/95.

Errata: Im ersten Teil des Artikels von Sabah J. Mohamed in der letzen links *haben sich zwei Fehler eingeschlichen. Auf S. 19 im zweiten Absatz der zweiten Spalte ist davon die Rede, daß es in dem Beitrag um die Voraussetzungen des Osloer Abkommens ginge. Dies ist jedoch nicht der Fall, der Artikel beschäftigt sich vielmehr mit dem Abkommen selbst. Das Zitat in der Fußnote auf S. 21 ist nicht dem* Journal of Palastine Studies *entnommen, sondern der* Jerusalem Post *vom 5.9.93.*

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda

Verabredungen zum Jahrhundertende

Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken
296 Seiten; DM 48,-; ISBN 3-87975-679-1

Mit Beiträgen von: Elmar Altvater, Joachim Bischoff, Frank Deppe, Klaus Dörre, Hartwig Heine, Hasko Hüning, Martin Kronauer, Oskar Negt, Hildegard Maria Nickel, Karl Heinz Roth, Wolfgang Sachs.

Für Ingrao und Rossanda beginnt die Krise der Linken nicht erst mit dem Siegeszug des Neokonservatismus, sondern bereits ein Jahrzehnt zuvor: »Unsere zentrale These ist, daß die Linke den Epochenwechsel nicht verstanden hat, der mit dem Ende des fordistischen Regimes eingeleitet wurde.« Die AutorInnen analysieren Ursachen und Folgen des Epochenwechsels und richten den Blick auf die Herausforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Ihr »Arbeitsplan« wird anschließend diskutiert von repräsentativen AutorInnen der bundesdeutschen Linken.

VSA

In Ihrer Buchhandlung oder direkt bei

VSA-Verlag
Klaus-Groth-Str. 33e
20535 Hamburg
Tel. 040/250 20 23, Fax 250 10 11

JOHN HOLLOWAY

Der Begriff der Macht und die Zapatistas

„Eine neue Lüge wird uns als Geschichte erkauft.
Die Lüge der Niederlage der Hoffnung, die Lüge der Niederlage der Würde."
Subcomandante Marcos

Die Lüge ist eine Lüge über die Macht. Nach zwanzig Jahren Neoliberalismus ist es eigentlich nicht mehr eine Lüge über die Wünschbarkeit. Der Marktoptimismus der 80er Jahre ist weitgehend durch einen Marktrealismus ersetzt worden: 'nicht alles ist perfekt in der Marktwirtschaft', aber 'so sind die Dinge halt und so müssen sie wohl auch sein, in Wirklichkeit gibt es keine Alternative'. 'Eine andere Gesellschaft wäre schön, ist aber nicht möglich.' Die Lüge über die Niederlage der Hoffnung ist eine Lüge über die Niederlage des Möglichen, eine Lüge über die Macht zur Veränderung.

Die Zapatistas haben eine andere Auffassung vom Möglichen, eine andere Idee von Macht. Marcos drückte dies in einem Kommentar über den Dialog zwischen den Zapatistas und der Regierung so aus: „Dies ist kein fairer Dialog. Dies ist kein Dialog zwischen gleichen. Aber in diesem Dialog steht die EZLN nicht auf der schwachen Seite. Sie ist die starke Partei. Auf der Seite der Regierung befindet sich nur die militärische Gewalt und die von einigen Medien verbreiteten Lügen. Doch Gewalt und Lügen werden niemals stärker sein als die Vernunft. Sie können überwiegen für Tage, Monate, Jahre; aber die Geschichte wird letztendlich alles zurechtrücken." (*La Jornada*, 11.5.95)

Hört sich schön an, ist aber absurd. Wie kann die Äußerung von Marcos aber doch richtig sein? Sein Bezug auf die Geschichte hilft nicht weiter, denn diese ist nicht mehr als das Resultat von Machtkämpfen. Wie können wir also darauf beharren, die Zapatistas seien stärker als Waffengewalt und Lügen? Um eine solch absurde Aussage zu verteidigen, ist es wohl notwendig, eine ebenso absurde Theorie der Macht zu vertreten.

Hier liegt sicherlich die Herausforderung der Zapatistas und ihrer absurden Rebellion. Der zapatistische Aufstand *ist* absurd. Nach dem Fall der Berliner Mauer, nach der Niederlage der Sandinistas, nach dem Scheitern der Revolutionen in El Salvador und Guatemala, in einer Zeit, in der China sich immer mehr in den kapitalistischen Weltmarkt integriert, in der die kubanische Revolution immer größere Schwierigkeiten hat, überhaupt zu überleben, in der alle größeren revolutionären Bewegungen in Lateinamerika und anderswo in der Welt von der Bildfläche verschwunden sind, am gleichen Tag, an dem Mexiko durch den Beitritt zum NAFTA-Freihandelsabkommen eine eigene Modernität ausruft, just an diesem Tag erlangt eine Gruppe indigener Bauern, viele von ihnen nur mit Holzgewehren ausgestattet, die Kontrolle über San Cristóbal und andere Städte in Chiapas. Aber nicht nur das, denn bald darauf machen sie ihre absurden Vorstellungen öffentlich: Sie, eine Gruppe von wenigen tausend indigenen Rebellen aus dem Urwald im Südosten Mexikos wollen die Welt verändern. Und was darüber hinaus das Absurdeste, das Wichtigste, das Zentrale ihres im ganzen absurden Projekts ist: Sie wollen die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen. Und obendrein ist ihre Sprache voll von Witzen, Geschichten, Kindern und Tanz. Wie können wir eine solche Rebellion ernst nehmen? Das scheint doch alles viel zu sehr wie eine wunderbare Erzählung aus einem Roman von Gabriel García Márquez, als daß es für uns in Europa eine ernsthafte Bedeutung haben könnte.

Ich will die Zapatistas aber ernst nehmen. Ich möchte, daß Marcos richtig liegt, wenn er behauptet, sie seien stärker als die mexikanische Regierung. Ich möchte, daß sie Recht behalten, wenn sie sagen, sie wollen die Welt ändern, ohne die Macht zu ergreifen. Ich möchte, daß dies alles richtig ist, da ich keinen anderen Weg aus der Tragödie sehe, in der wir uns befinden, in der jeden Tag ungefähr 50.000 Menschen verhungern, in der mehr als eine Milliarde Menschen in extremer Armut leben. Eine Revolution ist eine bitter notwendige Unmöglichkeit. Ich will die Worte von Marcos nicht nur als schön und poetisch ansehen, sondern auch ihre theoretischen und politischen Grundlagen ins Auge fassen. Aber der Wunsch, sie mögen zutreffen, reicht allein noch nicht aus. Wenn wir wollen, daß sie richtig sind, müssen wir versuchen, jenes theoretische und politische Fundament ihres Tuns zu verstehen, zu kritisieren und zu stärken.

Die Zapatistas stellen eine theoretische und praktische Herausforderung dar: eine Herausforderung an all die etablierten Praktiken und Ideen der revolutionären Linken. Wie Marcos in einem Kommentar zum ersten Jahrestag der Erhebung ausdrückte: „Es ist die Hoffnung, die sie dazu treibt, nach neuen Formen der Praxis zu suchen, das heißt, nach neuen Wegen, politisch zu sein, Politik zu betreiben: eine neue Politik, eine neue politische Moral, eine neue politische Ethik ist nicht nur ein Wunsch, es ist die einzige Art vorwärtszuschreiten, auf die andere Seite zu springen." Er hätte auch hinzufügen können: „eine neue politische Theorie, ein neues Verständnis von Politik und von Macht".

I.

Der Begriff Macht ist in der Regel verbunden mit der Kontrolle des Geldes oder des Staates. Also hat speziell die Linke soziale Transformation im Sinne einer Kontrolle des Staates aufgefaßt. Die Versuche, die Gesellschaft durch den Staat zu transformieren (sei es mit reformistischen oder revolutionären Mitteln) haben dabei niemals die vorgegebenen Ziele erreicht. So viele historische Fehlschläge können einfach nicht mehr unter der Rubrik des 'Verrats' an der Revolution oder am Volk verbucht werden. Das Fehlschlagen so vieler Versuche, sich die Staatsmacht zunutze zu machen, verweist vielmehr darauf, daß der Staat eben nicht mit dem Sitz der Macht identisch ist.

Die Fixierung auf den Staat hat auch dazu geführt, (soziale) Bewegungen, die auf einen radikalen Wandel drängten, zu zerstören. Wenn die Staaten in ein globales Netz des Kapitalismus eingebunden sind, so heißt dies, daß sie dazu neigen, durch ihre eigenen Funktionsweisen die kapitalistisch geprägten sozialen Verhältnisse zu reproduzieren. Die Staaten haben in diesem Sinne die Funktion, den status quo des Kapitalismus aufrechtzuerhalten. In ihrer Beziehung zu uns und in unserer Beziehung zu ihnen wird in gewisser Weise alles 'herausgefiltert', was mit der Reproduktion sozialer Verhältnisse im Kapitalismus in Einklang zu bringen ist. Dies kann gewaltförmig verlaufen wie bei der Niederschlagung einer revolutionären oder subversiven Bewegung; aber es geht auch um die weniger wahrnehmbare Auslese, das Aus-dem-Spiel-drängen, Abdrängen oder das Unterdrücken von Leidenschaften, Liebe, Haß, Wut, Gelächter und Tanz. Der Staat trennt das Öffentliche vom Privaten und indem er dies tut, legt er uns selbst eine

Trennung auf, teilt unsere öffentliche, ernste Hälfte ab von der anderen, der privaten, nichtigen und irrelevanten. Der Staat fragmentiert, entfremdet uns von uns selbst.

Die staatszentrierte Tradition von politischer Organisation privilegiert Männer (und vor allem die jüngeren unter ihnen), nicht notwendigerweise im Sinne einer direkten Diskriminierung von Frauen, sondern durch die Art und Weise, in der die verschiedenen Formen sozialer Erfahrung bewertet werden. Sich professionell der Revolution zu widmen, fördert eine Kultur, in der eine Hierarchisierung der sozialen Erfahrung und der sozialen Praxis vorherrscht. Den direkt auf den Staat gerichteten Aktivitäten und Erfahrungen wird Priorität verliehen, während anderen Arten der Erfahrung nur eine zweitrangige Bedeutung zugemessen wird. Die gleiche Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, zwischen Ernst und Frivolität, die die Grundlage staatlicher Existenz darstellt, reproduziert sich in der revolutionären (oder reformistischen) Organisation. In der kapitalistischen Welt ist Politik ein ernstes (um nicht zu sagen langweiliges) Geschäft, eine Angelegenheit vor allem für das ernste (um nicht zu sagen langweilige) Geschlecht, eine Angelegenheit, die keinen Raum für Kinder, Spaß oder Spiele vorsieht. In der Welt der traditionellen Linken sieht es nicht sehr anders aus.

II. Wenn es stimmt, daß die Vorstellung der revolutionären Eroberung der Staatsmacht insbesondere zur Erfahrungswelt junger Männer paßt, so ist leicht zu verstehen, warum die Zapatistas die traditionellen Begriffe von Revolution verlassen haben, als sie sich von einer revolutionären Gruppe in eine „Gemeinschaft in Waffen" verwandelten. Wiederholt haben sie betont, nicht die Macht des Staates ergreifen zu wollen. Das herausragendste Beispiel dafür, daß sie den Staat als Organisationsform ablehnen, liegt in ihrer Betonung des Prinzips des „mandar obedeciendo", des „gehorchend befehlen", der Vorstellung, daß die Führung einer Bewegung deren Mitgliedern gehorchen muß, und daß alle größeren Entscheidungen durch einen Prozeß der kollektiven Entscheidungsfindung getroffen werden sollen. Dieses Prinzip führte zu ständigen Reibereien während des Dialogs mit der Regierung. Angesichts der schlechten Kommunikationsbedingungen im Lakandonischen Urwald und der Notwendigkeit, alle Fragen gründlich auszudiskutieren, heißt das Prinzip des „mandar obedeciendo", daß Entscheidungen ihre Zeit brauchen. Und immer wenn die Regierungsvertreter auf schnellen Antworten beharrten, antworteten die Zapatistas, daß jene nicht die Uhren der Indígenas verständen.

Die Ablehnung des Staates ist auch entscheidend für die Beziehungen der Zapatistas mit der „zivilen Gesellschaft". Alle ihre Strategien, eine Aktionsfront mit all denen aufzubauen, die in anderen Formen des Kampfes engagiert sind, zielt explizit am Staat vorbei. In der Anfang 1996 verbreiteten Vierten Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald, in denen sie die Bildung einer Nationalen Befreiungsfront vorschlagen, machen sie die Mitgliedschaft in dieser Organisation ausdrücklich von der Bedingung abhängig, auf das Anstreben eines öffentlichen Amtes zu verzichten. Dies ist eine Vorstellung, die Sympathisanten sowohl auf Seiten der reformistischen als auch der trotzkistischen Linken empört hat.

„Die Zapatistas stellen eine theoretische und praktische Herausforderung dar – eine Herausforderung an all die etablierten Praktiken und Ideen der revolutionären Linken": Eröffnung des Encuentro Intercontinental; Chiapas, Mexiko Foto: Bärbel Högener.

III. Aber was folgt daraus? Die Zapatistas sagen, daß sie nicht die Welt erobern, sondern sie neu schaffen wollen. Aber dies beinhaltet notwendigerweise einen Begriff von Stärke und Macht. Wenn letztere nicht als der Staat oder als militärische Stärke definiert wird, was ist dann die Alternative?

Die Zapatistas sprechen von dem, was sie als „Wort derer, die mit Wahrheit und Feuer bewaffnet sind", bezeichnen („la palabra de los armados de verdad y fuego"). Das Feuer ist da, aber zuerst steht die Wahrheit, nicht allein als moralische Eigenschaft, sondern als Waffe: sie sind *bewaffnet* mit Wahrheit, und dies ist eine viel wichtigerer Waffe als die Feuerkraft ihrer Gewehre. Obwohl sie als eine Armee organisiert sind, zielen sie darauf ab, durch die Wahrheit und nicht durch das Feuer zu gewinnen.

Die „ohne Stimme, ohne Gesicht" sind bewaffnet mit der Wahrheit. Wahrheit heißt Würde. Die Würde zu besitzen, schließlich das „Ya basta!" zu sagen, das dem Tod ihrer Verstorbenen eine Bedeutung verleiht. Würde heißt, die eigene Menschlichkeit in einer Gesellschaft zu bewahren, die uns auf inhumane Art und Weise behandelt. Würde heißt, den Anspruch auf Ganzheit in einer Gesellschaft zu erheben, die uns aufspaltet. Würde heißt, auf die Kontrolle über das eigene Leben in einer Gesellschaft zu bestehen, die uns eben diese Kontrolle verweigert. Würde heißt, in der Gegenwart des Noch-nicht zu leben, für das wir kämpfen. Mit Wahrheit oder Würde bewaffnet zu sein heißt,

auf der Macht zu beharren, jetzt das zu leben, was noch nicht ist.

In der Behauptung, daß sie, daß wir mit Wahrheit und Würde bewaffnet sind, kehrt sich der konventionelle Begriff von Macht um. Macht ist nicht mehr das, was ist, sondern das, was nicht ist, also das, was noch nicht ist (wie Bloch es sagen würde). In einer Gesellschaft, in der das, was ist ('so wie die Dinge nun einmal sind') regiert, in der die Identität König ist, heißt, mit Würde und Wahrheit bewaffnet zu sein, die Macht der Nicht-Identität geltend zu machen. In einer Gesellschaft, die auf der Entfremdung der Menschen beruht, hissen die Zapatistas das Banner der Nicht-Entfremdung, dessen, was unterdrückt ist, des Lachens, des Singens und des Tanzens, dessen, was einfach nicht in den normalen Kategorien der Sozialwissenschaften zu finden ist, ist ihre Existenz doch auf dem Sosein oder der Identität der Welt gegründet.

Die Berufung auf das, was *noch nicht* ist, wäre völlig metaphysisch, wenn das Noch-nicht nicht schon in irgendeiner Form existieren würde. Der Verweis auf eine vorgegebene Geschichte, oder auf etwas wie die Würde, im Sinne einer schon vorher existierenden platonischen Essenz, hilft absolut nicht weiter. Nur wenn wir Würde, Wahrheit, Nicht-Identität, das Noch-nicht als schon Existierendes begreifen, können wir die Macht in diesen Kategorien denken. Jedoch existieren sie nicht als transzendente Essenzen, sondern als Verweigerung in der Gegenwart, als Kampf, als Negation des Falsch-Seins der kapitalistischen Gesellschaft. Die Macht der Zapatistas ist die Macht des „Ya Basta!", die Verneinung der Unterdrückung, welche im Innern von uns allen existiert.

Die Frage nach der Macht auf Seiten der Zapatistas kann nun umgewandelt werden in eine Frage danach, wie wir das „Ya Basta!" – nicht ihr „Ya Basta!", sondern *unseres* – ausdrücken können. Schauen wir aus dieser Perspektive auf ihre Macht, hilft uns dies zu verstehen, warum die Zapatistas nicht militärisch besiegt worden sind. Dies verdanken sie nicht ihrer militärischen Stärke, sondern der außergewöhnlichen Ressonanz, die ihr „Ya Basta!" in Mexiko und in der ganzen Welt erfahren hat.

In dieser Weise über das Thema der Macht nachzudenken, hilft uns auch, die Elemente der zapatistischen Politik zu verstehen. Die Menschen als mit Würde ausgestattete Wesen zu betrachten, führt zu einer Politik des Zuhörens und nicht nur des Redens. Durch die Integration in die Dorfgemeinschaften im Lakandonischen Urwald wurde die ursprüngliche Gruppe von Revolutionären gezwungen, zuzuhören um kommunizieren zu können, sie wurde dazu gezwungen, die alte revolutionäre Tradition des Redens zu verlassen. Anstatt daß die revolutionäre Politik den Menschen von außen das richtige Klassenbewußtsein bringt, wird jene vielmehr zu einem Ausdruck des Kampfes der Würde. Daraus folgen zwei Schlüsselsätze des zapatistischen Diskurses, das „mandar obedeciendo" („gehorchend befehlen") und das „preguntando caminamos" („fragend sind wir auf dem Weg"). Revolution wird so mehr zu einer Frage als zu einer Antwort. Sie bezieht sich auf den kreativen und phantasievollen Ausdruck von Würde, jetzt und nicht als Ereignis in der Zukunft, nicht als Ankunft im vordefinierten Land der Verheißung.

Die Ideen der Würde und des Zuhörens, des Hörens auf die Kämpfe der Menschen, helfen mit zu erklären, warum die Zapatistas nicht darum bitten, daß ihrer Anhänger in den Urwald kommen und sich ihnen anschließen. Vielmehr betonen sie, daß die Menschen dort wo sie sind und in den ihnen möglichen Formen kämpfen sollen. In der Tat sagen sie nicht: „Wir haben recht, schließt euch uns an!", sondern „Wie müssen alle kämpfen, um unserem „Ya Basta!" Ausdruck zu verleihen. Die verschiedenen von ihnen begonnenen politischen Initiativen zielen alle darauf ab, nicht die eigene Anhängerschaft aufzubauen, nicht auf die Bildung einer Solidaritätsbewegung, sondern darauf, andere dazu zu bringen, ihre eigenen Kämpfe für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu stärken.

In den vergangenen zwei Jahren hat diese Gruppe Rebellischer im Urwald des mexikanischen Südostens in einem bemerkenswerten Maße Elemente des in den letzten Jahren weltweit diskutierten oppositionellen Gedankenguts weiterentwikkelt: die Themen des Geschlechts, des Alters, der Kindheit, des Todes und der Toten. All dies entstammt einem Verständnis von Politik als Politik der Würde, einer Politik, welche die besondere Unterdrückung von Frauen, von Kindern, von alten Menschen anerkennt und deren Kämpfe respektiert.

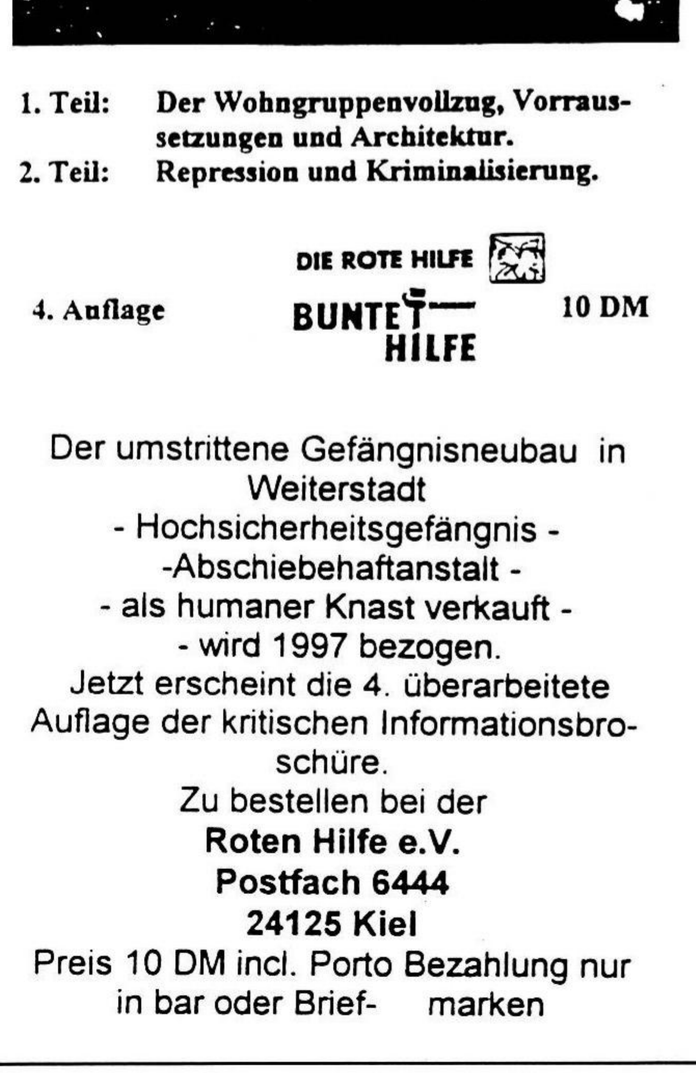
Es ist nicht so, daß der Kampf der Zapatistas – der militärische Konflikt und der sich hinziehende Dialog mit der Regierung – eben *auch* diese wichtigen Aspekte besäße. Vielmehr sind diese Aspekte zentral für jenen Kampf. Es geht nicht einfach um die Erlangung materieller Verbesserungen. Es geht um die Schaffung einer neuen Welt, in der die Menschen in Würde leben können, eine Welt der gegenseitigen Anerkennung, in der die Menschen zueinander in Beziehung treten können, ohne sich hinter Masken zu verstecken. In diesem Licht gesehen sind die Briefe von Marcos, die Poesie, die Versammlung von Aguascalientes und die Tänze, die allem, was die Zapatistas tun, eine besondere Note geben, keine Verschönerungen eines revolutionären Prozesses, sondern dessen zentrale Elemente.

Die Frage ans uns lautet nun nicht, wie wir Solidaritätskomitees aufbauen können, sondern wie wir uns dem von ihnen begonnenen Prozeß anschließen können. Wie können wir theoretisch und praktisch unser eigenes „Ya Basta!" formulieren? Wie können wir die Einheit unserer jeweils verschiedenen Kämpfe mit den Kämpfen der anderen Zapatistas, derjenigen im Südosten Mexikos, anstreben? Wie können wir zum Ausdruck bringen, daß die Einheit im Streben nach einer Gesellschaft liegt, in der die Würde nicht mehr länger aus dem Kampf gegen die Erniedrigung besteht? ●

Der vorliegende Text ist eine stark gekürzte Version eines für ein Gespräch an der Freien Universität Brüssel ausgearbeiteten Manuskripts. Es handelt sich um die individuelle Präsentation der Ergebnisse einer Zusammenarbeit des Autors mit Eloína Peláez im Rahmen der gemeinsamen Herausgabe des Buches The Zapatistas: Revolution in the Electronic Age *(Pluto Press, London, 1996/97. Übersetzung: Stefan Armborst*

Weiterstadt

der High Tech Knast



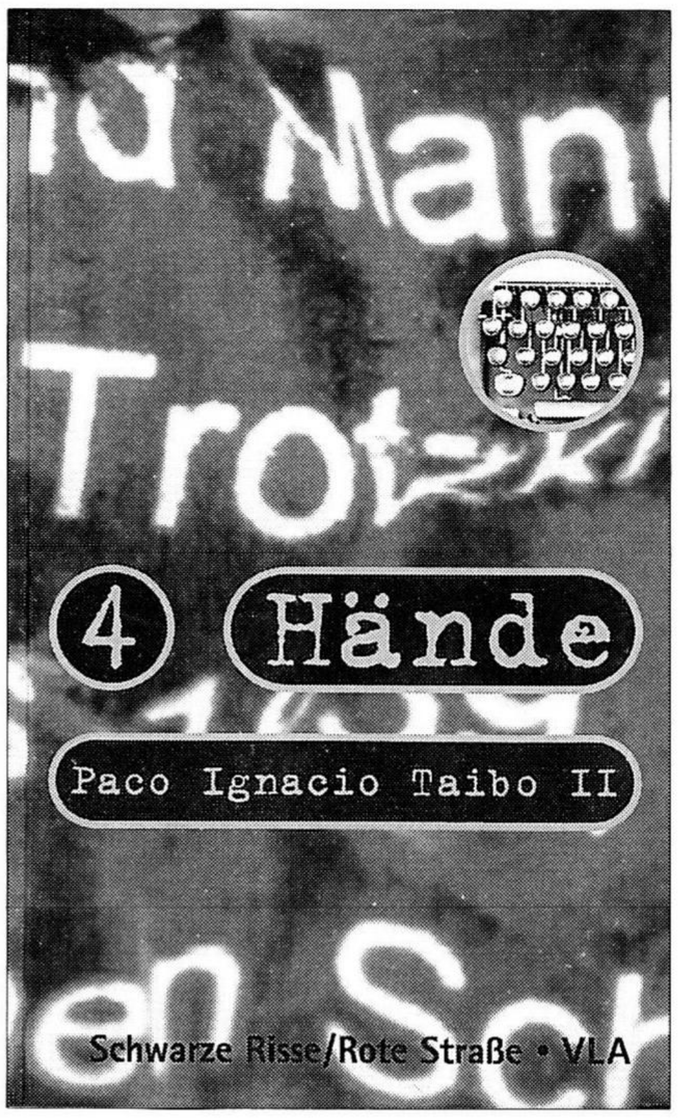
1. Teil: **Der Wohngruppenvollzug, Voraussetzungen und Architektur.**
2. Teil: **Repression und Kriminalisierung.**

DIE ROTE HILFE

4. Auflage — BUNTE HILFE — 10 DM

Der umstrittene Gefängnisneubau in Weiterstadt
- Hochsicherheitsgefängnis -
-Abschiebehaftanstalt -
- als humaner Knast verkauft -
- wird 1997 bezogen.
Jetzt erscheint die 4. überarbeitete Auflage der kritischen Informationsbroschüre.
Zu bestellen bei der
Roten Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Preis 10 DM incl. Porto Bezahlung nur in bar oder Brief- marken

Jetzt *links*
abonnieren oder werben
für ein Jahr und länger ...



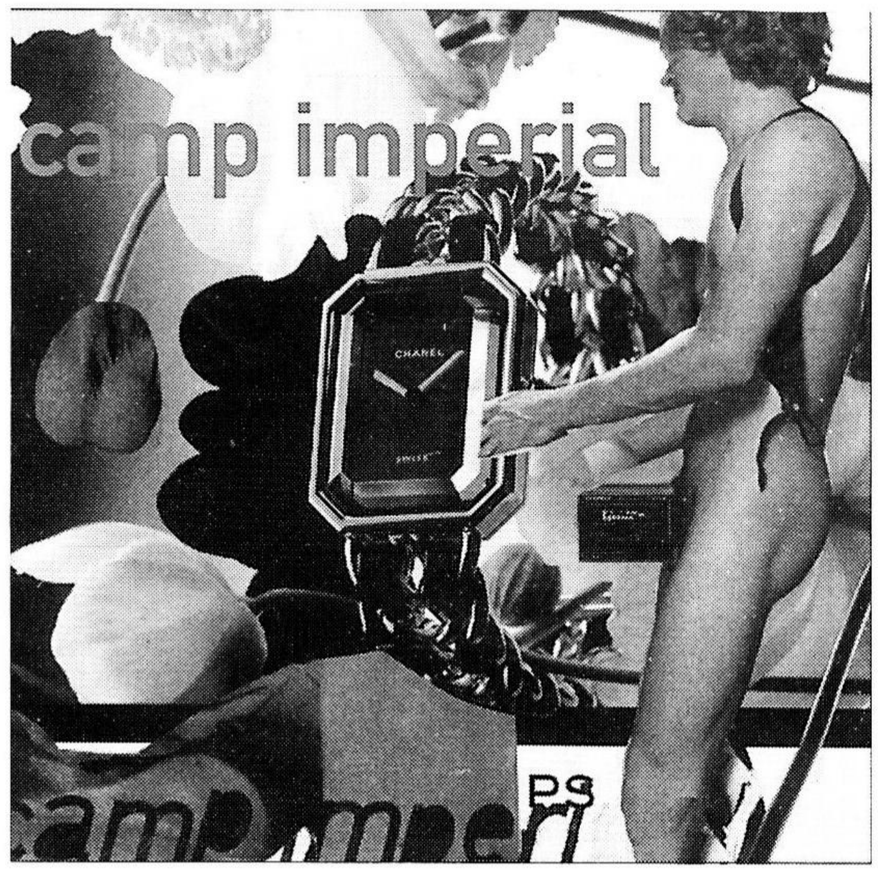
1

Paco Ignacio Taibo II:

Vier Hände

Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße und Verlag Libertäre Assoziation, Berlin/Hamburg 1996, 413 Seiten

„Leo Trotzki schreibt im mexikanischen Exil an einem Krimi. Stan Laurel fährt auf Sauftour aus den Filmstudios nach Mexiko, ein bulgarischer Kommunist kämpft im spanischen Bürgerkrieg, US-amerikanische Geheimdienstler wollen den Sandinisten ans Leder, Emilio Salgaris Piraten und Sandokan schwirren durch die Seiten."
(siehe *tellerwäscher,* S. 39 f.)



2

Diverse:

Camp Imperial. Electronic Rock Resistance. Triggered by Imperial Sound Kollektiv, L'Age d'Or/Rough Trade, Hamburg 1996

„Die Hymne, die hier gesungen bzw. instrumentell dargeboten wird, ist die auf die Freiheit der Stile und der neuen Unordnung von Computer und Gitarre. 20 verschiedenste Stücke stehen für die Brandbreite der im Imperial produzierten Musik."
(siehe *tellerwäscher,* S. 39)

... und eine der zwei Prämien kassieren!

❑ Normal-Abo (W: DM 75,- / O: DM 50,- incl. Porto, Versand und MWSt.; Luftpostpreise auf Anfrage)

❑ Ermäßigtes Abo (DM 56,- gegen Vorlage von Studi-, Arbeitslosen- oder Sozialhilfebescheinigung)

❑ Förder-Abo (*links* für DM100,- oder mehr)

❑ Geschenk-Abo (*links* für ○ **1 Jahr**; Preis wie Normal-Abo) ab Monat/Jahr: _____

Betrag: ○ zahle nach Erhalt der Rechnung

○ mit Einzugsermächtigung: abbuchen von

Konto: _____ Bank: _____

BLZ: _____

○ Das **Geschenk-Abo** geht an folgende Adresse

○ Ich habe den/die AbonnentIn geworben, bin bereits *links*-AbonnentIn und möchte die angekreuzte **Werbeprämie** als Dankeschön.

○ Prämie 1 ○ Prämie 2

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

_____
Datum Unterschrift

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

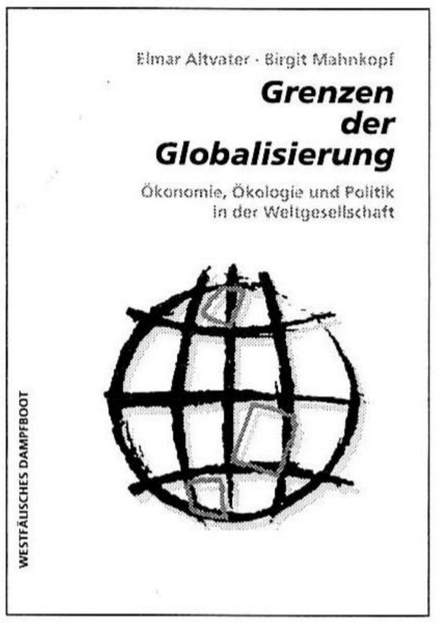
_____
Plz Ort

Vertrauensgarantie: Diese Vereinbarung kann schriftlich innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. vor Ende des Kalenderjahres (bzw. 3. Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes) schriftlich gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

FAUST FA
Bundesweite Hochschulzeitung
Marchstr. 6
D 10587 Berlin



Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf

Grenzen der Globalisierung

Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft

1996 - 637 S. - DM 58,00 - ÖS 429 - SFR 58,00
ISBN 3-929586-75-4

Das Buch ist das erste, das sich auf breiter empirischer Grundlage eingehend mit den verschiedensten Facetten der immer weiter um sich greifenden Globalisierung mitsamt ihren Widersprüchlichkeiten beschäftigt.
Über die Darstellung und Analyse hinausgehend zeichnen Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf überraschende, für einige mit Sicherheit provokante Alternativen aus dem Dilemma auf.

Thomas Balistier

Straßenprotest

Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989

1996 - ca. 300 S. - ca. DM 48,00 - ÖS 355 - SFR 48,00
ISBN 3-929586-84-3

Thomas Balistier untersucht aus kulturwissenschaftlicher Sicht das Aktionsrepertoire und die symbolische Formensprache des bundesrepublikanischen Straßenprotests der 80er Jahre.

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80
http://www.login1.com/dampfboot